

# Stenographischer Bericht

## 6. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XII. Gesetzgebungsperiode – 28. Februar 1992

Inhalt:

### Dringliche Anfragen:

1. Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Grabner, Kanape, Minder, Günther Prutsch, Schrittwieser, Tilzer, Trampusch, Ussar und Vollmann an Landesrat Klasnic, betreffend die prekäre Wirtschaftssituation in der Steiermark.  
Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (199).

2. Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Cortolezis, Dr. Frizberg, Dr. Hirschmann, Kanduth, Dr. Lopatka, Alfred Prutsch, Purr, Schützenhöfer und Tasch an Landesrat Klasnic, betreffend die wirtschaftliche Situation in der Steiermark.

Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Dr. Maitz (200).

Beantwortung der beiden dringlichen Anfragen: Landesrat Klasnic (200).

Redner: Abg. Schrittwieser (213), Abg. Dr. Hirschmann (215), Abg. Weilharter (219), Abg. Dr. Flecker (221), Abg. Kanduth (223), Abg. Bleckmann (225), Abg. Ussar (226), Abg. Dr. Lopatka (229), Abg. Schleich (230), Abg. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (231), Abg. Dipl.-Ing. Grabner (233), Abg. Tasch (235), Abg. Alfred Prutsch (236), Abg. Dipl.-Ing. Vesko (238), Abg. Tilzer (240), Abg. Grillitsch (241), Abg. Minder (243), Abg. Glössl (244), Abg. Kanape (245), Abg. Vollmann (246), Abg. Kaufmann (249), Abg. Mag. Erlitz (250), Abg. Günther Prutsch (251), Abg. Purr (252), Abg. Schuster (255), Abg. Mag. Rader (256), Abg. Ing. Löcker (258), Abg. Dörflinger (260), Abg. Dr. Frizberg (261).

Beschlußfassung (265).

Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr.

### Präsident Wegart: Hohes Haus!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XII. Gesetzgebungsperiode statt. Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Es ist für mich eine besondere Freude, zwei Mitgliedern des Steiermärkischen Landtages zur Vollendung ihres runden Geburtstages zu gratulieren. Vor wenigen Tagen hat der Herr Landtagsabgeordnete Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura den „Fünziger“ gefeiert, und der Herr Landtagsabgeordnete Herrmann Schützenhöfer feiert am 29. seinen „Vierziger“. Namens des Hohen Hauses und in meinem Namen darf ich den beiden Herren Abgeordneten die allerherzlichsten Glück- und Segenswünsche für das kommende Lebensjahrzehnt aussprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Die Einberufung dieser Sitzung erfolgte über Antrag der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl, Kanape, Kaufmann, Dr. Klauser, Minder, Günther Prutsch, Schrittwieser,

Schuster, Tilzer, Ussar, Vollmann und Dr. Wabl gemäß Paragraph 13 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 28 Absatz 6 der Geschäftsordnung zur Einbringung einer dringlichen Anfrage. Gemäß Paragraph 13 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 28 Absatz 6 der Geschäftsordnung, ist der Präsident verpflichtet, den Landtag zu einer außerordentlichen Tagung binnen fünf Tagen einzuberufen, wenn wenigstens ein Fünftel der Mitglieder es verlangt. Der Antrag ist von 19 Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Österreichs unterzeichnet und entspricht somit den Bestimmungen der Geschäftsordnung.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Grabner, Kanape, Minder, Günther Prutsch, Schrittwieser, Tilzer, Trampusch, Ussar und Vollmann an Frau Landesrat Waltraud Klasnic, betreffend die prekäre Wirtschaftssituation in der Steiermark.

Eingebracht wurde weiters eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Cortolezis, Dr. Frizberg, Dr. Hirschmann, Kanduth, Dr. Lopatka, Alfred Prutsch, Purr, Schützenhöfer und Tasch an Frau Landesrat Waltraud Klasnic, betreffend die wirtschaftliche Situation in der Steiermark.

Diese dringlichen Anfragen haben die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung. Gleichzeitig wurde in beiden Fällen die Abführung einer Wechselrede beantragt. Auf Grund der Beratungen in der Präsidialkonferenz wird in einem die Beantwortung der beiden dringlichen Anfragen sowie die Wechselrede hiezu durchgeführt.

Wir kommen jetzt zur Behandlung dieser zwei dringlichen Anfragen. Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage der SPÖ-Abgeordneten.

**Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (10.08 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Steiermark bildet derzeit das Schlußlicht hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung. Neben einer überproportional hohen Arbeitslosenquote, insbesondere in der Obersteiermark sowie im südlichen Grenzland, gibt es auch ein bedenkliches Anwachsen an Kurzarbeitsverhältnissen, was einer versteckten Arbeitslosigkeit gleichkommt. Zur Illustration der tristen Arbeitsmarktsituation einige Zahlen:

Gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 5,8 Prozent betrug die Arbeitslosenquote in der Steiermark im Jahr 1991 7,1 Prozent, im Bezirk Bruck an der Mur beispielsweise 9,7 Prozent im Jahresdurchschnitt 1991. Wenn man die Arbeitslosenquoten Ende Jänner 1992 betrachtet, Bezirk Bruck an der Mur 12,6 Prozent,

Leoben 13,5 Prozent, Leibnitz 13,6 Prozent und Mureck sogar 14 Prozent, und wenn man weiters die Konjunkturprognosen für das gesamte Jahr 1992 berücksichtigt, dann muß in der Steiermark bei Fortführung der Wirtschaftspolitik der Vergangenheit mit einem noch größeren Ansteigen der Arbeitslosenzahl gerechnet werden.

Die SPÖ-Abgeordneten stellen daher an Sie, Frau Landesrat Klasnic, folgende dringliche Anfrage:

Erstens: Wie schätzen Sie generell die Möglichkeit ein, durch Maßnahmen des Landes die prekäre Wirtschaftssituation der Steiermark entscheidend zu beeinflussen, insbesondere zu verbessern?

Zweitens: Welche Maßnahmen wurden gesetzt, daß die 1991 gegründete Wirtschaftsförderungsgesellschaft effektiv ihre Arbeit aufnehmen kann?

a) Die derzeit bestehenden Wirtschaftsförderungsgesetze (Industrie- und Mittelstandsförderungsgesetz), die aus dem Jahr 1977 datieren, sind sachlich überholt und ineffektiv geworden. Sind Sie bereit, ein zeitgemäßes, einheitliches Wirtschaftsförderungsgesetz zu erarbeiten, und bis wann können Sie diesen Entwurf dem Steiermärkischen Landtag zur Beschlussfassung vorlegen?

b) Der Einsatz der Budgetmittel in der Höhe von 100 Millionen Schilling, die der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Verfügung stehen, bedarf einer rechtlichen Deckung. Wurden Ihnen bereits diesbezügliche Richtlinien vorgelegt? Wenn ja, wann sind diese bei Ihnen eingelangt, und wann gedenken Sie initiativ im Hinblick auf einen entsprechenden Beschluß der Landesregierung zu werden?

Drittens: Wie viele Altanträge sind in der derzeit noch bestehenden Wirtschaftsförderungsabteilung anhängig, und wie hoch ist das Antragsvolumen? Sind Sie bereit, die anhängigen Förderungsfälle an die Gesellschaft zu übertragen und diese nach neuen Förderungsrichtlinien behandeln zu lassen? Welchen Zeitraum wird diese Abwicklung in Anspruch nehmen?

Viertens: Erachten Sie es auch als sinnvoll, daß spätestens per 1. Jänner 1993 sämtliche Förderungsagenten des Landes an die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft übertragen werden und zu diesem Zeitpunkt konsequenterweise die Wirtschaftsförderungsabteilung in ihrer Gesamtheit aufzulösen sein wird?

Gemäß Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird eine Wechselrede beantragt. (10.12 Uhr.)

**Präsident:** Nun erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage der ÖVP-Abgeordneten.

**Abg. Dr. Maitz (10.12 Uhr):** Verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die dringliche Anfrage der vom Herrn Präsidenten bereits genannten Abgeordneten der Volkspartei, betreffend die wirtschaftliche Situation und die Situation der Beschäftigung in der Steiermark, begründe ich wie folgt:

Die Steiermark weist derzeit die höchsten Beschäftigungszahlen auf (dies sowohl im Winter als auch im

Jahresdurchschnitt), gleichzeitig gibt es aber auch stark steigende Arbeitslosenzahlen. Angesichts dieser Entwicklung und in der Sorge um jeden steirischen Arbeitsplatz stellen wir an Sie, sehr geehrte Frau Landesrat, folgende Fragen:

Erstens: Wie beurteilen Sie die derzeitige Beschäftigungslage und die generelle Situation der steirischen Wirtschaft?

Zweitens: Wo sehen Sie, Frau Landesrat, Ansatzpunkte für eine Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Steiermark bis zur Jahrtausendwende?

Drittens: Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie insbesondere in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Innovations- und Technologietransfer sowie Infrastruktur vor, um diese Situation zu verbessern?

Viertens: Über welche Vorhaben im Bereich der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit können Sie berichten?

Fünftens: Welche Möglichkeiten sehen Sie, sehr geehrte Frau Landesrat, für eine Beteiligung des Bundes an für die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark wichtigen Vorhaben und Maßnahmen?

Gemäß dem Paragraphen 58 Absatz 4 beantragen die gefertigten Abgeordneten gleichzeitig die Durchführung einer Wechselrede. (10.15 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile nun der Frau Landesrat Klasnic das Wort zur Beantwortung der zwei dringlichen Anfragen.

**Landesrat Klasnic (10.15 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Referent für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr freue ich mich immer, wenn wir hier in diesem Gremium im Steiermärkischen Landtag über Wirtschaft und Arbeitsplätze reden.

Meine heutigen Erläuterungen zur wirtschaftlichen Lage der Steiermark beziehungsweise meine ersten Antworten auf Ihre Fragen möchte ich auf Grund der außergewöhnlichen Situation und Stimmung in diesem Haus, und nicht nur auf Grund der ersten, aber nicht so schlechten Lage am steirischen Arbeitsmarkt – wie Sie es darstellen –, mit einem Ausspruch aus dem Volksmund beginnen, den ich in diesen Tagen hörte und der auch mit der Morgenbetrachtung des heutigen Tages übereinstimmt. Es sollte eigentlich ein dazustellender Witz sein, aber ich glaube, es ist auch nicht so gemeint, sondern es werden sich die Verantwortungsträger etwas dabei denken. Die Frage lautet: „Wissen Sie, warum die FPÖ gegen den raschen Bau des Semmering-Basistunnels ist?“ Antwort: „Was Gott durch einen Berg getrennt hat, soll der Mensch nicht durch einen Tunnel zusammenführen.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Warum ich dieses Beispiel nehme?

Der Semmering-Basistunnel ist eines der größten und bedeutendsten Bauprojekte für die Steiermark. Dieser Tunnel ist darüber hinaus nicht nur eine entscheidende infrastrukturelle Frage für die steirische Wirtschaft und den Verkehr, sondern er hat – und dies muß man ganz eindeutig und offen sagen – eine enorme touristische, ökologische und energiewirt-

schaftliche Bedeutung. Denn durch den Semmering-Basistunnel kann ein hohes Gütertransportaufkommen ohne größeren „Hinaufzieh“- und „Herunterbrems“-Aufwand durch den Berg statt über den Berg geführt werden.

Die zeitliche Ersparnis durch diese Verbindung sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr ist ein zusätzlicher positiver, aber nicht der projektentscheidende Aspekt, und das darf man nicht vergessen.

Darüber hinaus wird die alte Ghega-Bahn, die für ihre Zeit ein Jahrhundertbauwerk war, stark entlastet. Diese Entlastung bedeutet auch eine Aufwertung des Semmerings als touristische Region.

Zu diesem Tunnel kann und soll man durchaus noch viele weitere Gründe, die das Projekt befürworten, anführen, aber auch die Gegenargumente ernsthaft diskutieren – nur eines muß dabei gewährleistet sein:

An erster Stelle unserer steirischen Interessen müssen die Menschen stehen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in einer gesunden Wirtschaft, in einem lebenswerten Land ihr Brot verdienen und ihren Familien ein lebenswertes Leben bieten wollen.

Dazu gehören jedoch – und das ist unser Auftrag als Politiker – ganz klare politische Erklärungen und Entscheidungen. Wir müssen es den Menschen in diesem Land leichter machen zu entscheiden, mit wem sie ein Stück des Weges in die weitere wirtschaftliche Zukunft der Steiermark gehen wollen.

Dies war und wird für mich in den nächsten Wochen und Monaten eine der wichtigsten Aufgaben sein – Ideen für die Steiermark und Projekte klar zu präsentieren, gute und rasche Entscheidungen zu erreichen und in der Umsetzung konsequent zu bleiben.

Gerade den heutigen Tag, diesen Sonderlandtag, sollen wir alle – ich jedenfalls bin fest dazu entschlossen – dazu benutzen, ganz eindeutig zu Projekten und Vorhaben Stellung zu nehmen, die für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes wesentlich sind.

Aber lassen Sie mich am Anfang, bevor ich zu den einzelnen Fragen Stellung nehme, noch etwas Allgemeines, etwas Atmosphärisches, sagen.

Heute, als ich auf dem Weg ins Landhaus war, habe ich nicht nur als ersten den Kollegen Trampusch getroffen, sondern ich habe einen kleinen Aufkleber entdeckt, von dem ich den Text zitieren will:

„Ein Tag voller Licht, ein Leben ohne Haß!“ (Abg. Schützenhöfer: „Und dann haben Sie den Trampusch getroffen – Welch ein Gegensatz!“) Wir haben uns gut unterhalten, er hat mir erzählt, wo er war. (Abg. Dr. Flecker: „Es wäre ein schlechter Tag gewesen, hätten Sie zuerst den Kollegen Schützenhöfer getroffen!“) Sie können sicher sein, Kollege Flecker, es ist nicht eine Frage des Altersunterschiedes, sondern der Sinnungsgemeinschaft. Ich hätte mich über den Schützi sehr gefreut. (Beifall bei der ÖVP.) Diese Botschaft soll zwar die Inländer an ihr Verhalten gegenüber Ausländern erinnern, diese Botschaft hat sicher Gültigkeit für unser Verhalten gegenüber dem Ausland, wobei ich die Vokabel „Ausländer“ und „Ausland“ lieber durch „Mitmensch“ und „Nachbar“ ersetzen will.

Diese Botschaft kann man aber auch eins zu eins auf das Verhalten im Inland gegenüber Inländern und von Politikern gegenüber Politikern übertragen.

Dies gilt aber auch für viele unserer Mitarbeiter. Es ist nicht gut, wenn man öffentlich und über die Medien Menschen, Mitarbeiter, und seien sie auch „nur Beamte“, und diese Worte sage ich absichtlich, immer so darstellt, als geschehen keine Leistungen, und man vielen von ihnen, die oft schon über lange Jahre ehrlich und so gut sie können ihrer Arbeit nachgekommen sind, Mißtrauen gegenüber ihrer Arbeit in vielen Phasen entgegenbringt.

Jeder Mensch hat Möglichkeiten, er kann seinen klaren Verstand, seinen guten Willen und auch sein Herz benutzen. Dazu braucht er aber auch ein wenig Toleranz, Fehler und Unzulänglichkeiten, die Arbeit – und vor allem viel Arbeit – mit sich bringt, nicht anzuprangern, sondern intern beseitigen zu helfen – Fehler passieren eben nur Menschen, die arbeiten. Oft haben gerade auch jene keine Möglichkeit zur Gegenwehr.

Reden Sie mich an als Referentin – offen und mit sachlichen Fakten –, damit wir diskutieren und die strittigen Punkte klären können. Ich stelle mich jedenfalls vor meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wobei ich gleichzeitig klarstellen will: Es ist an der Zeit, daß Vorwürfe einmal konkretisiert werden, um eine Klärung mit den Betroffenen, und nicht über die Köpfe hinweg herbeiführen zu können.

Gleichzeitig – und das werde ich noch im Zuge meiner Beantwortung beweisen – behaupte ich, daß gerade in der neuen Regierung durch die Blockierung beziehungsweise Nichtentscheidung die Tätigkeit der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, und damit auch unsere Arbeit für die Menschen und die Betriebe in unserem Land, sehr schwer gemacht wird. Sie tragen mit die Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark – arbeiten wir doch für die Wirtschaft dieses Landes – Wirtschaft heißt Unternehmer, Mitarbeiter, Familie – gemeinsam. Mitarbeiterinnen nicht ausgeschlossen, nach dem heutigen süßen Präsent möchte ich sie konkret erwähnen.

Und dies sage ich nicht, um eine gegenseitige Aufrechnung von Tätigkeiten oder Untätigkeiten, von Versäumnissen oder von falschen Handlungen vorzunehmen, sondern ausschließlich aus einem Grund:

Man kann nur durch gemeinsame Arbeit und die Analyse der bestehenden Situation zum Erfolg kommen.

Ich biete an, Schritte auf Sie zuzugehen – nur, Sie sollten mir auch einen Schritt entgegenkommen, um gemeinsam – und das möchte ich betonen – für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark zu arbeiten.

Aus gegebenem Anlaß ein anderes Kapitel: Ein namhafter steirischer Redakteur fragte mich in diesen Tagen um Mittelvergabe oder ob ich Firmen Geld zustecke, zum Beispiel 300.000 Schilling für ein Gasthaus. Ich kläre hiermit, daß für einen Großteil der Förderungsfälle einerseits eine Zustimmung der Rechtsabteilung 10 und eine Prüfung der Landesbuchhaltung vor der tatsächlichen Auszahlung notwendig sind, wobei diese beiden Abteilungen der Anleitung und Aufsicht des Finanzreferenten unterstehen.

Dasselbe gilt auch für „ältere Fälle“, von denen der Amtsvorgänger und Parteikollege Dr. Christoph Klauer betroffen wäre.

Erinnern möchte ich daran, daß jeder Schilling an Wirtschaftsförderungsgeldern aus den Mitteln der allgemeinen Wirtschaftsförderung, bevor er ausgezahlt wird, eines Regierungssitzungsbeschlusses bedarf. In den letzten Jahren wurden, ich sage bewußt bis zum November 1991, über 90 Prozent der Förderungsbeschlüsse einstimmig gefaßt. Und für die neuen Wirtschaftsförderungsfälle – ich meine die Fälle, die nach dem Inkrafttreten der anscheinend neuen Koalition beschlossen worden sind – habe ich auch ein einfaches Argument zur Hand, nämlich das, daß sich zumindest einer der beiden Partner in einem einzelnen Wirtschaftsförderungsfall im Sinne des „Spieles der freien Kräfte“ für den von mir eingebrachten Vorschlag entschlossen haben muß, um ihn durchsetzen zu können. Dazu möchte ich noch bemerken, daß man im Wirtschaftsförderungsbereich mit „Fällen“ nicht spielt und nicht spielen darf, sondern die einzelnen Förderungsanträge von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern so gut und so sorgfältig wie möglich aufbereitet werden. Wo viel gearbeitet wird, ich sagte es schon einmal, fallen auch viele Späne, und so möchte ich nicht bestreiten, daß auch Fehler und Unzulänglichkeiten vorkommen können.

Die Qualität der Arbeit anzuheben kann dabei nicht nur eine berechtigte Forderung der Politik an die Verwaltung im weitesten Sinne sein, sondern ist umgekehrt auch eine berechtigte Forderung der Bevölkerung, sprich der Wirtschaft, an die Politik.

Somit möchte ich meine Bemerkungen abschließen, noch einmal wiederholen, daß ich im Dienste der steirischen Bevölkerung und der steirischen Wirtschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Steiermark gerne auch weiterhin auf Sie zugehe. Ich möchte Ihnen, insbesondere den Herren der beiden Fraktionen auf der Regierungsbank, und den Damen und Herren des Landtages anbieten, zur Klärung von Fragen, die die Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftsförderung und die wirtschaftliche Entwicklung in der Steiermark betreffen, entweder auf politischer Ebene oder auch auf Amtsebene eine Gesprächsrunde oder Arbeitsgruppe oder wie immer Sie es bezeichnen wollen einzurichten. Diese Gruppe kann sowohl zur Abklärung von Leitlinien wie auch in Einzelfällen tätig sein. Wir müssen nur etwas weiterbringen. Sie kann auch regelmäßig tagen oder, wie es oft mediengünstig gefordert wird, in Klausur gehen.

Dazu bin ich bereit, wenn man ernsthaft für die Menschen in diesem Land und die wirtschaftliche Entwicklung in der Steiermark arbeiten will.

Nun werde ich mich bemühen, sehr geehrte Damen und Herren, zu den einzelnen Fragen meine Antworten zu geben und meine Ideen, Konzepte und Vorschläge für konkrete Maßnahmen und auch einzelne Projekte vorzustellen.

Die Fragestellung war nicht direkt auf die Arbeitsmarktsituation bezogen, die Frau Kollegin hat sie aber begründet, und ich hatte eine solche Frage erwartet und mich selbstverständlich darauf vorbereitet.

Die derzeitige Arbeitsmarktsituation in der Steiermark ist keine überraschende schwierige Lage, kein

Niedergang der steirischen Wirtschaft, sondern primär die logische Konsequenz wirtschaftsrelevanter Fakten.

Das sei einmal vorweg festgestellt.

Nun zu den Zahlen, die Ihnen bekannt sein dürften:

Mit 393.100 Beschäftigten hat es in der Steiermark einen beachtlichen Zuwachs der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahr gegeben. Ihnen stehen gegenüber 46.561 gemeldete Arbeitslose. Das ist eine Rate von 10,6 Prozent.

Meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Es liegt mir fern, diese Zahl beschönigen zu wollen. Ich muß sie aber trotzdem relativieren, denn ein Großteil der gemeldeten Fälle ist einerseits saisonbedingt, weil er das Baugewerbe betrifft, andererseits jedoch hausgemacht. Dies deshalb, weil die sogenannte Krisenregionenverordnung des Sozialministers hier den gezielten Gang in die Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer praktisch programmiert hat.

Diese Verordnung besagt nämlich, daß ab einem Alter von 50 Jahren ein vierjähriger Arbeitslosenbezug mit anschließender Pensionierungsmöglichkeit gangbar ist. Dabei werden die Bezirke Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Bruck, Mürzzuschlag, Liezen, Voitsberg und Weiz als „Krisenregionen“ – eine derartige Bezeichnung ist für das Image einer Region, eines Bezirkes und eines Landes eine Katastrophe – ausgewiesen. Ich glaube, wir sollten uns gegen das Wort „Krisenregion“ als Ganzes wehren.

Was hat diese Krisenregionenverordnung bewirkt? Sie war für viele zahlreiche Firmen, aber vor allem für die Verstaatlichte – das war ja auch die Ursache der Verordnung – Anreiz, sich von ihren älteren Arbeitnehmern vorzeitig zu trennen. Der Anteil älterer arbeitsloser Menschen (ab 50 Jahre) an der Gesamtarbeitslosigkeit beträgt in diesen Regionen zwischen 22 und 37 Prozent. In Regionen, die dieser Verordnung nicht unterliegen, liegt der Prozentsatz hingegen zwischen 9 und 12 Prozent. Außerdem weist diese Gruppe der Arbeitslosen die höchsten Steigerungsraten auf. Sie hat im Jänner 1991 um nicht weniger als 40 Prozent zugenommen.

Da ist doch nicht die Wirtschaft schuld, da ist doch am System etwas nicht in Ordnung. Wir haben keine Wirtschaftskrise, sondern wir haben zum Teil eine hausgemachte Sozialsystemkrise. Denn auch – und da bin ich mit dem Sozialminister einer Meinung, ich habe vor 14 Tagen mit ihm darüber gesprochen – die Arbeitslosenstatistik ist eine Scheinstatistik. Von der offiziellen Arbeitslosenrate sind nämlich rund 50 Prozent abzuziehen, weil diese Quote dem Arbeitsmarkt durch Einstellungszusagen, Unzumutbarkeitsklauseln und andere Vermittlungshemmnisse überhaupt nicht zur Verfügung steht. Auch das muß einmal mit Nachdruck festgestellt werden, wenn man nichts Besseres weiß, als mit Negativstatistiken hausieren zu gehen, damit die Menschen zu verunsichern, wie es auch manche Kollegen in diesem Haus täglich praktizieren.

Und dabei bewußt vergessen und verdrängen, daß es eine jahrzehntelange SPÖ-Alleinregierung auf Bundesebene gegeben hat, daß wir die Entwicklung in der verstaatlichten Industrie erlebt haben und daß es damit auch ein gerüttelt Maß an Folgeerscheinungen und Mitschuld gibt. Wenn wir heute wissen, daß sich die Zahlen von Kurzarbeit steigern, dann stimmt nicht

jene Zahl, die genannt wird, von 4300, sondern es sind 3100 bewilligte, und die auch zu einem großen Teil im verstaatlichten Bereich. Nur, wenn man die Zahlen klar auf den Tisch legt, sind dies 25 Prozent weniger, als sie in den Medien stehen.

Wo ist denn eigentlich – das frage ich schon – das schon seit langem fällige, vom Herrn Bundeskanzler immer wieder versprochene Konzept für die Verstaatlichte in der Obersteiermark? Was ist denn mit unserer so vielgerühmten Achse nach Wien, frage ich den Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek. Bis jetzt hat sich sehr wenig gerührt. Wir warten noch immer darauf, daß die Versprechungen des Bundes eingelöst werden.

Ich bin vor 14 Tagen nicht nur beim Sozialminister, sondern auch beim Verstaatlichtenminister gewesen und habe ihm für die obersteirische Region vorgeschlagen, doch die 200.000-Schilling-Aktion, für die es bestehende Richtlinien und bestehende Gremien gibt – und die eine sehr erfolgreiche Aktion gewesen ist –, wieder aufleben zu lassen. Es wurde wohl Gesprächszusage gegeben, Erfolg hatte ich in diesen drei Wochen noch keinen. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist aber Ihr Problem!“) Die Antwort müßte vom Herrn Minister kommen, weil es gibt eine Vereinbarung. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist Ihre Haupttätigkeit, auf Antworten zu warten!“) Ich warte auf keine Antwort, lieber Herr Dr. Flecker, Sie können von mir sofort eine haben!

Der Herr Bundesminister war sehr freundlich, hat gesagt, setzen wir eine Arbeitsgruppe ein, und ich kann mir ausrechnen, wie lange er noch im Amt ist, und dann muß ich mit dem Nachfolger neu verhandeln. (Abg. Vollmann: „Nur, Frau Landesrätin, Sie tun so, als wenn seit 45 Jahren andere die Verantwortung in dem Land getragen haben. So geht es aber auch nicht!“)

Lieber Herr Kollege Vollmann, ich habe jetzt über die Bundesregierung gesprochen, und von 1970 bis 1983 hat Ihre Fraktion allein die Verantwortung getragen. (Abg. Vollmann: „Das ist eine Schwäche der Mehrheit dieses Landes, sonst gar nichts! Die Steirer haben sich ohnehin voriges Jahr revanchiert!“)

Ich rede über die verstaatlichte Industrie, und dort ist die Verantwortung seit dem Jahr 1970 und auch vorher bei der Sozialistischen Partei. Nur in den Fragen der Alleinregierung war es anders. (Abg. Vollmann: „Ich habe schon einmal gesagt: die vielen Versprechungen hören wir seit 15 Jahren!“)

Lassen Sie mich auch ein paar Sätze zur Jugendarbeitslosigkeit in der Steiermark sagen. Ihre Zahl betrug immerhin im Jänner 10.010. Auch hier hat das Baugewerbe einen beträchtlichen Anteil, so daß zu hoffen ist, daß sich diese Zahl mit Beginn der Saison im März reduziert. Aber Hoffnung allein ist mir zu wenig. Es gilt, etwas zu tun, und Ansatzpunkt Nummer eins ist die Ausbildung. Denn wenn unsere Betriebe nach Fachkräften geradezu schreien, aber keine bekommen, dann ist dies auch nicht die Schuld der steirischen Wirtschaft, sondern des Bildungs- und Ausbildungssystems. (Abg. Vollmann: „Der fehlenden Berufsausbildung vor allem!“) Aber auch die Einstellung unserer Jugend zur Arbeit. Denn wenn 574 Lehrstellensuchenden 1354 offene Lehrstellen gegenüberstehen, müssen wir mit diesen Jugend-

lichen reden, um ihnen zu sagen, es kann nicht immer am Beginn schon der Traumberuf sein, man muß sich umstellen.

Aus- und Weiterbildung werden in Zukunft ganz entscheidend dafür sein, ob es uns gelingt, mit der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung mitzuhalten, oder ob wir uns damit abfinden werden, zu glauben, ein Land zu sein, in dem man immer einen Schritt hintennach ist. Das wollen wir nicht, im Gegenteil, wir wissen, daß wir in das gemeinsame Europa hineinkommen können und daß wir in diesem Sinne auch ausgerüstet sein müssen. Die Nachfrage nach Fachkräften wird in Zukunft nicht kleiner, sondern größer werden. Diese Herausforderung müssen wir auch als Politiker annehmen, und deshalb haben wir bereits die Weichen für die Bildungszukunft gestellt und haben sie auch für die Zukunft zu stellen.

Was wir aber außerdem noch machen müssen, ist, der Wirtschaft jene Rahmenbedingungen zu geben, die es ihr ermöglichen, innovativ und expansiv tätig zu sein. Dazu gehören eine vernünftige und maßvolle Steuerpolitik ebenso wie Erleichterung und Hilfestellung bei Investitionen und Neugründungen von Unternehmen. Ich erinnere an die Regierungserklärung des Landeshauptmannes vom 18. Oktober, wo auch darüber geredet wurde, in dieser Legislaturperiode alles zu tun, um eine Verfahrenskonzentration durchzusetzen, eine sogenannte Gebrauchsanweisung für Unternehmer, die Betriebe erweitern, festigen oder neu gründen wollen.

Sozialpolitische Steuerungsmechanismen, die das Arbeiten attraktiver machen als das Stempelgehen, das müssen wir haben. Die können dazu beitragen, daß die Arbeitslosenrate in Zukunft nicht derartige Höhen erreicht.

Eine gesunde Wirtschaft ist noch immer der beste Garant dafür, daß wir nicht nur volle Läden in den Geschäften, sondern auch leere Schalter in den Arbeitsämtern haben, und das wünschen wir uns.

Eine steirische bildungspolitische Initiative ist zum Beispiel der Bildungsscheck des Landes Steiermark. Ständiges Lernen erhöht nicht nur die Qualifikation der Fachkräfte, sondern verbessert auch die Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf den entstehenden europäischen Binnenmarkt.

Die Berufsausbildung, wie sie die betriebliche Lehre in der dualen Form (Praxis und Berufsschule) bietet, ist eine sehr gute Grundlage, die eigentliche Qualifikation wird in den Folgejahren erworben. Durch gezielte Weiterbildung werden Chancen auf beruflichen Aufstieg, verbunden mit interessanten Aufgaben und sicherem Arbeitsplatz, erhöht.

Der Bildungsscheck des Landes Steiermark besteht in einer bis zu 50prozentigen Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen im Ausmaß von bis zu 2000 Schilling je Lehrling. Die Aktion soll vorerst versuchsweise für drei Jahre eingeführt werden. Ich werde mich sehr darum bemühen, diesen bei den Budgetverhandlungen durchzusetzen.

Mit folgenden Bildungsinstitutionen wurde verhandelt und sollten Vereinbarungen über die Abwicklung dieser Aktion getroffen werden:

BFI, Berufsförderungsinstitut, Landesstelle Steiermark; WIFI, Wirtschaftsförderungsinstitut der HK Stei-

ermark; LFI, Ländliches Fortbildungsinstitut der Landesregierung für Land- und Forstwirtschaft; ÖAF, Österreichische Akademie für Führungskräfte; Raiffeisenhof, Bildungszentrum der Landesregierung für Land- und Forstwirtschaft; STVG, Steirische Volkswirtschaftliche Gesellschaft; Volkshochschule, Volkshochschule der Arbeiterkammer Steiermark.

Für die finanzielle Bedeckung wird gesorgt werden müssen.

Der von mir am 9. Dezember 1991 eingebrachte Regierungssitzungsantrag wurde zurückgestellt und am 16. Dezember 1991 wieder eingebracht; der Sitzungsantrag wurde in der Regierung einstimmig beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Rechtsabteilung 10. Die Rechtsabteilung 10 hat im Hinblick auf das Budget bisher noch eine ablehnende Haltung eingenommen. Ich hoffe, daß sich dies in den nächsten Tagen ändert, weil wir ein Bekenntnis zum Stellenwert der steirischen Lehrlinge ablegen sollen.

Berufsschulinvestitionsprogramm, auch wenn man über Jugendarbeitslosigkeit redet in diesem Zusammenhang.

Im Hinblick auf den ständig steigenden Mangel an Fachkräften sind alle Anstrengungen zu unternehmen, den Jugendlichen eine optimale Ausbildung zu ermöglichen. Dazu gehören die bestmöglichen Voraussetzungen im baulichen Bereich, aber auch im Bereich der Ausstattung und Einrichtung.

Ich habe mit Schreiben vom 17. Jänner dieses Jahres den Landtagsklubs den von der Abteilung für gewerbliche Berufsschulen erstellten Finanzbedarf für den Bereich Berufsschulwesen im Hinblick auf Ausbau, Einrichtung und Instandhaltung mit einem Gesamterfordernis von 1.125.000.000 Schilling mit der Bitte um Unterstützung übermittelt.

Ich werde raschestmöglich den Berufsschulbeirat, und da bitte ich jene Klubs, die noch nicht nominiert haben, einberufen und ihm eine Prioritätenliste im Hinblick auf Etappenpläne zur Realisierung vorlegen und dort beraten. Diese Berufsschulmilliarde ist als Ausbildungsmilliarde zu sehen und notwendig, da die einzelnen Berufsschulgebäude auf Grund ihres Alters und damit ihres Bauzustandes immer höhere Beträge für die Instandhaltung und Instandsetzung benötigen. Darin sind auch bauliche Verbesserungen, wie Energiesparmaßnahmen, enthalten. Die ständige technologische Weiterentwicklung und ein permanentes Anpassen an die Einrichtungen und Ausstattungen der Wirtschaft sind nicht nur erwünscht, sondern unbedingt notwendig. Auf Grund der Berufsschulzeiterweiterung und der damit verbundenen neuen Lehrpläne müssen neue Werkstätten und Laborräume eingerichtet beziehungsweise ausgestattet werden. Außerdem sind in einzelnen Landesberufsschulen – ich habe gelesen, daß es über die Turnmöglichkeiten der Pflichtschüler Aussagen gibt, das gilt auch für die Berufsschüler, aber es ist ein Mehrbedarf notwendig. Auch bei den Turnmöglichkeiten für die Berufsschüler, die sich dort befinden, gehört auch noch einiges verändert und verbessert. Darüber hinaus möchte ich sagen, daß wir vor allem im Berufsschulzentrum Graz-St. Peter dringende Aus- und Zubauarbeiten haben, so fehlen Werkstätten für Lackierer und Dachdecker. Besonders dringend erscheint der Um- und Ausbau der Landesberufsschule Bad Gleichenberg. Es wird dies sicher ein

Thema für die Budgetdebatte werden. Ein Erfolg sind die angebotenen Fachakademien für junge Leute, und es gibt ja auch viele Maturanten, die zur Zeit ohne Arbeit dastehen, und man hat Fachakademien angeboten, und es konnten nur 20 Prozent der Bewerber aufgenommen werden, weil es eben eine berufsbegleitende Ausbildung ist mit einer Studienberechtigungsprüfung, und nach Ablegung dieser Studienberechtigungsprüfung kann man auch an einer Universität oder Fachhochschule studieren. Beides ist angeboten für die Maturanten und die Lehrlinge oder für jene, die sich weiterbilden wollen.

Fachhochschulen, ein eigenes Thema, gehört aber auch hier angesprochen. Im Hinblick auf den schwierigen Strukturwandel in Industrie und Wirtschaft ist die Steiermark herausgefordert, Initiativen auf dem Bildungs- und Ausbildungssektor zu setzen.

Gerade im tertiären Bildungsbereich steigt die bildungspolitische Notwendigkeit, Alternativen zu schaffen, die durch die schon bestehenden Bildungsinstitutionen – auch im Hinblick auf internationale Entwicklungen, EG, EWG, nicht ausreichend abgedeckt sind. In einer an mich gestellten Landtagsanfrage vom 3. Dezember 1991 habe ich bereits ausführlich über die Installierung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe sowie über die bereits getätigten Vorarbeiten berichtet.

In diesem Arbeitskreis sind Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Universitäten, Schulen, Verwaltung und Bildungseinrichtungen der Wirtschaft vertreten. Insbesondere wurden auch Untersuchungen über mögliche Standorte in der Steiermark durchgeführt, demnach bieten sich auf Grund der vorhandenen Infrastruktur für ein Pilotprojekt drei Standorte an, und zwar Verfahrenstechnik in Niklasdorf, Automatisierungstechnik im Großraum Graz sowie Bauholz in Übelbach.

Das Pilotprojekt sollte auf der Basis einer engen Kooperation mit der Universität Mannheim analog, wie es auch in Vorarlberg mit der Universität Konstanz bereits erfolgreich abgewickelt wird, durchgeführt werden.

Die bisher geführten Gespräche mit Baden-Württemberg haben ein äußerst konstruktives, offenes und partnerschaftliches Gesprächsklima gezeigt.

Ende März wird die steirische Arbeitsgruppe einer Einladung nach Baden-Württemberg folgen, um diese Kooperation zu intensivieren.

Ein von mir am 20. Jänner eingebrachter Regierungssitzungsantrag mit folgendem Inhalt:

Aufforderung an die Landesregierung, an die Bundesregierung heranzutreten, die Gründung von Fachhochschulen zu ermöglichen beziehungsweise ein Pilotprojekt in der Steiermark zu unterstützen. Ein Gespräch über diesen Antrag mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter gestern hat leider nicht geklappt, aber daran war ich schuld. Das Gespräch war für gestern vorgesehen, weil es eigentlich in diesem Fall noch um die Zuständigkeit beziehungsweise Geschäftseinteilung geht. Ich hoffe, daß wir zugunsten der Jugendlichen zu einem guten Weg kommen.

Jugendbeschäftigungsprogramm: Das von Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer im Jahr 1983 ins Leben gerufene Jugendbeschäftigungs-Sonderprogramm hat sich in den letzten Jahren als erfolgreiches Instrumen-

tarium zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erwiesen. So wurden in den letzten Jahren erfolgreich Beschäftigungsprojekte durch das Land Steiermark initiiert und abgewickelt. Es wurden auch einzelne Projekte gemeinsam mit der Wirtschaft, aber auch in erfolgreicher Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt im Bereich der sozialökonomischen Beschäftigungsprojekte durchgeführt. Die Projektarbeit soll vor allem jenen jungen Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, die schwer Zugang zum regulären Arbeitsmarkt finden.

Das Ziel, arbeitslose Jugendliche durch die Projektarbeit in den regulären Arbeitsprozeß wieder einzugliedern, ist bei vielen Projekten in einem hohen Maß erreicht worden. Ich darf hier kurz die im Jugendbeschäftigungs-Sonderprogramm geförderten laufenden Projekte skizzieren:

SALE-Steiermark und ISOP-Steiermark – ein Beschäftigungsprojekt für arbeitslose Lehrer und Lehrerinnen;

Bunte Fabrik, Bruck an der Mur – ein Projekt, welches Frauen und Männern die Möglichkeit bietet, über Arbeit mit Holz wieder einen Weg ins Berufsleben zu finden, wobei nach Abschluß des Projektes eine Lehrabschlußprüfung möglich ist.

Verein Holzwerk/Frauental – eine kombinierte Schulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, wobei Frauen eine 12- bis 14monatige Tischlerpraxis absolvieren, welche mit Lehrabschluß endet.

Verein Bicycle – ein Entwicklungsprojekt, welches sich mit Fahrradverleih und Fahrradreparatur in der Landeshauptstadt Graz beschäftigt.

Projekt Bugkraxn/Leoben – ein Projekt, das sich mit verschiedenen Bereichen, wie Renovierung von Holzmöbeln, Entrümpelungen, Transporte und so weiter, beschäftigt.

Verein Wirtschaftsoffensive/Bezirk Voitsberg – welcher mit der Zielsetzung gegründet wurde, verschiedene Impulse und Initiativen bei der wirtschaftlichen Erneuerung des Bezirkes zu geben.

Ein weiteres Beschäftigungsprojekt, welches seit Jahren erfolgreich in Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktverwaltung abgewickelt wird, ist die Förderung von hauptamtlichen Mitarbeitern in Tourismusorganisationen, -vereinen und -verbänden. So wurde in den beiden letzten Jahren 13 Fremdenverkehrsorganisationen für ebenso viele Mitarbeiter Unterstützung gegeben.

Das Projekt Gästebetreuung und Animation wird heuer bereits zum vierten Mal erfolgreich abgewickelt, und so wurden in den Jahren 1990 und 1991 28 Gästebetreuer für ebenso viele touristische Regionen, Vereine beziehungsweise Tourismusorte gemeinsam mit der Arbeitsmarktverwaltung gefördert.

Projekt Haushalts- und Kinderhilfe der Caritas der Diözese Graz-Seckau, das Absolventinnen von Haushaltsschulen, Hauswirtschaftsschulen und Haushaltslehrgängen bis zur Findung einer Lehrstelle beziehungsweise Arbeitsstelle die Möglichkeit bietet, in kinderreichen Familien mit Pflegepersonen eine Beschäftigung zu haben.

Siemens/Fohnsdorf: Bei diesem Projekt wurden seit Jahren für überbetrieblich ausgebildete Lehrlinge im Ausbildungszentrum Fohnsdorf umfassende Förde-

rungsmittel zur Verfügung gestellt. Demnach wurden seit dem Jahr 1984 193 Lehrlinge unterstützt.

Es sind dies nur einige dieser Projekte, wie aus den Medien bereits zu erfahren war, die damit aber auch hinsichtlich ihres Weiterbestandes gefährdet sind, da das Sozialministerium österreichweit budgetmäßige Kürzungen um 150 Millionen Schilling vorgenommen hat. Diese Kürzung betrifft in überwiegendem Ausmaß allein mit 115 Millionen Schilling die Steiermark.

Es finden laufend Verhandlungen mit dem Sozialminister statt, um nachträglich doch noch eine Erhöhung der Budgetmittel für unser Bundesland zu erreichen. Ich appelliere aber auch an Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren im Hohen Haus, uns dabei zu unterstützen, daß die Budgetansätze im Jugendbeschäftigungs-Sonderprogramm, wie es in den letzten Jahren dotiert war, keiner Kürzung zum Opfer fallen.

Gut ausgebildet heißt dann auch einen qualifizierten Arbeitsplatz erhalten. Damit bin ich beim Thema Technologieparks, Industrie- und Gewerbeparks, Gründerzentren, insbesondere Technologiepark und Schulungszentrum Niklasdorf.

Der Beschluß in der Steiermärkischen Landesregierung und im Steiermärkischen Landtag in den Jahren 1987 und 1988 für die Errichtung des Technologieparks und des Schulungszentrums Niklasdorf mußte mit der ÖVP-Mehrheit gefaßt werden. Der Technologiepark und das Schulungszentrum Niklasdorf haben sich äußerst positiv entwickelt und war der Technologiepark bereits bei seiner Eröffnung im März 1990 fast zur Gänze ausgelastet. Dazu darf ich noch einen kleinen Überblick über die Entwicklung der Technologieparks geben:

1986, Graz, erste Ausbaustufe, zirka 1700 Quadratmeter; 1987, Graz, zweite Ausbaustufe, zirka 2900 Quadratmeter; 1988, Graz, dritte Ausbaustufe, zirka 3500 Quadratmeter; 1990, Niklasdorf, erste Ausbaustufe, 650 Quadratmeter; 1992, Niklasdorf, zweite geplante Ausbaustufe, zirka 900 Quadratmeter.

Der Ausbau des Technologieparks für Niklasdorf wurde bereits in der Steiermärkischen Landesregierung einstimmig beschlossen, und es hat sich hier ein Umdenken ergeben, über das ich sehr froh bin. Ein Kostenaufwand von rund 6 Millionen Schilling wurde genehmigt.

1990/1991 Grambach – Planungsbeginn für den Technologiepark und Ankauf eines wichtigen Zugangsgrundstückes mit zirka 2,1 Millionen Schilling Aufwand.

1991/1992 Grambach – einstimmiger Regierungsbeschluß zur Genehmigung von zirka 7,5 Millionen Schilling für Grundankäufe und von 5,6 Millionen Schilling.

Mit einem Baubeginn im Technologiepark Grambach kann noch heuer gerechnet werden.

Weitere Technologieparkinitiativen sind in den Gemeinden Lannach und Leoben und in Bad Radkersburg in Planung. Insbesondere darf ich darauf hinweisen, daß zwischen Vertretern des Landes Steiermark und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit Vertretern des Bundes und der verstaatlichten Industrie sehr ernsthaft beraten und geprüft wird, ob wir einen Technologiepark auf derzeit ungenützten Lie-

genschaften im Bereich der Firma AT&S in Leoben errichten können. Dort gibt es leerstehende Betriebsflächen, Büroflächen und Grundstücke. Zur Forcierung dieser Initiative habe ich auch mit Bundesminister Streicher bei diesem Gespräch mich besonders eingesetzt. Die nunmehrige Unterstützung unserer Technologieparkinitiativen durch die SPÖ – ich habe es auch über die Presseaussendung, aber auch bei den Beschlüssen festgestellt – nehme ich mit Freude zur Kenntnis.

Abschließend möchte ich noch mitteilen, daß sehr wohl beide Technologieparks, nämlich Graz und Niklasdorf, mit 100 Prozent mehr als ausgelastet sind.

Ein nächster Teil:

Job Creation in einer Region des Landes, im Aichfeld-Zentrum, Bezirk Knittelfeld/Judenburg:

Die privatwirtschaftlich organisierte Betriebsansiedelungsinitiative der Firma Job Creation und die Gründung und Errichtung des Aichfeld-Zentrums in der Region Aichfeld-Murboden in der Stadtgemeinde Zeltweg mußten im Juni 1988 ebenso mit der ÖVP-Mehrheit in der Regierung beschlossen werden. Auch hier lese ich, daß es für Gründerzentren ein Umdenken gibt. Im Landtag wurde diese Initiative von der Freiheitlichen Partei unterstützt. Die Entwicklung des Aichfeld-Zentrums war zwar nicht so positiv wie die Entwicklung des Technologieparks und des Schulungszentrums Niklasdorf, liegt aber noch im ursprünglich dargestellten Rahmen. Der Herr Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko war ja dort, habe ich gelesen, und er wird ja sicher etwas dazu sagen. Ich freue mich.

Fairerweise muß ich zur Job Creation-Initiative und zur Initiative für die Errichtung des Technologieparks und des Schulungszentrums Niklasdorf festhalten, daß die jeweiligen Ortsgemeinden, die beide sozialistisch dominiert sind, positiv für die jeweiligen Projekte gearbeitet haben, im Gegensatz zu der sozialistischen Landesfraktion.

Ein Umdenken der Sozialisten in der Frage der Errichtung von Technologieparks und der Errichtung von Gründerzentren – und der Besuch, der stattgefunden hat, zeigt es ja dann auch – und die Erarbeitung von Industrie- und Gewerbebezonen ist positiv zu sehen, es muß aber auch klar sein, daß wir es wissen, daß solche Initiativen einen hohen Kapitaleinsatz notwendig machen und man auch immer mit einem entsprechenden Risiko rechnen muß. Wie man überhaupt sagen muß, Wirtschaftsförderung ist generell gesehen, wenn man sie ehrlich betreibt, ebenso riskant wie wirtschaften selbst.

Damit komme ich zu einem weiteren Teil der Wirtschaft, den man nicht wegdenken darf und der ein Teil einer Anfrage ist, die Infrastruktur.

Wir bemühen uns vor allem, zum Beispiel bei Mithilfe und auch bei Beratung regionaler Leistungsschauen, jenen Regionen zu helfen, die durch Selbstdarstellung und durch Messenorganisation versuchen, die wirtschaftliche Situation in ihren Bezirken zu beleben, zu stärken und zu gestalten. Ich nenne für den obersteirischen Raum, beginnend von der INFOSA bis zur Mürzer Messe, natürlich auch Eisenerz-Aktiv, wo wir gerade im Vorjahr das erste Mal nach längerer Zeit wieder eine Weihnachtsausstellung hatten. Aber auch in den grenznahen Regionen unseres Landes werden

diese Initiativen ergriffen, das geht von der Leistungsschau in Voitsberg bis zur Berufsinformationsmesse in Hartberg oder wenn Sie Deutschlandsberg, Feldbach und so weiter nehmen.

Infrastruktur heißt aber auch, für die Verkehrsinfrastruktur sorgen, und ich habe am Beginn schon gesprochen, welche Bedeutung gute Verkehrswege für die steirische Wirtschaft haben.

Diese Verkehrswege sind nämlich die Adern unserer Wirtschaft und damit auch eine grundlegende Voraussetzung für die Lebensfähigkeit. Ich vergleiche das mit dem Menschen, der bei mangelhafter Ausbildung dieser Struktur nur eingeschränkt leben kann. Und das trifft auch für die Wirtschaft zu.

Bekanntlich stellt die Verkehrsinfrastruktur nicht nur eine Voraussetzung für die Bereiche des Lebens dar, sondern ist im Zuge der Realisierung und Erhaltung eines der wichtigsten – und ich betone noch einmal – aussagekräftigsten Standbeine der Wirtschaft. Ich möchte daher auch auf die Auslastung und Konjunkturphase der Bauwirtschaft kurz eingehen.

Sowohl österreichweit als auch in der Steiermark stellt die Bauwirtschaft eine der wichtigsten Stützen der Wirtschaftsentwicklung dar. Diese Tendenz wird sich mindestens bis zum Jahresende fortsetzen, das Wachstum des Bauwirtschaftsanteiles an der gesamten realen Wirtschaftsleistung wird deutlich über letzterer liegen. In allen Sparten des Bauwesens konnte das hohe Niveau des Jahres 1990 nicht nur gehalten, sondern sogar beträchtlich gesteigert werden. Für das Jahr 1991 ergab sich auf den Baustellen sowohl österreichweit als auch in der Steiermark ein nomineller Umsatzzuwachs in der Höhe von 12 Prozent. Hauptverantwortlich hiefür war der Hochbau mit rund 16 Prozent, allerdings konnten auch im Tiefbaubereich beträchtliche Zuwächse in der Höhe von 10 Prozent erreicht werden. Daß diese Entwicklung zumindest 1992 anhält, läßt entsprechend den Erhebungen des WIFO ein gut ausgestatteter Auftragspolster sowohl in der österreichischen als auch in der steirischen Bauwirtschaft erwarten.

Ich komme zurück auf die steirische Verkehrspolitik, die zweifellos von der geopolitischen Zentrallage geprägt wird. Ein vordringliches Ziel der Steiermark war die Schaffung leistungsfähiger Verbindungen zu den Wirtschaftszentren Österreichs und den Industrieländern Europas. Rückblickend kann festgestellt werden, daß dieses Vorhaben dank Hartnäckigkeit und Verhandlungsgeschick unseres Herrn Landeshauptmannes Dr. Josef Krainer hervorragend gelungen ist. Seit 1971, also vor mehr als 20 Jahren, wurden dem Straßenbau in der Steiermark nach jahrelangen Benachteiligungen durch den Bund derartige Impulse verliehen, daß wir heute stolz feststellen können: unser hochrangiges Straßennetz ist faktisch fertig.

Damals, 1971, haben wir mit einem 25 Kilometer langen Teilstück der Südautobahn bei Graz lediglich 4 Prozent des heutigen Gesamtnetzes zur Verfügung gehabt. Wer hätte gedacht, daß wir heute in der Steiermark ein Autobahnen- und Schnellstraßennetz mit einer Gesamtlänge von 450 Kilometer aufweisen können? Neben der Pyhrnautobahn, wo Mitte des Jahres der Schoberpaßübergang als letztes fehlendes steirisches Teilstück dem Verkehr übergeben wird, und der Südautobahn ist mit der Sonderfinanzierung der



Schnellstraßen in der Mur- und Mürzfurche eine entscheidende Unterstützung unserer obersteirischen Wirtschafts- und Industrieregion gelungen.

Auch das letzte Stück über den Semmering wird – wie mir Minister Schüssel versichert hat – nunmehr in Angriff genommen, und zwar gleich im Vollausbau mit Beginn bei Spital am Semmering. Im Sinne der Verkehrssicherheit ist für mich der Vollausbau der Autobahn Grundvoraussetzung. Aus diesem Grund habe ich mehrmals Minister Schüssel zu einem raschen Ausbau der Halbautobahn zwischen Gleisdorf und Hartberg aufgefordert. Gott sei Dank wird dieses gefährliche Straßenstück mit der so hohen Unfallhäufigkeit demnächst, nämlich straßenbaulich ab 1993 und im Bereich der Brücken ab 1995 – entschärft sein.

Diese Straßenbaubilanz der letzten Jahre war allerdings nur durch einen gewaltigen Mitteleinsatz möglich. Insgesamt wurden für den Ausbau des hochrangigen Straßennetzes 40 Milliarden Schilling investiert, die allerdings vom Straßenreferenten, Landeshauptmann Dr. Krainer, nahezu erkämpft und durch Einsatz von Landesmitteln faktisch erzwungen wurden. Die Steiermark ist das einzige Bundesland, das für den Ausbau der Autobahnen und Schnellstraßen – einer reinen Bundesaufgabe – aus dem eigenen Budget 1,5 Milliarden Schilling beigesteuert hat. Und wenn nunmehr die Rede davon ist, neben der bisherigen Mautbenachteiligung beim Gleinalm- und Bosrucktunnel auch andere steirische Abschnitte gebührenpflichtig zu machen, wird es notwendig werden, den Wiener Zentralstellen noch deutlicher unsere Haltung in dieser Frage zu demonstrieren. Einseitige Belastungen werden jedenfalls nicht hingenommen. Umso mehr ist der Abbau der bestehenden Benachteiligungen in der Steiermark im Hinblick auf gleichwertige Wettbewerbschancen notwendig. Die Bundesregierung wurde jedenfalls aufgefordert, umgehend eine bundesweite und wettbewerbsgerechte Mautregelung einzuführen. In der Steiermark wurde eine Studie für die Auswirkungen auf die steirische Wirtschaft in Auftrag gegeben. Schließlich hat das Land mit der Beteiligung an einer der größten Straßensondergesellschaften in Österreich ein gewisses Pfand, das für die geplante Zusammenlegung der Sondergesellschaften und einer damit verbundenen neuen Mautregelung eingesetzt werden soll. Wettbewerbsgerechtigkeit wird von mir gefordert, wofür ich auch um Unterstützung ersuche.

Diese Bilanz läßt sich auch im Bereich der Bundes- und Landesstraßen fortsetzen, die durch die Erschließung der steirischen Regionen sowohl für Wirtschaft als auch Tourismus eine besondere Bedeutung haben. Wir haben für die 1500 Kilometer Bundesstraßen und die 3300 Kilometer Landesstraßen gezielte Programme ausgearbeitet, die zu einem Teil bereits erfüllt wurden, zum anderen Teil gerade umgesetzt werden. Schwerpunkt dieser Maßnahmen, die ebenfalls ein Investitionsvolumen von 25 Milliarden Schilling umfaßten, waren die Realisierung von Ortsumfahrungen, die Beseitigung von unfallträchtigen Kreuzungen, die Trassenverbesserung einzelner Abschnitte, vor allem aber der Anschluß an das hochrangige Straßennetz. Sie müssen zugeben, meine Damen und Herren, eine äußerst positive Bilanz, was den Ausbau unseres

Straßennetzes betrifft. Für die Zukunft ist es nicht leichter geworden – ich sage das Wort: Florianiprinzip.

Unser verkehrspolitisches und damit auch wirtschaftliches Ziel ist auch darauf ausgerichtet, eine europareife Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen. Damit können neue Standardqualitäten geschaffen und ein Aufschwung neuer Industriezweige bewirkt werden. Waren die Straßen eine Grundvoraussetzung für unsere Verkehrsinfrastruktur, so sind sie nicht für die heutigen Kapazitäts- und Umweltanforderungen geschaffen, die die Annäherung an die Absatz- und Produktionsmärkte Europas mit sich bringt. Jahrzehntelange Benachteiligungen im Bahnausbau – nicht nur, aber vor allem in der Steiermark – erfordern natürlich ein umfassendes, gezieltes Investitions- und Ausbauprogramm dieses wichtigen Verkehrsträgers. Um diese Voraussetzungen und Zielvorstellungen unter einen Hut zu bringen, hat Landeshauptmann Dr. Josef Krainer 1988 das Steirische Gesamtverkehrsprogramm in Auftrag gegeben, das uns als Leitlinie für den Ausbau unserer Verkehrswege und Betriebsansiedlerfragen: wie ist dieser Ort zu erreichen, dient, und wir werden das für die Wirtschaft ganz besonders brauchen.

Mit der Erweiterung meines Ressorts im Herbst des Vorjahres durch die Verkehrsagenden, womit sich für Wirtschaft und Tourismus der Kreis schloß, standen damit auch ein anerkanntes Konzept und Leitbild für den weiteren Ausbau unserer Infrastruktur zur Verfügung. Der schwere Weg zur Realisierung dieses gediegenen Programmes hat damit begonnen. Wir werden versuchen, vor allem das Förderungsprogramm mit dem Bund abzustimmen. Wir haben aber auch in diesem Zusammenhang die Aufgabe, die Gesamtinvestitionen in der Steiermark im Budget auf einige Jahre verteilt umzusetzen. Vornehme Zurückhaltung bei gerechtfertigten Forderungen an den Bund bringen uns nur Benachteiligungen. Mit Selbstverständlichkeit fordert zum Beispiel die Bundeshauptstadt den Umschlagbahnhof Kledering, den U-Bahn-Bau in Wien, den Westbahnausbau oder die Nahverkehrsdrehscheibe in Linz, um andere Bundesländer zu nennen. Schon aus diesem Grund wäre es sehr sinnvoll, und ich muß die Gelegenheit heute benutzen, nachdem ich die Abgeordneten hier bitten kann, mich dabei zu unterstützen, wenn die Steiermärkische Landesregierung und der Steiermärkische Landtag einhellig hinter dem Investitionspaket stünde, das mit seinem Volumen von 90 Milliarden Schilling neben der wichtigen benötigten Infrastruktur auch einen Impuls für die Gesamtwirtschaft von 150 Milliarden Schilling auslöst. Lediglich 9 Prozent dieser Investitionen sind dabei vom Land aufzubringen, das sind 8 Milliarden Schilling. Ausgehend vom derzeitigen Verkehrsbudget, bedeutet das einen Zehnjahresinvestitionszeitraum. Für diesen Zeitraum ist unser Gesamtverkehrsprogramm auch ausgelegt. Sie können, Herr Kollege Ressel, wie wir erst kürzlich besprochen haben, getrost diesem Verkehrskonzept auch aus finanzieller Sicht zustimmen.

Ich möchte aber die Gelegenheit auch nutzen, die Schwerpunkte unserer steirischen Verkehrspolitik und vor allem auch aktuelle Verkehrsthemen, die uns in diesen Tagen beschäftigen, zu streifen: Vom Semmering-Basistunnel habe ich geredet. Er wurde

von der Bundesregierung und vom Parlament über das ASFINAG-Gesetz abgesichert. Aber es ist nicht allein die Fahrzeit und die Energieeinsparung, es ist vor allem die Verlagerung des Transitverkehrs, die möglich wird, von der Straße auf die Schiene, warum wir uns für diesen Semmering-Basistunnel so sehr einsetzen. Gleichzeitig sage ich dazu, mit dem Projekt Südostspange, das einen weitaus größeren Zeitraum bis zur Fertigstellung braucht, nämlich frühestens im Jahre 2020, der Semmering-Basistunnel könnte in diesem Jahrzehnt noch wirksam sein, das ist kein Ersatz dafür, und wir haben zu handeln. Über die Realisierung der Südostspange werden wir sicher die Möglichkeit haben, auch in der Budgetdebatte zu reden. Aber eines möchte ich noch zur Äußerung anderer Bundesländer und anderer Verantwortungsträger sagen:

Es gibt ein Zitat, in dem man sagt, Binnenländer brauchen eine bessere Infrastruktur als Küstenländer. Niederösterreich und Wien können nicht Bundesländer, die keine Wasserstraße haben – sie haben nämlich eine –, nur mit Mautstraßen beglücken wollen. Das können wir als Steiermark nicht annehmen. Wenn man in Kärnten meint, den Semmering-Basistunnel auch nicht zu brauchen – das ist aber nur die Aussage einzelner Kärntner –, dann haben sie vergessen, daß sie als Nachbarn den oberitalienischen EG-Raum haben, und wir haben als Nachbarn den umkämpften Südosten mit wirtschaftlich größten Schwierigkeiten. Das ist der Unterschied, und darum müssen wir kämpfen. In diesem Zusammenhang ist auch die konsequente Forderung nach einem Ausbau des Container-Terminals nach der Standortgenehmigung zu fordern, und wir werden in diesem Falle auch nicht nachlassen.

Die Nahverkehrsdrehscheibe Graz wird auch in einem anderen Bereich wieder angesprochen werden. Ich möchte zusammenfassend nur sagen: Es gilt, viele Projekte umzusetzen, es wirkt sich auf die steirische Wirtschaft aus, und wir werden gemeinsam mit Planern, Bauern und Benützern – mit Bauern habe ich jetzt die Straßen- und Bahnbauer gemeint –, aber vor allem mit den regional verantwortlichen Politikern versuchen, gute Lösungen zu finden. Ich glaube daran, daß es gelingt, weil es gelingt ja auch in anderen Bereichen, die Situation zu verbessern.

Damit bin ich beim Tourismus angelangt. Das Tourismusjahr 1990/91 war das bisher erfolgreichste in der Geschichte des steirischen Tourismus.

So sind insgesamt in der Steiermark 9,5 Millionen Übernachtungen, das ist ein zusätzliches Plus von 2,6 Prozent, zu verzeichnen gewesen. Und weil Sie fragen, wer dafür verantwortlich ist. Verantwortlich dafür, daß etwas gut geht in diesem Land, sind nicht nur Politiker, sind nicht nur Werbeleute, verantwortlich sind vor allem jene Tausende von Menschen, jene Wirtinnen und Wirte, Unternehmer, Mitarbeiter im ganzen Land, die tagtäglich für den Touristen und die Gäste arbeiten und sich sehr, sehr bemühen, ihnen dieses Land so darzustellen, daß man gerne zu uns kommt. Das sind die wirklich Verantwortlichen, und bei denen muß man sich bedanken.

Es ist auch eine besondere Freude, daß man sagen kann, die Steiermark ist das Inländerurlaubsland Nummer eins geblieben und hat den Spitzenrang behalten können. Der Schwerpunkt der Tourismuspolitik ist auch für die Zukunft, daß wir versuchen werden,

jene Philosophie zu halten, „nicht die Größten, aber die Besten“, aber vor allem qualitativ aufzuwerten und auch mitzuhelfen, einen Ganzjahrestourismus zu erreichen, wie man sagen kann, daß die Standortentwicklung, die -vermarktung in Zusammenarbeit mit der Steiermärkischen Landesholding eingeleitet wurde und auch umgesetzt werden kann. In diesem Zusammenhang einige Worte zur Steiermark-Werbung.

Wie Sie wissen, gab es am 16. Dezember 1991 – es gab zuerst den November-Beschluß – den Beschluß in der Steiermärkischen Landesregierung, und ich habe heute den beiden Kollegen, dem Herrn Landesfinanzreferenten und dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schmid, die Unterlagen für eine Neukonstruktion vorgelegt, und ich hoffe, daß wir in den nächsten 14 Tagen zu einem Gespräch kommen, wie diese anschauen soll. Ich bin überzeugt, daß die Steiermark-Werbung auch jetzt und gerade in diesen Monaten großartige Arbeit geleistet hat und leistet. Die Besucher und Reiseverkäufer der Deutschen Bundesbahn, die in der Energiewoche hier gewesen sind, es waren 600, haben gesagt, daß sie 1994 gerne wiederkommen, weil sie sich nirgends so wohl gefühlt haben und die Steiermark eines der schönsten Bundesländer ist.

Ein weiterer Schwerpunkt der touristischen Entwicklung in der Steiermark ist eben auch jener, im Thermenbereich weitere Fortschritte zu machen, und so ist in der Regierungssitzung vom 10. Februar 1992 einstimmig beschlossen worden, in Blumau ein Thermenort mit einem Investitionsvolumen von rund 1,5 Milliarden Schilling mit vorerst geplanten 1000 Betten durch Baumeister Ing. Rogner gemeinsam mit Meister Hundertwasser zu errichten. Es handelt sich hier um eine privatwirtschaftliche Initiative, wobei das Land Steiermark bei der Bereitstellung der Infrastruktur helfen und Hilfestellung im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderungsmöglichkeiten gewähren wird. Ich darf zur Klarstellung darauf hinweisen, daß gemäß dem zitierten Grundsatzbeschluß der Regierung der Firma Rogner für die Errichtung des Thermenortes die 100prozentige Nutzung des Thermalvorkommens zur Verfügung gestellt wird, wobei das Wasserrecht jedenfalls beim Land Steiermark bleiben wird. Bis Jahresende ist Baumeister Rogner verpflichtet, ein konkretes Projekt, welches Grundlage für weitere Verhandlungen sein wird, vorzulegen.

Um in der Thermenregion zu bleiben, in Bad Waltersdorf wird mit Frühsommer dieses Jahres das Steigenberger-Hotel in Betrieb gehen, womit in Bad Waltersdorf rund 500 Qualitätsbetten mit einem Investitionsvolumen von rund 500 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Weitere Hotelprojekte befinden sich in konkretem Verhandlungsstadium. Darüber hinaus soll auch die Infrastruktur im sportlichen Bereich erweitert werden.

Auch Bad Radkersburg wird noch vor dem Sommer eine Kapazitätserweiterung mit dem Hotelprojekt Dr. Leebmann erhalten, womit bis Sommer rund 240 Qualitätsbetten zur Verfügung stehen werden. In diesem Zusammenhang ist aber auch auf die Notwendigkeit des Ausbaues und der Erweiterung der Therme hingewiesen, die sich derzeit im Planungsstadium findet. Auf Podgrad werde ich noch konkret zurückkommen.

Weitere touristische Erschließungen sind in der Eisenerzer Ramsau geplant. Die diesbezüglichen Verhandlungen einer Arbeitsgruppe zwischen Land und Bund sind erfolgreich verlaufen. Demnach soll auch dort gemeinsam mit Baumeister Rogner die Projektierung eines touristischen Großvorhabens (Hotelprojekt mit 500 Betten und so weiter) mit einem veranschlagten Investitionsvolumen von rund 600 Millionen Schilling durch eine Machbarkeitsstudie geprüft werden. In einer der kommenden Regierungssitzungen wird ein entsprechender Regierungssitzungsantrag von mir der Regierung zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden.

Ein anderes touristisches Projekt wird in Wörschach entstehen, wonach ein Schwefel- und Moorbad mit Kurhotel und entsprechender Infrastruktur errichtet wird. Investitionen im Gesundheitstourismus sollen in der Weststeiermark getätigt werden. In Bad Gams ist die Errichtung eines Kneippzentrums geplant, in Marhof wird das Projekt eines Gesundheits- und Gichtbades entwickelt.

Nachdem es auch im Schitourismus erfreuliche Zuwächse gibt, soll die Konkurrenzfähigkeit durch Verbesserungsinvestitionen und Zusammenschlüsse gesichert werden. Auch sind weitere Investitionen für Beschneigungsanlagen zur Sicherung und besseren Auslastung des Wintertourismus vorgesehen, wobei dem Umweltschutzgedanken der Vorrang gebührt. Die von der Steiermärkischen Landesregierung beschlossenen Beschneigungsrichtlinien sind anzuwenden und tragen diesem Umstand besondere Rechnung.

In diesem Zusammenhang auch ein Wort zur Arbeitsmarktsituation im Tourismus: Die Arbeitsmarktlage im Gastgewerbe und in der Hotellerie ist nach wie vor angespannt. Eine Verschärfung hat sie erfahren durch die Einführung der Fünftagewoche, die ab Mai 1992 in Kraft treten soll. Man rechnet mit einem zusätzlichen Bedarf an Arbeitskräften im Ausmaß von 8 bis 14 Prozent. Ich möchte auf das vor kurzem von Bundesminister Dr. Schüssel vorgestellte flexible Beschäftigungsmodell für den Tourismus, welches in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern entstanden ist, hinweisen und dieses als Durchbruch für diesen Bereich bezeichnen.

Ich verweise aber auch auf die Förderungsprogramme der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, die alljährlich für die Fremdenverkehrs- und Tourismusbetriebe zur Verfügung gestellt werden. So wurden 1991 93 Förderungsfälle nach dem Fremdenverkehrsinvestitionsfonds-Direktdarlehen mit einem Gesamtförderungsvolumen von 41 Millionen Schilling gewährt.

Darüber hinaus wurden 167 Landeszinsumschußanträge mit einer Investitionssumme von 40 Millionen Schilling und einer genehmigten Zinsumschußsumme von 4,7 Millionen Schilling abgewickelt.

An Bundeszinsumschüssen wurden 54 Anträge mit einem Gesamtinvestment von 247 Millionen und einer genehmigten Zinsumschußsumme von 12 Millionen Schilling abgewickelt.

95 Anträge im Rahmen der Gewerbestrukturverbesserung wurden mit einem Gesamtinvestment von

124 Millionen und Zinsumschußsumme von 2,6 Millionen Schilling abgeschlossen.

30 Anträge gab es im Rahmen der Kleingewerbekreditaktion, und auch hier war eine Gesamtinvestitionssumme von 9,3 Millionen Schilling sowie drei Sicherungsfälle mit einem genehmigten Zinsumschuß von 525.000 Schilling vor Beschluß und wurden auch ausgezahlt.

Zum vorliegenden Entwurf des Tourismusförderungsgesetzes, das mit der Wirtschaft eng verbunden ist, darf ich berichten, daß die Parteienverhandlungen unter maßgeblicher Mitarbeit der Landesfremdenverkehrsabteilung einen konstruktiven Verlauf nehmen.

Es gibt touristische Grundlagen und Vorarbeiten in Verfolgung des Landesentwicklungsprogramms Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr sowie eine Wintererschließungsstudie Steiermark, Bäderstudie Steiermark, Golfstudie Steiermark, Radwegkonzept Steiermark, Erarbeitung und Verfolgung der Richtlinien für Beschneigungsanlagen, und so könnte man noch vieles anführen. Vor allem im Sicherheitsbereich für Touristen hat die Steiermark Maßnahmen gesetzt. Ich nenne das steirische Loipengütesiegel, das steirische Pistengütesiegel, aber auch die Investitionen im Bereich von Badeanlagen, Tennisanlagen, Wanderwegen, Freizeitanlagen, Aufstiegshilfen und so weiter. Die Privatbettenaktion, eine Aktion, über die eigentlich sehr wenig geredet wird, die aber vor allem auch wirtschaftlich eine große Rolle spielt. Wir haben den Privatbettenanteil, er beträgt ein Drittel der in der Steiermark angebotenen Betten. Wir haben jene Privatzimmervermieter auch eingeladen, sich einem Verband anzuschließen entsprechend dem Tiroler Vorbild. Er hat eine große Mitgliederzahl, und es werden die vielschichtigen Interessen der Vermieter angenommen. Man muß auch noch dazusagen, daß die Steiermark gerade im Tourismus über die Grenzen hinaus nicht nur gut zusammenarbeitet, sondern auch einen besonderen Ruf hat. Nehmen wir zum Beispiel den Blumenschmuck, wo die Steiermark Europadörfer stellt:

Im Vorjahr ist es Mönichwald gewesen, vor zwei Jahren war es St. Kathrein am Offenegg, oder zum Beispiel den Europamarkt Frohnleiten. Nicht nur Europa ist ein touristisches Ziel, sondern es sind auch die USA, die Zeughausausstellung in San Franzisko, die vorige Woche eröffnet werden konnte, sie ist ein Signal in die Welt hinaus für unsere Steiermark.

Ich komme nun zu jenem Bereich, wo ich sagen möchte, daß sich vielleicht in der Diskussion manches aufklären wird beziehungsweise daß ich mit meinen Aussagen manches ins richtige Licht rücken kann: Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Die grundsätzliche Idee zur Ausgliederung der Wirtschaftsförderungsagenden aus dem Bereich der Landesverwaltung – spricht großteils natürlich aus dem Bereich der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung – und die bessere Koordination und Konzentration der Förderungstätigkeit und der Beratungstätigkeit von mehreren Gesellschaften, Vereinen et cetera auf eine geringstmögliche Anzahl von Organisationen wurde federführend von der steirischen ÖVP gedacht und formuliert und schon relativ detailliert im letzten „Modell Steiermark“ veröffentlicht. Einerseits wurde an der besseren Koordination und Konzentration der

Tätigkeiten gearbeitet, und andererseits an der Ausgliederung, um eine höhere Flexibilität im Bereich der Förderungstätigkeit zu erreichen. Maßnahmen wurden Schritt für Schritt erarbeitet und auch tatsächlich umgesetzt.

So wurde zum Beispiel der Leiter der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, Herr Hofrat Dr. Karl-Heinz Feil, als Wirtschaftskoordinator eingesetzt, so wurde zum Beispiel ein Kooperationsvertrag zwischen der Innofinanz Ges. m. b. H., der Technologieparkgesellschaft, der Technova und der BEA, der Betriebsansiedlungsgesellschaft, abgeschlossen und wurde zum Beispiel auch eine enge Kooperation zwischen dem Technologietransferzentrum Leoben und der Technova als Beauftragte des Landes vereinbart. Des Weiteren wurden zum Beispiel auch die Agenden der Tourismusförderung und der Lehrlingsförderung in die Fachabteilung für Wirtschaftsförderung eingebracht. Weitere Schritte erfolgten sodann auf meine Initiative im Einvernehmen – und das möchte ich betonen – mit Landesrat Dr. Klauser, mit Präsident Ing. Stoisser und Präsident Rechberger, um den Weg zur Ausgliederung von Wirtschaftsförderungsagenden aufzubereiten. Die SPÖ-Fraktion hat Schritt für Schritt diese Initiativen und die erarbeiteten Maßnahmen mitvollzogen.

Dies war im Dienste der Sache gut, die entscheidenden Impulse sind aber von der ÖVP ausgegangen.

Nach weiteren jeweils einstimmigen Landesregierungsbeschlüssen wurde im April 1991 die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegründet und der Gesellschafter-Ausschuß bestellt. Bereits mit 1. Juli 1991 wurden in weiterer Folge Dkfm. Dr. Ulf Lindner und Dr. Ludwig Sik als Geschäftsführer bestellt. Dkfm. Dr. Ulf Lindner war zuvor federführend für das WIFI Steiermark, die Technova und die Innofinanz Ges. m. b. H. tätig und somit stark im Bereich Bildung, Ausbildung, Technologietransfer und Innovationsförderung eingebunden.

Dr. Ludwig Sik war ein jahrelanger erfahrener Sekretär des Finanzlandesrates und Klubsekretär der Landtagsfraktion der SPÖ.

Die Steirische Wirtschaftsförderung-Ges. m. b. H. hat dann, konkret am 5. Juli beziehungsweise 10. Juli 1991, die mehrheitlichen Gesellschaftsanteile an der Steirischen Beteiligungsfinanzierungs-Ges. m. b. H. beziehungsweise an der Innofinanz Ges. m. b. H. erworben.

Des Weiteren wurden von der Geschäftsführung die grundlegenden Förderungsprogramme für die Förderungstätigkeit der Steirischen Wirtschaftsförderungsges. m. b. H. (SFG) entworfen. Die SFG hätte ihre Förderungstätigkeit mit 1. Jänner 1992 aufnehmen sollen, es konnte dieser Termin aber aus mehrerlei Gründen nicht gehalten werden, wobei aber der fehlende Beschluß über das Landesbudget beziehungsweise die dadurch gegebenen finanziellen Unsicherheiten ausschlaggebend waren. Mit 29. Jänner 1992 hat mir die Geschäftsführung der SFG ihren überarbeiteten Förderungsprogramm entwurf übermittelt und sollen diese Programme in den nächsten Tagen den Mitgliedern des Wirtschaftsförderungsbeirates zugeleitet und nach einer entsprechenden Beratung im Wirtschaftsförderungsbeirat der Regierung zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Mitteilen darf ich Ihnen auch, daß die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit Schreiben vom 11. Februar 1992 vereinbarungsgemäß die Vereine Technova, Steiermärkisches Technologieberatungszentrum und BEA, Steiermärkische Gesellschaft für Betriebserweiterungen und -ansiedelungen, gebeten hat, die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen zur Eingliederung ihrer Tätigkeiten und Aufgabengebiete in die Innofinanz – Steiermärkische Forschungs- und Entwicklungsförderungsges. m. b. H. mit dem Zeitpunkt 31. Dezember 1992 beziehungsweise 1. Jänner 1993 zu veranlassen.

Sie sehen also, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus, daß Schritt für Schritt und in dem Sinne, Gutes zu erhalten und weiter zu entwickeln, Maßnahmen konsequent umgesetzt worden sind. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft und die Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, das gesamte Team, das Vorbereitungsmaßnahmen getroffen hat, wie auch die Regierung waren nicht untätig, sondern sind zielbewußt vorgegangen, im Bemühen, eine verstärkte Koordination und Konzentration und Flexibilität zustande zu bringen.

Zu den beiden Tochtergesellschaften der SFG, der Steirischen Beteiligungsfinanzierungs-Ges. m. b. H. (StBFG) und der Innofinanz – Steiermärkische Forschungs- und Entwicklungsförderung-GmbH (Innofinanz), darf ich Ihnen nachfolgende Berichte über deren Tätigkeit geben. In der Steirischen Beteiligungsfinanzierungs-Ges. m. b. H. wurden im Jahre 1992 81 Förderungsanträge bearbeitet. Die Förderungsaktion betrug zirka 12,8 Millionen Schilling. Es war die Bearbeitung von Beteiligungsfällen. Sieben Fälle in der Größenordnung von 28,5 Millionen Schilling. Diese wurden positiv erledigt. Vier Beteiligungsansuchen mußten abschlägig behandelt werden. Drei Beteiligungsansuchen befinden sich im Prüfungsstadium. 13 laufende Beteiligungen werden darüber hinaus noch verwaltet. Innofinanz: Die Innofinanz hat in den letzten Jahren 53 Unternehmen durch Zuführung von Risikokapital beziehungsweise von Förderungsbeiträgen unterstützt, wobei es sich bei 30 Firmen um Neugründungen und dabei insbesondere um Firmen im High-Tech-Bereich gehandelt hat.

Allein 1991 wurde zwölf High-Tech-Firmen bei der Gründung geholfen, wobei vier Firmen in die steirischen Technologieparks aufgenommen werden konnten. Des Weiteren wurden 1991 18 Förderungsansuchen von steirischen Firmen beim Forschungsförderungsfonds betreut und acht Projekte im Bereich Seed-Capital und Förderungsansuchen beim Innovations- und Technologiefonds unterstützt.

Derzeit betreut die Innofinanz weitere 72 High-Tech-Firmen, wovon 33 direkt in den steirischen Technologieparks eingemietet sind. Das heißt, auch die Aktivitäten im Technologiemarketing sind erfreulich, und wir können stolz darauf sein.

Inhalt der Richtlinien für die neue Wirtschaftsförderung in der Steiermark: In der Anfrage wird auch Bezug auf die neuen Richtlinien für die Tätigkeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft genommen, wobei ich nicht nur auf den formellen Ablauf, den ich schon vorhin skizziert habe, sondern auf den vorgesehenen Inhalt der Richtlinien eingehen möchte. Dabei darf ich Ihnen nur die wesentlichen Inhalte skizzieren, um

nicht den befassenden Gremien, die noch nicht beschlossen haben, alles vorwegzunehmen.

Der Gegenstand der SFG ist die Förderung der steirischen Wirtschaft im gewerblich-industriellen Sektor, einschließlich der produktionsnahen Dienstleistungen. Dabei werden als Rahmenbedingungen insbesondere die Integration in europäische (EWR und EG) und globale Märkte und die neuen Chancen für unsere Wirtschaft im Süden und Osten gesehen.

Die SFG hat dabei insbesondere die Aufgabe, Förderungsinstrumentarien für die Technologiepolitik, Betriebsansiedelung, Ausbildung, Qualifizierung, Beratung sowie für die Infrastruktur und Regionalpolitik zu entwickeln. Sie hat sich fünf Zielgruppen vorgenommen, insbesondere diese sind Firmengründer zu kümmern, Unternehmer, die im Wachstum sind, das heißt die erweitern können, Investoren, die sich neu in der Steiermark niederlassen wollen, vor allem aber auch Regionen betreuen, Personen und Personengruppen, die bereit sind, neue wirtschaftliche Initiativen zu setzen. Das Dienstleistungspaket als Ganzes wird in Kürze der Regierung vorgelegt und kann auch dargestellt werden.

Weil Sie gefragt haben um die Abwicklung der anhängigen bestehenden Förderungsanträge, darf ich sagen, für den Fall – und ich erwarte dies eigentlich –, daß die erforderlichen Budgetmittel vorhanden sind, daß wir in diesem Jahr noch viele bewerkstelligen können. Was die Verwaltung dieser Anträge hinsichtlich der Auflagen, Fristen betrifft, wird diese Abwicklung aber noch Jahre in Anspruch nehmen. Vor allem bestimmte Förderungsvereinbarungen im Liegenschafts-, Darlehens- und Haftungsbereich sind auf 15 bis 20 Jahre oder gar auf unbestimmte Zeit geschlossen. Offenbar sind manche der Damen und Herren über den umfangreichen Aufgabenbereich der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung entweder nicht genau informiert oder sich nicht bewußt.

Ich möchte Ihnen die wesentlichsten Aufgabebereiche ohne Anspruch auf Vollständigkeit anführen: Haftungen; Sanierungen und Schwerpunktaktionen; gesamte Fremdenverkehrsförderung; gesamte Kleingewerbeförderung; Regionalpolitik und Bildungsbereich; Koordinierungsstelle für Wirtschaftsfragen betreffend EWR, EG und Alpen-Adria; Gestaltung der rechtlichen Förderungsangelegenheiten samt Zurverfügungstellung diverser Industrieliegenschaften für ansiedlungswillige Firmen, künftige Bevorratung von Industrieflächen und Koordinierung von Behördenwegen; darüber hinaus sind die Mitarbeiter der Wirtschaftsförderungsabteilung gefragte Ansprechpartner für betriebswirtschaftliche Fragestellungen und Probleme.

Es wird daher im Zuge der Verhandlungen über die Ausgliederung der Wirtschaftsförderung allen Beteiligten klar, daß diese nur mittelfristig und teilweise stattfinden kann. Die besondere Ausrichtung der Förderungsmaßnahmen, welche die Wirtschaftsförderungsgesellschaft verwalten soll, war ja ein wesentlicher Grund für die Trennung der Agenden zwischen den von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu verwaltenden Schwerpunkten und den von der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung zu vollziehenden Förderungsmaßnahmen. Ich habe die Bereiche aufgezählt.

Und weil wir heute gesprochen haben, und weil ich auf die Einleitung zurückkommen möchte, daß man das Gefühl hat, es ist in der Steiermark alles nicht in Ordnung, nehme ich ein unverfängliches Blatt als Zeuge, nämlich die „Neue Zeit“ von heute, wo die Überschrift dann doch wieder heißt zum Beispiel: „Die Obersteiermark wird unter ihrem Wert geschlagen“.

Und ein weiteres erfreuliches Thema darf ich Ihnen berichten. Die steirische Wirtschaft war 1991 der Innovationssieger in Österreich. 1991 hatte die steirische Wirtschaft den höchsten Anteil an geförderten Projekten und auch den höchsten Anteil an gewährten Förderungsmitteln beim Forschungsförderungsfonds für Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu verzeichnen. 91 Projekte wurden gefördert und insgesamt Förderungsmittel von 265 Millionen Schilling ausgeschüttet. Dies entspricht einem Anteil von 25,4 Prozent auf ganz Österreich. Das heißt, die Wirtschaftspolitik und der Sinn für Technologie und für Innovation in diesem Land sind der richtige Weg für die Zukunft.

Auf die Leistungen in diesem Zusammenhang kann man nicht nur stolz sein, sondern kann auch sagen, daß es besondere Bedeutung gehabt hat, daß es die Zusammenarbeit gibt zwischen Innofinanz, Technova, der Steinbeis-Stiftung, der Kooperation mit dem TTZ in Leoben, der Forschungsgesellschaft Joanneum sowie vor allem auch die Förderungsaktion, aber auch die Zusammenarbeit mit den Universitäten möchte ich in diesem Zusammenhang angesprochen haben.

Ein Zweites, und weil ich heute in einer Zeitung lese, daß die Worte allein zuwenig sind, die Betriebsansiedelungs- und -erweiterungsgesellschaft unseres Landes feiert in diesen Tagen ihr zehnjähriges Bestandsjubiläum. Es würde zwei Stunden brauchen, aufzuzählen, was in diesen zehn Jahren an Kontakten geknüpft wurde und was alles geschehen ist. Allein zur Zeit hat die BEA Kontakt mit zirka 75 Unternehmen, welche ernsthaft eine Ansiedelung in der Steiermark ins Auge gefaßt haben.

Es ist mir und uns allen klar, daß die Steiermark allein mit budgetären Mitteln die wirtschaftlichen Impulse nicht retten wird können. Wir brauchen dazu, und ich spreche es noch einmal an, um einen nachhaltigen Effekt zu erzielen, auch die Mitwirkung des Bundes.

Ich möchte zu diesem Punkt abschließend noch anführen, daß es erfolgreiche Förderungszusammenarbeit zwischen Bund und Land Steiermark auch gegeben hat. Ich meine zum Beispiel die sogenannte regionale Sonderförderungsaktion, 100.000-Schilling-Aktion, 200.000-Schilling-Aktion und seit 1990 die Regionale Innovationsprämien, über den Weiterbestand wird verhandelt.

Seit 1987 wurden mit einer gewaltigen budgetären Kraftanstrengung des Landes (mehr als eine Viertel-milliarde Schilling) fast 13.000 qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in der Steiermark gefördert, wobei rund 3500 Arbeitsplätze überhaupt erst neu geschaffen wurden.

Ähnlich erfolgreich war die Zusammenarbeit im Bereich der Regionalen Innovationsprämie, wo innerhalb kürzester Zeit mit steirischem Mitteleinsatz von rund 66 Millionen Schilling mehr als 600 Arbeitsplätze neu geschaffen werden konnten und damit auch gleich-

zeitig ein Beitrag zur Sicherung von mehr als 4600 Arbeitsplätzen geleistet wurde.

Unabhängig davon muß ich dazusagen, und ich komme auf den Anfang zurück, daß gerade in der Zusammenarbeit mit der verstaatlichten Industrie die grundlegende Verantwortung des Bundes angesprochen werden muß und wir daran sicher noch ein gemeinsames Stück Arbeit haben werden.

Die Arbeitsschwerpunkte 1992 mit weitreichenden Auswirkungen bis zur Jahrtausendwende:

Erstens: Die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft – Erstellung der Schwerpunktförderungsprogramme:

Die Richtlinien sind vorbereitet, werden in den nächsten Tagen dem Beirat zugeleitet, dann der Regierung zum Beschluß vorgelegt.

Die Umstellung der Förderung hauptsächlich auf die Gewährung von Projektkostenzuschüssen wurde von uns entwickelt und schon Schritt für Schritt umgesetzt. Damit sind wir federführend in Österreich, und es soll auch in Zukunft gelten: Gute, innovative Projekte sollen auch gut gefördert werden.

Die Eingliederung der Betriebsansiedlungs- und -erweiterungsgesellschaft in die Innofinanz Ges. m. b. H., ist eine Tochtergesellschaft der SFG – ich habe es angesprochen.

Zweitens: Zur Novelle des Steirischen Wirtschaftsförderungsgesetzes: Statt des Steirischen Industrie- und Mittelstandsförderungsgesetzes soll ein einheitliches und in sich geschlossenes Wirtschaftsförderungsgesetz für die steirische Wirtschaft erstellt werden. Es wird knapp und sehr flexibel formuliert sein, den grundlegenden Rahmen vorgeben und sodann durch die Ausgabe von Richtlinien mit Leben erfüllt werden. Ich werde dies bei einer der nächsten Sitzungen dem Hause zuleiten.

Drittens: Erarbeitung des Sachprogrammes Industrie und Gewerbe: Im Gleichklang mit der Erstellung der Wirtschaftsförderungsgesetze und des weiteren schrittweisen Auf- und Ausbaues der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft soll das Sachprogramm Industrie und Gewerbe erarbeitet und einer Beschlußfassung zugeführt werden.

Viertens: Mittelstandsförderungsfonds: Der Fonds für gewerbliche Darlehen, der sich für die Förderungsaktivitäten im Bereich der Kleinst-, Klein- und teilweise auch von Mittelbetrieben sehr bewährt hat, soll nach der im Jahr 1991 von der Regierung einstimmig beschlossenen Anpassung der Richtlinien für die Förderungsmittelvergabe nunmehr in einer zweiten Phase noch klarer strukturiert und als Instrument der Mittelstandsförderung gestärkt werden. Dies bedeutet insbesondere die Anhebung der Grenzwerte, wie Arbeitnehmerzahl, Umsatz, Bilanzsumme bei Handelsbetrieben, insbesondere auch die Geschäftsfächenbegrenzung.

Unter Umständen kann auch eine Fusionierung des Fonds für gewerbliche Darlehen mit dem Fremdenverkehrsinvestitionsfonds vorgenommen werden.

Eine grundsätzlich positive Haltung dazu hat auch die Handelskammer Steiermark, unser Finanzierungspartner beim Fonds für gewerbliche Darlehen, eingenommen.

Budget und Schwerpunkte: Es muß ein offensiv ausgerichtetes Wirtschaftsförderungsbudget gesichert sein, um einerseits notwendige Impulse für die steirische Wirtschaft, insbesondere in Richtung Innovation, Technologietransfer, Beratung, Bildung, Infrastruktur und Grundstückssicherungsmaßnahmen, geben zu können, und andererseits auch in einer konjunkturell abschwächenden Phase in Form einer antizyklischen Politik investitionsbezogene, insbesondere strukturell-politisch bedeutsame Anreize setzen zu können.

Dies bedeutet gerade derzeit eine deutliche zeichensetzende Ausstattung des Wirtschaftsförderungsbudgets.

Als Schwerpunkt nenne ich noch einmal die Infrastruktur mit den für die Steiermark wichtigen Projekten, sowohl den Semmering-Basistunnel, sowohl den Autobahnausbau; den Güterterminal, die Koralpentunnelverbindung, sprich die Südostspange. Der Ausbau der Berufsschulen, ich habe im Detail darauf hingewiesen, aber auch die Bedeutung des Tourismus, dem wir ein besonderes Augenmerk schenken sollen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal zurückkommen auf die Regierungserklärung des Landeshauptmannes vom 18. Oktober, wo vor allem nach regionalen Schwerpunkten über die Wirtschaftskraft der Steiermark gesprochen und die Forderung nach einem Südostfonds aufgestellt wurde. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber ersuchen, vor allem die Kollegen im Steiermärkischen Landtag, nachzudenken, ob wir nicht ein besonderes Zeichen setzen sollten. Es gibt einen ausgehandelten und abgesicherten Vertrag mit der Situation in Bad Radkersburg im Zusammenhang mit Podgrad. Dies ist eine für die Lebensqualität des steirischen Grenzlandes unbedingt notwendige Maßnahme. Ich hoffe, daß wir dieses Zeichen setzen können. Gesundheits-, kurtouristisch und auch nachbarschafts- und staatspolitisch ist es von besonderer Wichtigkeit.

Ein Schwerpunkt für die nächste Zeit werden auch Grundstückssicherungsmaßnahmen sein. Die Ausweisung von großzügigen zusammenhängenden Industrie- und Gewerbebezonen und die Absicherung dieser Grundstücke für industriell-gewerbliche Zwecke wird für die künftige wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark immer bedeutsamer. Im Zusammenhang damit stehen auch große infrastrukturelle Erschließungsnotwendigkeiten. Wir brauchen dies nicht nur für Straße und Bahn, wir brauchen vor allem auch Zonen und Regionen, wo noch Betriebe Platz haben und wo man weiß, wir wollen einen Arbeitsplatz haben für die Menschen, die dort leben, wenn wir nicht mit solchen Zahlen reden wollen, wie es heute hier passiert. Es freut mich, daß ich vor einigen Tagen lesen konnte, daß der Finanzlandesrat im Landesbudget 200 Millionen Schilling für infrastrukturelle Maßnahmen zur Verfügung stellen will. Ich bin überzeugt davon, daß ein guter Teil dieser Mittel für Maßnahmen zur Infrastruktur, Vorsorge für Industriestandorte und Wirtschaftsförderung bereitgestellt wird.

Verstaatlichte Industrie: Das weitere Verhalten des Landes Steiermark bei Förderungsanträgen der verstaatlichten Industrie soll wiederum einvernehmlich und zweifelsfrei ausdiskutiert werden. Die derzeitige von der Wirtschaftsförderung vertretene Position geht dahin, daß Förderungen an die verstaatlichte Industrie

nur dann gewährt werden, wenn einerseits die Investitionen sehr zukunftsstrahrend ausgerichtet sind, womit gemeint ist, daß ein hoher Gehalt von Forschung und Entwicklung, von Innovation und Technologieeinsatz gewährleistet ist, und andererseits eine zumindest mittelfristige Standortsicherung in der Steiermark erkennbar und eine strategische Konzeption sowohl der betroffenen Gesellschaft als auch zumindest der jeweiligen Muttergesellschaft bis zumindest zur Branchenholding vorliegt. Die ursprünglich verlangten Konzeptionen des Bundes, der ÖIAG und der Austrian Industries für die Steiermark, insbesondere für die Standorte der verstaatlichten Industrie in der industriell-gewerblichen Kernregion Obersteiermark, scheinen nicht nur, sondern sind unerreichbar.

**Nahversorgung:** Die österreichweit vorbildlich eingerichtete Nahversorgungsförderungsaktion des Landes Steiermark, die zwar bis dato budgetär nicht schlecht ausgestattet war, soll jedenfalls in ihrem Inhalt und Umfang weiterhin abgesichert werden.

**Firmenspezifische Forschungs- und Entwicklungsförderung:** Teilweise werden aus dem Wissenschaftsförderungsbudget des Landes Steiermark auch Förderungen an Firmen und an universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen für firmenspezifische Forschungs- und Entwicklungsvorhaben gewährt. Diese Förderungsmaßnahmen und die dafür erforderlichen Budgetpositionen sollen von der Landesverwaltung ausgelagert und der Förderungstätigkeit der Steirischen Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. beziehungsweise der Innofinanz Ges. m. b. H. zugeteilt werden.

Somit würde Schritt für Schritt erreicht werden, daß industriell-gewerbliche und im wirtschaftsnahen Dienstleistungsbereich tätige Firmen für ihre Projekte nur eine Stelle als Anlaufstelle für Förderungen in der Steiermark haben. Ähnlich sollte es auch für Umweltschutzprojekte Gültigkeit haben.

Gemeinsam mit dem Bund beziehungsweise vorgelegten Bundeseinrichtungen soll ein konkretes Umsetzungskonzept für den Fall erstellt werden, daß wir die bei der Firma AT&S leerstehenden Betriebs-, Büro- und Grundstücksflächen für die Einrichtung eines weiteren Technologieparks in Leoben erwerben können. Dieses Konzept muß natürlich auch auf die derzeit bestehenden Industrie-, Gewerbe- und Technologieparkaktivitäten Rücksicht nehmen und Schwerpunktbildungen festlegen.

Diese Vorgangsweise ist auch schon nach meinem Gespräch mit Bundesminister Streicher auf Amtsebene besprochen und vorgeschlagen worden.

Gemeinsam mit dem Bund beziehungsweise vorgelegten Bundeseinrichtungen soll ein grenzübergreifendes konkretes Konzept für eine Technologie-, Industrie- und Gewerbezone im Bereich der steirisch-slowenischen Grenze erarbeitet werden. Diese Zone soll ähnlich wie eine von Bundeseite schon aufbereitete Zone an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze Vorteile für beide Seiten im Sinne einer guten Partnerschaft und Nachbarschaft bringen.

Durch ein speziell auf die steirische Holzwirtschaft ausgerichtetes Förderungsprogramm soll bis zur Jahrtausendwende erreicht werden, daß im Bereich der wertschöpfungsintensiven Holzverarbeitung ähnliche

Anteile an der gesamtösterreichischen Produktion erreicht werden, wie sie im Bereich der Urproduktion und der einfachen Holzbearbeitung schon gegeben sind, nämlich rund 20 bis 25 Prozent.

Zur Erläuterung darf ich anführen, daß wir heute im Bereich der wertschöpfungsintensiven Holzverarbeitung bei einem gesamtösterreichischen Anteil von zirka 13 bis 15 Prozent liegen.

In diesem Sinne habe ich sicher bei meinem Nachbarn, dem Land- und Forstwirtschaftsreferenten sehr viel Unterstützung zu erwarten.

Darüber hinaus muß in diesem Förderungsprogramm für die Holzverarbeitung insbesondere auch auf Maßnahmen im Bereich des Holzdesigns und des Marketings für steirische Holzprodukte Rücksicht genommen werden.

Zu meinen Antworten und zu den von mir dargelegten Ideen, Konzepten und Vorschlägen für konkrete Maßnahmen und auch für die dargelegte Vorgangsweise zu einzelnen Projekten darf ich Sie um Ihre Zustimmung und Ihre Unterstützung ersuchen.

Den Abschluß zu meinen Ausführungen möchte ich ganz kurz gestalten:

Ich bedanke mich bei den Menschen, die für die Steiermark arbeiten. (Beifall bei der ÖVP. – 11.45 Uhr.)

**Präsident:** Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu den zwei dringlichen Anfragen und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt. Ich habe gegenwärtig 21 Wortmeldungen. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

**Abg. Schrittwieser (11.45 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Frau Landesrat, ich hoffe, Sie nehmen mir das nicht persönlich, aber von der Länge her haben Sie heute den Kollegen Korber – sie kommen ja beide aus Weinitzen – bei weitem übertroffen. (Abg. Dr. Maitz: „Gleich eine sehr sachliche Bemerkung!“) Ich glaube doch, daß die Probleme zwar groß sind, aber ich möchte noch eine sachliche Bemerkung machen. Lieber Kollege Dr. Maitz, meine Rede ist sehr sachlich vorbereitet. Aber die ersten eineinhalb Stunden haben wir dazu verwendet, um Vergangenheitsbewältigung zu betreiben. Eine Viertelstunde wurde dafür verwendet, um aufzuzählen, was in der Zukunft notwendig ist. (Abg. Dr. Maitz: „Es zeigt von großem Verantwortungsbewußtsein, wenn man dem Hohen Haus gleich am Anfang seiner Rede mit so etwas kommt!“)

Die erste Frage auf unserer Dringlichen war: „Wie schätzen Sie generell die Möglichkeit ein, durch Maßnahmen des Landes die prekäre Wirtschaftssituation in der Steiermark entscheidend zu beeinflussen, insbesondere in Zukunft zu verbessern?“

Ich glaube, es wäre gut gewesen – das ist, glaube ich, doch eine sehr sachliche Feststellung –, wenn wir vielleicht eineinhalb Stunden für die Zukunft und nur 15 Minuten für die Vergangenheit, die wir ja zum Großteil kennen, verwendet hätten. (Beifall bei der SPÖ.)

Weiters muß ich feststellen, daß einige Fragen, die an Sie, sehr geehrte Frau Landesrat, gerichtet wurden, der Punkt 4 und zum Teil auch der Punkt 3, in der Anfragebeantwortung meines Erachtens nicht ausreichend beantwortet wurden; vielleicht kann man das in der Folge noch nachholen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Arbeitslosenrate in unserem Bundesland im Jänner – es wurde schon dargestellt – hat eine dramatische Höhe erreicht. Waren in Österreich „nur“ 7,8 Prozent arbeitslos, so sind es in der Steiermark 10,9 Prozent, die nach einer Beschäftigung suchen. In den Bezirken, meine sehr verehrten Damen und Herren, verzeichnen wir die höchste Arbeitslosigkeit seit über 30 Jahren.

Lassen Sie mich einige Beispiele anführen: Im Bezirk Bruck an der Mur sind es 12,6 Prozent, im Bezirk Leoben 13,5 Prozent und im Bezirk Mürzzuschlag 9,2 Prozent. Über diese betroffenen Menschen in diesen Bezirken und anderen ist mir ebenfalls zuwenig in der Anfragebeantwortung gesprochen worden.

Als versteckte Arbeitslosigkeit gilt auch die Kurzarbeit. In der Steiermark sind derzeit 4300 Personen auf Kurzarbeit, der Großteil davon in der Obersteiermark. Zusammenfassend heißt das, daß zu der Kurzarbeit in den drei obgenannten Bezirken fast 9000 Personen als arbeitsuchend gemeldet sind. Dem stehen 590 offene Stellen gegenüber. Als besonders besorgniserregend ist dabei zu bemerken, daß vor allem ältere Menschen sowie Frauen von dieser am meisten betroffen sind. In der Studie der Arbeiterkammer, die uns eine sehr gute Übersicht über die Entwicklung in der Obersteiermark gibt, wird festgestellt, daß sich die Wohnbevölkerung (derzeit sind es 380.000 Personen, das ist ein Drittel der steirischen Bevölkerung) in der Obersteiermark bis zum Jahr 2011 um 15,1 Prozent reduzieren wird. In der Gesamtsteiermark wird dieser Rückgang mit 7,7 Prozent prognostiziert.

Die Berufstätigen in der Obersteiermark reduzieren sich nach der Prognose in der AK-Studie im Zeitraum 1991 bis 2011 um 14 Prozent, in der Gesamtsteiermark wird es ungefähr die Hälfte sein.

Wenn man dann noch weiß, daß die Zahl der selbstständig Erwerbstätigen im Vergleich zu der Gesamtsteiermark 1989 und 1990 in Leoben um 10,5 Prozent und in Bruck an der Mur um 9,6 Prozent zurückgegangen ist, sieht man, wie dramatisch sich die Situation zugespitzt hat.

Daß sich die Stahlkrise nicht nur in Österreich beziehungsweise in der Steiermark zuspitzt, zeigt uns auch die Entwicklung dieser Branche im EG-Raum.

Analytiker der EG-Kommission haben ermittelt, daß allein bis zur Mitte dieses Jahres in der EG an die 15.000 Stahlarbeitsplätze verlorengehen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der sozialdemokratische Landtagsklub ist daher der Meinung, daß es nicht nur die Angelegenheit der Exekutive – sprich der Landesregierung – sein kann, wenn es so große wirtschaftliche Probleme gibt. Wir sind der Überzeugung, daß auch die Legislative, die gesetzgebende Körperschaft, eine Verpflichtung hat, diese problematische Situation öffentlich zu diskutieren, und dies war mit ein Punkt, diese heutige Sondersitzung zu verlangen.

Diese von mir aufgezeigte Situation zeigt uns, daß der Strukturwandel der Stahlindustrie uns vor allem in der Steiermark, insbesondere in der Obersteiermark, vor große Probleme stellt.

Viele Versuche von allen Seiten wurden schon unternommen, um dieser Entwicklung zu begegnen. Die meisten sind jedoch – aus welchen Gründen immer – gescheitert oder haben nicht jenen Erfolg gehabt, den wir uns gewünscht hätten.

Diese Tatsache hat in den betroffenen Gebieten in der Obersteiermark in weiten Bereichen oft zur Resignation, zur Hoffnungslosigkeit geführt. Die daraus natürlich negativ resultierenden Schlagzeilen haben dazu geführt, daß sich viele Unternehmungen von diesen Regionen abgemeldet und ihre Betriebsansiedlungen nicht dort vorgenommen haben, und in einigen Bereichen sind natürlich, wenn die Regionen in den Schlagzeilen negativ dargestellt werden, Kunden verlorengegangen. Diese Situation darf uns nicht kaltlassen, sondern erfordert vom Land und vom Bund entschiedene, konkrete, rasch wirksame Gegenmaßnahmen.

Es soll daher in dieser Sitzung nicht zum Aufrechnen von Versäumnissen kommen. Wir wissen, daß es diese sowohl im Land sowie auch im Bund, was unser Bundesland betrifft, gibt. Davon hätte aber kein einziger Arbeitsloser und keine Familie etwas. Jammern allein genügt nicht. Abschieben der Verantwortung auf den Bund allein, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist zuwenig. Wir müssen zu einer gemeinsamen Vorgangsweise finden, die politisch von allen drei Landtagsparteien getragen wird, wie wir dieser Situation begegnen. (Abg. Grillitsch: „Aber nicht mit Worten, sondern mit Taten!“) Ich darf Ihnen daher einige unserer Forderungen zur Kenntnis bringen:

Erstens: Ich fordere Sie daher auf, die von Erstem Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek und Landesrat Ing. Ressel vorgeschlagenen zusätzlichen 100 Millionen Schilling für die steirische Wirtschaft bereitzustellen. Durch diese zusätzlich geförderten Mittel können technologisch hochwertige zukunftssträchtige Projekte – die Frau Landesrat hat es angeschnitten – von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zusätzlich gefördert werden, und neue Impulse können von ihr ausgehen.

Zweitens: Weitere Initiativen für die Wirtschaft und dadurch für die Beschäftigten sind durch die Ausgliederung der steirischen Wirtschaftsförderungsabteilung zu erwarten. Sie wird nicht nur Geld verteilen, sondern auch verstärkt beratende Tätigkeit ausüben. Um aber hier zu einer fruchtbaren Arbeit zu kommen, fordere ich die Frau Wirtschaftslandesrätin Klasnic auf, die Richtlinien für die neue Wirtschaftsförderung im Rahmen der Steirischen Wirtschaftsförderung-Ges. m. b. H. auf der Basis der Vorschläge der Geschäftsführung der nächsten Regierungssitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Drittens: Wir verlangen die Gleichbehandlung der Förderungswerber – unabhängig von Eigentumsverhältnissen – das heißt, keinerlei Unterscheidung, ob die öffentliche Hand (verstaatlichte Betriebe) oder Private als Unternehmer auftreten.

Viertens: Die bisher tätigen Betriebsansiedlungsgesellschaften (Bund oder Land) haben nicht, wie wir



alle wissen, den erwarteten Erfolg gebracht. Ein Grund dafür ist auch, daß die eine als rote und die andere als schwarze Ansiedelungsgesellschaft bezeichnet wurde. Bei diesen Instrumentarien ist es notwendig, daß sie von Beginn an außer Streit gestellt werden, da sie ansonsten vom ersten Tag an zum Scheitern verurteilt sind.

Die einzigen, die hauptsächlich und erfolgreich als Betriebsansiedler gewirkt haben, sind die Bürgermeister mit ihren Gemeinderäten in unseren steirischen Gemeinden. Ich darf ihnen heute auch dafür herzlich danken. Sie haben die größten Erfolge auf diesem Gebiet zu verzeichnen. Als Beispiel möchte ich nur zwei Städte anführen, das ist die Stadt Kapfenberg, die seit 1988 350 neue Arbeitsplätze angesiedelt hat, natürlich mit Förderungsmitteln des Landes und des Bundes, aber die Initiativen sind erfolgreich von der Stadt ausgegangen, und dasselbe gilt natürlich für alle anderen und die Stadt Leoben. Neben der weiteren Verbesserung der Infrastruktur wird es notwendig sein, in den strukturschwachen Gebieten ausreichende Industrie- und Gewerbegebiete anzubieten und diese auch aufzuschließen. Auch dies wurde in der Fragebeantwortung von der Frau Landesrätin bereits bemerkt.

Indem man derzeit durch den Umbruch im Osten in ganz Europa nach Betriebsansiedlern Ausschau hält, wird es überhaupt nur möglich sein, Betriebe zur Ansiedlung in unseren Regionen zu bewegen, wenn ausreichend infrastrukturelle, gut aufgeschlossene Gewerbe- und Industrieparks angeboten werden.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt in der Zukunft ist die Begleitung und Betreuung des Unternehmens vom Erstkontakt bis zur Ansiedlung sowie die Übernahme von lästigen Bürokratieaufgaben, sprich Behördenwegen. Diese Aufgaben schaffen die meisten Gemeinden von ihrer Finanzkraft sowie von den Personen her nicht.

Es ist daher notwendig, daß für die künftige Weiterentwicklung der Regionen das Land sowie die Bundesregierung hier verstärkt finanzielle Hilfestellung leisten.

Das Grundstücksmanagement, die Aufschließung von Industrieparks, die Erfassung von leerstehenden Industriehallen sowie überhaupt die Verwirklichung von oft sehr guten Ideen kann nur wirksam erfolgen, wenn es die Instrumentarien und die nötigen Personen dafür gibt, die sich ausschließlich dieser Herausforderung annehmen.

Ich verlange daher – da die Beauftragten in den verschiedenen Büros nicht den Erfolg hatten – von der Landesregierung, der Steirischen Wirtschafts-Ges. m. b. H. den Auftrag zu erteilen, in Zusammenarbeit der Regionen, den Interessenvertretungen und mit den Initiativen vor Ort ein Konzept für wirtschaftlich benachteiligte Gebiete in der Steiermark zu entwickeln, das sich der Förderungsinstrumentarien der neuen Wirtschaftsförderung bedient und in nächster Zukunft zum Strukturwandel dieser Regionen einen Beitrag leisten soll.

Um das ganze auch zu internationalisieren, ist es notwendig, daß die neue Wirtschaftsabteilung internationale Firmen mit der Betriebsansiedlung beauftragt.

Meine Damen und Herren, es ist nicht alles neu zu erfinden, daß wir wirtschaftlich weiterkommen. Es gibt im Ausland gute Modelle, die zur Problemlösung beitragen. Das Modell von der Ruhr in Nordrhein-Westfalen, wo die Landesregierung eine privatwirtschaftlich organisierte Planungsgesellschaft gegründet hat; diese wurde mit 245 Millionen an Grundkapital und 25 Mitarbeitern ausgestattet.

Diese Gesellschaft wird bis 1995 ein Investitionsvolumen von 21 Milliarden Schilling zur Verfügung haben. Die Bereitstellung dieser Mittel erfolgte zur Hälfte von der privaten Wirtschaft und zur Hälfte von der öffentlichen Hand. Diese und ähnliche Modelle, egal, wo sie herkommen, sollten unser Interesse finden und, wenn sie erfolgversprechend sind, auch von uns angewendet werden.

Vieles gäbe es noch anzuführen. Lassen Sie mich aber abschließend noch eine persönliche Bemerkung machen:

Wir als Abgeordnete hören jeden Tag, wie besorgt die Menschen in den wirtschaftlich kritischen Regionen sind. Und sie verstehen es nicht, wenn sich Politiker gegenseitig – wie es in der Vergangenheit oft der Fall war – mit Dreck bewerfen. Sie erwarten von uns – und dafür sind wir gewählt –, daß wir alle Möglichkeiten, die wir in der Politik haben, zur Verbesserung der Situation ausschöpfen. Es ist daher notwendig, daß wir die Dringlichkeit von Hilfestellungen in den Regionen politisch außer Streit stellen. Alle positiven Kräfte dieses Landes sind aufgerufen, gemeinsam die besten Lösungen zu suchen und auch umzusetzen.

Wir haben vor allem in der Obersteiermark einen Vorteil. Wir haben genehmigte Industriestandorte sowie eine industriefreundliche Bevölkerung. Wir als Politiker haben in der Vergangenheit schon viel Vertrauen verspielt. Tun wir gemeinsam alles dazu, um es wieder zurückzubekommen.

Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 12.03 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser** (12.04 Uhr): Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Hirschmann** (12.04 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich kann gleich dort anschließen, wo der Kollege Schrittwieser aufgehört hat. Ich möchte aber zunächst auch anknüpfen an die Frau Redakteur Claudia Hetschko, die da hinten an der Wand steht und heute richtigerweise in einem Kommentar geschrieben hat, ich verehere sie sehr nicht nur ob dieses Kommentars, sondern weil sie sonst auch gut ist. Vom Reden alleine – oder wie es da heißt – Arbeitsplätze schafft man mit Worten alleine nicht.

Lieber Schrittwieser, es ist aber gar kein Widerspruch zu dir, daß der Landtag sich selbstverständlich mit allen relevanten Fragen immer beschäftigen soll, so auch diesmal. Es ist dankenswerterweise der Frau Landesrätin auch gelungen, umfassend die Situation darzustellen, und zwar auch die zukünftige Situation, Kollege Schrittwieser, wohin die Reise gehen soll mit all ihren Chancen, aber auch all ihren Problemen, die wir kennen. Ein bißchen hat man schon den Eindruck auf Grund der Pressekonferenz, die Ihr Parteivorsit-

zender mit dem neuen Finanzlandesreferenten letzte Woche – (Abg. Schrittwieser: „Das ganze Jahr Slalom fahren!“) Ihr tut nicht gerne Schifahren? – gehalten hat und die Situation auch genutzt hat – auch eine gewisse Hektik erzeugt hat, die so dramatisch nicht unvorhersehbar war, das werden Sie, Herr Schachner, auch als Wirtschaftsfachmann ja wissen, daß es hier Prognosen gibt, seit Monaten, seit Jahren, für die Situation, in der wir sind, auf Grund der Rahmenbedingungen, die rings um uns herrschen. Wir haben uns die Situation in Jugoslawien nicht ausgesucht, und diese Weltkonjunkturlage, in der wir stecken, haben wir uns auch nicht ausgesucht. Ich muß die Journalisten hin und wieder auch loben, wengleich ihnen das schadet oder uns selbst wieder, wenn ich heute in einem anderen, sehr beachtlichen Kommentar lese, der aus einer profunden Kenntnis der Situation auch geschrieben ist, was zu den momentanen Zuständen geführt hat, und da muß man zweierlei einbekennen: Einerseits, da sind wir ganz d'accord mit Ihnen da drüben, daß man immer etwas tun kann und immer etwas tun muß. Der Wirtschaftsprozeß heißt immer ständige Erneuerung und Anpassung. Andererseits, lassen wir die Kirche im Dorf, gegen die Weltkonjunktur in der Stahlkrise können wir uns nicht sehr stemmen. Das müssen wir sagen. Da sage ich nicht einmal, daß die Bundesregierung sehr viel tun kann. Insgesamt aber, und das bezieht sich nicht nur auf die Situation in der Obersteiermark, lieber Freund Schrittwieser, da nehme ich dir dein Anliegen auch sehr, sehr seriös ab, sondern – da wird uns auch wieder der Franzi Trampusch, braun gebrannt, frisch zurückgekehrt aus dem schwarzen Süden Afrikas, zum Thema Grenzland was sagen – (Abg. Vollmann: „Da gibt es noch Schwarze!“) Ja sicher, Vollmann, für dich wäre es auch gut, wenn du zur Senkung deines Blutdrucks einmal mitfahren würdest mit ihm und ein bißchen untertauchen könntest in der Gegend da unten. (Abg. Trampusch: „Herr Kollege, im Gegensatz zur Steiermark vermehren sich dort die Schwarzen noch!“) Franzl, ich bin ganz bei dir in all diesen Sachen.

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich ein Zweites noch in dem Zusammenhang sagen. Jetzt kann man herumstreiten, ob die neue Arbeitslosenrate eine dramatisch höhere ist als im Vorjahr, sie ist nicht dramatisch höher, aber sie ist beachtlich und besorgniserregend, überhaupt keine Frage. Für uns alle gilt – und da wird es auch zwischen den Fraktionen keine unterschiedlichen Positionen geben –, daß jeder einzelne Arbeitslose zuviel ist. Überhaupt keine Frage, und ich persönlich bin auch sehr vorsichtig mit dem Urteil, ob wir mit dem wirtschaftspolitischen Instrumentarium diese Probleme der Arbeitslosen bewältigen können. Denn man muß sich das genau anschauen. Ich glaube – Schrittwieser, du hast ja auf einiges hingewiesen und die Frau Landesrätin –, natürlich gibt es heute das Riesenproblem der älteren Arbeitnehmer. Es gibt vor allem das Problem der Frauen, glaube ich. (Abg. Minder: „Die Frau Landesrat hat aber das Problem der Frauen links liegengelassen!“) Ja, wir haben uns abgesprochen, sie hat gesagt, ich soll einmal über die Frauen reden, sie redet heute über die Männer, wissen Sie, wir tun uns das ein bißchen aufteilen.

Also, dies sind natürlich enorme Probleme, und wir müssen eines auch zugeben, meine verehrten Damen

und Herren, und das werden Sie genau verstehen, mit dem herkömmlichen wirtschaftspolitischen Instrumentarium ist eine gewisse Sockelarbeitslosigkeit in allen modernen Industriestaaten, und zu denen zählen wir uns, einfach nicht wegzukriegen, und sie steigt leider wieder im gesamten EG-Raum – das wissen wir. Ich selber, das wollte ich vorhin noch sagen, bin sehr vorsichtig mit der Beurteilung, ob unser Sozialstaat überzüchtet ist und ob wir, was weiß ich, den sogenannten Sozialschmarotzern zuviel nachwerfen. Es ist überhaupt keine Frage, daß es das gibt, das wissen wir alle.

Es ist aber umgekehrt noch weniger eine Frage, daß es natürlich zunehmend Leute gibt – und ich habe einige Bevölkerungsgruppen vorhin angesprochen, ältere Arbeitnehmer, Frauen und vor allem natürlich auch Jugendliche unterschiedlicher Ausbildung –, die selbstverständlich bei allem Wollen und Willen zur Arbeit einfach keine kriegen, und das ist das eigentliche Problem, wo wir ehrlich auch sagen müssen – und da können wir heute reden, so lange wir wollen, ich freue mich, daß wir sehr lange reden werden, weil man die Probleme auch alle ansprechen muß und alle anschauen muß im Detail –, wir werden heute keine Lösung finden. Es gibt auch auf nationaler Ebene keine Lösung und wenn wir ganz ehrlich sind, weiß auch die ganz große Gemeinschaft der EG-Staaten keine Lösung, dieses Problems, plus/minus. Ich weiß schon, daß es unterschiedliche Strategien gibt und daß heute in England ein bißchen weniger Arbeitslose sind, als vor sieben, acht oder zehn Jahren dort waren. Nur, das alles hat eben seine Kurven und auch seinen menschlich zum Teil sehr hohen Preis: Herr Landeshauptmannstellvertreter, ganz d'accord, sie steigen überall wieder, und auch dort in der Gegend, überhaupt keine Frage. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „In England dramatisch!“) So; meine verehrten Damen und Herren, nur das andere, das ist ja fast das Paradoxe – die Frau Landesrätin hat es ja angesprochen –, es gibt natürlich auch die andere Seite. Wir haben trotzdem erfreulicherweise den höchsten Beschäftigtenstand und trotzdem erfreulicherweise, Frau Kollegin Minder, eine zunehmende Erwerbsquote bei den Frauen. Erfreulicherweise, damit es da keinen Irrtum gibt und keine unterschiedlichen Auffassungen.

Ich glaube, daß wir natürlich alle gemeinsam – und ich habe vorhin gesagt, wir werden es heute nicht bewältigen können –, aber auch im Zusammenhang mit den Bundespolitikern nachdenken müssen, und das muß, glaube ich, die Botschaft dieser Situation sein, wie man, und ich sage es selber noch einmal, mit einem sozialpolitischen Instrumentarium dieses Problem der Sockelarbeitslosigkeit bekämpfen kann. Ich bin kein Wirtschaftsexperte, ich kann mir aber kein Modell vorstellen, das bitte das Problem wirklich quantitativ beseitigen könnte. Wenn es eines gäbe, wäre das sicherlich guten Willens irgendwo schon vor-exerziert worden.

Lassen Sie mich ein Zweites sagen, was ich für die Situation der Steiermark auf Grund ihrer geographischen Situation für wichtig halte. Ich glaube, es wäre gut, wenn es gelänge – weiß ich nicht, ob es gelingt, aber es wäre der Anstrengung aller drei Fraktionen im Steiermärkischen Landtag, in der Regierung wert –, wenn wir uns bemühen würden, bei der Bun-

desregierung vorstellig zu werden, um zu erreichen – und möglicherweise wird auch die Bundesregierung dazu allein nicht in der Lage sein –, mit anderen internationalen Kooperationen zum Wiederaufbau in unseren neuen Nachbarstaaten Slowenien, Kroatien beizutragen.

Denn es ist klar, keine Weisheit von mir, Sie wissen das, viele Abgeordnete kommen aus diesen Regionen, das war für unsere Wirtschaft immer eine wesentliche Flanke, und das wird und würde sie in Zukunft umso mehr sein, auch eine Möglichkeit, die steirischen Chancen wirklich auch zu erhöhen, zu fördern und nach vorne zu bringen. Gerade deswegen ist es dem Landeshauptmann auch in einem besonderen Maße zu danken, daß er in den letzten Monaten, Jahren sich um dieses Problem angenommen hat, weil er sich auch ein bißchen eine weitere Sicht dieser Dinge erlaubt hat, die zum Teil sehr polemisch von einigen Leuten, die auch hier sitzen, ausgenutzt wurde. Wenn ich das auch nur anmerken darf, aber bitteschön, das gehört offenbar zum politischen Geschäft. Nur, weil der Schrittwieser das vorhin auch angesprochen hat, vielleicht täte man uns allen und der Sache insgesamt hin und wieder ein bißchen was mehr Gutes, wenn wir diese Sache seriöser abhandeln würden. Also, es ist für uns eine ganz eminent entscheidende Frage trotz aller EG-Ausrichtung, zu der wir uns in der Steiermark bekennen und wo Österreich hin will, daß wir den Wirtschaftsraum im Süden, unsere Nachbarländer, besonders forciert sehen wollen. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit. Wie gesagt, die Projekte von Marshallplan hin, Marshallplan her, und ähnliches geistern ja durch alle Welt, es wäre aber für uns Steirer von eminenter Wichtigkeit, in dieser Richtung etwas zustande zu bringen.

Lassen Sie mich, meine verehrten Kollegen von der SPÖ, eines auch noch einmal schon in diesem Zusammenhang sagen. Gleichwenig wie wir die sehr positiven Kenndaten der steirischen Wirtschaft aus den Jahren 1989/90/91 irgendwie uns in Summe zuschreiben wollten, daß das unsere Leistungen waren – und ich sage insgesamt unsere Leistungen –, da haben viele andere Dinge mitgespielt, und vor allem es ist der Fleiß der Menschen, wie die Frau Landesrätin heute schon gesagt hat. Aber bitte, hört endlich auf zum Jammern, daß, wenn irgendwo einmal die rote Laterne wieder herungereicht wird, und die rote Laterne wird deswegen herungereicht, weil bitte unsere Grundstoffindustrie da oben so anfällig ist, wie Sie wissen. Ich sage jetzt gar nicht, daß das ein ausschließliches SPÖ-Problem ist, aber bitte, meine Herren und auch die Damen, ein bißchen müssen wir schon – wenn du schon von der Vergangenheitsbewältigung redest – auch in diesem Zusammenhang die Wahrheit betrachten.

Aber mir geht es nicht um die Vergangenheit, sondern um die Zukunft und um den Ist-Zustand, und ich bitte Sie schon, auch eines zur Kenntnis zu nehmen, Sie sitzen seit 45 Jahren in der Regierung – Sie sitzen nicht nur, Sie tun auch etwas –, und bitte, so unbedeutend ist der Finanzlandesreferent auch nicht, wie Sie in dem Zusammenhang tun. Denn bitte, der redet überall mit, und der neue bemüht sich außerordentlich, und wir werden ihn schützen auch vor den Anschlägen der

eigenen Telefaxgeräte. Ich komme gleich, lieber Herr Kollege Ing. Ressel, auf diese Sache noch zurück.

Also bitte, ich würde Sie bitten, wenn ihr immer jammert wegen der roten Laterne, schaut es euch auch einmal selber an.

Was ist, Gennaro, ich habe dich nicht gehört! (Abg. Gennaro: „Der Peymann sucht auch einen Volksschauspieler!“) Du, der Peymann ist ein guter Regisseur, wie du weißt, aber er ist kein guter Direktor, hätte mit dir allerdings auch keine Freude.

Meine verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch zwei Bemerkungen machen. Natürlich, wir müssen schauen, was wir selber tun können. Es gibt auch schon einige erfreuliche Sachen, und ich möchte das gar nicht wiederholen, was die Frau Landesrätin hier auch bereits alles dargestellt hat. Aber ob das die Entwicklung im Grenzland ist bis hin zur Obersteiermark, lieber Schrittwieser, von der du gesprochen hast, es ist auf Grund eigener Initiativen, und mich interessiert da kein Vaterschaftsstreit, ob die Stadt Kapfenberg das war, der Bund, das Land, alle zusammen, wann immer sie etwas zusammengebracht haben, ist das gut für uns alle gemeinsam.

Lieber Herr Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei – (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Und Landeshauptmannstellvertreter!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter – wie Sie es gerne hätten –, na ja, den Eindruck habe ich nicht ganz, wenn ich euch immer zuhöre, aber bitte, es soll sein, wie Sie meinen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Wir sind bei keiner Parteiveranstaltung!“) Sie wissen schon, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß der Norbert Geltner zum Beispiel den Zustand der steirischen Wirtschaft kritisch betrachtet hat. Trotzdem hat er gesagt, im Vergleich zu den Rahmenbedingungen, die rings um uns herrschen, eine ganz passable Geschichte. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Bleiben wir bei der Sache!“) Bei der Sache: Lieber Günther, ich habe ja immer Respekt vor deinen Qualitäten an den Telefaxgeräten, und ich wundere mich ja, in was du deinen Vorsitzenden immer hineintreibst, weil ich da gerade höre, zur Sache wegen dieser 100 Millionen Schilling zusätzlicher Forderung für die Obersteiermark oder was immer auch.

Wir haben also einen ähnlichen Vorschlag genau eine Woche vorher gemacht. Es kam ausnahmsweise einmal kein Nein von Ihnen, aber es wurde dann als riesengroße Wirtschaftsoffensive von euch verkauft. Ja bitte, ich habe mir dann erlaubt hinzuweisen, Herr Landesrat, daß Sie das nicht einmal im Budget vorgesehen haben. Mittlerweile in den Nachtstunden gestern ist das passiert, wie ich höre, ich freue mich, daß das so schnell auch Wirkung hat. Da merkt man, er ist ein kooperativer Mann, mit ihm kann man etwas weiterbringen.

Lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn Sie mir ein paar Bemerkungen noch erlauben in dem Zusammenhang. Schauen Sie, global denken, bin ich sehr dafür, lokal handeln, und dort, wo wir gemeinsam einige Schritte setzen können, soll man das auch machen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist gescheit!“) Ich habe aber schon zunehmend den Eindruck – Günther, ich

hoffe, ich tue dir etwas Gutes, indem ich einige Dinge sage –, daß von der rot-blauen Koalition die Probleme nur verbal abgehandelt werden. Viel heiße Luft erzeugt ein ordentliches Treibhausklima, aber es geht fast nichts weiter. (Abg. Gennaro: „Die Heißluft läßt den Ballon steigen!“) Gennaro, du kommst nachher dran, der Herr Präsident hat dich schon notiert. Aber laß mich folgendes in dem Zusammenhang sagen: Ich habe den Eindruck, daß Sie nur in negativen Dimensionen denken können, und das wird dem Herrn Finanzlandesrat nicht gut bekommen, relativ bald schon, denn wir nähern uns der Budgetdebatte. Ein bißchen nach dem Motto des Lottokönigs: Alles ist möglich. Wenn ich mir anschau, was in den letzten Wochen und Monaten – das hat auch mit der Beschäftigungssituation pro futuro einiges zu tun, was von Ihnen an Milliardenforderungen gekommen ist. Da waren zunächst einmal die Spitäler, nicht das, was wir jährlich an Schmatte hineingeben. (Landesrat Ing. Ressel: „Das ist das Problem, daß dem Land diese Dimension fehlt, genau das ist der Punkt!“) Herr Landesrat, ich habe den Eindruck, daß Ihnen das Land zu klein ist. Stimmt 's? Wir werden das ja in den nächsten Tagen sehen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ich danke für diese Einschätzung!“) Wir sind ja wohlwollend!

Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie mit der Situation so leicht zu Rande kommen. Spitäler 12 bis 17 Milliarden, Wohnbau 10 Milliarden, neue Messehalle mehrere hundert Millionen, Abwasserentsorgung 7 Milliarden, Fachhochschulen, Sozialoffensive, Nahverkehr zunächst für die Obersteiermark eine Milliarde, mittlerweile zum Diskontpreis von 10 Prozent, nämlich 100 Millionen. (Abg. Dörflinger: „Willst du, daß dort etwas passiert, oder nicht?“ – Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist ja das Glück, daß er Landesfinanzreferent ist, und nicht Sie!“) Moment, hat er sich einen Goldesel in seinem Büro angeschafft, der ihm das Geld besorgen wird?

Wir sind gerne dafür. Wir schauen uns das gerne an. Nur, ich habe den Eindruck, daß Ihnen die kleine Arbeit etwas zu mühsam ist. Denn dort, wo es um etwas geht, da höre ich nur ein Njet. Ob das der Technologiepark da oben war, ob das das Schulungszentrum war, das AIZ, überall njet. Fast wie der Breschnjew. Bei jeder Aussage nein, nein. Kommt nicht in Frage. Dafür ist dann der Günther wieder am Rohr, am Telefax, und schon wieder die nächste Milliarden-geschichte. Das beeindruckt manche Leute eine kurze Zeit, nur, irgendwer wird das zahlen auch müssen. Da bin ich der Meinung, daß wir uns gemeinsam zu einer Prioritätensitzung finden müssen und irgendwie im klaren sein müssen, wie wir das finanzieren können. Ich rede gar nicht von Ihrem Museum, das Sie mittlerweile gebaut haben, Marke Guggenheim. Der Ö-Ring ist mittlerweile wieder flottgemacht worden. Das Liebenauer Stadion ist saniert worden und so weiter und so fort. Ich sage das nur deswegen, um aufzuzeigen, daß der Fernschreiber alles aushält.

Darf ich in dem Zusammenhang eine kleine Bitte an Sie richten, Herr Landeshauptmannstellvertreter? Wir hätten schon gemeinsam eine Aufgabe. Ich bekenne mich zu all den Dingen, daß wir das alles machen müssen, daß wir das auch finanzieren müssen. Nur, ich

verstehe Sie auch nicht in Ihrer Funktion als Finanzexperte. Warum? Immer, wenn es um den Bund geht, sagen Sie: Jesus Maria, die von der ÖVP schreien schon wieder, daß der Bund nichts zahlt. Dabei müssen wir als Land, und wir werden den Herrn Finanzreferenten daran erinnern – (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ich bin mit dem Koalitionspartner einverstanden!“) Ich sage jetzt eines: Was haben Sie mit Ihrer Achse Vranitzky erreicht? Ich sage ganz unpolemisch: Nichts. Achsbruch bereits in der Garage. Das Gespann Vranitzky-Schachner-Blazizek ist nie zum Fahren gekommen. (Abg. Dörflinger: „Sehr sachlich!“) Wo haben wir, lieber Günther, in den letzten Jahren etwas bekommen? Das war im Straßenbau, im Hochschulbau und im Umweltfonds. Alles ÖVP-Minister, wenn ich das richtig sehe.

Ein Zweites möchte ich in dem Zusammenhang auch sagen. Er ist zum Beispiel jetzt zuständig für die Landeslehrer. Dort geht es um 650 Millionen Schilling oder um die Entlassung von 1700 Lehrern. Dann werden wir uns anschauen, wie blaß wir alle miteinander werden. Das wäre ein reiches Betätigungsfeld für den zuständigen Referenten in der Regierung. (Präsident Dr. Klausner: „Herr Kollege Dr. Hirschmann, ich bitte, zum Schluß zu kommen, Ihre 20 Minuten Redezeit sind um!“) Ja, selbst habe ich nur zehn Minuten geredet, Herr Präsident, wenn ich da so mitgeschaut habe.

Einen langen Schlußsatz erlauben Sie noch, Herr Präsident, Sie sind ja nicht so streng, wie ich Sie kenne!

Ich möchte an alle eine Aufforderung richten: Ein bißchen haben wir schon den Eindruck, daß die neue Koalition im Lande rot-blau da spürbare Auskosten aller Lustgefühle – Schadenfreude, sind ja alle bei Sigmund Freud, trefflich beschriebene Regungen der Menschen – übertreibt. (Abg. Dörflinger: „Schau das Budget an und nicht den Sigmund Freud!“) Es wäre für uns alle gemeinsam wichtig, daß wir nach sechs Monaten ein bißchen mehr in der Öffentlichkeit vorweisen können als jetzt. Wenn ich der Frau Landesrätin heute zugehört habe, war es nicht einmal möglich, einen Saustall abzusiedeln. Es klingt vielleicht lustig. Ihr werdet wissen, was die Leute in Radkersburg darüber sagen. Ein Zweites noch, lieber Michl. Ich habe dich in Radkersburg zum Beispiel sehr verteidigen müssen, weil die Leute sagen, außer der Parteienförderung und einem neuen Häusl für den Michael Schmid ist noch nichts produziert worden im Lande. (Präsident Dr. Klausner: „Herr Abgeordneter Dr. Hirschmann, Sie können sich ein zweites Mal zu Wort melden. Jetzt bitte ich Sie, zum Schluß zu kommen!“)

Zum Schluß folgendes: Wir laden Sie trotzdem ein zu einem gemeinsamen Vorgehen in all diesen wichtigen Dingen für unser Land, für die Menschen in dem Land, und wir nehmen es zwar gelassen hin, daß aus dem sogenannten freien Spiel der Kräfte ein fein abgekartetes Spiel der rot-blauen Koalition geworden ist. Mit dem Ärger können wir leben, meine Damen und Herren, aber dem Land tut es nicht gut. Trotzdem werden wir einen umfassenden Beschlußantrag heute vorlegen und bitten auch um Zustimmung, denn da geht es um all die Probleme der Zukunft, Schrittwieser, von

denen du gesprochen hast. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und für die Möglichkeit zum Überziehen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.25 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Weilharter. Ich erteile es ihm.

**Abg. Weilharter (12.25 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn der Vorwahlkampf für die Bundespräsidentenwahl beendet ist, werde ich mit den Ausführungen beginnen.

Ich darf beim Kollegen Dr. Hirschmann anknüpfen. Er hat eingangs seiner Rede gemeint: Reden ist zu wenig. Ich glaube, lieber Kollege Dr. Hirschmann, das ist ein völlig neuer Ansatz in deiner politischen Partei, nämlich reden ist wirklich zu wenig. Ich werde versuchen, es an Hand einiger Aussagen der letzten Zeit zu belegen. Es ist mir neu, daß du in Widerspruch mit deiner Landesrätin bist. In den letzten zwei Jahren, am 17. Februar, haben dein Parteivorsitzender und deine Wirtschaftslandesrätin angekündigt in einer steirischen Zeitung: Milliarde für die steirische Wirtschaft.

Landeshauptmann Dr. Krainer, Wirtschaftslandesrätin Klasnic wörtlich: „Steirische Wirtschaftsmilliarde enthält: Die Steirische Wirtschaftsmilliarde ist die in dieser Form bisher umfassendste steirische Förderungsaktion und wird in unbürokratischer Form in den Jahren 1989/90 und 91 zur Verfügung stehen.“

Es geht dann weiter vier Monate später. Da entnehmen wir wieder einer steirischen Zeitung unter dem Titel „Steiermärk bei den Insolvenzen führend“: „Bei den Insolvenzen im ersten Halbjahr 1989 befindet sich die Steiermark im bundesweiten Spitzenfeld“ und so weiter.

Wiederum ein paar Monate später, im November 1990, der Landeshauptmann in einer steirischen Zeitung anlässlich des Konjunkturgesprächs mit der Raiffeisenorganisation, wobei dort schon Wirtschaftsexperten gewarnt haben. Ich schätze die beiden, den Herrn Geltner sowie auch den Herrn Krammer, die haben damals also schon gesagt im Zuge des Konjunkturgesprächs, daß vor übertriebender Euphorie gewarnt wird und daß die Obersteiermark vor einer neuen Stahl- und Wirtschaftskrise steht. Der Landeshauptmann hat daraufhin seine Forderungen an die Bundesregierung formuliert. Ich erspare mir da jetzt Punkte, nur, ich meine, das war wiederum im Sinne des Kollegen Dr. Hirschmann: Reden ist zu wenig.

Die Folge war dann, im Jänner 1991 wurde wiederum in einer steirischen Zeitung festgestellt unter dem Titel „Pleiten: Die Steiermark hat stark aufgeholt“. Da darf ich den Schlußsatz zitieren: „In der Grünen Mark schlug der Pleitegeier gleich 361mal zu, was einer Steigerung gegenüber 1989 um 64 Insolvenzen gleichkommt.“

Im April des Vorjahres, also im April 1991, warnen wiederum die Wirtschaftsexperten. Nämlich Prof. Koren als Krisenforscher warnt und sagt wörtlich: „Betroffen sind in erster Linie die Klein- und Mittelbetriebe, die sich aber im Zuge der europäischen Entwicklung bald noch schwerer tun werden.“

Es geht dann weiter, wiederum in einer steirischen Zeitung. Hier wird darauf hingewiesen, daß die steiri-

schen Wirtschaftstreibenden, es waren vorhin 48 Prozent, aber dann nur mehr 41 Prozent im April des Vorjahres, die die Auftragslage der Unternehmen als gut bezeichnen, und das hat wiederum dann eine Rede innerhalb der ÖVP bewirkt. Dann hat sich der Präsident der Handelskammer, den ich persönlich sehr schätze, der Herr Präsident Gady, geäußert und hat gemeint, „solche Befragungen sind zuverlässiger als die Prognosen der Wirtschaftsforscher“.

Es geht dann weiter, Ende April in einer steirischen Zeitung: „Die Chancen waren noch nie so groß wie heute“ und, und, bis in den Juni hinein. Im Juni wurde wiederum aus dem Büro der Frau Landesrat Klasnic verkündet unter dem Titel „Trendwende in der Grünen Mark: Wachstum durch Innovation“. Zitat wörtlich: „Die neuen Betriebe müssen noch einen Speck aufbauen, damit sie auch durch die dünnen Jahre kommen, ansonsten sind wir aber überhaus zufrieden“, kommentiert Alexander Schwarz, Wirtschaftsexperte im Büro der Landesrätin Waltraud Klasnic, die vor wenigen Tagen veröffentlichten Wirtschaftsdaten.

In der Folge, wiederum im Vorjahr, im August, kurz vor der Landtagswahl, einen Monat vor der Landtagswahl, in einer kleineren steirischen Zeitung, in einer steirischen Parteizeitung, die große Schlagzeile, die Ankündigung der Frau Wirtschaftslandesrätin: „Der Schilling rollt in die Obersteiermark.“

Zitat wörtlich: „Dazu ist zu bemerken, daß die Obersteiermark in den letzten Jahren insgesamt 2,2 Milliarden Schilling aus den Wirtschaftsförderungsmitteln erhalten hat, das entspricht einem Anteil von 35 Prozent.“

Wieder ein paar Tage später, wiederum in einer steirischen Zeitung, dasselbe Zitat, erweitert um den Satz „daß Förderungsmittel in zukunftsweisende Projekte investiert werden sollen und auch, wenn es die verstaatlichte Industrie betrifft“.

Im September dann, 14 Tage vor der Landtagswahl, hat der obersteirische ÖVP-Mandatar und der sogenannte Verstaatlichten-Retter Paul Burgstaller groß angekündigt: „Ich bin mit der Entwicklung in der Obersteiermark mit Ausnahme der Verstaatlichten sehr zufrieden.“

Meine Damen und Herren, da bin ich völlig konform mit Ihrem Klubobmann, Herr Kollege Frizberg, mit der Aussage des Gerhard Hirschmann. Reden ist zu wenig. Und ich hätte dort an meinem Tisch noch weitere Zitate, und man könnte stundenlang die Redezeit damit ausfüllen, was alles von Ihrer Fraktion im Bereich der Wirtschaft geredet worden ist.

Faktum ist bitte, meine Damen und Herren – die Wirtschaftsforscher, die Experten haben die Situation erkannt und haben vor zwei Jahren schon gewarnt –, daß sich eine dramatische Entwicklung im Wirtschaftsbereich, am Arbeitsmarkt in der Obersteiermark abzeichnet. Und Sie, liebe Frau Landesrat, und Ihre Mannschaft, ich habe einige zitiert, haben scheinbar diese Warnungen, obwohl Sie darauf hingewiesen worden sind, ignoriert. Und Faktum ist bitte heute in der Obersteiermark und steiermarkweit, daß der Landtag eine Sondersitzung abhält und wiederum Worte produziert werden.

Ich würde sagen, liebe Frau Landesrat, ich habe Ihrer Beantwortung der Anfrage ja genau zugehört.

Sie haben eine weitere Milliarde für die Berufsschulen angekündigt, eine weitere Milliarde für die Berufsschule gefordert oder angekündigt, Sie haben also plakatativ wieder eine Milliarde in den Raum gestellt. Scheinbar besteht Ihre Tätigkeit in der steirischen Wirtschaftspolitik wirklich im Märchen, einmal wurde es ja schon erwähnt, im sogenannten Goldmariechen. Sie kündigen an, das Goldmariechen in Form der Ankündigungen, aber keiner kommt zum Gold.

In der Tat, wenn ich mir die Entwicklung anschauere, und ich habe einiges aufgelistet, ich könnte noch die Arbeitsmarktstatistik nennen, sind Sie aber leider das Pechmariechen.

Zwischenzeitlich, meine Damen und Herren, ist ja das hinlänglich dokumentiert. Wir wissen ja, daß allein in der Obersteiermark im Zeitraum von einem Jahr über 2000 Arbeitsplätze wiederum verlorengegangen sind, und wir schreiben im Durchschnitt eine Arbeitslosenrate von weit über zehn Prozent. Außerdem – und ich hätte auch die Zitate hier, ich erspare es mir aus zeitlichen Gründen – wurde wiederum einmal festgestellt, daß die Steiermark in der Insolvenzrate Spitzenreiter ist.

Meine Damen und Herren, wir von der Freiheitlichen Fraktion könnten es uns heute hier sehr leichtmachen und sagen: „Für diese gefährliche und dramatische Entwicklung in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt sind die beiden Regierungsparteien verantwortlich.“ Damit, glaube ich aber, werden wir keinen Arbeitsplatz in der Steiermark herbeiführen und retten können, sondern wir sagen vielmehr, wir finden es als unvernünftig aus ökologischer Sicht, aber vor allem auch aus wirtschaftlicher Sicht, daß so quasi unter dem Titel „Obersteiermark-Förderung“ und aus der Notwendigkeit für die Obersteiermark wiederum ein Monsterprojekt installiert werden sollte, der sogenannte Semmering-Basistunnel. Wir sind überzeugt davon, daß damit kein einziger Arbeitsplatz in die Obersteiermark kommt, sondern, daß nur die Bevölkerung aus dem Mürzzuschlager Raum noch schneller zum Pendeln nach Wien kommt.

Wir sagen daher, und wir werden heute noch einen Entschließungsantrag dazu stellen, es wäre vernünftiger, in diesem Bereich eine sogenannte Umschichtung vorzunehmen, diese Gelder nicht für dieses Projekt zu verwenden, sondern der privaten kleinen und mittelständischen Wirtschaft zuzuführen. Und ganz ungeschoren, meine Damen und Herren, kann ich in dieser Frage auch die Sozialisten nicht lassen. Die Herren Betriebsräte haben ja jahrzehntelang im Bereich der verstaatlichten Wirtschaft in der Obersteiermark die sogenannten Arbeitsplatzgarantien für die betroffene Belegschaft ausgesprochen.

Es gibt bitte, meine Damen und Herren, keine Arbeitsplatzgarantie, sondern Sie haben mit dieser Ihrer Aussage, mit dieser Ihrer Politik falsche Hoffnungen geweckt, und darin ist auch, lieber Kollege Vollmann, die Ursache zu suchen und zu begründen, daß insgesamt die Pro-Kopf-Verschuldung sich an der 100.000er Grenze vom Kleinkind bis zum Greis bewegt.

Meine Damen und Herren, Sie haben ja auch in jüngster Zeit in rot-schwarzer Gemeinsamkeit wiederum die ernste Situation der steirischen Wirtschaft,

des steirischen Arbeitsmarktes ignoriert. Ich sage nur das Stichwort Chrysler dazu.

270 Millionen Schilling sind in ein Projekt geflossen, von dem wir nicht wissen, wie es ausgehen wird. Wir wissen eines: Man hat damals in einem Bereich, im Großraum Graz, wo die Wirtschaftsauftragslage noch in Ordnung war, eine Wettbewerbsverzerrung am Arbeitsmarkt geschaffen. Meine Damen und Herren! (Abg. Gennaro: „Deine Kollegen haben gestern im Grazer Gemeinderat zugestimmt!“) Lieber Kollege Gennaro! Die Grazer Gemeinderäte – das ist der Unterschied zu deiner Fraktion – nehmen Grazer Standpunkte bei uns wahr. Wir als steirische Abgeordnete widmen uns der gesamten Steiermark. (Abg. Gennaro: „Graz gehört schon zur Steiermark, und du bist Abgeordneter für die ganze Steiermark!“)

Aber du bist über diesen Horizont vermutlich noch nicht hinauskommen!

Darf ich abschließend ein paar Dinge formulieren. So prekär die Situation ist, wir werden nicht darüber hinweg kommen, daß wir uns schwerpunktmäßig konzentrieren auf die sogenannten Gründerzentren. Die Frau Landesrat hat gemeint, das Land Steiermark hat sich zum sogenannten privaten Gründerzentrum bereits bekannt. Sie haben zitiert die Firma Job Creation. Ich hatte anlässlich der Budgetdebatte im Jahre 1987 mich vehement für diese Idee eingesetzt. Ich habe damals gemeint, wir schenken die Vaterschaft für diese Idee gerne her, nur realisiert muß sie werden. Wir sind daher sehr froh, daß in diesem Bereich ein klitzekleiner Erfolg erkennbar ist und daß die damalige Mehrheit in diesem Land kurz vor zwölf, kurz vor der Landtagswahl, noch einsichtig war und sich wenigstens zur einzigen vernünftigen steirischen Initiative in diesem Bereich schlußendlich bekannt hat.

Der nächste Punkt, der uns sehr wesentlich scheint, wir werden auch den Bund, und das geht wieder an die Adresse der Sozialisten, im Bereich der Verstaatlichten auf die Verantwortung als Eigentümer aufmerksam machen. Es kann nicht sein, daß das Land Steiermark immer wieder im verlängerten Sinne die Aufgaben des Eigentümers, sprich der Bundesregierung, im Hinblick auf die Verstaatlichten wahrnimmt und wir andererseits unsere Aufgaben für die privaten Klein- und Mittelbetriebe aus budgetären Gründen nicht wahrnehmen können. Daher noch einmal an die Sozialisten: Werden Sie vorstellig in Ihren Reihen, in Ihren Ministerien im Bund, daß die Verstaatlichten zu hinterfragen ist, wieweit es mit den Eigentümerpflichten ist. Wir werden aber, wenn wir der Wirtschaft etwas Gutes tun wollen und wenn wir der Wirtschaft künftighin eine Hilfestellung geben wollen, auch die Frage der sogenannten Konzessionsprüfungen, das Procedere insgesamt überdenken müssen, denn ich bin überzeugt davon, in der Form, wie wir es jetzt haben, haben wir längst nicht in diesem Bereich die EG-Reife. Wir werden uns insgesamt auch dafür einsetzen müssen, daß innerhalb der Steiermark die sogenannte Wirtschaftsförderung total entpolitisiert wird, daß eine Gleichbehandlung aller kleinen privaten Förderungsansucher erfolgt. Entpolitisierung der Wirtschaft wird für uns alle ein wesentliches Anliegen sein mit Entpolitisierung der Förderungen. Wir werden uns erlauben, das wird unser Klubobmann machen, dazu

heute einen Entschließungsantrag zu stellen. (Beifall bei der FPÖ. – 12.40 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Flecker (12.40 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Frau Landesrat Klasnic hat heute ihren Arbeitsplatz sehr umfangreich dargestellt. Leider scheinen hier Quantität und Effizienz nicht Hand in Hand zu gehen, und es scheint mir ein Symptom der Hilflosigkeit zu sein, daß sich die Frau Landesrat mit einer Überschrift aus der „Neuen Zeit“ hinsichtlich des Zustandes in der Obersteiermark beruhigen läßt, noch dazu, wo diese Überschrift ein Zitat des Gewerkes Assmann ist, das er gestern anläßlich einer Pressekonferenz, zu der er sich als Verstärkung den Herrn Abgeordneten Jeglitsch geholt hat, geäußert hat. Der Herr Kollege Hirschmann hat auch in sehr beeindruckender Art die Leistungen der ÖVP für dieses Land dargestellt, nämlich die Schuld bei den anderen zu suchen und selbst, obwohl man zuständig ist, keinen Beitrag zu leisten, und auch darzustellen, daß Ideen und Programme von vornherein einmal suspekt sind. Es kann schon sein, daß Sie dem Kollegen Hirschmann nicht zugehört haben oder ihn bewußt falsch verstehen wollten. Aber dieser Vorgang ist nichts Neues. Aber wir brauchen diese Art der Diskussion nicht, Herr Abgeordneter Dr. Maitz. Ich glaube, daß die schrecklichen Ziffern, die die wirtschaftliche Situation dieses Landes schildern, eine ernsthafte und sachliche Diskussion erfordern. Wir sind das den Menschen schuldig, die sich von uns Hilfe, aber nicht Schlagzeilen oder Streit erwarten. Hinter den Arbeitslosenziffern stehen menschliche Schicksale, denen wir uns verpflichtet zu fühlen haben!

Ich komme aus einem Bezirk, über den die Statistik aussagt, daß er einer der am schwersten betroffenen ist. Liezen hatte zum 31. Jänner 1992 eine Arbeitslosenrate von 11,3 Prozent, die Ausländerarbeitslosigkeit betrug 53 Prozent, und die Anzahl der Langzeitarbeitslosen über 50 ist im letzten Jahr um mehr als 50 Prozent angestiegen.

Wirtschaftsförderung ist Vorbeugung der Krankheit und soll Therapie mit Gesunden sein. Die sozialpolitischen Maßnahmen in Krisensituationen stellen leider nur jene medikamentösen Dosen dar, die dem Patienten das Leben erleichtern oder gerade noch erhalten.

Die Aufgabe der Politik liegt darin, ein Umfeld zu schaffen, das einerseits die Gründung von Betrieben attraktiv macht, andererseits Innovationen zu fördern, die der Sicherheit und der qualitativen Verbesserung bestehender Arbeitsplätze und Betriebe dienen.

Die Einbrüche der Grundstoffindustrie, vor allem im verstaatlichten, aber auch im privaten Bereich, fordern von uns Alternativen, vor allem deswegen, weil wir die regionalpolitische Verantwortung tragen. Ich kann mich durchaus damit anfreunden, daß Bereiche der Grundstoffindustrie völlig unabhängig davon, ob sie im Eigentum der Republik oder von Privaten stehen, einem betriebswirtschaftlichen Gesundungsprozeß unterzogen werden. Daß dieser Gesundungsprozeß vorwiegend auf Kosten der Belegschaft geht, die

keinerlei Verantwortung für diese Einbrüche zu tragen hat, ist ungerecht und die Folge unseres Systems. Die Einbrüche treffen selbstverständlich konzentriert bestimmte Regionen. Wir Gebietskörperschaften, ob Bund oder Land, haben die Aufgabe, Alternativen zu fördern und zu ermöglichen. Überfallsartige Enthaltsamkeit der Politik aus der Verstaatlichten ist ohne greifbare regionalpolitische Gegensteuerungen, die von allen Gebietskörperschaften gemeinsam zu tragen sind, nicht zu verantworten. Genauso wenig wie die Verweigerung weiterer Zuschüsse unter gleichzeitiger Schuldzuweisung für Einbrüche an die anderen.

Monetäre Förderung ist sicher subsidiär zu sehen. In erster Linie geht es darum, die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Ansiedlung und den konkurrenzfähigen Weiterbestand von Betrieben zur Verfügung zu stellen. Wir werden mit Sicherheit keine dauerhaften Neugründungen im Bereich der Steirischen Eisenstraße von Eisenerz bis Altenmarkt finden, wenn wir nicht die B 115, die Eisenbundesstraße, und ihre Fortsetzung durchgehend entsprechend ausbauen. Der Ansiedlungsanreiz durch Geld hat den Charakter der Kurzfristigkeit, die Schaffung konkurrenzfähiger Bedingungen ist für die Erhaltung und den Bestand der Betriebe wichtig. Leistungsfähige Verkehrswege sind und bleiben Grundvoraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft, auch wenn sie von manchen Glaubenskriegern als Marotte einer Lobby dargestellt werden.

Die Steiermark wird ein funktionierendes Wirtschaftsförderungsmanagement einrichten müssen, um der Konkurrenz der anderen Bundesländer, aber auch dem EG-Raum gewachsen zu sein.

Daß dieses Management nicht existiert, beweist die Statistik und ein spürbares Interregnum in der Wirtschaftsförderung seit zirka einem Jahr. Wir haben zur Zeit weder richtlinienbedingte Förderungsprogramme noch die Ansprechstelle für Unternehmungen beziehungsweise Personen, die Unternehmungen gründen wollen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der gegründeten Wirtschaftsförderungsgesellschaft, dem ich ja kollegial verbunden bin, tanzt auf allen Bällen der Wirtschaftsförderung, und man weiß nicht, ob er das in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender tut oder für das Konkurrenzunternehmen Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, deren Vorstand er ist. Soweit ich als Abgeordneter bei solchen Sachen dabei war, war nie ein Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zugezogen.

Meine Damen und Herren, wenn wir in diesem Haus Ausgliederungen aus der Landesverwaltung ernst nehmen wollen und damit tatsächlich etwas weiterbringen wollen, dann haben wir die Verpflichtung, bestehende Strukturen des Amtes aufzulösen. Tun wir das nicht, werden die Ausgliederungen zum Alibi eines Wollens, das in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist. Dafür sollte uns das Geld der Steuerzahler zu teuer sein.

Was können wir uns unter „Wirtschaftsförderungsmanagement der Gesellschaft“ vorstellen? Es muß uns da gar nicht viel Neues einfallen, auch die Sozialpartner haben darüber schon nachgedacht. Es gibt ein Aktionsprogramm der Arbeiterkammer aus dem Oktober des Vorjahres und eine Broschüre der

Handelskammer aus diesem Monat. Ich wundere mich darüber, daß sich dieses Wissen nicht bis zum zuständigen Regierungsmitglied oder aber in die Geschäftsführeretage der Wirtschaftsförderungsgesellschaft durchgesprochen hat. Ich glaube, die Frau Landesrat hätte ganz sicher den entsprechenden Draht zumindest zu einem der Sozialpartner gehabt, und ein Geschäftsführer kommt ja direkt aus der Handelskammer. Daß aus der Wirtschaftsförderungsabteilung kein Konzept kommt, erstaunt nicht, sondern bestätigt die Erwartungen.

Vorerst glaube ich, daß unter der Federführung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft auf Basis eines Katasters bebauungsfähiger Industrie- und Gewerbegrundstücke entsprechende Raumordnungsprogramme zu erstellen sind. Es wird uns das beste Industriegrundstück nichts helfen, wenn daneben die Lebensfunktionen Wohnen, Freizeit und Nahversorgung keine Berücksichtigung finden. Das zu schaffen kann nicht allein Aufgabe der Gemeinde sein, hier bedarf es der Unterstützung des für die Regionalplanung verantwortlichen Landes. Wir brauchen diesen Grundstückskataster und Einrichtungen in öffentlicher und privater Hand, die Optionen auf diese Grundstücke zur Bevorratung erwerben können. (Landesrat Klasnic: „Es gibt ihn schon, den Grundstückskataster!“) Ja, nur gemanagt, wird da nicht, Frau Landesrat. Ich werde dann ein schönes Beispiel bringen.

Noch besser wären natürlich raumordnungspolitische Instrumentarien, wie ein Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand zur Grundsicherung für die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben, wie sie in Deutschland bereits gang und gäbe sind.

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft wird die vorhandene Grundstücksbörse managen müssen und potentiellen Investoren mit einem Gesamtpaket anzubieten haben. Und jetzt komme ich auf das, Frau Landesrat, nämlich was wir im Bezirk Liezen und in der Gemeinde Altenmarkt an Dilettantismus der Wirtschaftsförderungsabteilung erleben mußten, ist Laienhaftigkeit zum Exzeß. Da hat die Wirtschaftsförderungsabteilung, Frau Landesrat, ein von Ihnen verwaltetes Grundstück aus dem Konkurs der Papierfabrik Weißenbach den Steirischen Druckgußwerken für die Neuerrichtung einer Fabrik angeboten, und die Raumordnungsabteilung des Landes hat dann gutachtlich ausgeführt, daß dieses Grundstück für die Ansiedlung eines Industriebetriebes ungeeignet ist. Das ist Grundstücksmanagement bei der Wirtschaftsförderungsabteilung. (Landesrat Klasnic: „Sie müssen dazu sagen, daß es Bürgerinitiativen waren, die es verhindern haben!“) Frau Landesrat, ich kann doch nicht hingehen, einem Unternehmer eine Option auf ein Grundstück geben, wissend, wo das Grundstück liegt, wissend, daß daneben eine Siedlung ist, und einen Betrieb dort bauen lassen wollen. (Landesrat Klasnic: „Sie waren lange genug im Beirat!“) Wir haben lange genug dafür gekämpft, daß eine Fabrik errichtet wird, und Sie haben in Wirklichkeit den Investor beinahe vertrieben durch solche Maßnahmen der Wirtschaftsförderungsabteilung. Wir kämpfen nämlich seither in der Region darum, daß dieser verärgerte Investor bleibt, und darum, daß wir 300 Arbeitsplätze erhalten können.

Ein derartiger Dilettantismus, Frau Landesrat. (Landesrat Klasnic: „Wo sind Sie die ganze Zeit gewesen?“) Frau Landesrat, ich war permanent dabei, dafür zu sorgen, daß dieser Betrieb wenigstens in der Region bleibt, und Sie, Frau Landesrat, hätten gut daran getan, die Fehler, die in Ihrer Verantwortung passiert sind und die normalerweise zu Folgen führen müßten, ein Grundstück anzubieten, das nicht zur Bebauung geeignet ist. (Landesrat Klasnic: „Welcher Fehler zum Beispiel? Ich bin nicht der Raumordnungsreferent!“) Na, dann reden Sie sich auf den Kollegen Schaller aus. Das ist ja traurig, daß ihr miteinander nicht einmal reden könnt.

Jedenfalls sollte es in Zukunft so sein, daß das Grundstücksmanagement der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sicherstellen kann, daß Grundstücke, die man Betrieben anbietet, auch tatsächlich gewidmet sind. Es ist Aufgabe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die Ansprechstelle für den Unternehmer zu sein und ihm das ganze Paket an Fragen anzubieten und die dafür zutreffenden Antworten zu geben. Die Pilgerfahrt zum zuständigen Regierungsmitglied müßte den Unternehmen erspart werden. Die Kompetenz der Gesellschaft muß auch eine Förderungszusage im Rahmen ihres Budgets einschließen. Es sollte einen Konnex zwischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Amt der Landesregierung und der Gemeinde geben, damit behördliche Verfahren gemeinsam in einem Leitverfahren abgehandelt werden können.

Der Unternehmer muß sicher sein, daß ihm zugleich mit der baubehördlichen Bewilligung auch die Betriebsanlagengenehmigung und eine allfällige wasserrechtliche Genehmigung erteilt werden.

Über dieses Betriebsgründungsmanagement hinaus wird es Aufgabe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sein, anhand der regionalspezifischen Voraussetzungen, sowohl was Ressourcen und Infrastruktur als auch Ausbildungsstruktur der Bevölkerung anlangt, regionale und sektorale Förderungsprogramme zu erstellen. Diese Förderungsprogramme sind zeitlich zu begrenzen.

Im Mittelpunkt muß selbstverständlich die Erhaltung und Sicherung von Arbeitsplätzen stehen, und es ist so, daß die Nichteinhaltung von Beschäftigungsgarantien selbstverständlich dazu führen muß, daß die geflossenen Förderungsbeträge zurückgezahlt werden müssen. Auch Betriebe mit Niedriglohnniveau und verlängerten Werkbänken sollten nicht förderungswürdig sein.

Bei Spinn-off-Gründungen sind die nötigen Einschulungsvoraussetzungen für die künftigen Unternehmer zu schaffen und zu fördern. Generell wird die Eigenkapitalausstattung bei Unternehmensgründungen in zukunftsorientierten Branchen durch abzuschichtende Kapitalbeteiligungen zu fördern sein. Für Fremdmiteilsatz scheint mir der verlorene Zuschuß in Form eines Zinsenzuschusses das wirksamste zu sein.

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft wird als Akquisiteur der Steiermark unterwegs sein müssen und den Investor mit der Gemeinde in Verbindung bringen, oder sie muß umgekehrt die Bürgermeister in ihrer Funktion als Betriebsansiedler bestens unterstützen. Die Herstellung entsprechender Kontakte muß zur Selbstverständlichkeit werden und darf nicht der



Geheimniskrämerei einer Kirchturmpolitik zum Opfer fallen.

Politische Deals, wie die Betriebsansiedlung in Wahlkampfzeiten, um dem Bürgermeister Stimmen zu retten, sollten der Vergangenheit angehören.

Ebenso wird es Aufgabe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sein, durch die Kontakte zu den Universitäten, privaten Forschungsinstituten und zur Forschungsgesellschaft Joanneum für den entsprechenden Technologietransfer zu sorgen.

Im F- und E-Bereich müssen Schwerpunktprogramme der Forschung seitens der Forschungsgesellschaft Joanneum erfüllt werden. Diese Schwerpunkte könnten Umwelttechnologien, Energietechnologien, Meß- und Regeltechnik sein. Wünschenswert ist selbstverständlich Auftragsforschung in diesen Bereichen im Dienste bestehender Unternehmungen. Freie Forschung an der Forschungsgesellschaft Joanneum sollte jedoch nur innerhalb der genannten Schwerpunktprogramme förderbar sein.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, daß es eine Reihe durchaus sofort umsetzbarer Ideen gibt, wir brauchen das nur anzugreifen. Leider hat vor allem die Sorglosigkeit der Bürgerlichen unter dem Alibi der sogenannten ökosozialen Marktwirtschaft, die einen Widerspruch in sich darstellt, zu einer Art Manchester-Liberalismus geführt. Mit den Folgen für die Menschen haben wir jetzt zu kämpfen. Es ist völlig falsch, daß der Markt von selbst alles regelt, Wirtschaftsförderung ohne Steuerung führt zur Gießkanne und zu reinen Mitnahmeeffekten.

Die Auswirkungen einer Gesinnung, die den Markt als Wert für sich zum Dogma erhoben hat, sehen wir bei der Veitscher Magnesit in Trieben. Hier geht es dem Unternehmer einzig und allein um die höhere Dividende aus dem Werk in Kärnten. Dafür scheint er bereit zu sein, Arbeitsplätze aufzugeben und unter Umständen gar einen tragenden Standort der steirischen Wirtschaft preiszugeben. In so einem Fall werden wir wohl die Geister, die wir in neokapitalistischer Euphorie gerufen haben, nicht mehr los. (Abg. Dr. Maitz: „Klassenkampf neuer Art!“) Manchmal notwendig, Herr Abgeordneter Dr. Maitz, weil Sie würden alles dem Markt überlassen. Na bitte, dann sind Sie also dafür, daß diese 240 Leute gekündigt werden. Das ist Ihre Maxime. (Abg. Dr. Maitz: „Sie reden in der Vergangenheit! Die richtige Maßnahme, und nicht Unternehmerbeschimpfungen!“) Daß Sie sich von Unternehmern alles gefallen lassen und daß Ihnen die Arbeitsplätze nichts wert sind, brauchen Sie hier nicht extra zu bestätigen, das ist bekannt. (Abg. Dr. Maitz: „Ihre Polemik ist auch bekannt!“) Sie können die Intelligenz Ihrer Zwischenrufe in den stenographischen Protokollen nachlesen! (Abg. Dr. Maitz: „Mit persönlichen Beleidigungen erreicht man auch nichts, löst man auch kein Problem!“) Begnügen, meine Damen und Herren, müssen wir uns mit Sozialplänen und der Zusage der Erhaltung eines Standortes, einer Zusage, die nicht einklagbar ist. Die von den Sozialplänen Betroffenen geben dann Politikern, die sich als Meister der Entsolidarisierung der Gesellschaft und der Aufschaukelung von Bevölkerungsgruppen gegeneinander erweisen, die Gelegenheit, wieder einmal vom Sozialschmarotzertum zu sprechen. (Abg. Dr. Maitz: „Der Herr Hesoun!“) Ich habe den Herrn

Haider gemeint. Unabhängig von der Tätigkeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, dürfen wir auf die Wirkung öffentlicher Beschäftigungsprogramme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht vergessen. Die Vorschläge der SPÖ im Bereich des Wohnbaues, der Spitäler und der Berufsschulen, die dem Herrn Hirschmann so suspekt waren, werden das Ihre dazu beitragen.

Meine Damen und Herren, die Lage ist sehr ernst, entschließen wir uns zu einem Aktivitätenkatalog, wie er unter anderem von mir geschildert wurde, im Interesse der Menschen und der Wirtschaft dieses Landes. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 13.00 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Kanduth. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kanduth (13.00 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist dies wohl ein Thema, wo es – glaube ich – keinen Abgeordneten gibt, dem dieses Thema nicht unter die Haut geht. Wenn man täglich mit den Menschen zusammenkommt, die in die Frühzeitarbeitslose kommen, in die Frührente gehen und über 45 sind und keine Arbeit mehr bekommen, und ihr Leid anhört, dann muß man sehr aufpassen, daß man nicht selbst deprimiert wird, weil man eigentlich in Wirklichkeit wenig dazu beitragen kann, das eine oder andere über Nacht zu ändern. Eine Wirtschaft ruiniert man nicht über Nacht, und man saniert sie nicht über Nacht. Das hat alles Langzeitwirkung.

Meine Damen und Herren! Ich muß das einfach heute sagen, weil ich mich so gut an ein Gespräch 1965 mit dem damaligen Universitätsdozenten Stefan Koren, dem späteren Finanzminister in der ÖVP-Alleinregierung und dem späteren Nationalbankpräsidenten, zurückerinnere, der mir das einfach so gesagt hat: „Die Wirtschaft ist etwas Sensibles. Wenn man da zuviel hineingreift, dann kommen die Räder in Schwung, und niemand kann diese Räder dann bremsen.“ So hat er das damals gesagt. Ich glaube, daß man es auch begriffen hat. Ich schaue zurück auf diese Zeit, weil ich so lange in der Politik tätig bin und so viel erlebt habe. Als wir 1970 die Mehrheit im Bundesland Österreich verloren haben und Sozialisten an die Regierung gekommen sind, haben wir einen Staat übergeben, der in Ordnung gewesen ist. 47 Milliarden Staatsverschuldung hat die damalige ÖVP-Regierung, die 25 Jahre lang die Verantwortung getragen hat, erwirtschaftet. Die verstaatlichte Industrie hat zu diesem Zeitpunkt sogar noch Gewinne geschrieben. Es war viel Geld vorhanden in den nächsten Jahren, Anfang der 70er Jahre, weil die Wirtschaftswachstumsgesetze des Herrn Stefan Koren, die in seiner Zeit noch verabschiedet wurden, voll gegriffen haben. Trotzdem hat die damalige Regierung keine Konsequenzen gezogen im Bereich der verstaatlichten Industrie, obwohl man wußte, daß es in diesem Bereich ganz notwendig ist, daß Maßnahmen getroffen werden. Man wußte es deshalb, weil es seit dem Jahre 1969 das sogenannte Booz-Allen-Gutachten gegeben hat, wo ganz deutlich hervorgekommen ist, was in der Verstaatlichten zu verhindern ist. Ich sage das deshalb, weil es damals ein leichtes gewesen wäre, Reduktionen in der Ver-

staatlichten vorzunehmen, weil es ein leichtes gewesen wäre, mit diesem Geld, das man später hineingeben mußte in die verstaatlichte Industrie, Betriebe zu gründen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „40 Jahre haben sie gebraucht!“) Ich möchte das in aller Deutlichkeit sagen, lieber Freund Chibidziura. Merke dir eines: Alleineigentümer ist der Bund, angeschaffen hat der Bund. Wer da noch alles drinnen sitzt, ist zweitrangig. Entscheidend ist, was der jeweilige Vorsitzende in diesen Bereichen wirklich vorschlägt und macht. Ich möchte da keine riesige Diskussion in diesen Fragen haben, es ist genug, daß nichts geschehen ist. Das muß man einmal in aller Deutlichkeit sagen. Ich bin auch der Meinung, daß es auch die Zeit gewesen ist, wo man die Manager in der verstaatlichten Industrie, und letztlich gehen diese Krise und diese Schwierigkeiten, die wir heute haben, ja auf die Verstaatlichte zurück. Dort haben wir ja die Arbeitsplätze verloren, wenn ich richtig informiert bin, über 7000. Nicht bei den Klein- und Mittelbetrieben, sondern in der verstaatlichten Industrie, und das ist das Problem schlechthin, weil man auch damals sich von der Politik in die Wirtschaft eingemischt hat, und das kann nicht gut sein. Ich habe das hier schon wiederholt gesagt: Die Politik hat den Rahmen zu schaffen, Arbeiten müssen jene, die in den Betrieben als Manager tätig sind. Ich sage das sehr deutlich, weil ich weiß, wie gerne man sich einmischt in Betriebe, vor allem in jene Betriebe, die gut gehen. Da möchte man sehr gerne mitemreden, und das ist der falsche Weg. Ich habe auch nicht vergessen, als Kreisky 1972 sagte: Ein paar Milliarden Schilling Schulden mehr ist mir Wurst, nur keine Arbeitslosen. Damals haben ein Stefan Koren, ein Josef Taus sehr deutlich gesagt: Letztlich werden viele Schulden herauskommen und viele, viele Arbeitslose. In diesem Stadium befinden wir uns jetzt.

Ihr könnt da reden über den Menschen, was ihr wollt. Er ist ein ausgesprochen tüchtiger Geschäftsmann gewesen. Ich muß Ihnen das sagen. Er hat 135 Betriebe begründet, und bei einem ist einmal etwas danebengegangen. Das wird jedem so gehen, der in der Wirtschaft steht.

Aber noch einen Satz zur Verstaatlichten. 1980 hat man in der VOEST im Werk Liezen noch über 800 Millionen Schilling investiert, um ein Produkt zu bauen, wo man zugleich auch beschlossen hat, es nicht zu verkaufen.

Ich überlasse Ihnen selbst, die Schlüsse daraus zu ziehen. Denn Sie haben ja letztlich diese Politik mitgetragen in all diesen Jahren. Verständlicherweise, sage ich ohne Vorwurf, aber so war es. Wir wären in unserem Bezirk in einer noch viel mieseren Lage, wenn nicht die Klein- und Mittelbetriebe in der Zwischenzeit sehr aufgeholt hätten. Allein das Einkaufszentrum in Liezen beschäftigt 1300 Leute. Ja, wenn wir das nicht hätten, meine Freunde, wieviel Arbeitslose hätten wir dann?

Über 1500 Beschäftigte sind in der Landgenossenschaft und in der AFLICK. Ja, das muß man halt auch sehen. Ich muß auch einen Satz sagen zu dem Betrieb, der einer der größten und der krisensichersten und ein stolzer Betrieb war, der Veitsch in Trieben. Auch hier, ein politischer Ausspruch hat letztlich dazu geführt, damals vom Herrn Präsidenten Mitterrand, die Großbetriebe zu verstaatlichen. Mit diesem Augenblick hat

es begonnen, daß die Hauptaktionäre überlegt haben, diesen Betrieb zu verkaufen. Und mit diesem Augenblick hat mein Freund Erich Tschernitz seine Probleme in dieser Gemeinde und in diesem Betrieb bekommen.

Ich sage nicht mehr, eine politische Äußerung, um solche Dinge ins Wanken zu bringen. Ich beneide ihn nicht um die Probleme, die er dort hat, weil ich weiß, wie sehr er sich eingesetzt hat und wie sehr er mit seinem ganzen Herzen an diesem Betrieb hängt. Und dann muß man auch noch eines dazusagen, was problematisch ist. Bei Großbetrieben, die so gut laufen – solange sie gut laufen –, ist das alles eine Klasse Geschichte, nur, wenn dann so ein Umbruch kommt, dann tut das doppelt weh. Warum? Weil es auch Klein- und Mittelbetrieben, gewerklichen Betrieben nicht möglich ist, in der gleichen Zeit, wo so ein Großbetrieb gut floriert, sich dort anzusiedeln und Betriebe zu eröffnen. Weil sie auch nicht in der Lage sind, jene soziale Leistungen und auch jene Löhne zu zahlen, die ein Großbetrieb zahlt. Eine ganz klare Geschichte.

Umso härter, umso schwieriger, wenn dann so etwas zusammenfällt, weil man nicht über Nacht neue Betriebe dann letztlich dorthin bringt. Und ich möchte doch auch ein Wort sagen, der Herr Kollege Flecker hat also gemeint, daß die Frau Landesrat in der Sache Altenmarkt völlig falsch gehandelt hat. Ich sage Ihnen eines, ich habe das miterlebt. Es hat überhaupt keine Zeit gegeben, wo die Frau Landesrätin sich nicht voll und ganz in diese Sache nicht nur hineingemischt, sondern versucht hat, alles versucht hat, um den Unternehmer so weit zu bringen, daß er in dieser Region bleibt. Das muß man ja auch wissen, bitte. Das ist ja nicht von selbst, wenn heute ein Umschwung da ist. Ich hoffe zumindest, daß es so weit ist, daß man sagen kann, jawohl, dieser Betrieb bleibt in der Region, denn wenn dort etwas danebengeht, meine Damen und Herren, dort bringen wir keinen Betrieb mehr hin. Das muß man wissen, und da muß man auch von der Raumplanung einmal sehr deutlich reden und sagen, bitte sehr, allen Dingen kann man nicht nachgeben, was manche wollen.

Ein Anrainer regt sich auf, weil er vergrößert. Ja, da muß man dem sagen: „Ja, bitte, dann verkauf dein Haus und gehe weg.“ Ich sage das deshalb so brutal, weil, meine Damen und Herren, die sich dort erst angekauft haben zu einem Zeitpunkt, wo der Betrieb längst bestanden hat, und jetzt soll der Betrieb weichen. Jetzt nenne ich dort die Möglichkeiten, die wir so bitter brauchen in dieser Region. Ich sage Ihnen, wenn wir alle miteinander nicht umdenken und wir alle miteinander glauben, man muß jedem nachgeben, weil er Grün, Alternativ oder sonstiges ist, weil vielleicht wählt er einen, ja dann werden wir uns sehr täuschen. Dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn uns die Leute davonjagen mit der Zeit.

Ich sage das auch deshalb, weil es so nicht weitergehen kann nur mit Verhindern. Oberster Grundsatz ist sicherlich die Umwelt, aber bitte, was hilft mir die ganze gesunde Umwelt, wenn ich keine Arbeit habe? Fragen Sie den Arbeitslosen, was ihm lieber ist, der ginge mit einer Maske in die Fabrik hinein, wenn er nur eine Arbeit hätte. So ist die Situation in Wirklichkeit, und auf das sollten wir eigentlich dementsprechend auch wirklich Rücksicht nehmen. Danach soll-

ten wir uns auch verhalten, meine Damen und Herren, ich sage Ihnen das auch.

Und ich sage auch sehr trocken, wenn nicht das Land in den ganzen letzten Jahren viel in der Wirtschaft getan hätte, würde es um die Steiermark noch viel schlechter ausschauen. Auch hier noch einmal zurück zur Verstaatlichten. 1,3 Milliarden Schilling sind letztlich in die Verstaatlichte hineingeflossen, und trotzdem haben wir die Probleme nicht gelöst, weil sie vorwiegend zum Schuldenzahlen und anderen Dingen verwendet wurden, aber nicht für innovative Dinge.

Mir ist dieser Tag ein viel zu ernster. Es war heute schon sehr lustig in diesem Hause, aber mir ist es einfach viel zu ernst, weil mir die Menschen, die darunter leiden, sehr leid tun. Ich glaube daher, daß wir gemeinsam alles tun müssen – und das ist unsere politische Verantwortung, wo immer wir stehen –, daß wir jene Vorschläge, die heute auch hier von der Frau Landesrätin eingebracht wurden, daß wir diese Vorstellungen umsetzen, selbstverständlich auch alle anderen, die möglich sind.

Ich bekenne mich auch dazu, wenn es sein muß, daß man weitere Darlehen aufnimmt, damit wir über die Runden kommen. Ich sage das auch. Ich weiß schon, daß das problematisch ist, wenn das Land sich noch mehr verschuldet als wir bereits haben, trotzdem, es geht mir um den Menschen, und ich glaube Ihnen allen. Halten wir zusammen, polemisieren wir nicht, versuchen wir, diesen Menschen, die heute draußen auf unsere Hilfe warten, auch die Hilfe zu geben, die uns möglich ist. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.10 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Bleckmann, ich erteile es ihr.

**Abg. Bleckmann (13.10 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Wie schon meine Vorredner sehr ausführlich erläutert haben, sind die Arbeitslosenzahlen in der Steiermark sehr alarmierend, doch ich frage mich, ob sich diese Situation nicht schon längst abgezeichnet hat.

In den Konjunkturgesprächen haben wir bereits gehört, daß die Konjunktur abflauen oder bestenfalls stagnieren wird, die Auftragslage der Industrie in ganz Österreich wird weiter sinken, und somit sinkt auch die Produktion.

Seit dem dritten Quartal des letzten Jahres ist die Steiermark wieder Schlußlicht in der Konjunktur, und die Arbeitslosenrate in der Steiermark stieg kontinuierlich von Dezember 1990 mit 8,3 Prozent auf 8,8 Prozent im Dezember 1991.

Also hat sich doch schon in den letzten Jahren diese Entwicklung angekündigt, und die logische Konsequenz einer solchen Entwicklung, die nicht rechtzeitig durch wirtschaftspolitische Maßnahmen abgewendet wird, ist natürlich Kurzarbeit und im schlimmsten Fall steigende Arbeitslosenzahlen. Wenn dann Landesrätin Klasnic sagt, sie selbst habe diese logische Konsequenz schon erkannt, und ihr war es klar, daß es so weit kommen wird, dann frage ich mich, warum ist nichts dagegen unternommen worden? Oder wenn die wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht greifen, und

wenn das absehbar war, warum hat man die Menschen nicht darauf vorbereitet, was auf sie zukommen wird?

Es ist doch auch keine Neuigkeit, daß durch die Mißwirtschaft der Verstaatlichten Industrie die aufgeblähten Apparate wieder abspecken müssen und somit Arbeitnehmer entlassen werden müssen. Und wie Kollege Kanduth schon sagte, hätte man viel früher beginnen müssen, diese Arbeitslosen aufzufangen. Ich frage mich, wieso ein ordentlicher Professor der Finanzwissenschaften seiner Fraktion als Parteibobmann nicht schon viel eher dazu aufgefordert hatte, zu diesem Thema einen Sonderlandtag einzuberufen?

Diese Vorgänge sind zwar sehr traurig, aber es hilft nichts und niemandem, sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben und über Dinge herumzureden, die in der Vergangenheit getan oder nicht getan wurden und die heute nicht mehr zu ändern sind. Vielmehr müssen wir in die Zukunft sehen und diese mit richtigen Maßnahmen mitgestalten. Es heißt zwar immer „die Jugend – unsere Zukunft“, doch in der ganzen Debatte wurde dieser Aspekt, der mir sehr am Herzen liegt, noch nicht sehr berücksichtigt.

Scheinbar wird der hohe Anteil an Jugendarbeitslosigkeit von den hier Anwesenden, mit Ausnahme der Landesrätin Klasnic, nicht als sehr relevant und wichtig betrachtet. Ein Viertel aller Arbeitslosen in der Steiermark, nämlich 10.010, sind Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Im Jänner 1992 waren es in ganz Österreich 7,8 Prozent, und somit wurde eine Höchstmarke von 48.000 Jugendarbeitslosen erreicht. Zu beachten ist, daß von diesen 48.000 fast ein Viertel der Jugendarbeitslosen aus der Steiermark kommt. Von dieser Schreckensmeldung, für mich persönlich ist es eine Schreckensmeldung – ich weiß nicht, wie das für Sie ist –, konnte ich nirgendwo etwas lesen.

Wird von den Zuständigen dagegen etwas unternommen? Frau Landesrätin Klasnic hat einige Dinge aufgezählt, die scheinbar unternommen wurden. Herausgreifen möchte ich das Jugendbeschäftigungssonderprogramm, das 1983 entwickelt wurde, und ich frage, wenn dieses Konzept so gut ist, warum hat es denn nichts bewirkt, und warum haben wir denn so viele Jugendarbeitslose? Also entweder greifen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht oder das Konzept ist falsch, und hier möchte ich es Ihrer Beurteilung überlassen, was davon richtig ist!

Eine wichtige Hilfestellung für die Jugendarbeitslosen wären Umschulungsmaßnahmen, die auch für ältere Arbeitslose gelten könnten. Auch Bekannte von mir haben diese Möglichkeit ergriffen und nach ihrer Lehre, die ihnen sehr wenig oder überhaupt keine Berufschancen geboten hat, eine Zusatzausbildung abgeschlossen. Durch diese Zusatzausbildung stiegen die Berufschancen.

Doch leider muß ich wieder lesen, daß Minister Hesoun gerade hier einsparen will, und mich wundert, daß dazu die SPÖ, die steirische SPÖ, nichts unternimmt und keine Wortmeldung dazu abgegeben hat.

Ich glaube auch nicht, daß wir mit 100 oder gar 150 Millionen zusätzlicher Förderung eine schwache Konjunktur auffangen können, wenn sogar schon deutsche Unternehmen sehr pessimistisch in die Zukunft sehen. Aber sollten wir nicht viel eher an diese

Menschen denken; die keine Lobby hinter sich haben und deshalb bei der Wirtschaftsförderung vor allem solche Betriebe berücksichtigen, die sich bemühen, diese in den Arbeitsprozeß zu integrieren? Ich glaube, das wäre sinnvoller, anstatt nur solche Betriebe zu fördern, die einen Mindestlohn von 10.000 Schilling garantieren. Denn diese benötigen in der Regel keine Förderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Hälfte von Ihnen sind Jungabgeordnete, die helfen müssen, das zu retten, was noch zu retten ist. Ich appelliere an Sie und an die Landesregierung, wenn Sie wirklich neue Richtlinien für die Wirtschaftsförderung entwerfen, daß Sie die berücksichtigen, die wirklich betroffen sind. Wenn Klubobmann Hirschmann sagt: Wir müssen unsere Prioritäten setzen; kann ich nur sagen: Wir werden und haben unsere Prioritäten in die Zukunft, also für die Jugend, gesetzt. (Beifall bei der FPÖ. – 13.20 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster Redner gemeldet ist der Herr Kollege Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ussar (13.20 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Es freut mich ganz besonders, daß Abgeordnete, die unmittelbar betroffen sind, aus den Gebieten der Obersteiermark, mit ganz entscheidenden Beiträgen heute schon zu diesem Problem Stellung genommen haben. Es ist nicht zu verniedlichen, daß die Arbeitslosenraten in unseren obersteirischen Bezirken ganz einfach durchwegs zweistellige Zahlen aufweisen. Ich darf nur von unserem Bezirk Leoben sagen, daß wir mit einer Arbeitslosenrate von 13,5 Prozent – und es ist zu erwarten, daß sie in nächster Zeit schon auf 14 Prozent ansteigt –, leider hier das negative Spitzenfeld bilden. Der ORF hat schon heute in der Früh ganz ausführlich zu diesem Problem Stellung genommen und hier auch besonders den Bezirk Leoben in der Negativliste angeführt. Die Arbeitslosigkeit im Raum Leoben liegt aber nun schon permanent immer ganz deutlich über den Landesdurchschnittswerten, wobei vor allem auch – die Frau Abgeordnete Minder hat in einem Zwischenruf bereits darauf hingewiesen – daß gerade die Frauen hier besonders benachteiligt sind. Unsere letzte Beschäftigungsstatistik im Bezirk Leoben – ich habe erst gestern wieder mit der Leiterin des Arbeitsamtes gesprochen – zeigt insgesamt 3797 vorgemerkte Arbeitslose, davon 2465 Männer und 1332 Frauen. Nun möchte ich gleich an die Kollegin Bleckmann anschließen, was mich besonders berührt in diesem Zusammenhang, daß wir 629 Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren im Rahmen dieser Arbeitslosen aufscheinen haben. Ich möchte das betonen, weil es für eine Region ganz einfach wichtig ist, daß die Jugend Zukunft hat, und diese Zahl kann uns ganz einfach nicht gleichgültig sein. Besonders aber, sehr geehrte Damen und Herren, kennzeichnet die Arbeitsmarktsituation auch die Zahl der Arbeitslosengeldempfänger, die mit 1280 veranschlagt waren und nun bereits 1385 aufweisen. Diese Altersarbeitslosengeldbezieher stellen bei uns bereits mehr als ein Drittel dar, und die Frau Landesrat hat es auch in ihren Ausführungen dargestellt, nur bin ich hier anderer Ansicht insofern, daß das kein Almosen ist, keine Gnade, daß

die in dieser Hinsicht begünstigt wurden, sondern es war so, daß keine Alternative da war, weil sie ganz einfach andere Arbeitsplätze nicht bekommen hätten. Nach Auskunft des Arbeitsamtes ist es so, daß gerade für diese Männer und Frauen in dieser Altersgruppe überhaupt Arbeitsplatzmöglichkeiten in unserem Bezirk nicht mehr vorhanden sind. Diese Zahlen, sehr geehrte Damen und Herren, zeigen aber ganz deutlich, daß ganz einfach die Arbeitsplatzsituation im Bezirk Leoben die Negativliste in der Steiermark leider Gottes anführt. Sie zeigt aber auch gleichzeitig, daß die Jugend auf Grund dieser Situation nur wenig Chancen in unserem Raum hat. Das, sehr geehrte Damen und Herren, muß uns sehr zu denken geben. Aber nicht nur die Höhe der Arbeitslosenrate ist es, die enorme Probleme im Bezirk schafft. Wenn wir unsere Bevölkerungsstatistik anschauen, sehen wir, daß wir auch hier die schlechteste Note in der Steiermark haben. Aus diesem Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat bereits ein Arbeitsteam in unserem Bezirk ein Memorandum zur Strukturerneuerung im Bezirk Leoben erarbeitet, und wir haben dieses Memorandum schon im Jahre 1990 an alle Verantwortlichen im Bund und Land überreicht, aus dem einen Grund, weil wir damit sagen wollen, wir machen uns selbst Gedanken um unsere Region, aber wir legen unsere Situation dar und reichen sie auch weiter und zeigen so den Landesverantwortlichen und auch den Verantwortlichen im Bund, was diese Region braucht. In diesem Strukturprogramm, das wir aufgestellt haben, haben wir auch besonders darauf hingewiesen, daß es wichtig ist, die Modernisierung des Hüttenwerkes Donawitz voranzutreiben. Ich bin mit einigen Vorrednern nicht einer Meinung, daß man von der verstaatlichten Industrie immer mit einem negativen Unterton spricht. Die Männer und Frauen, die in diesen Betrieben tätig sind, und die älteren, die hier im Raum sind, wissen ganz genau, daß nach 1945 diese Männer und Frauen es waren, die am Aufbau wesentlich teilgenommen haben, und daß heute unsere Republik im großen und ganzen so gut dasteht, verdanken wir dieser Generation, die damals ohne Ansehen von Arbeitszeit unter schwersten Bedingungen bereit war, in diesen Hüttenwerken ihre Tätigkeit zu vollziehen und zum Aufbau Wesentliches zu leisten. In unserem Regionalprogramm, das wir erstellt haben, haben wir besonders darauf hingewiesen, wie wichtig dieses Hüttenwerk für unseren Bereich ist, und wir müssen ja denken, daß hier auf einen Arbeitsplatz rund drei oder vier auch in der Privatindustrie kommen. Es ist nicht so, daß man sagt, wenn dort ein Arbeitsplatz weg ist, dann hat das keine Auswirkungen auf die übrigen Branchen. Wir müssen mindestens mit drei bis vier Arbeitsplätzen in der Folge rechnen. Ich kann heute erfreulicherweise sagen, daß dem Management und den Arbeitern, den Mitarbeitern im Hüttenwerk Donawitz es gelungen ist, eine Spitzenposition vor allem in der Schienenerzeugung einzunehmen. Wer sich die Schienen von Donawitz, diese spezial kopfgehärteten Schienen, einmal anschaut, wird sehen, daß hier ein Weltprodukt auf den Markt kommt und als einziges auf der ganzen Welt bis zu einer Länge von 120 Meter erzeugt werden kann. Man sieht also, wenn mit einem guten Management, wenn mit den Mitarbeitern entsprechend gearbeitet wird, es auch in der verstaatlichten Industrie diese Erfolge gibt. Ich möchte nur hier an

die Frau Landesrat anschließen, weil es ganz wichtig ist, daß nun in der verstaatlichten Industrie es nicht in Zukunft heißt, wir geben keine Förderungen mehr. Aus Ihren Äußerungen habe ich entnommen, daß man in Zukunft doch bereit sein wird, etwas zu geben. Es geht nicht um die Investitionen in der verstaatlichten Industrie, es geht vor allem darum, daß hier Umweltauflagen in nächster Zeit zum Tragen kommen, und ich glaube, daß umweltschonende Technologien eben auch vom Land sowie vom Bund entsprechend gefördert werden müssen. Schmerzlich für die Region ist es natürlich, ich darf kurz anführen, wenn wir den Bereich Leoben nehmen, daß Betriebe in Hinterberg, in Seegraben, der Milchhof, die Tabakregie geschlossen werden und in letzter Zeit auch die Gösser Brauerei ihr ganzes Angestelltenpotential nach Graz verlegt hat und dadurch viele Arbeitsplätze in der Region verloren wurden.

Die strategische Ausrichtung in Donawitz liegt meiner Ansicht nach weiterhin in der hohen Qualität der Werkstoffe, in der höheren Finalisierung und vor allem auch in der hohen Umweltverträglichkeit seiner Verfahren. Hier also wird es vor allem im Umweltbereich weiterhin Unterstützung des Landes geben müssen.

Ich möchte weiterhin vor allem auch darauf hinweisen, daß das keine Novität in Österreich ist, sondern daß gerade die verstaatlichte Industrie in Italien und in Frankreich diese Förderungen in jeder Hinsicht bekommen hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Region Leoben, insbesondere die Stadt Leoben, muß aber auch in Zukunft das Zentrum industrienaher Dienstleistungseinrichtungen hier sein, gerade als Universitätsstadt, und unsere Montanuniversität hat ja einen Weltruf – sie hat nicht nur unter den Studenten wegen der vorbildlichen Betreuung und der menschlichen Behandlung diesen Ruf –, sondern vor allem auch durch die Qualität ihrer dort tätigen Professoren und vor allem auch, daß ganz einfach hier eine menschliche Universität vorgelebt wird.

Ich erinnere nur seinerzeit an eine Untersuchung, wo eine Studentin gesagt hat: „In Leoben bist du ein Mensch, in Graz bist du eine Nummer, und in Wien bist du gar nichts.“ Ich glaube, daß das schon zeigt, daß diese Universität ganz einfach offen ist und daß es sehr wichtig ist in diesem Raum, diese Verbindung Wirtschaft und Universität entsprechend zu fördern.

Forschung und Entwicklung, wie gesagt universität und Industrie, Schulung und Ausbildung, Beratung, Unternehmensberatung, Technologieberatung, Informationsbörse, Datenbanken und auch Umwelttechnik und Planungs-, Ingenieurs- und Konsultingfirmen müssen bei uns einfach Platz haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, gerade diese von mir angeführten einzelnen Bereiche bedürfen der Förderung des Landes in größerem Ausmaß. In diesem Zusammenhang möchte ich auch heute ganz besonders die Errichtung der Erweiterungsbauten für die Montanuniversität unter Einbeziehung der Altobjekte ganz besonders in den Vordergrund stellen. Die nötigen Voraussetzungen sind von der Stadtgemeinde Leoben bereits gegeben, und hier gilt es, ganz einfach eine rasche Handlung zu setzen. Es liegt alles praktisch beschlußreif da, und hier muß das Land sofort Flagge zeigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, unser Erster Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek hat ja vor kurzem in einer Pressekonferenz vor allem auch auf die Rolle der Bürgermeister in bezug auf Industrie Gründungen hingewiesen, und ich darf sagen, daß, wenn ich Leoben betrachte, hier vor allem auch die Gemeinde, Bürgermeister, Stadtrat und Gemeinderat, Entscheidendes geleistet haben.

Wenn ich mir die Zahlen anschau, im Jahre 1989 58 Betriebsgründungen, im Jahre 1990 55, also insgesamt 113 Betriebsgründungen, es ist also hier möglich gewesen, von seiten der Gemeinde durch Initiativen sehr viel zu tun. Aber eines ist ganz klar, die Gemeinde allein ist nicht in der Lage, diese Betriebsgründungen durchzuführen. Hier ist es wichtig, daß die Bürgermeister die entsprechende Unterstützung haben. Einige meiner Vorrednerinnen und Vorredner haben ja darauf hingewiesen, daß es wichtig ist, daß die Unternehmen ganz einfach von der Landesseite aus vom ersten Tag an die entsprechende Betreuung bekommen. Es geht vor allem auch darum, wir sehen das immer wieder, wenn zu uns Menschen kommen, die Betriebe ansiedeln wollen, daß sie vor allem von der bürokratischen Abwicklung immer wieder enttäuscht sind und dann gerne woanders hingehen, wo es weniger bürokratisch zugeht. Es ist also wichtig, daß wir vom Land aus hier diese überbürokratischen Aufgaben im vermehrten Maße noch wahrnehmen.

Wichtig ist meiner Ansicht nach aber auch noch eine rasche Unterstützung in gewerberechtlichen Angelegenheiten, und vor allem auch die finanzielle Unterstützung, die die Gemeinden vor allem brauchen in bezug auf Grundkauf und, was meistens nicht beachtet wird, die enormen Aufschließungskosten. Ich habe heute aus den Ausführungen der Frau Landesrat entnommen, daß das Projekt Leoben-West bei ihr schon Platz gegriffen hat, und ich würde Sie bitten, hier besonders auch zu fördern, weil ganz einfach da schon 120.000 Quadratmeter zur Verfügung stehen und zweitens auf lange Sicht weitere 120.000 Quadratmeter bereits da sind und hier zukunftsweisend wirklich etwas geschehen könnte.

Hier handelt es sich um ein realistisches Projekt, und es werden voraussichtlich allein für die Aufschließungskosten – wie mir der Bürgermeister gesagt hat – 35 bis 40 Millionen Schilling notwendig sein. Die Menschen unserer Heimat erwarten sich von uns heute wirklich Diskussionen zum ernstesten Problem, sie erwarten sich aber auch Lösungsmöglichkeiten, und es wäre mit dem Projekt Leoben-West ganz einfach eine Lösungsmöglichkeit, die in diese schwierige Region sofort Arbeitsplätze bringen würde.

Sehr geehrte Damen und Herren, nun aber auch zu einem weiteren Thema, das heute auch bereits öfter angeschnitten wurde, zu den Betriebserweiterungen. Wir haben viele Unternehmer, die bereit sind, ihren Betrieb zu erweitern, sie brauchen aber ganz einfach unsere Hilfe. Ich bin auch dankbar, daß Hinterberg angerissen wurde. Hier haben wir ein aufgeschlossenes Areal, hier ist alles vorhanden, und ich würde bitten, gerade diese Institution zu unterstützen. Ich habe von den Managern wirklich das Gefühl, von den Mitarbeitern auch, daß hier mit allem Ernst gearbeitet wird, ein zukunftsträchtiges Produkt da ist und vor allem diese Hilfestellung bei der Erweiterung wieder die Arbeits-

platzsituation in unserem Raum wesentlich entschärft werden würde.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich weiß aber auch ganz genau, daß es wichtig ist, den Qualifizierungsschub im Rahmen der Mitarbeiter raschest durchzuführen. Es ist notwendig, entsprechende Facharbeiter und Führungskräfte auszubilden, und durch diese Maßnahme wird es auch verstärkt möglich sein, Investoren in unserem Bereich zu bekommen.

Nun auch, was schon öfter angeschnitten worden ist, und es freut mich heute ganz besonders, daß auch von dieser Seite die Aktion 8000 genannt wurde und gerade diese Aktion auch besonders in den Vordergrund gestellt wurde. Wir alle, die wir in der Praxis tätig sind, wissen, daß wir fast täglich konfrontiert sind mit Gruppen, die Initiativen ergriffen haben, die aber im Rahmen der Aktion 8000 kostenmäßig abgedeckt wurden. Ich glaube, es braucht auch hier der Sozialminister eine besondere Unterstützung, daß mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, um diese Aktion weiter aufrechtzuerhalten, denn gerade diese Aktion gibt sehr vielen die Möglichkeit, einer Beschäftigung nachzugehen, und würde das nicht der Fall sein, würden wir eine größere Arbeitslosenrate haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, nun noch einen Ausblick auch auf die Zukunft in dieser Region. Ich glaube, daß es wichtig ist, auch dem Bereich der Fachhochschule ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Die Frau Landesrat hat – wenn ich richtig gehört habe – bereits hier einen Standort genannt. Ich glaube, daß dieser Bereich für uns sehr wichtig ist, vor allem im mittleren Management, daß die entsprechenden Fachkräfte ausgebildet werden können.

Nun auch ganz kurz noch zu den Verkehrsproblemen. Fast alle meine Vorredner haben zu den Verkehrsproblemen Stellung genommen. Wir wissen, wenn zu uns Manager kommen, wo immer sie her sind, sagen sie meistens, wir fahren nur einmal da her, weil zurück fahren wir über den Pyhrnpaß nicht mehr, wir tun uns das nicht mehr an. Um Betriebsgründungen in unseren Raum zu bringen, ist es wichtig, daß Straße, Bahn und manchmal auch schon Flugplätze entsprechend vorhanden sind. Ich glaube also und unterstreiche, was gesagt wurde, auch der Kollege Schrittwieser, Kollege Flecker haben das bereits angeschnitten, den sofortigen raschen Ausbau der Pyhrn-Strecke, und hier brauchen wir auch die Solidarität von Oberösterreich. Hier kann es keine Kleinkrämerei geben, dieser Anschluß muß endlich gemacht werden. Er muß Bahn und Straße umfassen. Wir brauchen auch die sofortige Errichtung des Semmeringtunnels.

Die Argumente wurden heute auch schon ausreichend gebracht, und wir brauchen vor allem etwas, was heute noch nicht genannt wurde, was sehr wichtig ist, den Ausbau der Strecke Bruck-Villach als Hochleistungsstrecke. Manchmal habe ich das Gefühl, daß sich einige nicht Gedanken machen, wie wichtig der oberitalienische Raum für uns ist, und vor allem die sich in der Stahlindustrie etwas auskennen, wissen, daß hier ganz entscheidende Betriebe entstehen. Ich nenne nur Pettini, der in Triest nun baut und im oberitalienischen Raum. Wir können es uns nicht leisten, daß ganz einfach diese Hochleistungsstrecke nicht ausgebaut ist, weil sie für unsere Wirtschaft eine ganz besondere Bedeutung haben wird.

Vor kurzem waren unsere Bürgermeister beisammen, es war vor allem die Eisenstraße vertreten. Sie haben also ganz besonders den Ausbau der B 115 gefordert, und ich glaube, das muß hier auch mit Nachdruck unterstützt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, und noch zum Schluß eine konkrete Forderung, weil es heute auch darum geht, daß wir unseren Mitbürgern sagen, was können wir von uns aus hier machen, was können wir echt tun, damit Arbeitsplätze geschaffen werden. Es geht in diesem Sinne jetzt um die Errichtung einer Zentralwäscherei in Leoben durch die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft. Ich darf sagen, daß die Stadtgemeinde Leoben bereits den Beschluß des Gemeinderates gefaßt hat und das Grundstück Nr. 507/3 im Ausmaß von 9000 Quadratmeter kostenlos bereitgestellt hat. Es ist nun notwendig, und zwar sofort, den Schenkungsvertrag, der bereits bei der Krankenanstaltengesellschaft aufliegt, raschest gegenzuzeichnen, damit würden sofort über 40 Arbeitsplätze geschaffen werden können. Ich fordere daher hier auch öffentlich die Krankenanstaltengesellschaft auf, raschest zu handeln.

Nun auch zu einem Wort, das die Frau Landesrat angeschnitten hat. Ich wehre mich auch dagegen, daß wir ständig von einer Krisenregion reden. Wir haben hier schon den Begriff „Zukunftsregion“ geprägt, und wenn wir die Studie der Arbeiterkammer anschauen, ist das ein Begriff, der mir eigentlich auch gefällt, also hier geht es um eine traditionsreiche Industrieregion im Wandel. Traditionsreiche Industrieregion im Wandel, zwar ein langes Wort, Zukunftsregion gefällt mir besser, aber bitte, Krisenregion stecken wir sofort weg, denn niemand ist bereit, in so eine Region auch nur einen Schilling zu investieren. Ich bitte also hier, daß wir unseren Wortschatz da unbedingt ändern.

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, es gilt meiner Ansicht nach, in Zukunft diese traditionelle Industrieregion in eine moderne Industrieregion umzuwandeln. Es gilt, die Stärken unserer Region – die sind vorhanden –, Wissenschaft, Technik, qualifizierte Ingenieurs- und Facharbeit, wir haben in Leoben die Montanuniversität, so weiterzuentwickeln, daß der Raum Leoben auch in Zukunft ein dynamisches Zentrum unserer steirischen Heimat ist. Dazu sind wir – und das wissen wir – verpflichtet, auch eigene Leistungen einzubringen. Das tun wir auch, um unserer Jugend auch in Zukunft eine Chance zu geben. Täglich kommen zu uns junge Menschen und ersuchen uns, ihnen behilflich zu sein bei der Beschaffung eines Arbeitsplatzes. Das ist immer eine der schwierigsten Aufgaben, die wir haben, wenn wir da nicht helfend eingreifen können. Ich glaube, daß es wichtig ist, um unserer Jugend gerade in diesem Raum eine Chance für die Zukunft zu geben, daß wir unser vorliegendes Regionalprogramm, das wir gemeinsam erstellt haben und das vor allem auch der Jugend Rechnung trägt, daß wir das mit aller Konsequenz unterstützen. Sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluß: Bemühen wir uns gemeinsam um unsere obersteirische Region. Mein Vorredner hat auch das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt. Auch bei der Studie der Handelskammer ist das Wort „gemeinsam“ da. Ich würde wirklich bitten um eine gemeinsame Kraftanstrengung für diese obersteirische Heimat. Denn die Menschen,

die uns gewählt haben, die erwarten von uns gemeinsame Beratungen, gemeinsame Bemühungen, sie warten aber auch auf Ergebnisse. Gemeinsam wird es möglich sein, dieser einst so blühenden Region wieder eine gute Zukunft zu geben. Glück auf! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 13.40 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster Redner zur Wort gemeldet ist der Herr Kollege Dr. Lopatka.

**Abg. Dr. Lopatka** (13.40 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, sehr geehrte Damen und Herren!

Durch den Bericht des Landesarbeitsamtes vom 18. Februar 1992 sind wir eigentlich heute hier zusammengekommen. Nachdem schon vieles gesagt worden ist, möchte ich mich auf zwei Bereiche beschränken. Mich haben zwei Fakten hellhörig gemacht. Erstens, daß wir 10.000 Jugendliche zwischen 15 und 24 haben, die arbeitslos sind. Das Zweite, daß 8500 Arbeitslose über 50 sind, was der Chef des Landesarbeitsamtes mit Recht als alarmierend bezeichnet hat. Diese beiden Gruppen, und innerhalb dieser gerade die Frauen, sind die Hauptbetroffenen, und sie müssen wir im Auge haben, wenn wir über zukünftige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in der Steiermark sprechen. Ich finde es dann für richtig, daß wir heute zusammensitzen, wenn es darum geht, konkrete Vorschläge gerade für diese Gruppen zu erarbeiten. Ich war – gelinde gesagt – verwundert, daß Sozialminister Hesoun, als diese Zahlen österreichweit bekanntgegeben worden sind, sofort zur Tagesordnung übergegangen ist. Daß diese Arbeitslosenzahlen, die österreichweit einen Höchststand seit 1954 bedeuten, in der Bundesregierung keine Unruhe verursacht haben, hat mich beunruhigt. Daß wir Arbeitslosen gegenüber derart abgestumpft sind, daß es uns in Wirklichkeit gar nicht berührt, wenn Tausende arbeitswillige und arbeitsfähige Menschen aus dem Erwerbsleben einfach ausgesperrt bleiben, ist traurig. Zu viele schaffen nicht einmal den Einstieg in das Erwerbsleben, zu viele werden viel zu früh zum Ausstieg gezwungen oder zumindest ermuntert. Ich sehe schon die Gefahr einer Zweidrittelgesellschaft in Österreich. Da müssen wir aufpassen, denn käme es zu dieser Gesellschaft, hätten wir mit sozialen Unruhen zu rechnen, die wir uns jetzt gar nicht vorstellen können. Auf der einen Seite haben wir die große Mehrheit, der es sehr gut geht, die am Wohlstandsfortschritt teil hat, und dann gibt es jene Gruppe der Arbeitslosen, der Frühpensionisten und auch der Niedrigstlohnempfänger, besonders betroffen sind hier Frauen und auch Ausländer, die abgekoppelt vom Wohlstandsfortschritt an den Rand dieses reichen Österreichs gedrängt werden und von denen dann eine immer größere Mehrheit der Österreicher nichts wissen möchte, mit ihnen nicht befaßt und nicht belästigt werden möchte. Diese Sitzung ist daher für mich auch ein Zeichen gegen diese „Entsolidarisierung“, die Tag für Tag in unserem Lande fröhlichen Urstand feiert. Bei so hohen Arbeitslosenzahlen steht auch unser Sozialsystem auf dem Prüfstand, das – wie ich meine – in manchen Teilbereichen selbst die Arbeitslosigkeit auch gefördert hat.

Ich möchte drei Beispiele in aller Kürze nennen:

Erstes Stichwort: Jugendarbeitslosigkeit. Wir haben, wie schon mehrmals erwähnt, allein in der Steiermark

10.000 arbeitslose Jugendliche. Innerhalb dieser Gruppe sind am stärksten, von meiner persönlichen Erfahrung her, jene gefährdet, die es in der Privatwirtschaft nicht schaffen, eine Lehre zu absolvieren. Die entweder auf Grund ihrer mangelnden Lernfähigkeit oder auf Grund eines anderen Handicaps einfach den Anforderungen nicht entsprechen, daß sie ein Privatbetrieb ausbilden kann. Hier hat es schon von der Arbeitsgemeinschaft der Sonderschuldirektoren, die ihre Schützlinge ja kennen, auch ein Schreiben an den Herrn Soziallandesrat gegeben, ob man nicht doch für diese Gruppe etwas machen könnte. Denn es ist ein Faktum, und ich kenne allein in meinem Bezirk Hartberg 17 derartige Jugendliche, die in der Privatwirtschaft keine Chance haben, eine Lehre zu absolvieren, die aber auch von der Arbeitsmarktverwaltung hier kein adäquates Angebot haben. Die Arbeitsmarktverwaltung hat sehr viel für Erwachsene, aber nicht für Jugendliche, die den Lehreinstieg nicht schaffen. Diese Jugendlichen schaffen es dann nicht, eine Lehre zu absolvieren, weil es keine entsprechenden Einrichtungen gibt, und sind dann ihr Leben lang Stammkunden beim Arbeitsamt oder beim Sozialamt. Hier wird – glaube ich – am falschen Platz gespart. Wäre man bereit, für Lehrwerkstätten hier Geld auszugeben, wo in einem geschützten Bereich Jugendliche auch mehr Zeit hätten, ihre Lehre zu absolvieren, so hätten sie die Chance, nachher in der Privatwirtschaft Fuß zu fassen. Man hat solchen Jugendlichen bereits früher eine Chance gegeben. Damals hat es aber keine gesetzliche Grundlage gegeben, es ist geduldet worden nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz, die in den Landesjugendheimen waren. Es ist nicht die Aufgabe des Jugendwohlfahrtsgesetzes, das möchte ich dazusagen. Aber es ist schon traurig, wenn das Behindertengesetz, zum Beispiel geschützte Arbeit, diese Fälle überhaupt nicht berücksichtigt. Es gibt hier eine Gruppe lernschwacher, gehandicapter Jugendlicher, denen nicht geholfen wird und auf Grund der gesetzlichen Situation auch gar nicht geholfen werden kann, daß sie eine Lehrausbildung machen, und sie bleiben dann ihr Leben lang als unqualifizierte Arbeitskräfte auf der Strecke. (Abg. Günther Prutsch: „Es gibt ein Förderungsprogramm!“) Es gibt das Förderungsprogramm. Ich weiß auch, was in Kapfenberg angeboten wird. Aber da werden nie diese Kosten abgedeckt, die die Jugendlichen verursachen. Es ist für einen Privaten nicht möglich, zu den Förderungsmöglichkeiten, die es jetzt gibt, den Jugendlichen zu behalten. Hier hat die öffentliche Hand die Aufgabe, sich in Lehrwerkstätten um diese anzunehmen.

Ich sage es noch einmal: Es hilft nichts, wenn die Jugendlichen dann auf der Strecke bleiben. Ich glaube, diese Lücke müßte in unserem Sozialsystem geschlossen werden, weil einfach die lebenslangen negativen Folgen viel höhere Kosten verursachen.

Zweites Stichwort: Das ist vielleicht umstritten, das sind die Sonderregelungen für die Krisenregion, für die verstaatlichte Industrie. Ich persönlich halte die bewußte Förderung von Frühpensionierungen für falsch. Ich finde es für nicht richtig, daß verstaatlichte Arbeitnehmer mit einer guten sozialen Abfederung aus der Staatskasse mit 50 – (Abg. Gennaro: „Verstaatlichte Arbeitnehmer gibt es auch schon?“) Arbeitnehmer in der Verstaatlichten! – in die Langzeit-

arbeitslosigkeit und dann in die Pensionierung geschickt werden.

Die Verstaatlichte hat sich so schon zu Lasten der Allgemeinheit älterer Arbeitnehmer entledigt, und dann darf man sich nicht wundern, wenn auch die private Industrie in diesen Regionen das macht und hier auch die öffentliche Hand – sprich der öffentliche Dienst – kein Vorbild ist, denn bekanntlich haben wir hier Aufnahmegrenzen im öffentlichen Dienst, und es gibt keine Chance mehr für Arbeitnehmer, ab einem gewissen Alter im öffentlichen Dienst aufgenommen zu werden. Also, auch hier müßte man konkret einmal darüber nachdenken, ob man nicht auch da etwas machen könnte. (Abg. Vollmann: „Aber hast du dich schon einmal gefragt, woran das liegt? Weil die Ausgleichszahlungen so hoch liegen!“)

Aber gerade dann, wenn es so ist, müßten wir einmal darüber nachdenken und nicht das Faktum einfach hinnehmen und sagen, da kann ich nichts ändern. Ich glaube, daß man sich bisher mit den Problemen auch deswegen nicht so beschäftigt hat, weil es noch nie so dramatisch war bei den Arbeitslosen über 50. Diese Zahlen, die Verdoppelungen und die dramatischen Zunahmen haben wir ja erst in dem Ausmaß, in den letzten Jahren war das nicht so der Fall.

Drittes Stichwort, das ich auch noch erwähnen möchte: Mindestlohn kontra Arbeitslosengeld. Ich war letzte Woche in einem Textilbetrieb, wo Frauen zu Niedrigstlöhnen arbeiten. Eine Gruppe, die weit unter dem von ÖAAB und vom ÖGB geforderten Mindestlohn Tag für Tag in die Arbeit geht und dort fleißig arbeiten muß, um ein bescheidenes Gehalt zu bekommen. Andererseits haben wir natürlich auch Arbeitslose, das möchte ich auch ansprechen, die ein halbes Jahr arbeiten, danach arbeitslos sind, in der Zeit, wo sie arbeiten, oft gut verdienen und dann beim Jahresausgleich sich auch noch einmal die Steuer zurückholen, da ja bekanntlich das Arbeitslosengeld beim Jahresausgleich nicht berücksichtigt wird. Das hebt sicher nicht die Arbeitsmoral bei diesen Niedrigstlohngruppen. Wenn die Tag für Tag zur Arbeit gehen müssen und dann unterm Strich weit weniger an Jahresarbeitseinkommen haben als die anderen, die, nachdem sie arbeitslos geworden sind, sich das Geld zurückholen.

Ich habe mich da wirklich im Detail erkundigt, und da gibt es Experten. Beim Finanzamt habe ich mich erkundigt.

Ich weiß nicht, ob der Kollege jetzt zum Finanzamt gewechselt hat. Das Finanzamt macht den Jahresausgleich.

Nun darf ich abschließend noch einige Worte als oststeirischer Abgeordneter sagen – wir können uns gern nachher dann darüber unterhalten, Kollege Prutsch. Wir richten wieder einmal alle Blicke in die Obersteiermark und tun so, als ob in der Oststeiermark und in der Südsteiermark die Welt in Ordnung wäre. Auch bei den Vorrednern, ich verstehe es beim Kollegen Ussar, wenn er aus Leoben kommt, daß ihm das ein Herzensanliegen ist. Ich habe auch großes Verständnis für die Probleme in der obersteirischen Region, aber vergessen wir eines nicht, wie es auch in der Ost- und in der Südsteiermark aussieht. Die Steuerkraftquote in den ost- und südsteirischen Bezirken sieht natürlich viel anders aus. In Radkersburg, Hartberg, Feldbach,

Leibnitz, Weiz und Murau liegt die Steuerkraftkopfquote unter 6000 Schilling. An der Spitze der Steuerkraftkopfquote in der Steiermark hingegen liegen neben Graz die jetzt als Krisenregion mehrfach erwähnten Bezirke Bruck an der Mur, Leoben, Liezen und Judenburg.

Wären zudem Hundertschaften von Oststeirern gerade aus dem Bezirk Hartberg nicht bereit, das Penderschicksal auf sich zu nehmen, dann wären wir auch in diesem Bereich, was die Arbeitslosenzahlen betrifft, Spitzenreiter. Warum sage ich das hier? Nicht, um jetzt Ober- und Ost- und Südsteiermark gegeneinander auszuspielen, sondern weil ich darum bitte, daß bei allen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung hier die Steiermark als Ganzes gesehen wird und auch das Grenzland, die ost- und südsteirischen Bezirke genauso eine Behandlung finden wie die Obersteiermark.

Ich glaube, daß wir nur dann hier mit gutem Gewissen aus dem Haus hinausgehen können, wenn wir einer zusätzlichen Verschuldung beim Landesbudget unsere Zustimmung geben, wenn es tatsächlich so ist, daß in allen Regionen mit einem gleichen Maß gemessen wird, und daß es nicht Sonderregionen gibt mit Sonderbehandlungen. Das war es schon, was ich sagen wollte. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 13.50 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Kollege Schleich, nach ihm Professor Jegličsch.

**Abg. Schleich (13.50 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Wenn wir heute die steirische Wirtschaftssituation ins Licht stellen, dann ist eines klar: Wir brauchen neue Impulse für die Wirtschaft in der Steiermark. Im vollsten Verständnis der tristen Situation in der Obersteiermark dürfen wir die wirtschaftlich benachteiligten Gebiete in unserem Land, insbesondere das Grenzland, nicht übersehen.

Eine wichtige Funktion in der Belebung der wirtschaftlichen Situation der Steiermark fällt dem Bürgermeister zu. Als Bürgermeister einer kleinen Gemeinde in der Südoststeiermark kenne ich die Praxis bei Betriebsansiedlungen. Neben den organisatorischen Aufgaben, beginnend mit Standortsuche für einen geeigneten Gewerbepark, Verhandlungen mit den Grundeigentümern, Festlegung der Grundstückspreise und, ganz wichtig, die Gemeinde soll laut Vertrag Vermittler sein und wenn möglich mit Landesmitteln die Grundstücke ankaufen.

Erst dann sollten die Grundstücke in den Flächenwidmungsplan als Industriegebiete, Aufschließungsgebiet mit der nötigen Bebauungsdichte umgewidmet werden. Wichtig: Bebauungsplan mit Festlegung sämtlicher Aufschließungen und mit Parzellierungsvorschlägen, konzentrierte Verbauung, Verkehrserschließung mit Einbahnsystem, ein Vorteil, kein Betrieb ist am Ende eines Gewerbeparkes, Durchführung der Aufschließung, Wege, Kanal, Wasser, Strom, Transformator mit nötiger KW-Anzahl, Telefon, Beleuchtung und Kennzeichen des Gewerbeparkes, Inserate in regionalen Medien sowie in Interessenvertretungen, Privatvermittler, Kontaktaufnahme mit Inter-



essenten. Wenn möglich Mitansiedlung von Firmen, die sich ergänzen und nicht konkurrieren - Wettbewerbsvorteil. Hilfestellung der Inserenten bei gewerblichen Angelegenheiten, Konzepterstellung, Finanzierung und allen wichtigen Aufgaben.

Entscheidend ist das gesamte Entwicklungskonzept der Gemeinde, Einkaufsmöglichkeit, Gastronomie, öffentliche Einrichtung und Erschließung sowie das Freizeitangebot. Um all diesen Bemühungen Rechnung zu tragen, wäre eine gezielte Förderung der Gemeinden zur Schaffung von Gewerbeparks zielführend. Insbesondere für benachteiligte Regionen müssen Sonderprogramme erstellt werden.

Daß die Ansiedlung eines Gewerbeparks auch in schwächeren Regionen möglich ist, kann ich am Beispiel meiner Gemeinde zeigen. Wir konnten seit 1989 sechs Betriebe ansiedeln, das heißt von 15 Beschäftigten auf 80 erhöhen, und somit in unserer Region einen wichtigen Impuls setzen. Auf Grund der persönlichen Erfahrung mußte ich jedoch feststellen, daß eine schnelle Förderungsabwicklung nicht möglich ist. Eine Elektronikfirma, die sich in unserem Gewerbepark angesiedelt hat, stand unter Zeitdruck, eine neuwertige, gebrauchte Fertigungsanlage zu erwerben. Die Wichtigkeit dieser Firma in unserer Region möchte ich damit unterstreichen, daß mit dieser Fertigungsanlage in einem Zweischichtbetrieb bis zu 100 Mitarbeiter beschäftigt werden können, wobei dies vorwiegend Frauenarbeitsplätze sein würden.

Im Bezirk Feldbach verzeichneten wir im Jänner eine Arbeitslosenrate von 12,3 Prozent, gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 1,6 Prozent. Der oben genannte Unternehmer wurde bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zwar bestens beraten und informiert, aber eine rasche Zusage in finanzieller Hinsicht ist nicht erfolgt, so daß mit meiner Hilfe eine Zwischenfinanzierung auf dem wesentlich teureren privaten Geldmarkt erreicht werden konnte.

Gerade an diesem Beispiel, sehr geehrte Frau Landesrat, sehen Sie, wie wichtig es ist, den Einsatz der Geldmittel in der Höhe von 100 Millionen Schilling, die der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Verfügung stehen, flüssigzumachen, die restliche Deckung mit einem entsprechenden Beschluß der Landesregierung zu sichern.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es würde uns allen dienen, wenn wir in Zukunft rascher und schneller in unserem gesamten Bundesland für uns so wichtigen neuen Unternehmen helfen können und somit unser Land wiederum an die erste Stelle bringen können. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ. - 13.58 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Professor Jeglitsch, ich erteile es ihm. Nach ihm Kollege Grabner.

**Abg. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (13.58 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus!

Vor etwa zweieinhalb Monaten konnten Sie im Fernsehen hören, daß ein Bereich der verstaatlichten Industrie 1991 etwa mit 700 Millionen Schilling Minus abschließen wird und Personalentlassungen von einigen hundert Mitarbeitern geplant sind. Das ist nicht

die Eisen- und Stahlindustrie der Steiermark, sondern es war der Aluminiumkonzern in Ranshofen. Wenn man so etwas hört, ist man zutiefst betroffen, und man stellt sich die Frage, gibt es wirklich so schlechte Manager, oder woher kommt das? Ich glaube, es ist gar keine Frage, daß es auch Managementfehler gibt, aber das Problem insgesamt ist ein komplexeres, und ich möchte dazu einige Aspekte erwähnen. Für eine Firma gibt es die Möglichkeit, die Kostenführerschaft oder die Qualitätsführerschaft anzustreben; die Kostenführerschaft, indem sie bei gleicher Güte billiger am Markt anbietet oder ein Produkt mit höherer Qualität herstellt. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß man am Markt Produkte verkaufen könne, nur weil Österreich die Lipizzaner hat oder den Opernball. Damit kommen wir zu einem gravierenden Problem, das in der Grundstoffindustrie in erster Linie der verstaatlichten Industrie angesiedelt ist. Kostenführerschaft ist in erster Linie bei Massenprodukten zu erreichen, und hier spielt die Grundstoffindustrie hinein. Qualitätsführerschaft, hier befinden Sie sich im Gebiet der Finalindustrie mit hoher Fertigungstiefe und hoher Wertschöpfung. Sie benötigen bei der Kostenführerschaft einen hohen Rationalisierungsgrad und niedere Personalkosten. Damit sehen Sie sofort, daß dieser Weg für Österreich und für die österreichische Industrie kein guter sein kann, denn Sie treten in Konkurrenz mit Billiglohnländern und in letzter Zeit auch mit den Ostländern. Wenn ich als Beispiel auf die AMAG und dann auf die österreichische Stahl- und Eisenindustrie kommen darf, dann stellt sich die Situation so dar: Wie soll die AMAG konkurrenzfähig sein, wenn sie in der Elektrolyse für eine Kilowattstunde 34 Groschen bezahlt und wenn heute in Elektrolysebetrieben in Norwegen, Kanada oder Venezuela die Kilowattstunde elf bis zwölf Groschen kostet? Wie soll die AMAG konkurrenzfähig bleiben, wenn sie eine Produktpalette hat, die sehr stark im Halbzeug angesiedelt ist, in Press- und Walzwaren, also sehr viele Einfachprodukte erzeugt werden, sogenannte Commodities, und wenig Finalprodukte? Wenn Sie den Aluminiumpreis und den Einbruch des Aluminiumpreises betrachten, dann ist er über die Sektoren der Produktpalette nicht gleich, sondern genau diese Einfachprodukte werden auch von den Ostländern angeboten, genau dort gibt es den Einbruch. Man muß sich natürlich fragen: Sehen das die Manager nicht? Ich glaube, natürlich sehen sie es. Aber Umstrukturierungen sind in positiven Konjunkturwellen schwierig, und sie werden umso schwieriger, wenn auch die öffentliche Hand nicht das Ihrige tut, um Umstrukturierungen zu ermöglichen. Ein Beispiel dazu bietet nämlich die Stahlindustrie. Die europäische Stahlindustrie hat generell seit vielen Jahren Überkapazitäten. Heute ist etwa die installierte Kapazität der Weltstahlindustrie nur zu 80 Prozent ausgelastet. Das hat dazu geführt, daß durch Personalreduzierungen ein adaptiver Anpassungsprozeß erfolgen müßte. Aber wie sah der aus? Nehmen Sie die Jahre 1974 bis 1985 her, dann hat etwa - ich nehme natürlich ein dramatisches Beispiel - die englische Eisen- und Stahlindustrie in diesen zehn Jahren ihren Personalstand um 66 Prozent verringert, Frankreich um 50 Prozent, Österreich um 20 Prozent. Aber in den Jahren zwischen 1985 und 1990 war die englische Stahlindustrie gezwungen, ihren Personalstand nur mehr um 10 Prozent zu reduzieren, Öster-

reich jedoch um 40 Prozent. Sie entgehen dem Zwang nicht, auch wenn Sie zeitweise die Adaptierung und Strukturanpassung blockieren. Sie befinden sich in diesem Gebiet auf stagnierenden Märkten mit einer Überkapazität, und Sie verkaufen nicht mehr Masse Stahl, wohl aber mehr, wenn Sie etwa das Produkt Menge des Stahles mit seinem Festigkeitswert bilden. Das heißt, Sie verkaufen letztendlich, und nur so können Sie sich bewähren; Produkte mit weniger Masse, die aber mehr Hirn beinhalten. Das führt zu den Gebieten der Bildung, der Ausbildung und auch der Forschungsanstrengungen, die ein Werk zu setzen hat, um hochwertige Produkte zu erzeugen. Wenn Sie das Gebiet der Forschung bei der verstaatlichten Industrie hinterfragen, dann sieht das so aus: Die AMAG gibt derzeit 0,7 Prozent des Umsatzes für Forschung aus, vergleichbare europäische Firmen, mit denen sie konkurrieren muß, wie Alusuisse 1,5 Prozent, Pechiney 1,3 und North Hydro 1,7 Prozent. Die VOEST Alpine Stahl 1 Prozent. Vergleichbare Firmen: Höchst 1,6, Thyssen 2,1 Prozent. Die Austrian Industries als Gruppe insgesamt 1,4 – vergleichbare europäische Konzerne 2 beziehungsweise 2,3 Prozent. Durch die Diversifizierung wird die Situation noch schlechter. Als Beispiel ist Böhler zu nennen, weil durch die Diversifizierung gleichsam bestehende Forschungsnetzungen zerschnitten werden. Wenn es einer Firma schlecht geht, dann spart sie in erster Linie an den Forschungsaufwendungen. Was ist in dieser Situation zu tun? Sicher nicht Arbeitsplatzgarantien abzugeben. Keine einzige Arbeitsplatzgarantie hat zu einem konkurrenzfähigeren Arbeitsplatz geführt, wohl aber etwas anderes. Wenn Sie etwa die Studie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen hernehmen, dann erkennt man, daß in dieser Studie die Betonung auf Innovation, auf neue Produkte, neue Technologien gelegt wird, als einen, wenn nicht den entscheidenden Wettbewerbsfaktor. Wenn Sie eine amerikanische Studie, etwa die von Porth und Enright 1990, lesen, dann wird dort für einen Industriestaat – und Österreich zählt sich wohl dazu – nachgewiesen, daß nicht mehr so sehr die klassischen Faktoren Arbeit, Boden, Kapital und Rohstoffe das Primäre für eine Konkurrenzfähigkeit sind, sondern der Einsatz neuer Technologien, Forschung und Entwicklung, Innovation sind die Faktoren, die die Wettbewerbsvorteile sichern. Wissen an bestimmten Orten zieht Investitionen an und führt zu Neugründungen. Das ist auch dem technologiepolitischen Konzept der Bundesregierung zu entnehmen, das vor zwei, drei Jahren verabschiedet wurde, aber bis heute im wesentlichen ein Papier geblieben ist. In diesem Zusammenhang ist auch der Antrag zu sehen, der hier von meinen Kollegen mit mir gemeinsam gestellt wurde, nämlich eine Studie zu erarbeiten, welche für die Schlüsseltechnologien der obersteirischen beziehungsweise der steirischen Industrie und Wirtschaft von Bedeutung sind – alle sind es ja nicht – und diese einer besonderen Aufmerksamkeit zu unterziehen.

Noch ein Wort zur Forschungsförderung. Derzeit gibt Österreich von allen Förderungsmitteln nur 2,5 Prozent für Forschungs- und Technologieförderung aus, 75 Prozent gehen in sektorale Förderungsaktionen, wie zum Beispiel in die Arbeitsmarktförderung. Diese 2,5 Prozent der Förderung für Technologie, Forschung und Innovation kontrastieren mit folgenden Zahlen: Finnland gibt dafür 12,8 Prozent aus und die

Schweiz 34 Prozent. Das sind Länder, mit denen Österreich konkurrieren muß.

Ich möchte nun aus meiner Heimat, aus Leoben, zwei kleine Beispiele von Technologieförderung und des Technologietransfers nennen, wie ich glaube, daß sie richtige Ansatzpunkte darstellen. Das eine Beispiel ist das Technologietransferzentrum Leoben, wo gleichsam im wesentlichen Seibersdorf und die Montanuniversität als Mütter Lösungspotentiale der Industrie anbieten.

Diese vier bis fünf Männer, die dort arbeiten, mit einem ehrenamtlichen Professor, haben in den letzten vier Jahren 236 Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur Lösung von bestimmten Problemen von Klein- und Mittelbetrieben vermittelt und durchgeführt. Sie haben etwa in 1000 Fällen aktiv selbst die Firmen besucht und Kontakte hergestellt.

Ein weiteres Beispiel ist der Technologiepark in Niklasdorf, wo auf Hochtechnologiegebieten gearbeitet wird. Zu nennen ist vor allem das Laserzentrum in Niklasdorf, wo von einem Institut der Montanuniversität und von der Forschungsgesellschaft Joanneum der Industrie und Wirtschaft eine Schlüsseltechnologie zur Verfügung gestellt wird, eine Schlüsseltechnologie bei Risikominimierung – sie kann diese Technologie ausprobieren, ob sie zur Lösung ihrer Probleme geeignet ist. Als ein konkretes Beispiel ist etwa das Laserschweißen von Getriebewellen für den Chrysler Voyager zu nennen.

Ich komme in diesem Zusammenhang auch auf den Kollegen Ussar zurück, der zur obersteirischen Eisen- und Stahlindustrie gesprochen hat, und ebenso auf den Kollegen Schrittwieser. Es ist nicht so, daß diese österreichische Eisen- und Stahlindustrie in der Obersteiermark, die also im Jahr 1985 unter schwierigsten Bedingungen die Umstrukturierung antreten mußte, nicht wirklich Bemerkenswertes geleistet hat. Sie hat meiner Meinung nach den Beginn der Umstrukturierung erfolgreich bewältigt, und ich möchte das auch unterstreichen durch die Tatsache, daß der Langproduktbereich insgesamt bereits seit dem Jahr 1988 positiv bilanziert. Das soll uns natürlich nicht von den Schwierigkeiten in Kapfenberg ablenken, dort gibt es große und noch nicht überstandene Schwierigkeiten, aber es ist nicht so, daß die Umstrukturierung überall erfolglos gewesen wäre. Ganz im Gegenteil.

Ich möchte dazu das Beispiel des Kollegen Ussar, die Schienenproduktion in Donawitz, noch einmal anführen, die 120-Meter-Schiene, die mit höchster Qualität und Präzision kopfgehärtet hergestellt wird. Es ist das einzige Werk in Europa, das Schienen in dieser Länge herstellen kann. Das hat auch dazu geführt – diese richtige Investition, beruhend auf Forschung und neuer Technologie –, daß in der schwierigen Zeit die Schienenproduktion von 70.000 Tonnen auf über 200.000 Tonnen angehoben werden konnte.

Ein zweites Beispiel ist Kindberg. Auch das Werk Kindberg wird sehr kritisch dargestellt im Hinblick auf die Kurzarbeit und auf die Auftragseinbrüche, die es im letzten Quartal des vergangenen Jahres und im ersten Quartal dieses Jahres hinnehmen mußte. Aber hier bedarf es einer diffizilen Prüfung der Situation. Es ist nicht so, daß dieses Produkt, das in Kindberg hergestellt wird, ein Erdölfeldrohr, nicht ein Produkt höchster Qualität wäre, ganz im Gegenteil. Es stimmt

die Qualität, es stimmt die Logistik. Kindberg ist in der Lage, als einzige Firma in Europa dieses Rohr innerhalb von fünf Tagen von Kindberg weg an jeden beliebigen Punkt in Sibirien zu liefern. Diese Logistik müssen Sie erst aufbauen. Es stimmt auch das Service.

Das Schlimmste in dieser Situation wäre es, wo unvorhersehbare Schwierigkeiten von außen gekommen sind, jetzt die Nerven zu verlieren. In einer gestrigen Pressekonferenz wurde berichtet, daß bereits der erste Großauftrag finanziell gedeckt wieder hereingekommen ist und die Kurzarbeit aufgelöst wird, denn diese Erdölfeldrohre werden natürlich von den Oststaaten gebraucht, dringlicher denn je.

Ich möchte also zusammenfassend feststellen: Die Umstrukturierung wurde erfolgreich begonnen, vor allem auch in der Eisen- und Stahlindustrie der Obersteiermark, aber sie ist fortzusetzen; in diesem Sinn ist auch vom Bund das einzufordern, was er beizutragen hat. Es ist Abstand zu nehmen von einseitigen Äußerungen der Politiker zu den Standorten Linz und Leoben. Es ist auch der Antrag, der hier gestellt wurde, zur Erstellung eines Umstrukturierungs-, Entwicklungs- und Förderungskonzeptes für diesen Raum ernst zu nehmen. Es ist die Aufgabe der öffentlichen Hand, zwar Rahmenbedingungen zu schaffen, aber nicht in die Firmen hineinzuregieren, dafür bekommen die Generaldirektoren ihre Gehälter. Eine dieser Rahmenbedingungen ist sicherlich, den Technologietransfer zu fördern, das Angebot der Universitäten an die Industrie und Wirtschaft zu erhöhen, ein Weg, der in der Vergangenheit begonnen wurde und in Zukunft erfolgreich und verstärkt fortgesetzt werden sollte. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 14.12 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Herr Professor Jeglitsch, ich danke Ihnen herzlich für die eindrucksvolle erste Rede in diesem Hause.

Bevor ich dem Herrn Abgeordneten Grabner das Wort erteile, begrüße ich herzlich in der Zuschauergalerie Schüler von der BEA Liebenau in Graz, der Handelsakademie Grazbachgasse und des Oeversee-gymnasiums unter der Leitung von Herrn Mag. Johannes Pump. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Ich bitte nun den Herrn Abgeordneten Grabner, das Wort zu nehmen. Nächster ist der Herr Abgeordnete Tasch.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner (14.14 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Auch ich möchte mich bei meinem Vorredner, dem Kollegen Professor Jeglitsch, für seine Analyse der Situation der obersteirischen Industrie bedanken. Ich habe ihm aufmerksam zugehört, und ich würde es für gut und für zweckdienlich erachten, wenn ihm alle diejenigen aus seiner Fraktion, die sich mit Wirtschaftspolitik beschäftigen, ebenso aufmerksam zugehört haben. Ich sage das deshalb, weil er mir bestätigen wird, daß für eine richtige wissenschaftliche Analyse einer Situation es unabdingbar notwendig ist, die richtigen Einschätzungen der derzeitigen Situation zugrunde zu legen. Überall dort, wo ich mich mit Fehleinschätzungen oder mit Fehlinterpretationen an eine Analyse heranbegebe, ist sie von Haus aus zum Scheitern verurteilt. Das heißt, wenn ich die Situation der

obersteirischen Wirtschaft von Haus aus fehlerbeurteile, indem ich mit Daten hantiere, die ganz einfach nicht zutreffen, dann muß auch das, was ich mir an Maßnahmen für die Zukunft vorstelle, zwangsläufig falsch werden. Falsche Voraussetzungen, falsche Schlüsse, falsche Urteile, falsche Wirtschaftspolitik.

Ich möchte an einigen Punkten klarlegen, was ich damit meine. Wenn die Frau Landesrat meint, die Wirtschaft in der Steiermark wäre, mit allem Wenn und Aber, aber doch relativ zufriedenstellend, wenn der Herr Kollege Dr. Hirschmann gemeint hat, es ginge uns ganz passabel, dann mag das für weite Teile der steirischen Wirtschaft schon richtig sein. Aber ich mache mir so meine Gedanken, ob diejenigen Tausenden Arbeitslosen in der Obersteiermark auch dieser Meinung sind. Ich mache mir so meine Gedanken, wenn Sie, Frau Landesrat, mit der Prämisse begonnen haben, wir haben ja auch die höchste Beschäftigtenzahl zur Zeit. In meinem Bezirk, in unserer Region, zum Beispiel, stimmt das nicht. Wir haben im Bezirk Knittelfeld zur Zeit um 500 Beschäftigte weniger als vor einem Jahr. Wir haben insgesamt erstmals die Zahl der tausend Arbeitsuchenden überschritten. Das heißt, wir haben in allen Relationen negativere Ergebnisse als noch vor einem Jahr. Und das trifft für die allermeisten obersteirischen Industriebezirke zu. Und ich kann mir ganz einfach nicht vorstellen, daß sich die vielen Arbeitsuchenden, die vielen, die in Kurzarbeit stehen, und die vielen, die von der Arbeitslosigkeit bedroht sind, damit zufriedengeben, daß man sagt, na, irgend etwas wird uns schon einfallen, aber dem Grunde nach ist die Situation relativ zufriedenstellend.

Zweitens haben Sie einige Male in Aussendungen der letzten Monate und Jahre immer wieder darauf hingewiesen, daß Sie die Probleme der Steiermark, die wirtschaftlichen Probleme der Steiermark, ausschließlich in dem verstaatlichten Bereich der obersteirischen Industrie orten. Im gesamten gesehen wären Gewerbe und Industrie ganz gut unterwegs. Sie haben von der Kunjunkturlokomotive gesprochen. Lediglich die verstaatlichte Industrie in der Obersteiermark wäre das eigentliche Problem. Das klingt so, und das hat sich anders angehört beim Kollegen Jeglitsch erfreulicherweise, aus Ihrem Mund, Frau Landesrat, zumindest so, als ob die Tatsache, daß es sich hier um eine verstaatlichte Industrie handelt, allein die Ursache wäre, daß es dort anders läuft als möglicherweise in einer Industrie in privaten Händen.

Dazu möchte ich Sie ganz kurz an die Situation einiger Betriebe in meinem Umfeld erinnern. Sie kennen die Situation der Firma Bauknecht. Die Firma Bauknecht ist nach einigen Jahren recht und schlecht laufender Geschäfte im Jahre 1982 in den Ausgleich getrieben worden, von dem bis dahin üppig geförderten privaten Unternehmer Günther Bauknecht. Also nicht ein verstaatlichter Manager oder der Eigentümer Staat hat den Betrieb Bauknecht in den Ruin getrieben. Der private Eigentümer hatte nämlich folgendes gemacht: Er hatte in die um viel Geld neu hingestellten Hallen die ältesten Maschinen aus seinem Fundus der Betriebe zu Hause im Raume Stuttgart transferiert, und das mußte zu einem Chaos führen. Dann kam allerdings die öffentliche Hand, dann kam die staatliche Intervention und die GBI gemeinsam mit dem Land im Verhältnis 66 Prozent Bund, 33 Prozent Land, hat sich

in einem Drei-Stufen-Plan darangemacht, das Unternehmen zu gesunden. Das heißt, Auffangen vor dem kompletten Desaster, in die schwarzen Zahlen bringen, sanieren, und dann wieder veräußern. Diese Phasen sind schneller, als man damals zu hoffen gewagt hat, gelungen. Schon im Jahre 1985 hat man wieder erstmals schwarze Zahlen geschrieben. Seitdem geht es ständig aufwärts. Manager, die von der öffentlichen Hand installiert worden sind, also Manager aus dem verstaatlichten Umfeld, haben das bewirkt, sind dann auch mit höchsten Auszeichnungen bedacht worden, ich glaube, voriges Jahr war es, vom Wirtschaftsmagazin „Trend“ zu den Managern des Jahres ernannt worden, und dann hat die GBI den dritten Schritt gesetzt und den sanierten Betrieb wiederum an einen privaten Unternehmer veräußert. Also nicht die Tatsache, daß es ein verstaatlichtes Unternehmen war, hat Probleme gemacht, sondern die öffentliche Hand hat einem problematischen privaten Betrieb wieder auf die Beine geholfen. Anders leider bei uns mit der Firma Hohenstein. Hier sind über Nacht 100 Frauenarbeitsplätze verloren gegangen. Der Betrieb wurde zugesperrt. Anders bei dem Privatunternehmen Indoküchen. Hier wurden 46 hochqualifizierte Arbeitsplätze über Nacht verloren aus einem aus der Schweiz stammenden Eigentümer. Das sind die Dinge, die mir vor Augen führen, daß nicht die Tatsache allein, daß ein Unternehmen in privater Hand ist, schon eine Garantie ist, daß es dort nota bene besser funktionieren müsse als in der verstaatlichten Wirtschaft. Also erste Fehleinschätzung, erste Prämisse, die wir so nicht anlegen dürfen, sonst kommen wir zu keiner vernünftigen Überlegung. Zweite Prämisse, die meines Erachtens ebenfalls falsch angelegt ist. Sie haben zwar sehr umfassend erwähnt, wieviel vom Land in die steirische Wirtschaft, insbesondere in obersteirische Betriebe, immer wieder an Förderungsmitteln eingebracht wurde, haben dann beim Bund die verstärkte Teilnahme an Förderungsmaßnahmen moniert, auch einige Ihrer Fraktionskollegen haben immer wieder davon gesprochen. Ich habe mir soeben die letzten Ziffern dazu noch einmal vor Augen geführt und darf sie deshalb in Erinnerung rufen, weil Sie ausschließlich von den steirischen Landesmitteln gesprochen haben, und ich darf dem ergänzend die Bundesmittel beifügen, um zu demonstrieren, daß sehr wohl auch der Bund in einem sehr bedeutenden Maße dazu beigetragen hat, daß in unseren Betrieben wieder Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, wenn auch bei weitem nicht ausreichend, aber doch vom Bund her die entsprechende Investition, ja, sie ist vorhanden. (Abg. Grillitsch: „Der Schüssel bemüht sich sehr!“) Ich denke nicht, daß das aus jener Zeit stammt, wo Schüssel schon zuständiger Minister war. Ich darf hier folgendes zur Kenntnis bringen, lieber Kollege Grillitsch: Die Wirtschaftsförderungen des Bundes aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr. Und ich denke, dieser Minister heißt Streicher, und nicht Schüssel. Der Minister Streicher hat mit den Mitteln, die sein Ministerium verwaltet, vom 1. Jänner 1986 bis zum heutigen Tage insgesamt in die Steiermark 4.476.000.000 Schilling an Gesamtförderungssummen gebracht. Das ist detailliert, weil das für uns Obersteirer ganz interessant ist: ERP-Kredite allein für die Obersteiermark 1,9 Milliarden, Regionalförderung aus Bundesmitteln

– Sie haben sie ebenfalls angesprochen, weil teilweise das Land mit dabei ist – für die Obersteiermark allein 53 Millionen, die Sonderförderung für die Obersteiermark 404 Millionen, die Technologieförderungen für die Obersteiermark 277 Millionen, insgesamt also allein für die Obersteiermark 2,6 Milliarden. In diesem Zusammenhang habe ich das zusammengezählt, was die Frau Landesrat uns mitgeteilt hat; da finde ich bei den Technologieförderungen und bei den Regionalförderungen einmal 250 und einmal 66 Millionen des Landes. Also da scheint mir der Anteil von 4,4 Milliarden des Bundes ein durchaus angemessener, wenn ich auch mit Ihnen übereinstimme, daß jede Anstrengung not tut und daß auch der Bund, wenn wir uns dazu finden heute – und dazu lade ich Sie alle ein, einen Investitionsschub seitens des Landes einzuleiten – das Seine dazu beizutragen haben wird. Und wir wissen, wie die Ziffern gezeigt haben, dieses unser Anliegen bei Minister Streicher sicher in besten Händen. (Landesrat Klasnic: „Das Budget des Bundes ist zwanzigmal so hoch, und der Bund ist der Eigentümer!“) Das ist korrekt. Aber es gehört dazugesagt, wenn wir von unseren Ziffern reden, korrekterweise die Ziffern des Bundes, ich stelle das nicht in Vergleich, und ich beile mich hinzuzufügen, wir brauchen mehr. Das ist gar keine Frage.

Eine Ziffer noch, weil Sie gesprochen haben von der Teilnahme an Finanzierungen. Einen Bereich gibt es, in den ausschließlich Bundesmittel fließen. Das ist der Bereich der Österreichischen Bundesbahnen. Das ist ein Bereich, der mir besonders am Herzen liegt, weil die Bundesbahnbetriebe in Knittelfeld angesiedelt sind. Hier sind in diesen letzten vier Jahren 126 Millionen investiert worden. 86 Millionen allein für den Bereich, aus dem heute die Bundesbahnhauptwerkstätte ihre Zukunftshoffnungen schöpft, nämlich für die Reparaturanlagen für die Niederflurwaggonen. Das ist derzeit schon das Hauptstandbein geworden, erfreulicherweise gab es hier einen neuen Schub. Und wenn wir noch bis vor fünf, sechs Jahren alljährlich darum zittern mußten, daß unsere Bundesbahnbetriebe in Knittelfeld einer düsteren Zukunft entgegengehen würden, können wir heute sagen, der Investitionsschub hat uns diese Sorgen genommen. Es ist ein Unternehmen, das eine gute Chance auch für die Zukunft hat.

Ein dritter Punkt, Herr Kollege Dr. Hirschmann hat eine konjunkturbedingte Sockelarbeitslosigkeit, ich möchte sagen, resignierend zur Kenntnis genommen, und gleichzeitig hat er die Bemühungen kritisiert, durch einen Investitionsschub, der jetzt mit dem neuen Budget eingeleitet werden soll, investitionsfördernde Maßnahmen zu setzen. Wir sind dagegen der Meinung, daß eine wenn auch konjunkturbedingte oder sturkturbedingte Sockelarbeitslosigkeit nicht resignierend zur Kenntnis zu nehmen ist. Es ist und bleibt unsere Aufgabe, meine Damen und Herren, uns um jeden einzelnen Arbeitsplatz mit aller Vehemenz zu kümmern, und nicht resignierend davon auszugehen, na, da kann man eben nichts machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Kollege Univ.-Prof. Dr. Jeglitsch hat einige Bereiche aufgezeigt, wie hier analytisch anzusetzen wäre. Einiges davon findet sich auch in unserem Beschluß-

antrag, und ich lade Sie herzlich dazu ein, diesem unserem Beschlußantrag beizutreten.

Dem Kollegen Weilharter muß ich ebenfalls eine falsch angelegte Prämisse vor Augen führen. Wenn er nämlich davon ausgeht, daß der Semmeringtunnel ohne Bedeutung für die obersteirische Wirtschaft wäre, *expressis verbis* hat er gemeint, dieses Monsterprojekt wird keinen einzigen Arbeitsplatz bringen oder sichern, dann muß ich ihm wohl auch sagen, daß ihm augenscheinlich verborgen geblieben ist, daß die Rahmenbedingungen oder daß zu den Rahmenbedingungen, die für das Funktionieren einer Wirtschaft von ganz großer Bedeutung sind, natürlich das Funktionieren einer ordentlichen Verkehrsrelation, Verkehrsinfrastruktur, absolut notwendig ist. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die ist da!“) Und das ist absolut notwendig, diese Verkehrsinfrastruktur auch auf der Schiene zu verbessern, indem dieser europaweit schon vielfach belächelte „Flaschenhals Semmering“ endlich nicht mehr jenes Nadelöhr wird. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Der Semmering ist nicht der Flaschenhals. Der Flaschenhals ist vorne und hinten. Das sagen die Experten!“) Herr Kollege Chibidziura, unterhalte dich mit jenen, die dort fahren müssen. Ich habe am Montag eine Versammlung mit unseren Eisenbahnern gehabt, mit den Lokführern, die dort fahren müssen, und mit jenen, die von der Technologie der Eisenbahn etwas verstehen. Es geht im konkreten auch darum, wenn wir nichts tun und wenn wir diese jetzige Tonnage noch weitere Jahre über diese alten, derzeit noch prächtigen Bauwerke drüberjagen, dann sind die in ganz kurzer Zeit kaputt. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die muß man sowieso sanieren. Dem kommt man nicht aus!“) Das ist richtig. Sanieren und dann von den derzeitigen Tonnagen befreien, indem wir unterhalb durchfahren müssen. All diejenigen, die von der Notwendigkeit, Verkehrsverbindungen für die Wirtschaft zu verbessern, etwas wissen, und das sind alle, die sich als Wirtschaftswissenschaftler bezeichnen, werden mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, es ist schlichtweg falsch zu behaupten, der Semmeringtunnel wäre für die obersteirische Wirtschaft bedeutungslos. Das kann so nicht als diese Prämisse im Raum stehenbleiben, und darum erscheint mir das auch wichtig klarzustellen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist ein finanzielles Abenteuer, das sich nicht lohnt!“ – Abg. Purr: „Er versteht das nicht. Da sind wir einer Meinung!“) Ich habe auch den Eindruck, aber ich denke, daß die Steirerinnen und Steirer sehr wohl verstehen werden, wer ihre Interessen vertritt und wer nicht. Und deshalb gehört das immer wieder klargestellt. Ich bin auch für diese Zwischenrufe dankbar, weil sie denen, die mithören, und denen, denen wir es sagen werden, sicherlich dienlich sein werden bei der Entscheidung in ihrer Überlegung, wer ist hier Vertreter der steirischen Interessen und wer nicht. (Beifall bei der SPÖ.) Es wurde heute schon einmal ganz kurz zitiert die Pressekonferenz von Emmerich Assmann. Der Kollege Univ.-Prof. Dr. Jeglitsch war, wie ich höre, mit dabei. Ich erwähne sie deshalb, weil Sie in diesem Artikel heute einen Schlußsatz finden, allgemein müßten die Umfeldbedingungen verbessert werden, ich zitiere Gewerke Assmann: „Das Land Steiermark sollte ein stärkeres Bekenntnis zur Industrie ablegen.“ Zu diesem Behufe haben wir uns heute zusammengefunden, und ich lade Sie ein, unserem Beschlußantrag beizu-

treten und damit ein verstärktes Bekenntnis zur obersteirischen Industrie abzugeben. (Beifall bei der SPÖ. – 14.28 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Ich danke herzlich. Zu Wort gemeldet ist zum ersten Mal der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile es ihm. In Vorbereitung bitte der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch.

**Abg. Tasch (14.28 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bin seit 24 Jahren in der Kommunalpolitik tätig und habe mich äußerst gefreut, daß ich durch eine Vorwahl zum Kandidaten des steirischen Landtages gewählt wurde, um hier die Tätigkeit für die steirische Bevölkerung aufnehmen zu können. Meine sehr geehrten Damen und Herren, würde die Kommunalpolitik mit gleich wenig Sachlichkeit arbeiten, wie hier im Landtag versucht wird von Verhinderern und Vernaderern in der Koalition, so glaube ich, würden wir von der Bevölkerung mit einem nassen Fetzen davongejagt werden. Und ich glaube, und ich appelliere an die Freiheitliche Partei, sie sollen sehr aufmerksam beobachten, daß man den sehr schwach besaiteten Landesrat Schmid doch nicht von dem profilierungssüchtigen Landeshauptmannstellvertreter aufgesaugt sehen will, denn ich glaube, wenn Herr Schmid sich zwar nicht bewußt ist, ob er bei einem Basistunnel ja oder nein zu sagen hat, wohl aber genau weiß, daß er ein eigenes Klo benötigt (Beifall bei der ÖVP), weil er anscheinend die Düfte eines schwarzen Landesrates nicht verträgt, so glaube ich, würden sich einige der Wohnungsuchenden oft fragen, daß die eineinhalb Millionen, die man für diese Klo auszugeben hat, sicher gut für eine Eigentumswohnung zu gebrauchen wären (Beifall bei der ÖVP).

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde wirklich appellieren an die Koalition der Sprengmeister, daß sie also versuchen, konstruktive Arbeit hier in den Landtag einzubringen, um hier weiterzukommen. (Abg. Trampusch: „Das, was Sie machen, ist Biertischstrategie!“) Ich freue mich wirklich, daß euch das bewegt. Das zeigt, daß euch das unter die Haut geht, weil sonst hättet ihr diese Zwischenrufe nicht gemacht. (Abg. Trampusch: „Wenn man von Stil redet, muß man oben, und nicht unten anfangen!“) Und ich danke unserer Frau Landesrat für ihre Kompetenz in den wirtschaftlichen Sachfragen. Und sie hat es aufgezeigt, daß hier seit über 40 Jahren konstruktive Wirtschaftspolitik betrieben wird und daß wir uns um die Bevölkerung in der Steiermark immer ganz besonders angenommen haben, und nicht versucht haben, politische Show in der Demokratie abzuziehen, um auf Stimmenfang zu gehen. Uns sind die Steirer und Steirerinnen wichtiger als politische Show, als politisches Hick-Hack, und ich glaube, keiner in der Bevölkerung der Steiermark hat Sinn für politisches Hick-Hack. Und alle verlangen von uns, daß wir sachliche Arbeit vorantreiben und daß wir für die Steirer und Steirerinnen einzutreten haben. Ich glaube, das ist Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Kanape: „Bis jetzt habe ich von Ihnen noch keinen einzigen Satz über die Wirtschaft gehört!“)

Ich glaube, eines sagen zu können, unsere Wirtschaftspolitik hat sich im Tourismus, besonders in der Dachstein-Tauern-Region, im steirischen Salzkammergut, sehr positiv ausgewirkt. Die Auslastungszahlen der letzten Jahre, und besonders des heurigen Winters, zeigen und geben Zeugnis davon, daß die Politik unserer Frau Landesrat, die Politik der Steirischen Volkspartei für Wirtschaftspolitik, für Arbeitsplatzsicherung immer ein Gespür hat. Wenn ich nur einige Fakten anziehen darf, so möchte ich also eines sagen, die Versehrtenolympiade in Schladming, die Nordische WM in der Ramsau, die WM der Hundeschlitten in Mitterndorf haben gezeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind, am Tourismussektor alles zu tun, um gerade hier Arbeitsplätze zu sichern. Und hier muß ich besonders warnend den Finger auf die Gewerkschaft und auf die Funktionäre der Arbeiterkammer richten, daß sie glauben, mit Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze sichern zu können. Hier möchte ich entgegenstellen, würde man die Arbeitszeit um 50 Prozent verkürzen, dann würde ich Sie fragen, ob man hier um 50 Prozent mehr Arbeitsplätze hätte, oder schaffen wir die Arbeitszeit überhaupt ab, dann hätten wir nur noch Arbeitsplätze. (Abg. Trampusch: „Das war der konstruktive Vorschlag!“) Und hier möchte ich eines ganz klar sagen. Es ist sicherlich leichter für einen Bernhardiner, einen Wurstvorrat anzuschaffen, als legislative Körperschaften zum Sparen zu veranlassen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte eines ganz klar und deutlich hier voranstellen. (Abg. Trampusch: „Ihr habt wirklich einen Abgeordneten mit Niveau gebracht!“) Wenn wir so weitermachen, daß wir die Arbeitsmoral in dem Sinn untergraben, wie Sie es versuchen, dann werden wir uns in Zukunft bei den Wirtschaftstreibenden sicherlich schwer tun, noch Selbständige zu finden.

Ich sage Ihnen, mir macht das Sterben unserer Gastronomiebetriebe, das Sterben unserer Beherbergungsbetriebe, das Sterben unserer Versorgungsbetriebe echte Sorgen. Wir können diese Betriebe nicht auf Knopfdruck wieder zurückholen. Und wenn heute Wirte bis zu 50 Prozent für Inserate ausgeben, um Arbeitnehmer für ihren Betrieb zu finden, so glaube ich, zeigt es davon, daß es so bitte nicht weitergehen kann.

Es kann einfach nicht so gehen, daß Arbeiterkammerer Politik betreiben und den Leuten von vornherein sagen, sie können ein halbes Jahr oder ein dreiviertel Jahr stempeln gehen. Also ich glaube, da ist es wichtig, daß die Arbeitsmarktvermittlung wieder besser funktioniert und jenen Betrieben Leute zuteilt, die Arbeitnehmer und Mitarbeiter suchen. Ich bin auch der Meinung, daß es notwendig ist, daß man besonders am Tourismussektor Wohnungsförderungen betreibt, um für ihre Mitarbeiter Appartementwohnungen zu finden, um dort die Möglichkeit zu geben, auch mit Familie einzuziehen, dann werden wir auch in Zukunft für die Gastronomiebetriebe, für unseren Tourismus etwas schaffen, was es ihnen leichter macht, wieder Mitarbeiter zu finden. Offen und ehrlich, konsequent und verantwortungsbewußt und mit Weitblick betreibt unsere Frau Landesrätin Wirtschaftspolitik in der Steiermark. Ich fordere alle jene Kräfte auf, die sich mit der Steiermark verbunden fühlen, die Frau Landesrat in ihren Bemühungen zu unterstützen,

Arbeitsplätze in der Wirtschaft, in der Industrie, vor allem in Klein- und Mittelbetrieben zu sichern. Ich möchte zum Schluß eines sagen, und ich sage das mit voller Überzeugung: Sollte wer Kummer oder Sorgen haben, nicht verzagen, unsere Frau Landesrätin fragen! (Beifall bei der ÖVP. - 14.36 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Ich danke herzlichst. Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch, in Vorbereitung der Herr Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko.

**Abg. Alfred Prutsch (14.36 Uhr):** Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Diese heutige Sondersitzung des Steiermärkischen Landtages veranlaßt natürlich auch mich als Grenzlandabgeordneter, aus meiner Sicht zur wirtschaftlichen Entwicklung etwas zu sagen. Und wenn man gerade die vielen und sehr oft widersprüchlichen Presseausendungen der letzten Wochen gelesen hat, dann entsteht der Eindruck, daß die gesamte bisherige gemeinsame Wirtschaftspolitik des Landes Steiermark ein Flop gewesen wäre und es nur eine negative Entwicklung der Wirtschaft im ganzen Land gegeben hätte. Mein Heimatbezirk Radkersburg wird noch immer von einigen Politikern als Armenhaus hingestellt, obwohl auch hier durch den Fleiß der Menschen sowie durch die Mithilfe der öffentlichen Hand in den letzten Jahren einiges gelungen ist. Natürlich kann man nicht in Jubelstimmung ausbrechen, weil auch wir gerade im Bezirk in der Textilbranche in den letzten Jahren sehr viele Arbeitsplätze verloren haben. Aber trotzdem hat die Grenzlandpolitik unseres Landeshauptmannes Dr. Josef Krainer Wirkung gezeigt, und sie war auch ausschlaggebend, daß ein gewisser Wohlstand auch bei uns eingekehrt ist. Auch die Mitglieder der neuen Regierung haben sich im Regierungsübereinkommen geeinigt, an dieser fruchtbringenden Grenzlandpolitik festzuhalten. Die Wirklichkeit ist derzeit aber anders. Wir haben es ja heute in den einzelnen Wortmeldungen gehört, man hat den Eindruck, man kommt nicht weiter, es werden keine Entscheidungen getroffen, weil es eben unterschiedliche Auffassungen und Meinungen gibt. Auf ein paar Punkte möchte ich näher eingehen:

Der Ausbau der Therme war und ist einer der wichtigsten Impulse für die Wirtschaft in und um Bad Radkersburg und wird es auch für die nächsten Jahre sein. Ich darf berichten, daß es auf Grund der enormen Auslastung und der immer höher steigenden Besucherzahlen bei der Parktherme unbedingt notwendig ist, mit den Erweiterungs- und Umbauarbeiten sofort zu beginnen, weil es den Kurgästen nicht länger zuzumuten ist, sich auf engstem Raum zu bewegen, wie es derzeit der Fall ist. Die derzeitige Raumnot könnte eigentlich ins Umgekehrte umschlagen und könnte den einen oder anderen veranlassen, Bad Radkersburg nicht mehr zu besuchen. Und ich erinnere an den Grundsatzbeschuß des Steiermärkischen Landtages vom 6. November 1990, der die gesamten Baukosten und die einzelnen Ausbaustufen beinhaltet, und dieser Stufenplan soll und muß im Budget 1992 unbedingt berücksichtigt und realisiert werden. Unsere Frau Landesrat Waltraud Klasnic hat in dieser Angelegenheit großes Verständnis und einen unermüdlichen Einsatz-

willen in der letzten Zeit bewiesen. Warum sage ich das? Nämlich auch deshalb, weil eine weitere positive Entwicklung des Thermenbetriebes und der Hotelbauten im engsten Zusammenhang stehen mit der Absiedelung der Schweinefarm Podgrad, welche zirka 500 Meter Luftlinie vom Gelände der Parktherme entfernt ist. Bei dieser Sitzung, ich erinnere mich zurück, hat auch der derzeitige Dritte Präsident des Landtages gemeint, als es um dieses Millionenprojekt gegangen ist, man sollte die Millionen zuerst in Slowenien investieren, um eben diese Geruchsbelästigung wegzubekommen. Ich hoffe, Herr Präsident, daß wir auch in dieser Frage Ihre Unterstützung in Zukunft haben. Es gibt Jahre zurück intensive Bemühungen unseres Landeshauptmannes, der Frau Landesrätin, aber auch unserer Agrarreferenten, eine Absiedelung zu erwirken. Nach der Demokratisierung und der Anerkennung Sloweniens als eigener Staat ist für dieses Vorhaben und dessen Umsetzung die größte Chance gegeben. Warum sage ich das? Weil wir wissen, daß es in Slowenien in Kürze eine Regierungsumbildung geben wird und wir dann unter Umständen mit neuen Leuten verhandeln müssen, weil die bisherigen Verhandlungen wirklich gediehen und weit fortgeschritten sind. Es ist für mich daher unverständlich, daß der Regierungssitzungsantrag von unserer Landesrätin über die Aufnahme eines Darlehens für die steirische Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft zur Mitwirkung bei der Absiedelung des Schweinestalles von den anderen Regierungsmitgliedern abgelehnt wird und keine Zustimmung gefunden hat. Diese 30 Millionen sind keine Spende an Slowenien, das will ich ganz eindeutig feststellen, sondern nur eine Unterstützung, damit man dieses Problem leichter lösen kann. Es ist für mich diese Vorgangsweise unverständlich, weil man weiß, daß besonders der Herr Finanzlandesrat mit unserer Frau Landesrätin gemeinsam in dieser Sache einer Meinung ist und diese Absiedelung Priorität hat. Und, Herr Landesrat, ich würde ersuchen, wenn dieser Sitzungsantrag wieder kommt, daß Sie dem Antrag auch die Zustimmung erteilen. Vielleicht würde man dann dem oft zitierten Wort des Landeshauptmannstellvertreters Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek gerecht werden, der immer wieder vom freien Spiel der Kräfte spricht. Ich glaube, diese Zustimmung wäre ein typisches Beispiel dafür. (Landesrat Ressel: „Ich spiele mit, aber schauen Sie, daß die 2000 Muttersäue verschwinden!“) Das war nur ein Beispiel, mit welchen Schwierigkeiten sich die neue Regierung herumschlagen muß.

Ein Zweites, in der Energie- und Eiweißherzeugung ist gerade in meiner Region mit der Errichtung der Biodieselanlage in Mureck ein großer Schritt in Richtung Kreislaufwirtschaft gelungen. Unsere Bauern haben wirklich erkannt, daß die Wunderpflanze Raps, welche noch dazu im blühenden Zustand die Landschaft bereichert, ein großer Energie- und Eiweißlieferant ist. So werden derzeit zirka 500 Hektar Raps angebaut, und es konnten bisher bereits 150.000 Liter Biodiesel und eine große Menge Ölkuchen erzeugt werden. Diese Produkte werden zur Gänze in den eigenen Betrieben in der Landwirtschaft verwertet. Dankenswerterweise wurde dieses Projekt vom Bund und vom Land unterstützt, so daß neben dem Anteil der Bauern auch öffentliche Mittel für dieses Pilotprojekt eingesetzt wurden. Die Technik für diese Anlage

wurde von der Firma Vogel & Noot hergestellt, und es konnten durch diese Neuerungen 50 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Herr Kollege Vollmann, die Firma Vogel & Noot ist in deinem Bereich beheimatet. Die neuen Arbeitsplätze sind ein Beitrag zur Bewältigung der Krise in der Mur-Mürz-Furche. Die Bemühungen unserer Frau Landesrat seitens der Wirtschaftsabteilung (Abg. Vollmann: „Hat nicht umsonst den Österreichischen Innovationspreis bekommen!“), der Firma Vogel & Noot einen Entwicklungszuschuß für diese ausgefeilte und teure Technik zu geben, sind gescheitert, weil auch dieser Antrag keine Zustimmung in der Regierungssitzung gefunden hat. Diese Förderung wäre auch indirekt unseren Bauern zugute gekommen, weil sich für uns die Kosten für die Technik um zirka 800.000 bis 900.000 Schilling verringert hätten. Ich glaube, es wäre sicherlich sinnvoll gewesen, wenn es hier zu diesem Entwicklungszuschuß gekommen wäre. Diese Förderung wäre auch indirekt ein großer Anteil in volkswirtschaftlicher Hinsicht gewesen. Das große Interesse für diese Anlage wird bewiesen, indem mehr als 5000 Besucher fast aus allen Teilen der Erde Mureck besucht und sich dort informiert haben. Es ist mir klar, daß das Budget eine Förderung nicht immer zuläßt. Es muß aber allen klar sein, daß diese Förderung wirklich, volkswirtschaftlich gesamt gesehen, berechtigt ist. Ich hoffe, daß in dieser Angelegenheit Umdenken eintritt und SPÖ und FPÖ diesem Regierungsbeschluß oder diesem Antrag beitreten. Diese Biodieselanlage ist ein Beispiel, wie es in Zukunft sein soll, nämlich Initiativen aus der Region heraus zu entwickeln und zu setzen und nicht zu warten, bis von oben herab etwas angeordnet oder einem etwas empfohlen wird.

Dasselbe gilt auch für die Bohr- und Aufbereitungsgerätevertriebsges. m. b. H. in Klöch, kurz B. A. G. genannt, wo am Montag eine neue Halle durch unsere Frau Landesrätin eröffnet wurde. Diese Halle dient dem Bau und Umbau von Steinbrechanlagen und Bauschuttwiederverwertungsanlagen mit 15 neuen Arbeitsplätzen. Das ist auch ein Beispiel, wie es gehen kann. Dieser Betrieb, so glaube ich, hat sein Management dahin gehend ausgerichtet, daß man auf Grund der Öffnung des Ostens wirklich dorthin expandieren kann. Mir ist schon klar, daß trotzdem viele Menschen aus dem Bezirk auspendeln müssen, aber ich glaube, es ist ein wichtiger Faktor, daß sie bei uns bleiben können, ob Slowenien wirtschaftlich in der Lage ist oder nicht. Es war von Anbeginn an nicht geplant, Geldmittel nach Slowenien zu geben oder dort zu investieren. Aber ich meine, wenn es gelingt, gemeinsam diese Ausstellung zu veranstalten, könnte man einen geschichtsträchtigen Raum grenzüberschreitend erfassen.

Zum Schluß kommand möchte ich auch die Landesausstellung, welche für 1994 ins Auge gefaßt wurde, anschneiden. Es besteht große Hoffnung der Bürger unseres Bezirkes, daß seitens der verantwortlichen Politiker in Kürze der Beschluß gefaßt wird, die Landesausstellung 1994 in Bad Radkersburg durchzuführen. Ich würde wirklich darum ersuchen, unabhängig, ob Slowenien wirtschaftlich in der Lage ist oder nicht. Es war von Anbeginn an nicht geplant, Geldmittel nach Slowenien zu geben oder dort zu investieren. Aber ich meine, wenn es gelingt, gemeinsam diese Ausstellung zu veranstalten, könnte man einen geschichtsträchtigen Raum grenzüberschreitend erfassen.

Zum Abschluß möchte ich sagen, ich bin fest überzeugt, daß die gemeinsame Realisierung dieser Lan-

desausstellung für die weitere positive wirtschaftliche Entwicklung unseres Bezirkes ein großer Beitrag sein kann. Ich habe in meiner Wortmeldung versucht, ein paar Dinge aufzuzeigen, und ich weiß, daß wir noch viel zu tun haben. Aber gemeinsam werden wir in unserer politischen Verantwortung in Zukunft einiges leisten können, wenn endlich Sachpolitik vor Parteipolitik steht. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. - 14.54 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Ich danke herzlich. Ich erteile das Wort dem Herrn Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko. In Vorbereitung bitte der Herr Abgeordnete Tilzer.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (14.54 Uhr):** Werter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir haben heute in der Beantwortung der beiden dringlichen Anfragen durch die Frau Landesrätin Klancic die Ouvertüre damit gehört, daß sie gesagt hat, was Gott durch einen Berg getrennt hat, soll man nicht durch einen Tunnel verbinden. Das sind Worte, die wir schon in anderem Zusammenhang gehört haben. Ich muß Ihnen gleich vorweg sagen, es gibt sehr viele Leute in diesem Lande, die mit dem Semmering-Basistunnel nicht sehr viel anzufangen wissen. Von der Kostenseite her schwanken die Prognosen zwischen 4 und - höre und sage - 44 Milliarden Schilling, von der Funktion her weiß man, daß man das zwar größte, aber nur eines der vielen Nadelöhere hat, die sich auf dieser Strecke befinden, um sie zu dieser Transitstrecke zu machen, die notwendig ist, und schlußendlich müssen wir auch dazusagen, daß wir ja vor 15 Jahren dieselbe Diskussion im Bereich der Straße gehabt haben, wo man gesagt hat, daß die Arbeitsplätze in der Obersteiermark verlorengehen werden, wenn wir nicht diese Straßenverbindungen bekommen, die wir heute haben, und schlußendlich hat der obersteirische Industrieraum sukzessive abgebaut. (Abg. Vollmann: „Sonst würden wir zum Armenhaus gehören!“) Ich verhehle nicht, daß es durchaus notwendig ist, die steirische Industrie an das europäische Verkehrsnetz anzuschließen. Aber wenn, dann bitte mit Mitteln, die dies auch gewährleisten. Ich glaube, daß wir zwar den Wunsch der Frau Landesrätin, sowohl als auch und soviel als möglich, durchaus unterstützen könnten und sagen könnten, wir möchten auch haben, daß wir die Südostspange bekommen, daß wir den Semmering-Basistunnel bekommen und, und, und, haben wollen. Die Realität ist aber so, daß der Bund jetzt ja schon dabei ist, uns einen Katalog an Forderungen vor die Tür zu werfen, die wir finanziell zu tragen haben. Ich glaube, daß wir hier große Schwierigkeiten haben werden, das Klima nach Wien zu schaffen, damit wir all diese Forderungen erfüllt bekommen.

Und dann möchte ich noch etwas agen, weil ich ja weiß, wir schwierig die Problematik ist. Natürlich fahren Sie landauf und landab und sagen, die bösen Freiheitlichen verhindern den Tunnel. Wir verhindern den Tunnel nicht. Sie werden ihn gemeinsam beschließen, selbstverständlich. Und wenn Sie so überzeugt sind davon, daß es richtig ist, muß ich sagen, es ist auch keine wahltaktische Überlegung. Es kann keine wahltaktische Überlegung sein, wenn Sie so felsenfest überzeugt sind, daß das der richtige Weg ist, dann

werden wir ja Stimmen verlieren. Fazit und Tatsache ist aber, daß bei den letzten Wahlen nicht wir die Verlierer in jenem Kreis waren, sondern Sie, meine Damen und Herren, und Ihre Fraktionen, weil die Leute dort das nicht mehr glauben, was Sie ihnen so sukzessive immer wieder sagen, Sicherung der Arbeitsplätze und, und, und, und. Und ich stimme in sehr, sehr großem Maße zusammen mit meiner Fraktion darin überein, daß wir in der verstaatlichten Industrie noch immer eine Fülle von Arbeiten haben. Prof. Jeglitsch hat das sehr gut zum Ausdruck gebracht, es war der Beginn einer Aktion, die fortzusetzen ist. Diese Umstrukturierung ist nicht abgeschlossen. Wir wissen ganz genau, was uns noch erwartet, wenn wir die verlängerte Arbeitsbank im Osten anschauen, wenn wir wissen, daß bereits die verstaatlichte Industrie selbst hergeht und sagt, ich muß mir das zunutze machen, und ihre Walzwerke in Richtung Ungarn/Donauraum legt, weil sie die Situation zu erkennen beginnt. Und daher können wir nicht mit gutem Wissen und mit gutem Vorsatz hinausgehen und den Leuten sagen, wir werden eure Arbeitsplätze sichern und versprechen euch, daß eure Arbeitsplätze erhalten bleiben, weil wir wissen, daß das ja noch nicht das Ende ist. Frau Landesrat, ich gebe Ihnen recht, wir haben zum jetzigen Zeitpunkt die Ergebnisse einer Politik, die sich seit dem Kriege hinzieht mit allen positiven und negativen Aspekten. Wir haben aber etwas alle miteinander nicht, ein Rezept, wie wir morgen vor die Leute hintreten können und sagen, so schaut es aus, und so werden wir euch eure Plätze ersparen. Es gibt dieses Rezept nicht. (Abg. Vollmann: „Habt ihr es?“) Aber wir haben alle miteinander den Willen, meine Damen und Herren, hier in diesem Hause und draußen die Voraussetzungen für diese geplagte Region, und bitte nicht nur für die geplagte Region der Obersteiermark, sondern auch für das Grenzland, dessen Prozentsätze bei weitem höher sind, wo wir sagen müssen, jawohl, wir müssen miteinander diese Problematik lösen. Und eines, meine Damen und Herren, können Sie uns sicher nicht vorwerfen, daß wir für diese Umstände verantwortlich sind. Wir sind in vielen Bereichen mit kleinen Initiativen, mit Maßnahmen, mit Forderungen angetreten, die zum Teil gehört wurden und zum Teil nicht gehört wurden. Ich stehe nicht an, hier Schuld zu verteilen. Aber ich wehre mich einfach dagegen, daß man eine Wirtschaftsdebatte, die zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung sein soll und jener Leute, die in diesem Arbeitsprozeß sukzessive ihre Position verlieren, daß die damit eröffnet wird, daß die Freiheitliche Partei diejenige ist, die dafür das Verschulden trägt. So, meine Damen und Herren, geht das nicht. (Beifall bei der FPÖ.)

Und wenn der Volksmund heute sagt, die ÖVP braucht den Tunnel, weil sie nicht mehr über den Berg kommt, dann mag das vielleicht eine politische Scherzhaftigkeit haben, aber das lassen wir dahingestellt. Und wenn Sie auf der anderen Seite sagen, wir laden ein zu einer Mitarbeit, Frau Landesrätin, natürlich sind wir bereit mitzuarbeiten. Ich frage Sie nur, wo war die ÖVP bei der Klausur am vergangenen Montag? Da hat diese Mitarbeit schon begonnen. Ich deponiere hier für uns alle, wir sind zu dieser Mitarbeit bereit, weil wir angetreten sind bei dieser Wahl und zu diesem Anlaß mitzugestalten für das Wohl der Bevölkerung in diesem Lande. Und wenn wir auf der ande-



ren Seite sagen, wir brauchen Milliarden hier und Milliarden dort, und wir brauchen eine Berufsschulmilliarde, eine Industriemilliarde, eine Landwirtschaftsmilliarde und eine Wohnbaumilliarde und Krankenhausbilliarde (Landesrat Tschernitz: „Eine Sozialmilliarde!“), eine Sozialmilliarde, ganz richtig, Herr Landesrat, dann muß ich bitte noch etwas dazu sagen. Wir haben eine Milliarde in diesem Hause als Hürde einmal festgelegt. Und das ist in der vergangenen Periode, in der letzten Budgetdebatte, passiert. Wir haben gesagt, die Verschuldung in diesem Lande darf die Milliarde nicht mehr übersteigen, weil wir uns endlich einmal ein Ziel setzen müssen. Und diese Milliarde müssen wir auch im Auge behalten. Das heißt, es ist notwendig, die Forderungen in die Relation zum Möglichen zu setzen. Wir sind und stehen nicht an zu sagen, wir fordern hier und fordern dort, sondern wir müssen uns hier in diesem Hause zusammensetzen und versuchen, die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst sinnvoll und möglichst flächendeckend zu verteilen, damit wir die Härten, die ins Haus stehen, verhindern können. Und wenn Sie sagen, die Freiheitlichen sind gegen den Semmeringtunnel, um das Thema einmal abzuschließen, meine Damen und Herren. Wir befinden uns in sehr guter Gesellschaft. Es gibt massive Einbrüche oder Stimmen in der Industriellenvereinigung, es gibt sie auch in den Nachbarländern, die nicht alle freiheitlich dominiert sind, weil keines dieser Länder freiheitlich dominiert ist. Also, wir sind nicht ganz allein.

Wir sind in einer Gesellschaft, und wir sagen nicht kategorisch nein zum Tunnel, sondern wir versuchen einfach, die Prioritäten wirtschaftlich und finanziell zu setzen und die Notwendigkeiten so zu sehen, wie sie sinnvoll sind. Wir mögen durchaus anderer Meinung sein. (Abg. Purr: „Heute draußen nein, drinnen ja!“) Wir sagen nicht nein und nicht ja, Sie müssen nur ein bisserl zuhören. Wir sagen, der Semmering-Basistunnel allein ist keine Lösung. Und dazu stehe ich, und dazu stehen wir alle. Und wir sind auch bereit, der Bevölkerung das zu sagen und der Bevölkerung bei der Wahl die Chance zu geben, darüber abzustimmen. Wir verwenden das nicht als politisches Mittel. Wenn wir jetzt weitergehen in den verschiedenen Maßnahmen, die hier heute schon besprochen wurden, dann, lieber Kurt Tasch, erspare mir bitte, daß ich auf die einzelnen Vorwürfe, die du uns gemacht hast, eingehe. Nachdem ich aber auch aus einer Tourismusgegend komme, muß ich schon sagen, es ist durchaus richtig und erfreulich, Gott sei Dank ist der Tourismus eine jener Sparten, die diesem Land ein gerüttelt Maß an Einkommen bringen, damit wir Maßnahmen setzen können und jene unterstützen können, die nicht in der glücklichen Lage sind, diese finanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Das befreit uns bitte nicht davon, jene Institutionen, von denen wir glauben, daß sie veraltet und hinfällig sind, zu ändern, zu reformieren und dem politischen Einfluß zu entziehen. Und wenn wir schon beim politischen Einfluß sind, dann möchte ich gleich noch ein Thema streifen, weil wir ja jetzt eine Gesellschaft haben beziehungsweise sogar Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, die mit zwei Tochtergesellschaften nunmehr für die Wirtschaftsförderung zuständig ist. Wir bekennen uns im Prinzip zur Ausgliederung. Wir bekennen uns zu einer Privatisierung von Maßnahmen, wenn sie

auch im vollen Zuge durchgeführt und durchgezogen werden. Und wenn ich mir hier anschau, wie die Konstellation für dieses ausgegliederte Wirtschaftsförderungsinstitut beziehungsweise diese Gesellschaft aussieht, dann muß ich sagen, es ist alles gelungen in dem Zusammenhang, nur die politische Einflußnahme habe ich noch nicht eliminiert. Und ich würde hier alle bitten und ersuchen, daß wir, wenn wir solche Schritte setzen, auch den Mut haben, es wirklich ganz zu tun. Es soll nicht eine Kindesweglegung werden, wo ich mir vorbehalte, schlußendlich dann doch wieder von hinten herum einzugreifen, weil das ist in allen Gesprächen und in allen Wortmeldungen heute klar zum Ausdruck gekommen. Es sind nicht die Arbeiter, es sind nicht die Leute, es sind auch nicht die Manager, die es ruinieren, sondern es ist die ständige Einflußnahme, die einmal von links, einmal von rechts, einmal von oben und einmal von unten kommt, die schlußendlich dazu führt, daß wir Mißerfolge haben. Und wir sollten hergehen und auch hier klare Richtlinien setzen, genauso wie ich mich freue, Frau Landesrat, daß Sie mir heute hier gesagt haben vor diesem Hause, daß die Ausgliederung der Steiermark-Werbung in der Form, wie sie der Landtag ja hier schon im vergangenen Herbst gefordert hat, auch zum Tragen kommt. Wenn ich, liebe Frau Landesrat, in den vergangenen Wochen in den steirischen Zeitungen eine Fülle von Bildern und Artikeln gelesen habe, wo Sie zusammen mit dem Herrn Landeshauptmann und Kammerfunktionären vor dem Steuerrad der steirischen Wirtschaft gestanden sind, da möchte ich sagen, ich nehme nicht an, daß Sie der Kapitän sind, aber daß Sie zumindest der Matrose sind, und ich habe bewußt ein rotweißes Matrosenkapperl ausgesucht und kein blauweißes. (Der Herr Abg. Dipl.-Ing. Vesko überreicht Frau Landesrat Klasnic eine Matrosenkappe. Beifall bei der FPÖ. – Landesrat Klasnic: „Arbeiten die Matrosen am meisten?“) Ja. (Landesrat Klasnic: „Dann nehme ich es!“) Meine Damen und Herren, es ist zwar Fasching, aber es ist sehr ernst. (Abg. Purr: „Wir merken es!“) Ja, Herr Purr, bei Ihnen ist es das ganze Jahr, aber ich rede von mir. Es ist so ernst, Herr Purr, daß ich sagen muß, natürlich schweift die Zeit ein bisserl auf uns ab, aber wir sind hier zusammengekommen, und ich betone das abschließend noch einmal, wir sind hier in diesem Hause zusammengekommen, alle Fraktionen, um für das Wohl unserer Heimat das Beste zu geben. Und wir mögen in vielen Bereichen anderer Ansicht sein, und es mögen Ressentiments aus den vergangenen Jahren da sein, und es möge vielleicht auch so sein, meine Damen und Herren, wie es Ihr Klubobmann Gerhard Hirschmann gesagt hat, daß wir uns ein bisserl suhlen in dem Erfolg, den wir haben. Und dann sage ich, es möge auch der Fall sein, Herr Landeshauptmann, daß wir noch ein bisserl verschnupft sind, daß es nicht so gegangen ist. Aber bitte, und da gebe ich dem Klubobmann recht, die Zeiten zur Arbeit sind gekommen. Wir haben die Akklimatisierungsschwierigkeiten aller miteinander überwunden, und wir sollten darangehen, diese Arbeit hier in dem Hause fortzusetzen in der Form, wie sie begonnen wurde, nämlich damit, daß wir diesem Landtag – (Unverständlicher Zwischenruf des Abgeordneten Purr) Herr Purr, ich weiß, was Sie meinen, Sie tun sich ein bisserl schwer, aber es wird schon werden – daß wir gemeinsam diesem Landtag hier als Instrumentarium

für dieses Land zur Verfügung stehen. Dafür sind wir angetreten, und dafür stehen wir auch, und dafür werden wir auch in Zukunft stehen. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 15.08 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Danke schön. Zum ersten Mal ans Rednerpult bitte ich den Herrn Abgeordneten Tilzer. In Vorbereitung der Herr Abgeordnete Grilitsch.

**Abg. Tilzer (15.08 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In Anbetracht der präkeren wirtschaftlichen und sozialen Lage in unserem Lande ist es notwendig, Sofortmaßnahmen für die Gesundung der Steiermark zu setzen. Grundsätzlich ist es dabei erforderlich, die ursächlichen Zusammenhänge über den wirtschaftlichen Niedergang im Lande zu analysieren und, darauf aufbauend, an den Schwachstellen des bisherigen Systems anzusetzen und neue, rasche wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Erlauben Sie mir kurz eine Darstellung der dramatischen Ist-Situation. Während bundesweit im Durchschnitt die Wirtschaft um rund 4 Prozent wuchs, liegt die Steiermark knapp über dem Nullwachstum. Für ein Land, das im Herzen Österreichs gelegen ist, relativ gering. Relativ hoch hingegen ist die Anzahl derer, die in ihrer Existenz gefährdet sind. So sind zur Zeit, wir haben diese Zahl heute schon des öfteren gehört, 46.561 Bürger unseres Landes ohne Beschäftigung, in Prozent 10,6. Dazu kommt, daß ein großer Anteil dieser Betroffenen älter als 50 Jahre ist. 4300 Dienstnehmer müssen sich derzeit mit Kurzarbeit begnügen, meine Damen und Herren, 4300! In der Praxis bedeutet dies, die Familienerhalter müssen ihre Familien mit geringerem Einkommen ernähren. Die Industrie wuchs österreichweit um 3,3 Prozent. In der Steiermark ist im dritten Quartal 1991 ein Minuswachstum von 3,5 Prozent zu verzeichnen. Daher kann ich die Feststellung von Frau Landesrat Klasnic, die Lage am Arbeitsmarkt sei relativ zufriedenstellend, absolut nicht teilen. Mich würde nur interessieren, auf welchem Geleise sich die angekündigte Konjunkturlokomotive befindet. Hoffentlich nicht auf dem Abstellgeleise. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind die Fakten. Grundsätzlich halte ich nichts von Schulduweisungen, da damit keine Lösungen und somit keine Verbesserungen für die betroffenen Menschen erreicht werden können. Die Ursachen für die derzeitige Wirtschaftssituation liegen in einer jahrelang verfehlten Wirtschafts- und Strukturpolitik. Meine Damen und Herren der ÖVP, und gerade deswegen kann ich Sie aus Ihrer Verantwortung nicht entlassen. In Ihrem Zuständigkeitsbereich liegen seit Jahrzehnten das Wirtschaftsressort und das Straßenbaureferat. Sie hatten jahrzehntlang die absolute Mehrheit im Steiermärkischen Landtag und auch in der Landesregierung und damit die Möglichkeit, alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Bei der letzten Landtagswahl haben Sie sich von der absoluten Mehrheit verabschiedet. Es ist zwar verständlich, daß Sie, die Sie es gewohnt waren, mit absoluter Macht zu regieren, sich nunmehr in einer Ohnmacht befinden. Es ist aber nicht verständlich und einsichtig, daß damit jegliche konstruktive Arbeit Ihrerseits für unser Land unterbleibt. Durch innovative Ideen und Initiativen

von uns Sozialdemokraten kommen Sie in Zugzwang. Sie können nicht mehr agieren, sondern Sie müssen reagieren. Selbst die Reaktionen sind nur mehr eine Flucht in Schulduweisungen und Panikreaktionen, wie man aus den Printmedien entnehmen kann. Mit Schulduweisungen an den Bund werden Sie keine Lösungsansätze finden. (Beifall bei der SPÖ.)

Durch die Veränderung der Unternehmerstruktur in der verstaatlichten Industrie und deren Privatisierung in Teilbereichen bricht im speziellen in der Obersteiermark die vernachlässigte Strukturpolitik voll und ganz auf. Man könnte meinen, dies sei zum Vorteil für die Region, treten doch damit die fehlenden Infrastrukturausbauten, wie zum Beispiel Straßenbau, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Grundstücksbevorratungspolitik, die am Standortmarkt für eine Wettbewerbsfähigkeit der Region unabdingbar sind, offen zutage. Bis vor kurzem wurde dieser Standortnachteil von den Großbetrieben getragen.

Ich möchte Ihnen nun ein lebendes Beispiel zur verfehlten Strukturpolitik aus der Region Eisenerz näherbringen. Jahrzehntelange Forderungen, die B 115, Eisenbundesstraße, von einem Karrenweg in eine für den heutigen Verkehr angepaßte Bundesstraße zu sanieren, scheiterten immer wieder an der Prioritätenreihung des Landesstraßenbaureferates. In unserer Region bleibt die steirische Breite eng. Ich frage Sie, sehr geehrte Damen und Herren, was soll einen Unternehmer dazu bewegen, seinen Standort in einer Region zu wählen, wenn dort die infrastrukturellen Voraussetzungen beziehungsweise Grundvoraussetzungen nicht vorhanden sind? Und die Grundvoraussetzungen sind eben die Verkehrsverbindungen, um einerseits die Konkurrenzfähigkeit der ansässigen Betriebe zu sichern, und andererseits auch attraktiv zu sein für Neuansiedelungen. Bei einer Arbeitslosenquote von rund 20 Prozent im Raum Eisenerz scheidet es wahrlich nicht am Facharbeitermangel. Das ist der eine Punkt der verfehlten Strukturpolitik, die ganze Regionen benachteiligt. Die Politik hat hier die Voraussetzungen zu schaffen. Sie hat es aber leider bisher verabsäumt. Sehr geehrte Frau Landesrat Klasnic! Daher ist der rasche und sofortige durchgehende Ausbau der Eisenbundesstraße von Vordernberg bis Altenmarkt sowie Großreifling eine unabdingbare Forderung. Der zweite Punkt ist die bisherige unzugängliche Wirtschaftsförderungspolitik dieses Landes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich Ihnen auch diesen zweiten Punkt an Hand eines praktischen Beispiels erläutern. Ein initiativer Unternehmer will in unserer Region, genau gesagt in der Eisenerzer Ramsau, ein Wintersportprojekt errichten. Das Investitionsvolumen soll rund 600 Millionen Schilling betragen. Für die Planung und Projektierung wurde eine Gesellschaft gegründet. Diese Gesellschaft soll mit 10 Millionen Schilling ausgestattet werden. In diesem Zusammenhang wurde vom Bund ein Beteiligungsbetrag in der Höhe von 2,5 Millionen Schilling zugesichert. Mitte Oktober 1991 wurde von der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung diese Zusage ebenfalls in der Höhe von 2,5 Millionen Schilling getätigt. Landesrat Ing. Ressel hat in der Folge die Vertragsbedingungen geklärt und seinerseits die Zustimmung erteilt. Auf Grund dieser Tatsachen hätten die Planungsarbeiten bereits im November 1991 beginnen

können. Doch leider wurde bis heute von der zuständigen Landesrätin Klasnic noch kein diesbezüglicher Antrag in die Landesregierung eingebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind die Fakten. Ich unterstelle hier keine „animus fraudandi“, sprich Benachteiligungsabsicht, aber es zwingt sich für mich die Frage auf, ob es regionalwirtschaftlich und landespolitisch zu verantworten ist, wenn man eventuell durch eine Verzögerung dieser Art einen Investitionsschub von 600 Millionen Schilling verhindert, ganz zu schweigen, daß es hier um die Überlebensfrage einer Region geht. Der Rückgang der Beschäftigten im primären Sektor, sprich Erzbergbau, von rund 4200 auf 450 und eine demografische Veränderung, Abwanderung von rund 5000 Bewohnern aus der Region, bringt naturgemäß einen Verlust der Kaufkraft mit sich. Alle im tertiären Sektor, also im Dienstleistungsgewerbe, angesiedelten Unternehmen sind dadurch gefährdet. Die geringe Eigenkapitalausstattung dieser Unternehmungen läßt eine Finanzierung von Ersatzinvestitionen nicht zu. An eine Erweiterungsinvestition ist nicht zu denken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten wir an der bisher praktizierten Struktur- und Wirtschaftsförderungspolitik festhalten, so wird sich die Wirtschaftsspirale weiterhin nach unten drehen. Das wird aber kein Ziel von uns Sozialdemokraten sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir wollen vielmehr erstens mittel- und langfristige die Abwanderung aus unserer Region stoppen, zweitens unsere Wirtschaft aktiv umstrukturieren. Drittens, wir wollen zusätzliche Betriebe gewinnen, und wenn es nur kleine Einheiten sind.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen rasch wirksame Maßnahmen gesetzt werden.

Erstens im Bereich der Strukturpolitik den schon vorher erwähnten Ausbau der B 115.

Zweitens im Bereich der Wirtschaftsförderungspolitik die Entbürokratisierung und Ausgliederung sämtlicher Wirtschaftsförderungsagenden und dabei im speziellen im Rahmen der regionalen Ausrichtung ein Sonderförderungsprogramm für die Region Eisenerz, das die derzeit bestehenden Wettbewerbsnachteile ausgleicht.

Ein Detail am Rande: Ich kann die Auffassungen einiger Abgeordneter, die vor kurzem das AIZ, das Aichfeld Industriezentrum in Zeltweg, besuchten, nicht teilen, wenn sie meinen, eine Mittelzuführung an die verstaatlichte Industrie sei zum Fenster hinausgeworfen. Wir Beschäftigten der verstaatlichten Industrie werden es Ihnen zu danken wissen. Und wir vertreten auch die Meinung, daß die Förderung eines Unternehmens nicht von den Eigentumsverhältnissen, sondern vielmehr vom förderbaren Produkt, dessen Marktchancen und den Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt abhängig sein soll.

Drittens: Jungunternehmen ist ein ausreichendes Risikokapital bereitzustellen.

Viertens: Förderungen sollten in Zukunft im direkten Weg über Projektkostenzuschüsse gewährt werden, und nicht, so wie bisher meist üblich, indirekt über Zinsenzuschüsse ausbezahlt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist daher notwendig, ein Regionalisierungsinstrument für die Obersteiermark zu installieren, so daß auf die spe-

zifischen Erfordernisse der einzelnen Regionen entsprechend eingegangen werden kann. Nur so wird es uns gelingen, die Steiermark von ihrer derzeitigen Schlußlichtposition wegzuführen und eine neue Offensive zu starten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 15.21 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Ich danke herzlich. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grillitsch, den ich ans Pult bitte. In Vorbereitung die Frau Abgeordnete Erna Minder.

**Abg. Grillitsch (15.21 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Es ist Zeit zur Arbeit, hat der Herr Vesko gesagt. Ich freue mich darüber, daß auch diese Richtung es erkennt, daß nur bei der Arbeit etwas geleistet werden kann, und nicht die Sprüche das Ausschlaggebende sind. Und die Sprüche fallen in der Verunsicherung. Ich habe mich vor einigen Tagen sehr gefreut, als ich im Rundfunk hören konnte, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner auch gemeint hat, man muß hier einen Sonderlandtag einberufen, um die erste Problematik der Arbeitslosigkeit zu diskutieren, aber ohne – hat er gemeint – irgendwelche Schulden der Vergangenheit zu suchen. Und wenn ich mir den heutigen Tag zugrunde lege, ich habe recht früh aufstehen müssen, und nach meiner Morgenarbeit ist es das erste, daß ich die Zeitung lese, und da habe ich positiverweise auch in der „Kleinen Zeitung“ zur Wirtschaft einen ganz exzellenten Bericht gelesen, so daß ich mir gesagt habe, es ist eigentlich gar kein Anlaß, obwohl die Stimmung durch die Arbeitslosigkeit sehr ernst ist, daß wir in eine Krankjammerei verfallen. (Abg. Dörflinger: „Aber geh!“) Und, Herr Landeshauptmannstellvertreter, verzeihen Sie mir, wenn ich das so mache, Sie machen seit dem vorigen Sommer bitte eine Krankjammerei in dieser Hinsicht. Sie haben dann kurz einmal damit aufgehört, aber dann sehr bald wieder angefangen, und an der Arbeit, da stelle ich fest, hat es gemangelt. (Abg. Dörflinger: „Was hast du jetzt?“) Ich sage das auch aus Erfahrung. Aus Erfahrung, meine sehr geschätzten Damen und Herren, weil ich die Zeit mitgemacht habe, wo es die größten Schwierigkeiten in der Obersteiermark gegeben hat, wo es Kündigungen gegeben hat, Spielereien gegeben hat, wo man die Arbeitnehmer in einem verunsichert hat (Abg. Dörflinger: „Meinen Sie den Abgeordneten Burgstaller?“), Maschinen spazierengeführt hat von Judenburg nach Niederösterreich, daß sie endlich dann in Kapfenberg gelandet sind. Das waren die Probleme, ich sage es nur in kurzen Worten, in kurzen Worten, lieber Kollege, die auch Mitverursacher sind der heutigen Situation. Mitverursacher. (Abg. Vollmann: „Die Krankjammerer sind in Ihren eigenen Reihen!“) Ich sage es Ihnen sehr deutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Abg. Dörflinger: „Der Herr Burgstaller ist Mitglied Ihrer Fraktion!“ – Abg. Vollmann: „Landesparteiobmannstellvertreter!“) Der Abgeordnete Burgstaller hat gekämpft in dieser Situation. Damals und auch heute noch. Ich sage es Ihnen sehr deutlich, weil wenn ich mir, meine Damen und Herren, die Zahlen zugrunde lege, mit 9,4 Prozent Arbeitslosigkeit, und wenn ich höre, 13,2 Prozent in Leoben, über 10 oder 11 Prozent in Bruck, und so geht das fort, dann spiegelt sich das ja

wider, was ich gesagt habe. Probleme, die aufgeschoben wurden, haben wir heute am Kopf. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Im Grenzland sind es 16 Prozent!“ – Abg. Vollmann: „Und dann sagst du, wir tun krankjamern!“) Ganz klar, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Hören Sie zu, dann sind Sie gleich deutlich, bitte. Schauen Sie, die Frau Landesrat hat es heute morgens auch gesagt, etwa 30 Prozent der Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose. Und ich glaube, zwischen 22 und 30 Prozent sind es. Bei uns sind es fast 30 Prozent, und ich habe viele Freunde, die im Bergbau gearbeitet haben, dann nach Zeltweg gehen haben müssen, die jetzt in der Langzeitarbeitslose sind mit 54, 55, 56 Jahren oder einige sogar jünger. Die sind bei weitem nicht glücklich. Und wir alle sind auch nicht glücklich damit, weil man an und für sich dort große Erfahrungswerte aus den Betrieben herausnehmen mußte. Aber das war eben Ihre Vorgangsweise in der Sanierung des verstaatlichten Bereiches. Ich sage das auch ganz offen. Was hat man denn gemacht in den verstaatlichten Betrieben? (Abg. Dörflinger: „Im Grenzland gibt es verhältnismäßig wenige verstaatlichte Betriebe!“) Geh, faxen Sie mir morgen etwas. Ich tue mir leichter. Das ist viel einfacher, Herr Abgeordneter Dörflinger. Viel einfacher, wenn Sie mir das faxen. Dann lese ich es mit Ruhe, und dann kriegen Sie eine Antwort. Was haben Sie auch gemacht? Einen Haufen Geld, Milliarden. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Was ist beim Pengg?“) Ich komme gleich darauf. Ich komme ja drauf, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Ich komme ja drauf. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Weil Sie nur von der Verstaatlichten sprechen!“) Schauen Sie, wenn wir im Bezirk nicht die Privatinitiativen gehabt hätten von Obdach bis Sankt Johann, Fohnsdorf und so weiter, die vielen kleinen privaten Betriebe, dann hätten wir ein Malheur beieinander. Im verstaatlichten Bereich in Zeltweg haben wir 1980 2416 Beschäftigte gehabt, 1986 waren es 1900, heute sind es noch 1396. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ich bin für die Klein- und Mittelbetriebe. Was wollen Sie von mir?“) Wo sind die Leute hingekommen? In die mittlere und kleinere Wirtschaft, und der Großteil jetzt in letzter Konsequenz ist eben in die Frühpension gegangen, in die sogenannte Langzeitarbeitslose. Und die sind heute in der Statistik drinnen. Darum sage ich auch überzeugend, das sind die Fehler der Vergangenheit, die wir heute büßen müssen. Und da muß ich Ihnen schon sehr deutlich sagen, wenn Sie in der Landesregierung auch immer mitverantwortet haben, dann bitte ich Sie, diese Verantwortung zu tragen, und nicht gemeinsam mit diesen Herren es so darzustellen, als sei überhaupt nichts passiert und überhaupt nichts geschehen. Ich glaube, gerade die Steiermärkische Landesregierung, und hier alle Wirtschaftslandesreferenten mit der Gesamtregierung unter Federführung des Herrn Landeshauptmannes, haben sich in jeder Hinsicht auch in der schwierigen Zeit, wo der Bund unser Land immer nur benachteiligt hat, und wir haben viele Diskussionen in der Form hier gehabt, immer sehr bemüht, auf Landesebene einen Konsens zu finden, daß hier auch die entsprechende Hilfestellung für die wirtschaftliche Entwicklung, für die Verkehrsentwicklung und sogar in

der sozialen Weiterentwicklung noch möglich war. Und wenn es heißt, Zeit zum Arbeiten, dann glaube ich, bitte besinnt euch. Faschingmontag ist übermorgen oder in ein paar Tagen, dann müßte die Gaude vorbei sein, und dann müßte gearbeitet werden in Anbetracht der ernstesten Situation, und dann müssen die Spielereien aufhören. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Landesrat Schmid so lange braucht, bis er sich einlernt, und ich kann mir nicht vorstellen, daß sich ein erfahrener Parlamentarier nach zwei Monaten auch in die Budgetsituation nicht eingefunden hat. Und das sind die Dinge, meine Damen und Herren, und es wurde heute auch schon gesagt, die Leute fragen oft, was macht die Politik? Nur hin- und herschmeißen, gegenseitig schmeißen und nichts Konkretes. (Abg. Dörflinger: „Was haben Sie gemacht?“) Herr Dr. Dörflinger, Ihnen steht diese Frage ja gar nicht zu, weil Sie noch zu wenig lange da sind. Aber fragen Sie Ihren Landeshauptmannstellvertreter, was er gemacht hat in der Zeit, außer dem Boykott. Ich habe das ja nicht umsonst gesagt, daß ich die Jammerei seit dem Herbst des vorigen Jahres höre. Und wie schnell sich das bei euch geändert hat, kann ich bildlich beweisen, meine Damen und Herren. Wir obersteirischen Abgeordneten haben im Jänner dieses Jahres auf die kritische Situation hingewiesen. Was steht in der Zeitung, zum Lachen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ihr habt ganze Bezirke ohne Abgeordnete!“) Haben wir genug. Genug haben wir. Mehr, als Sie wollen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ja, das ist richtig, das stimmt!“) Sogar hübsche Frauen dabei, Herr Landeshauptmannstellvertreter, auch sehr wirkkräftige. Da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Aber wenn Sie Leute haben, die eine ernste Situation zum Lachen darstellen (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Wenn Sie unbedingt mit mir werkeln wollen, so können Sie das!“), und dann in der Argumentation unter der Gürtellinie herumfahren, und dann verlangen Sie da einen Sonderlandtag, dann muß ich fragen, ja Teufel, wo ist die Glaubwürdigkeit? (Abg. Vollmann: „Das fragst du?“) Darum, meine Damen und Herren, aufhören vom Spielen. Es gibt genug zu tun. Wir haben einen gewissen Konjunkturabschwung (Abg. Vollmann: „Das ist wahr!“), vor allem im Steuerbereich, das ist auch schon gesagt worden. Das ist aber leicht zu beherrschen, wenn wir gemeinsam für die Menschen der Steiermark da sind. Und die Steirer verlangen von uns Politikern eine gemeinsame Arbeit im Sinne ihrer Interessen. Denn es interessiert sie die Jammerei nicht. (Abg. Weilharter: „Alternative Vorschläge!“) Es interessiert sie auch nicht, was für ein Auto ein Landesrat fahren will, und schon gar nicht, wo er etwas anderes auch noch machen soll. (Abg. Vollmann: „Gemeinsamkeit! Weißt du nicht, was das ist?“) Wir haben natürlich, meine Damen und Herren, und die Frau Landesrat hat es schon gesagt, auch gewisse Änderungen vorzunehmen. Der Herr Dr. Schachner hat es angesprochen. Die obersteirischen Betriebe klagen alle darüber und sagen sogar, es kommt zu Auftragsverlusten, wenn es nicht zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes kommt, weil sie dort mit den größten Schwierigkeiten zu rechnen haben. Wir haben auch, und warten darauf, daß endlich für die Verstaatlichte einmal ein Konzept da ist.

So kann es auch nicht weitergehen, wie man vor einigen Tagen wieder hörte, in Judenburg Kurzarbeit, in Zeltweg droht die Kurzarbeit. Wenn man mit den Direktoren redet, weiß keiner, wo das ausgestreut wurde. Es hat noch keine Kurzarbeit gegeben in Judenburg, und ich hoffe, daß es in Zeltweg nicht kommt, aber das wird irgendwo ausgestreut. Und so tut man andauernd die Leute verunsichern. Und Herr Dr. Dörflinger, weil Sie auch im Bildungsausschuß sind, wir haben immer schon von der Änderung der Bildungsmodelle im Facharbeiterbereich, im Studentenbereich gesprochen. Und schauen Sie sich die Statistik an. Der Anteil der Zwanzig- bis Dreißigjährigen in der Arbeitslosigkeit ist sehr groß. Auch dort müssen wir aktiv werden.

In der Verkehrspolitik war es immer unsere Forderung, eine Verbesserung Richtung Salzburg zu erwirken. Und das, wie sich Ihre Leute geäußert haben über unsere Wortmeldung zum Semmeringtunnel, habe ich bereits vergessen, weil auf die primitive und kindische Ebene habe ich mich nie begeben, will ich mich auch nicht begeben, sondern ich möchte Politik machen für die Menschen unserer Region und für die Menschen des Landes. Und das in einem sehr ernstem Sinn. (Beifall bei der ÖVP. - 15.34 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Ich bitte ans Rednerpult die Frau Abgeordnete Erna Minder. In Vorbereitung der Herr Abgeordnete Glössl.

**Abg. Minder (15.34 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Einige Bemerkungen aus der Sicht der Frauen zur Wirtschaftsförderung des Landes. Wir stellen uns vor, daß Förderungen des Landes auch gebunden sind an die Schaffung beziehungsweise Erhaltung von Frauenarbeitsplätzen, an die Einhaltung und Verwirklichung des Gleichbehandlungsgesetzes und an die Einhaltung von Arbeitnehmerschutzbestimmungen.

Ad eins, zu den Frauenarbeitsplätzen: Der Entwurf zu einem Bundesverfassungsgesetz über wirtschaftliche und soziale Rechte beinhaltet im Artikel eins, daß sich die Republik Österreich zur Arbeit als Mittel zur Entfaltung der Persönlichkeit, zur Sicherung des Lebensunterhaltes und zur Entwicklung der Gesellschaft bekennt. Weiters hat jedermann das Recht, seinen Beruf frei zu wählen und sich dafür auszubilden. Vollbeschäftigung ist ein wesentliches Ziel in der Politik. Gesetzgebung und Vollziehung haben darauf zu achten, daß Arbeitssuchenden Arbeitsmöglichkeiten zur freien Annahme zur Verfügung stehen. Soweit der Artikel eins dieses Entwurfes.

Die Arbeitslosenziffern liegen vor. Die Tatsache ist bekannt, daß trotz höchster Beschäftigungszahlen die Arbeitslosenrate steigt und daß Frauen in besonderem Maße davon betroffen sind. Neben der Fortsetzung der arbeitsmarktpolitischen Frauenförderungsprogramme des Bundes, insbesondere der Möglichkeit der Nachholschulung, der besonderen Förderung des Wiedereinstiegs nach der Familienphase, der Förderung der Ausbildung von Mädchen in untypischen Frauenberufen und der Übernahme nach der Ausbildung, wäre aber eine Arbeitsstiftung für Frauen, eine Frauenstiftung auf Landesebene, einzusetzen. Ziel ist eine möglichst bruchlose Wiedereingliederung von

Frauen in das Beschäftigungssystem. Es gibt einen Vorschlag für ein regionales Schwerpunktprogramm für Frauen in den Problemregionen Bruck an der Mur und Leoben, einen sogenannten Modellversuch. Und den möchte ich Ihnen etwas genauer erklären. Dieser Modellversuch ist in zwei Teile gegliedert. Eine Maßnahme soll der Schaffung von zusätzlich 60 Dauerarbeitsplätzen in der genannten Region dienen, in einem Einstellzeitraum 1. Mai 1992 bis 31. Oktober 1992. Zielgruppe sind alle Betriebe in der genannten Region, Voraussetzung wäre unter anderem die Schaffung eines zusätzlichen Dauerarbeitsplatzes für Frauen, keine Personalreduktion vier Monate vor der Einstellung eines Dienstnehmers und während des Förderungszeitraumes, ortsübliche, mindestens kollektivvertragliche Entlohnung. Zur Entlohnung über 10.000 Schilling komme ich dann noch etwas später. Die Dauer des Dienstverhältnisses müßte mindestens zwölf Monate sein, erforderlich ist auch eine Begehrensstellung vor Beginn des Dienstverhältnisses beim zuständigen Arbeitsamt und die Unterzeichnung einer Verpflichtungserklärung. Der förderbare Personenkreis: arbeitslose Frauen, wobei das Vorliegen eines Vermittlungsauftrages an das Arbeitsamt Voraussetzung ist. Das wäre die Schaffung von 60 Arbeitsplätzen.

Die zweite Maßnahme soll eine Ausbildungsinitiative für den Bereich der nicht traditionellen Frauenberufe bewirken. Dieses Modell weist zum Teil stiftungsähnliche Merkmale auf und beinhaltet die Durchführung einer Bedarfsanalyse bei den Betrieben in diesen Bezirken, und diese sollte über Handelskammer und Industriellenvereinigung erfolgen. Erhoben soll werden, welche Qualifikationen benötigt werden und ob die Bereitschaft vorhanden ist, Frauen in nicht traditionellen Berufen auszubilden.

Weiters ist die Entwicklung eines Procedere für die Auswahl der auszubildenden Frauen, eine eventuelle Orientierungsmaßnahme, vorzusehen und schließlich die Entwicklung eines Ausbildungskonzeptes mit Rahmenbedingungen, wie duale Ausbildungsform, praktischer Ausbildungsteil in den Betrieben, theoretischer Ausbildungsteil in Kursform und - das empfinde ich als wichtigen Punkt - frauenspezifische Gestaltung der Ausbildung mit der Möglichkeit der Kinderbetreuung, eventuell technisch-handwerkliche Vorschulung und eine begleitende sozialpädagogische Betreuung. Es soll eine Ausbildungsgruppe von 15 bis 20 Frauen sein und eine Ausbildungsdauer von zwei Jahren haben. Während dieses gesamten Zeitraumes sollten die Frauen in einem Dienstverhältnis zu einem Betrieb stehen.

Der Finanzierungsvorschlag sieht eine 50-zu-50-Prozent-Beteiligung durch Arbeitsmarktverwaltung und das Land Steiermark vor. Es gibt also ein fertiges Konzept, das den Anforderungen der Frauen entspricht. Die Arbeitsmarktverwaltung steht dem Projekt positiv gegenüber und hat auch dazu Vorleistungen und Vorarbeiten geleistet, aber eine Vereinbarung mit dem Land Steiermark wurde noch nicht abgeschlossen. Deshalb meine Frage an Sie, Frau Landesrat Klannic, ob und wann diese Art der arbeitsmarktpolitischen Frauenförderung, die Art Frauenstiftung, der Landesregierung zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Ich habe vorhin die kollektivvertragliche Entlohnung angesprochen. Die Diskussion um 10.000 Schilling Mindestlohn wurde und wird heftig geführt. Derzeit haben etwa 50.000 Beschäftigte in der Steiermark ein Einkommen unter 10.000 Schilling. Und davon sind rund drei Viertel Frauen. Zu den Gesamtbeschäftigten sind es 12 Prozent der beschäftigten weiblichen Angestellten und 42 Prozent der Arbeiterinnen. Das heißt, bei einem Lohn von rund 10.000 Schilling gibt es einen Nettoverdienst von rund 8000 Schilling monatlich, das heißt weiters, daß das Einkommen in der Pension zum Beispiel für eine Frau, die in der Bekleidungsindustrie 30 Jahre am Fließband gearbeitet hat, rund 6000 Schilling beträgt. Das liegt unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz von derzeit 6500 Schilling. Daher keine Förderung des Landes für Niedriglohnbetriebe. Unabdingbar für uns bereits für 1992 10.000 Schilling Mindestlohn, jedoch in Zukunft unbedingt weitere Anhebung, und zwar im beachtlichen Ausmaß. 12.000 Schilling wäre die nächste Stufe. Zu beachten ist aber auch, daß es zu keiner Umgehung von arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen durch andere Beschäftigungsformen, wie Werkverträge oder Geringfügigkeitsbeschäftigungen, wie es im Ansatz schon vorhanden ist, kommen darf. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich wiederhole nochmals die Forderung vom Beginn meiner Ausführungen: Förderung von Seiten des Landes nur dann, wenn auch das Gleichbehandlungsgesetz in allen Bereichen durch die Betriebe eingehalten wird, und was die Arbeitnehmerschutzbestimmungen betrifft, so gehe ich davon aus, daß deren Einhaltung eine Selbstverständlichkeit für die Gewährung von Förderungen des Landes ist, daß aber darüber hinaus auch vertretbare familienpolitische und gesundheitspolitische Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu gewährleisten sind. (Beifall bei der SPÖ. – 15.44 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Ich danke herzlichst. Ich bitte zum ersten Mal zum Rednerpult den Herrn Abgeordneten Glössl. In Vorbereitung die Frau Abgeordnete Kanape.

**Abg. Glössl (15.44 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Damen und Herren!

Zu den gestellten dringlichen Anträgen, bezogen auf die Wirtschaftssituation in der Steiermark und damit automatisch verbundenen Arbeitsplatzsituation, möchte ich heute als parteiunabhängiger Kandidat meine persönliche Stellungnahme dazu abgeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema Wirtschaft und damit verbundene Arbeitsplatzprobleme sind in der Politik sicherlich ein heißes Thema. Und gerade dann, wenn der Anteil an Arbeitslosen sehr hoch ist, und ich sage jetzt bewußt, der Anteil an Wählern, die arbeitslos sind, dann wird das natürlich immer wieder von Politikern angegriffen, aufgegriffen und hochgespielt. Als junger Abgeordneter in diesem Haus wundert es mich, daß man immer wieder solche Themen aufnimmt und daraus politisches Kapital schlagen will. Und ich muß sagen, ich bin ein bißchen enttäuscht von den Leistungen in diesem Landtag. Wenn ich diese vier Monate jetzt zurückverfolge, dann war es für mich ein ewiges Hick-

Hack. Ich habe mir wirklich mehr erwartet von diesem Haus, vor allem nach dem Verlust der Mehrheit bei der Österreichischen Volkspartei. Ich habe geglaubt, daß es in Summe zu einer Zusammenarbeit kommen soll oder muß. Ich möchte sogar sagen, und so habe ich es vernommen, daß in diesen sechs Landtagssitzungen es nur zwei Tagesordnungspunkte gegeben hat, wo ich der Meinung bin, daß man wirklich konstruktiv zusammengearbeitet hat, das war die Angelobung, die sicherlich von allen sehr ernst genommen worden ist, und es war dann die Sitzung, wo es um die Parteienfinanzierung gegangen ist. Dort war der Saal voll, dort hat es wirklich Mitarbeit gegeben, dort war Einstimmigkeit im Haus.

Ich komme selbst aus der Wirtschaft und kämpfe als Unternehmer an der vordersten Front gerade in den Gebieten, um die es geht, in der Obersteiermark, in der Mürz- und Murfurche. Und ich erlebe es täglich mit, daß gerade an diesen Standorten die wirtschaftliche Situation ja gar nicht so schlecht ist, wie sie heute aufgezeigt worden ist. Ich erlebe es täglich mit, wie die Klein- und Mittelbetriebe sich in diesen Gebieten wirklich entwickeln und was die steirische Wirtschaft für diese Regionen getan hat. Denken Sie an die Regionen in Knittelfeld, denken Sie an Sankt Michael, denken Sie an Sankt Peter, denken Sie an Kapfenberg, und denken Sie an Mürzzuschlag, was sich in den letzten Jahren dort entwickelt hat. Ich bin mit meinem Unternehmen im Baugeschehen tätig, und ich weiß, was dort gebaut worden ist. Ob das jetzt im Bereich des Handels war, wo viele kleine Handelsbetriebe installiert worden sind, wo es viele Boutiquen und Fachgeschäfte gibt in den Ballungsgebieten, die ganz neu entstanden sind, ob das im Bereich der Großmärkte ist, wo ein förmlicher Boom entstanden ist, ob das Knittelfeld, Judenburg, Kapfenberg, Bruck oder Mürzzuschlag ist, ein völliger Boom an Großmärkten, die dort installiert worden sind. Ich habe in der vergangenen Woche im Zuge einer Bürgermeisterkonferenz miterleben können, wie alle Bürgermeister der Raumordnung den Vorwurf gemacht haben, daß es zu langsam vorwärts geht, daß man die Umwidmungen der Grundstücke gar nicht so rasch durchführen kann, wie Interessenten aus der kleineren und mittleren Wirtschaft vorhanden sind, die investieren wollen, die die Wirtschaft umstrukturieren wollen. Das gleiche ist aber auch in der Marktwirtschaft. Das gleiche hat sich abgespielt bei den Zulieferanten im Kfz-Bereich, und da sind wir ja sehr stolz in der Obersteiermark, was hier getan wird. Es wurde viel investiert, es wurde viel reinvestiert, und es wurde auch gerade in diesem Bereich, und ich spreche wirklich nur von dieser Region Obersteiermark, expandiert in unserem Bereich, und wenn ich unseren Bereich meine, dann ist das wirklich der Klein- und Mittelbetrieb. Wir haben alle nur eine große Sorge und ein großes Problem. Das ist, daß wir zuwenig, und ich sage jetzt wirklich ganz stolz, zuwenig Menschen bekommen, die für uns bereit sind zu arbeiten in dieser Größenordnung von Betrieben. Wir selbst haben 180 Beschäftigte und leider Gottes davon 13 Prozent Ausländer, weil wir in der Obersteiermark einfach die Arbeitskräfte nicht bekommen. Und es werden von uns im Büro ständig im Arbeitsbereich, auf den Baustellen, Leute gesucht, und sie kommen einfach nicht. Es gibt sie nicht in der Obersteiermark. Und deshalb glaube ich, daß die Zahl, die heute ein paar-

mal diskutiert wurde, gar nicht stimmt. Und wenn du, lieber Kollege Schrittwieser, erwähnt hast, daß es so viele Arbeitsuchende gibt, dann möchte ich hier behaupten, daß das nicht stimmt. Die suchen die Arbeit nicht. Die Leute, die hier in der 10-Prozent-Klasse drinnenliegen, suchen nicht die Arbeit, die sind arbeitslos. Die sind zu Hause und warten, bis man ihnen die Arbeit hinbringt. (Abg. Schrittwieser: „Man kann nicht pauschalisieren, daß diese Leute nicht arbeiten wollen. Dagegen wehre ich mich!“) Die Leute suchen nicht die Arbeit. Lieber Schrittwieser, wir erleben das täglich, daß wir Leute suchen, und wir bekommen sie nicht. Und das ist nicht nur in unserer Branche, in der Baubranche und in der Betonbranche, so, es ist auch in allen anderen Klein- und Mittelbetrieben so. Ich spreche viel mit Kollegen, wir bekommen die Leute in dieser Region nicht, weil sie nicht von der Industrie, von der verstaatlichten Industrie, weggehen wollen, weil sie dort warten auf die Abfertigungen. Ich kann Ihnen ein Beispiel erzählen, die sagen, wir kommen sofort, wir kommen gerne, wir gehen lieber in die Privatwirtschaft, weil es wahrscheinlich dort interessanter ist, weil es wahrscheinlich dort in der Privatwirtschaft für diese Menschen wirkliche Zukunft gibt, weil in der Verstaatlichten wird es für diese Menschen ja keine Zukunft geben. Aber sie kommen deshalb nicht, weil bestimmte Dinge nicht geklärt sind, und dazu gehört zum Beispiel die Abfertigung. Die Leute sagen, ich habe zehn, fünfzehn Jahre dort gearbeitet. Ich komme sofort, wenn ich meine Abfertigung bezahlt bekomme. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Deswegen soll der Arbeitgeber auch die Abfertigung bei Selbstkündigung des Arbeitnehmers bezahlen!“) Das ist ein Problem, das ist ein Thema. Wir können in der Obersteiermark wirklich Arbeitsplätze bieten in diesen Klein- und Mittelbetrieben. Wir können bestimmte Betriebe nicht installieren, nicht ins Leben rufen, weil wir einfach die Leute dazu nicht haben. Das muß ich hier einmal erzählen. Ich sage das bewußt, und ich spreche von der Obersteiermark. In diesem Gebiet zwischen Judenburg und Mürzzuschlag kommt es immer wieder auf uns zu. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das gibt es auch, aber verallgemeinern kann man nicht. Es ist auch nicht ‚die Obersteiermark‘. Es gibt das Problem, aber man kann das nicht verallgemeinern.“) Ich glaube, daß es gerade das Thema ist, das wir angreifen müssen, das ist, daß man den Menschen erklären muß, daß es Arbeit gibt, sie wissen das auch, und ich glaube, es liegt dort, daß genug Arbeit geboten werden kann in Klein- und Mittelbetrieben, und wir müssen den Mut haben, daß wir uns ein bißchen von diesen verstaatlichten Betrieben einfach loslösen. Ich möchte damit sagen, daß das falsch ist, und daß es nicht richtig ist, daß die gesamte steirische Wirtschaft am Boden liegt, so wie es in diesen Anträgen drinnensteht, oder daß es falsch ist, daß die gesamte steirische Wirtschaft krankt. Ich glaube, es krankt wirklich nur im Bereich der verstaatlichten Industrie. Und wir Klein- und Mittelbetriebe haben es wirklich bewiesen, daß wir rechtzeitig von dort weggehen müssen, daß wir rechtzeitig dorthin gehen müssen, wo die Arbeit ist. Wir können sie uns ja auch nicht in Bruck suchen oder in Kapfenberg oder in Judenburg. Wir haben dorthin gehen müssen, wo die Arbeit ist. Aber Ihre Mitarbeiter in der Verstaatlichten war-

ten, bis wieder eine Hochkonjunktur in der Stahlindustrie kömmt. Ich glaube, sie wird so schnell nicht mehr kommen. Und wir haben das erkannt, daß wir dorthin investieren müssen, daß wir dort unsere Arbeitsplätze finden und suchen können, dort, wo sie in Zukunft kommen wird. Ich glaube, der Osten bringt uns sicherlich sehr viel Arbeit. Wir müssen den Mut aufbringen, daß wir dorthin gehen, wo die Arbeit ist. Wir haben investiert Richtung Osten, und da meine ich wieder die Klein- und Mittelbetriebe. Es gibt sehr viele steirische Unternehmer, die Joint-Venture-Vereinbarungen drüben gegründet haben, gemeinsame Firmen mit Ausländern, mit Ostfirmen, und bilden dort nun das Fundament, wo wir, so glaube ich, die Zukunft unserer Wirtschaft für den obersteirischen Raum aufbauen können. Ich glaube, es wäre falsch, wenn wir die Rohstoffe für die Stahlindustrie hier in der Obersteiermark suchen. Ich glaube, das gehört dorthin, wo wirklich der Rohstoff in einer Qualität und in einer Quantität vorhanden ist, wie wir sie gar nicht haben können. Und deshalb bin ich überzeugt, daß in Zukunft diese Grundstoffindustrie, diese Schwerindustrie, diese Rohstoffindustrie wahrscheinlich Richtung Osten abwandern wird und daß die Stahlindustrie wahrscheinlich in dem grenznahen Gebiet sich abspielen wird. Wir müssen den Mut einfach haben, daß wir uns von diesen Themen in der Obersteiermark langsam lösen. Ich glaube, dann wird es auch wieder aufwärts gehen. Ich möchte abschließend nur eines sagen, daß man wirklich gemeinsam den Leuten in der verstaatlichten Wirtschaft nahelegen muß, daß wir die Leute dorthin bringen, wo die Zukunft liegt. (Allgemeiner Beifall. – 15.55 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Die Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Kanape, in Vorbereitung der Herr Abgeordnete Vollmann.

**Abg. Kanape (15.55 Uhr):** Herr Präsident! Frau Landesrätin! Meine Damen und Herren!

Alle meine Vorredner waren sich in einem einig: Arbeitslosigkeit läßt sich nur über ein Bündel von Maßnahmen bekämpfen. Beschäftigungsprogramme und Projekte zur Qualifizierung und Wiedereingliederung Arbeitsloser sind weiterhin nötig, ebenso wie insbesondere Projekte für Behinderte und ältere Menschen. Jede bessere Qualifizierung der Arbeitskräfte, auch derjenigen, die erst eine Beschäftigung annehmen wollen, erhöht die Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt. Das erfordert eine noch stärkere Ausrichtung der schulischen Ausbildung auf die Anforderungen der heutigen Gesellschaft, insbesondere in der Arbeitswelt. In der Berufsausbildung und in der Anpassung der Qualifikationen an die neuen beruflichen Erfordernisse haben sich insbesondere die Betriebe stärker zu engagieren. Das ist auch eine ihrer Aufgaben. Es geht nicht an, einen Mangel an Facharbeitskräften zu beklagen, gleichzeitig aber die notwendigen Ausbildungssysteme nicht im entsprechenden Ausmaß zu unterstützen. In Ergänzung des dualen Ausbildungssystems sind daher überbetriebliche Ausbildungsstätten zu erweitern. Ein Berufsausbildungsfonds zur Finanzierung ist dringend erforderlich. Permanente Bildung wird immer notwendiger. Das bedeutet auch innerhalb des Arbeitslebens ein Umlernen und Höherqualifizieren. Diese Entwicklung muß sich

aber gleichzeitig auch dann beim Entgelt niederschlagen. Für mich ist es notwendig, daß eine Wirtschaftsoffensive auch und gerade in der Steiermark eingeleitet wird, die mit Leistung, schöpferischem Mut und entsprechendem geistigem Einsatz verbunden ist.

Unsere Gemeinden und Bezirke zählen mit zu den ärmsten Österreichs. Die Arbeitslosenrate liegt über dem österreichischen Durchschnitt. Und was mich besonders trifft, wir haben nach wie vor eine der höchsten Jugendarbeitslosigkeitsraten. Frau Landesrat Klasnic hat uns mitgeteilt, Ende Jänner 1992 waren es 10.010. Ich glaube, daß wir da übereinstimmen, um 10.010 arbeitsuchende Jugendliche zuviel. Wir brauchen eine Bildungsoffensive für unsere künftigen Facharbeiter. Das von Frau Landesrat Klasnic angeführte, von uns eingeforderte massive Investitionsprogramm für die Berufsschulen ist vordringlich umzusetzen. Und noch eines: Unseren Lehrlingen sollte auch die Fahrt vom und zum Arbeitsplatz und zur Berufsschule, ähnlich den Schülerfreifahrten, finanziert werden. Wenn diese Finanzierung vom Bund nicht eingeführt wird, dann müßte das Land selbst diese Vorreiterrolle in Österreich übernehmen. Wir können nicht immer nur von der dringenden Aufwertung unserer Lehrlinge reden, wir müssen endlich etwas tun. Da stimme ich mit der Frau Landesrat Klasnic und allen anderen Vorrednern überein.

Und noch eine Arbeitnehmergruppe liegt mir besonders am Herzen, die Frauen. Bei aller Akzeptanz der Arbeitsteilung zwischen Frau Landesrat und Herrn Kollegen Hirschmann hat es mich doch betroffen gemacht, daß diese Gruppe der Frau Landesrat nicht gesondert erwähnenswert erschienen ist. Ich glaube, wir Frauen sind in den letzten Jahren selbstbewußter geworden. Wir agieren offensiver und waren auch in vielen Bereichen erfolgreich. Wir wissen, daß immer mehr Frauen berufstätig werden wollen, und nicht nur wollen, sondern müssen. Dieser Trend setzt sich fort. Wir haben mehr Frauen denn je in einer Berufstätigkeit. Ende Jänner 1990 waren in der Steiermark 156.420 Frauen unselbständig erwerbstätig. Ende Jänner 1991 waren es 160.131, um 4511 Frauen mehr, wobei man aber schon berücksichtigen muß, daß die erhöhte Beschäftigungszahl von weiblichen Dienstnehmern auch auf die Inanspruchnahme eines längeren Karenzurlaubes zurückzuführen ist. An der Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit ist besonders bemerkenswert, daß diese zwar stark zugenommen hat, daß aber gleichzeitig auch die Arbeitslosigkeit bei Frauen weit stärker gestiegen ist als bei den Männern. Ende Jänner 1992 waren in der Steiermark 15.180 weibliche Arbeitslose vorgemerkt, Ende Jänner 1991 waren es „nur“ 14.199. Daher möchte ich hier die Forderung meiner Vorrednerin, Kollegin Minder, wiederholen: Es müssen auch weitere Bemühungen hinsichtlich der Beschäftigung von Frauen erfolgen. Und wir fordern die Berücksichtigung eines gewissen Anteiles an Frauenarbeitsplätzen bei der Vergabe von Förderungsmitteln durch das Land an die Wirtschaft. Tatsächlich hat sich an der beruflichen Benachteiligung der Frauen in den letzten 20 Jahren sehr wenig, an der Einkommensbenachteiligung gegenüber den Männern fast gar nichts geändert. Und das, obwohl die Frauen, was ihre Ausbildung und Qualifikation betrifft, sehr stark aufgeholt haben. Daher fordern wir

gleichzeitig, daß die Vergabe von Förderungsmitteln des Landes mit der Auflage verbunden wird, daß ein Mindestlohn von 10.000 Schilling nicht unterschritten werden darf. Für uns Sozialdemokraten steht unverrückbar fest, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beziehungsweise die Wiedererreichung von Vollbeschäftigung ein absolut zentrales Anliegen bleibt, dessen ethische und humane Grundlage das Menschenrecht auf Arbeit ist. Daher haben wir auch begrüßt, daß im Sozialhirtenbrief der katholischen Bischöfe das Recht auf sinnvolle Arbeit ausdrücklich erwähnt wird, der Hinweis auf die Notwendigkeit gesetzlicher Regelungen, der Sicherung des Rechtes auf Arbeit enthalten ist und das Bestreben, durch Pauschalverdächtigungen sozialstaatliche Einrichtungen abzubauen, unmißverständlich kritisiert wird.

Meine Damen und Herren! Kollege Trampusch sagte anläßlich einer Wirtschaftsdebatte am 5. März 1991 in diesem Hohen Haus, ich zitiere: „Arbeitsplätze und Wirtschaftsförderung müssen für alle von uns ein permanentes Anliegen sein.“ Dem kann ich nur voll zustimmen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.02 Uhr.)

**Präsident Wegart:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

**Abg. Vollmann (16.02 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren dieses Hohen Hauses!

Ich hatte des öfteren in den letzten sechs Jahren Gelegenheit, über die Probleme meines Bezirkes zu sprechen, aus dem ich komme, der an ein Bundesland angrenzt, das in der Frage der Verkehrsverbindungen für die Steiermark von besonderer Bedeutung ist. Und ich darf – erlauben Sie mir das auch – im Zuge der Ausführungen noch einmal darauf zurückkommen. Der Bezirk Mürzzuschlag wurde vor zehn Jahren als reine Krisenregion bezeichnet. Es ist uns damals gelungen, in gemeinsamer Arbeit – ganz gleich, wer es war – den Bezirk aus einem Teil dieser Probleme herauszubringen. Und ich habe dann immer mit Stolz betont in diesem Hause, daß wir ein Bezirk mit Problemen sind, wie viele andere auch, aber daß diese Probleme für uns nicht so groß sind, wie in anderen Bereichen. Meine Damen und Herren! Es kommt vielleicht nicht von ungefähr, daß gerade der Bezirk Mürzzuschlag im Bereich der Obersteiermark die niedrigere Arbeitslosenquote hat, nämlich mit 9,2 Prozent, in der momentanen Zeit und Situation. Ich darf aber auch dazusagen, daß 2100 Arbeitnehmer derzeit in Kurzarbeit stehen. Das ist fast die Hälfte aller Arbeitnehmer in der Steiermark, die also Kurzarbeitsunterstützung beziehen. Ich hoffe, die Hälfte davon wird sich in wenigen Tagen auflösen, weil ich höre, die VOEST-Alpine in Kindberg wird mit 1. März wieder voll zu arbeiten beginnen, weil doch ein größerer Auftrag hereingekommen ist, und weil der so oft auch in den Debatten angeschnittene angezweifelte Partner, nunmehr Gemeinschaft Sowjetischer Union, meine Damen und Herren, anscheinend doch, wie der Kollege Professor Jeglitsch gemeint hat, dieses wertvollen Grundmaterials, das in Kindberg erzeugt wird, bedarf und weil wir diese Rohre dort hinliefern.



Wenn man aber die Gesamtheit der Obersteiermark anschaut, meine Damen und Herren, so zeigt es sich, daß wir zwar die höchste Beschäftigungszahl in Österreich und in der Steiermark haben, aber nicht nur in der Steiermark, sondern auch in ganz Österreich, und das darf ich noch einmal betonen, daß wir aber in der Steiermark die Arbeitslosenzahlen im stärkeren Wachstum haben als in allen anderen Bundesländern. Das darf man auch nicht übersehen. Meine Damen und Herren, liebe Frau Landesrat, weil Sie gemeint haben im Konzert der Bundesländer, dazu das Beispiel: In Österreich ist die Arbeitslosenrate um 1,8 Prozent gestiegen, in der Steiermark um 7,5 Prozent, und das Wirtschaftswachstum hat sich von 3 Prozent auf nicht ganz 2 Prozent erniedrigt. Das kommt also hier doppelt zum Tragen. Und die Wirtschaftslokomotive Steiermark, die noch 1990, und ich erinnere mich noch an die dringliche Anfrage der ÖVP in diesem Hause, von Ihnen so hoch gelobt worden ist, zum damaligen Zeitpunkt berechtigt, meine ich, ist also nun zum Bremswaggon geworden. Denn, meine Damen und Herren, wir sind an der letzten Stelle, und bei einem Lastzug ist zuletzt der Bremswaggon. Wir sind es momentan, und wir tragen diese rote Laterne. Und wir sollten hier in der Frage dieser heutigen Sitzung nicht darüber diskutieren, wer veranlaßt hat, daß wir dieser Bremswaggon geworden sind, sondern den gemeinsamen Willen, meine Damen und Herren, zum Ausdruck bringen, miteinander das zu verhindern, durch sinnvolle gesetzliche Gestaltungen, durch sinnvollen Mitteleinsatz und effizienten Mitteleinsatz und damit das, was die Steirerinnen und Steirer zu ertragen haben, und das besonders in der Obersteiermark, auch ein wenig zu verringern. Meine Damen und Herren, ich stimme voll mit der Frau Landesrätin überein, und ich werde dann nicht mehr solche Bemerkungen machen, daß die Menschen in der Steiermark selber entscheiden, mit wem sie in Zukunft ihr Leben gestalten wollen. Eines steht allerdings fest, Frau Landesrätin, im September 1991 haben die Menschen auch Ihnen nicht diesen Weg der Zukunft vorgewiesen und haben gemeint, sie wollen diesen Weg mit Ihnen gehen. Ich teile Ihre Meinung, daß es die Frage im Wirtschaftsförderungsbereich keinesfalls so geben darf, daß die Fälle so spielen, daß der eine bekommt und der andere nicht. Ich gebe Ihnen recht, habe ich gesagt. Aber leider ist das anscheinend in manchen Fällen nur ein Lippenbekenntnis, und wenn ich so etwas sage, bin ich auch bereit, es zu untermauern.

Meine Damen und Herren, im Herbst 1991 hat der Langproduktenbereich der VOEST-Alpine-Stahl-AG., der ausgegliederte Bereich der VOEST-Alpine und eine eigene Firma und ein eigener Verantwortungsbereich den Antrag beim Wirtschaftsförderungsbeirat oder bei der Wirtschaftsförderungsabteilung auf Förderung und Unterstützung gestellt. Unter Zugrundelegung, sagt man hier, der anlässlich des Gespräches vom 14. November 1991, das mit Ihnen geführt worden ist, Frau Landesrat, vorher, und mit den befaßten Herren, damit ich nicht hier Namen von Beamten nenne, damit Sie nicht sagen müssen, die können sich nicht wehren, richte ich es bitte an Sie, ist es so, daß man gemeint hat: „Ja, ja, ihr könnt in den Bereich einer Förderung kommen, aber es muß diese Förderung EG-konform sein.“ Daraufhin haben sich die Herren, obwohl sie schon eine Menge Unterlagen an Sie und an

das Wirtschaftsförderungsbüro abgegeben haben, bemüht, von Herrn Prof. Dr. Franz Zehetner, dem Vorstand des Institutes für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Johannes-Kepler-Universität in Linz, ein Gutachten zu bekommen, das festgestellt hat, daß diese Förderung, die sie haben wollen für eine, zwei, drei, vier, fünf, sechs Firmen, konform den EG-Bestimmungen ist, und das ist ihnen auch beim FGG in Wien bestätigt worden. Siehe da, nachdem das alles abgegeben worden ist, war nichts mehr förderungswürdig, bis heute ist nichts erledigt, und die Damen und Herren haben seit dem 14. November 1991 nicht mehr von Ihnen gehört. Das bitte meinte ich unter Gleichbehandlung. Ich stimme mit dem Kollegen Vesko überein und mit Ihnen allen, meine Damen und Herren, daß man die verstaatlichten Betriebe, denn sie sind es noch, auch wenn sie Eigenverantwortung tragen, nicht besser behandeln kann als private. Ich wehre mich aber dagegen, daß man die verstaatlichten Betriebe schlechter behandelt als die Privatbetriebe, denn die Firma Pengg, der Kollege Schrittwieser möge mir verzeihen, er ist festgelaufen, daß er das Geld bekommt, hat 30 Millionen bekommen und war nicht EG-konform. Das ist auch festgestellt worden. Und so meinte ich, sollte man in der Prüfung der Möglichkeiten und der Notwendigkeiten nicht zweierlei Maß ansetzen.

Dabei eine Bemerkung noch zu dir, Kollege Vesko. Ich stimme, um das noch einmal zu sagen, mit dir überein. Der Besitzer hat die Verantwortung für seinen Betrieb zu tragen, ich habe das auch immer hier gesagt. In diesem Falle ist es die A. I., die Austrian Industries, bezieht ihr Geld vom Staat, obwohl, und das darf ich auch mit Stolz bemerken, diese obersteirischen Betriebe nicht in der Verlustzone sind, sondern im letzten Jahr immerhin 200 Millionen Schilling Gewinn gemacht haben. Wie in den Zeitungen berichtet wurde und in den Bilanzen zu ersehen ist, ist es so, daß hier das Geld vom Besitzer nicht mehr fließt. Meine Damen und Herren, auch das bin ich bereit, Ihnen zu beweisen und zu untermauern. Die Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie hat sich mit einem Schreiben an die verantwortlichen Leute im Bund gewendet, weil man ja, wie viele andere Unternehmungen, für die Frage der Forschung und Entwicklung in diesen Betrieben, aber natürlich auch im Bereich des Umweltschutzes, Förderungen braucht. Der Herr Heinrich Neisser als Klubobmann hat den Damen und Herren zurückgeschrieben, daß er den Erhalt des Schreibens bestätigt, daß aber, wie im Jahre 1987 im Arbeitsübereinkommen zwischen den Parteien vereinbart und im Jahre 1990 in einer eindeutigen Festlegung getroffen, eine weitere Förderung über die seinerzeit gewährten Milliarden, nämlich 32 Milliarden, hinaus keine weitere Förderung erfolgen kann, und daß die ÖIAG über die 50-Prozent-Grenze hinaus ihre Anteile verkaufen soll. Ich bin auch dafür, daß privatisiert wird, dort, wo es sinnvoll ist. Aber, meine Damen und Herren, ich habe in diesem Hause des öfteren betont, daß jemand ein Produkt und einen Betrieb nur dann kauft, wenn er sich eine Rendite daraus erhofft. Wer kauft denn bitte ein Unternehmen, das keine Rendite abwirft und in das ich zuerst Geld hineinstecken muß, damit es später irgendwo etwas abwirft? Jeder will etwas haben, verständlicherweise, das etwas bringt. Und so ist der Wunsch des Gedanken natürlich etwas Schönes. Ich

glaube und ich weiß, warum Sie sich angesprochen fühlen. Sie haben ja bei diesem Übereinkommen fleißig mitgewirkt und sich im Parlament dafür verwendet, daß die Verstaatlichte nichts mehr bekommt. Das ist mir völlig klar, meine Damen und Herren, aber ich möchte auch mit aller Deutlichkeit sagen, es kommt nicht darauf an, daß die Verstaatlichte oder daß der Vater Staat der Verstaatlichten Geld gibt, um es verbrauchen zu können, aber um Produktionen und Produkte an die neue Zeit anzupassen, und da ist nunmehr notwendig.

Meine Damen und Herren, es wurde soviel von den Arbeitslosen und Arbeitslosenziffern gesprochen. Ich hoffe, es hat jeder den Artikel des „Profils“ gelesen, wo es heißt „dann greifts nach dem Strick“. Wo ein 50jähriger Manager aus dem Bezirk Liezen, der gut verdient hat, gesagt hat: Und jetzt bleibt ihm nur mehr eines übrig, zum Strick zu greifen, denn Job bekommt er keinen mehr. Ich empfehle es Ihnen, lesen Sie den Artikel. Er fährt tagtäglich von Liezen bis Wien und zurück und telefoniert in ganz Österreich, um einen seiner Ausbildung entsprechenden Job zu bekommen. Natürlich, als Straßenkehrer oder als Arbeiter im Steinbruch des Herrn Glössl, da könnte er anfangen. Aber so, meine Damen und Herren, geht es ja im Endeffekt auch nicht, denn ein bißchen etwas darf man ja den Menschen auch noch zutrauen.

Zur Frage der Altersverordnung, liebe Frau Landesrätin. Der Herr Landeshauptmann ist heute neben Ihnen gesessen, er müßte Schnackerlstoßen gehabt haben, als Sie gesagt haben, diese Verordnung ist etwas, was nicht wünschenswert ist. Der Herr Landeshauptmann hat am 22. November 1991 dem Sozialminister Hessoun einen Brief geschrieben, wo er darauf verweist, daß sein Amtsvorgänger Alfred Dallinger ein sehr konzilianter Minister war und es zwischen dem Bund und dem Land Steiermark immer großes Verständnis für die Steiermark von seiner Seite gegeben hat. Und er ersucht ihn, dieses Erbe fortzusetzen und die 50-Jahre-Verordnung in der Steiermark ja wieder in Kraft zu setzen und eine entsprechende Verordnung zu erlassen. Der Herr Minister hat mit Schreiben vom 25. Februar dem Herrn Landeshauptmann mitgeteilt, daß er diesem Wunsch, der von vielen Seiten an ihn herangetragen worden ist, von vielen auch ÖVP-dominierten Bundesländern in Österreich nachgekommen ist und diese Verordnung bereits erlassen hat, die bis zum Jahre 1995 diese Möglichkeit ausdehnt.

Aber, meine Damen und Herren! Um was es mir im Grunde genommen geht, ist, daß man nicht einfach sagen kann, diese 50jährigen sollen sich woanders eine Arbeit suchen. Es wurde heute vielmals und oftmals betont, daß diese Menschen fleißige, gute Facharbeiter waren, die heute ihrem Verdienst entsprechend nichts mehr finden. Meine Damen und Herren, man sollte all diese Dinge in einem anderen Licht sehen.

Kollege Vesko, zu dir und zum Semmeringtunnel. Persönlich, sage ich gleich, bin ich der Meinung, daß viele von euch gleich denken wie wir, nämlich daß dieser Semmeringtunnel für die Steirerinnen und Steirer notwendig ist. Daß die 4,6 oder 44 Milliarden Schilling, von denen man redet, eine Zahlenspielerei sind, wissen wir alle miteinander, denn der Herr Prof. Knapp

hat eine Hochrechnung gemacht. Nur eines müssen Sie mir dann bitte auch zugestehen, dann nehme ich die 61,2 Milliarden für die Südostspange und rechne sie hoch, dann sind es bereit 700 Milliarden Schilling der Belastung für die Österreicherinnen und Österreicher geworden. Und dann weiß ich nicht, ob sich die Südostspange rechnet. Aber ich meine, man sollte auf beides nicht verzichten, denn die steirische Wirtschaft braucht beide Verbindungen, und ich bin allen dankbar, die sich in den letzten Wochen und Monaten dafür eingesetzt haben.

Meine Damen und Herren, bei der FPÖ bin ich der Meinung, lieber Freund Chibidziura, daß sie ihrem Herrn und Meister Haider die Mauer macht und wie ein Baum dort steht, weil sonst alles zusammenbricht. Aber bitte, auch für Bäume gibt es Kettensägen. Und du hast ja heute schon einmal gesagt, lieber Freund, es wachsen keine Bäume in den Himmel. Nach einer bestimmten Zeit wird jeder Baum morsch, auch der, den du genannt hast. Meine Damen und Herren, ich meine, man sollte auch in der Verantwortung gemeinsam für die Steirerinnen und Steirer handeln und dies alles tun. Es wäre verlockend, auf die Äußerungen des Kollegen Tasch bezüglich der Auskunftspflicht von Bediensteten der Arbeiterkammer zurückzukommen. Lieber Kollege Tasch, ich glaube, du kennst so wie ich das neue Arbeiterkammergesetz, und das neue Arbeiterkammergesetz schreibt jedem vor, daß er Anspruch auf gesetzliche Auskunft hat und daß er Anspruch auf Vertretung vor dem Gericht hat. Wenn jemand in einer Kammer dort die Auskunft gibt, wie lange einer stem-peln gehen könnte, so entspricht er nur den Bestimmungen des Paragraphen 14 Arbeitslosenversicherungsgesetz, wo diese Zeiten enthalten sind und wo sie gesetzlich verankert sind. Und nichts anderes machen die Bediensteten der Kammer. Ich bitte, das auch zu verstehen. Ein bißchen Informationsnotstand dürftest du haben in der Frage der Versorgung von Wohnungen für Beschäftigte der Gastronomiebetriebe, denn die Frau Landesrätin wird mir bestätigen, daß wir in diesem Haus einen solchen entsprechenden Antrag vor nunmehr drei Jahren eingebracht haben, daß dieser Antrag aber abgelehnt worden ist, weil es keine entsprechenden Wohnbaumittel dafür gibt und weil betont worden ist, daß man die Wohnbaumittel für etwas anderes braucht. Die Frau Landesrätin hat allerdings angeboten, was auch bei den Gastwirten – stelle ich in der Steiermark fest – noch nicht so über die Bühne gegangen ist, daß es aus der Wirtschaftsförderung Mittel gibt, die aber – so scheint es mir – sehr dünn fließen, weil sehr wenige davon noch Gebrauch gemacht haben.

Meine Damen und Herren! Ich meine, man sollte auch die Frage der Krisenregionen so sehen, wie heute viele Redner gemeint haben. Es gibt dort nicht nur Sozialschmarotzer, aber diese Schmarotzer gibt es in jeder Gesellschaft, nicht nur in Österreich, die gibt es aber unter Arbeitgebern – meine Gewerbetreibenden, verzeihen Sie bitte – und Bauern oder anderen Bereichen ganz genau so wie im Bereich der Arbeitnehmer. Ich erinnere die Damen und Herren, die Bauernvertreter sind, daran, daß die österreichischen Bauern 46 Prozent Förderung, ihrer Produkte erhalten und daß die EG in der Frage der Förderung, gerade durch die Amerikaner getrieben, in äußersten Schwierigkeiten

ist. (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten.) Meine Damen und Herren – eine Minute, Herr Präsident, selbstverständlich – inzwischen, damit ich das aber untermauere, hat die Förderung der Landwirtschaft auch im Landesbudget bereits eine Milliarde überschritten. Ich bin es niemandem – damit wir uns klar verstehen – zu neidig. Ich bitte nur jene, die diese Förderungen empfangen, auch Verständnis für die anderen aufzubringen, die solche schöne Förderungen haben möchten. Darum bitte ich euch in der Frage dieser Entscheidungen, und ich meine, wir sollten diesen Weg gemeinsam gehen. (Abg. Weilharter: „Das ist Klassenkampf!“) Klassenkampf, lieber Kollege, betreibt die FPÖ in der Frage der Ablehnung all dieser Dinge, die notwendig sind, nicht wir. Ich würde mich bei dem Ausdruck „Klassenkampf“ mit der Vergangenheit ein bißchen mehr befassen, dann wirst du es vielleicht ein bißchen besser verstehen. Lieben Dank und ein herzliches Glückauf mit der Bitte an Sie, Frau Landesrätin, jene Mittel, die Ihnen über das Budget auch im Jahre 1992 zufließen, so entsprechend anzuwenden, daß wir gemeinsam – da meine ich alle Steirerinnen und Steirer – zufrieden sein können. Glück auf! (Allgemeiner Beifall. – 16.22 Uhr.)

**Präsident:** Einschließlich der Frau Abgeordneten Monika Kaufmann habe ich noch neun Wortmeldungen. Neun mal zwanzig ist einhundertachtzig, das sind drei Stunden, auf die Sie sich noch einzustellen haben. Die Frau Abgeordnete Kaufmann ist am Wort.

**Abg. Kaufmann** (16.23 Uhr): Also, ich werde meine 20 Minuten nicht in Anspruch nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Hohes Haus!

Der größte Teil der heutigen Diskussion beschäftigte sich mit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Kaum einer meiner Vorredner hat aber von der Erhaltung bestehender Arbeitsplätze gesprochen. Gerade dies erscheint mir aber angesichts der bestehenden Situation am Arbeitsmarkt als sehr wichtig. Frau Landesrat Klasnic hat in ihrer Rede erklärt, daß für die Wirtschaftsmisere niemand, und schon gar nicht die bis vor einem halben Jahr in diesem Haus mit Mehrheit regierende ÖVP, verantwortlich ist. Ich werde jetzt keine blinde parteipolitische Schuldzuweisung treffen, sondern es soll heute um eine Zustandsanalyse gehen. Ich halte mich an das Motto des zukünftigen Bundespräsidenten Dr. Rudolf Streicher, der sagt: Zuerst schuf Gott den Befund. Und aus diesem Befund heraus soll es zu positiven Lösungen für unsere Steiermark kommen. Für einen realistischen Befund, für eine Analyse müssen alle Bereiche der Wirtschaft berücksichtigt werden, also auch die Landwirtschaft. Hier verstehe ich den Agrarsprecher der ÖVP nicht, der hier zwar alle Zahlen der Verstaatlichten im Kopf hat und mit Schuldzuweisungen herumwirft und mit keinem Wort erwähnt hat, daß kaum ein Wirtschaftszweig in den letzten zehn Jahren so viele Arbeitsplätze verloren hat wie die Landwirtschaft. Waren im Jahre 1980 noch 77.700 vollbeschäftigte Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig – (Abg. Tasch: „Hast du den Kollegen Vollmann gehört? Er hat gesagt, es hat keiner so viele Zuwendungen bekommen wie die Landwirtschaft. Wenn nicht so viele Bauern aufhören würden, wäre der Arbeitsmarkt nicht so belastet!“) Ich komme

auf das schon zurück. Tun Sie nicht nervös werden. Ich komme schon zurück. Richtig, Kollege Vollmann hat das genau erwähnt. Herr Kollege, Sie können sich ruhig nach mir noch zu Wort melden, wenn Sie noch Geduld haben. (Präsident: „Am Wort ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich gehe davon aus, daß sich noch Kavaliere in unserem Haus befinden, wenn eine Dame spricht.“)

Es waren im Jahre 1980 noch 77.700 vollbeschäftigte Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig, im Jahre 1990 waren es nur mehr 58.600. Das bedeutet, daß zirka 19.000 Arbeitsplätze innerhalb von zehn Jahren verloren gingen oder besser gesagt, und jetzt komme ich auf Ihren Einwand zurück, weggefördert wurden. Und ich sage deswegen weggefördert, weil zum größten Teil die derzeitige Förderungspolitik schuld ist an diesem Bauernsterben. Immer mehr öffentliche Mittel werden für die Landwirtschaft aufgewendet. Für das Jahr 1992 sind es zirka 11 Milliarden Schilling. Davon kommen aber nur 9 Prozent, also nur eine Milliarde, zum Bauern in Form von Direktzahlungen. Der Rest geht zum größten Teil für die Förderung von Überschüssen auf. Und nicht anders kann man diese Förderungspolitik nennen. Je mehr man produziert, umso mehr Förderung bekommt man mit dem Erfolg, daß der Bund auf diese Überschüsse die Exportförderung darauflegen und dann im Ausland entsorgen muß. Denn vom Verkaufen unserer Produkte im Ausland kann schon lange keine Rede mehr sein. (Abg. Tasch: „Haben Sie nicht gehört, im Ennstal zu wenig Käse, Fleisch und Milch, und Sie reden von Überschüssen!“) Mit dieser Entsorgung geben wir aber auch die Wertschöpfung und viele Arbeitsplätze ins Ausland ab. Die Nutznießer dieser Methode sind niemals die Bauern, und die genannten Zahlen beweisen es. Die Verdienner an diesem System sind die vor- und nachgelagerten Bereiche der Landwirtschaft. Und auch hier läuft die Uhr falsch. Während man fast in allen Bereichen der Wirtschaft dem Zentralismus den Rücken kehrt, wird er im landwirtschaftlichen Verarbeitungsbereich im verstärkten Maße eingeführt. Hier als Beispiel die steirischen Molkereien. Immer mehr steirische Molkereien werden zugesperrt und zentralisiert ohne Rücksicht, daß dies die betroffenen Bauern zu Investitionen zwingt, die kaum verkraftbar sind, ohne Rücksicht darauf, daß damit Arbeitsplätze verloren gehen, und ohne Rücksicht, daß die Qualität, also die Qualität des Produktes, darunter leidet.

Sehr geehrte Damen und Herren, nur kleine und überschaubare Bereiche werden unser Überleben, das Überleben der Bauern in der EG ermöglichen. Denn Qualität kann niemals im Großbetrieb erzeugt werden, sondern nur am Bauernhof oder im kleinen flexiblen Verarbeitungsbetrieb. Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner bekennt sich zu den Klein- und Mittelbetrieben sowohl in der Landwirtschaft, als auch in der Verarbeitung und in weiterer Folge zur für uns Bauern so wichtigen Nahversorgung. Und hier sehen wir Bauern unsere Zukunft, auch im Hinblick auf die EG. Den dort bestehenden Konkurrenzkampf der Großen mit den noch Größeren können und werden wir nicht gewinnen. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 16.29 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz.

**Abg. Mag. Erlitz** (16.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

In meiner ersten Wortmeldung hier in diesem Hohen Hause widme ich mich einem von der Anzahl der Wortmeldungen her offensichtlichen Nebenschauplatz, aber nicht unbedeutenden Nebenschauplatz dieser wirtschaftlichen Thematik, nämlich dem des Lehrlings- beziehungsweise Berufsausbildungswesens, weil ich schon meine, daß es eine gewisse Affinität zwischen der wirtschaftlichen Lage eines Landes und dem Standard der Berufsausbildung in diesem gibt. Jeder einschlägigen Studie ist zu entnehmen, daß eine wettbewerbsfähige Wirtschaft hochqualifizierte Fachkräfte benötigt, die rasch auf neue Anforderungen und Herausforderungen in der Arbeitswelt reagieren und diese auch bewältigen können. Aus diesem Grunde muß wohl das gesamte Berufsausbildungswesen gründlich hinterfragt und in der Folge wohl einer entsprechenden Reform unterzogen werden. Das duale Bildungssystem, das sich zahlreichen Jugendlichen derzeit als unattraktive Bildungssackgasse darstellt, vermittelt dem riesengroßen Sektor der österreichischen Schüler, nahezu 50 Prozent davon sind betroffen, in erster Linie Fertigkeiten und Arbeitsgänge, während Allgemein- und Persönlichkeitsbildung entschieden zu kurz kommen. Eine engere Verbindung von Berufs- und Allgemeinbildung stellt einfach ein unverzichtbares Postulat einer fortschrittlichen Bildungspolitik dar. Die Berufsschule bildet derzeit ein reines Anhängsel an den Lehrbetrieb, sollte aber unabhängig von der Arbeitsmarktlage zur Verfügung stehen und aus dem berufsübergreifenden Zuschnitt heraus didaktische Konsequenzen ziehen. Die Lehre leidet zweifellos nicht dadurch, wie Wirtschaftsmagazine und Handelskammer immer wieder beklagen, daß die Eltern ihre Sprößlinge in eine höhere Schule schicken, im vermeintlichen Glauben, eine höhere Schule könne für bessere Lebenschancen garantieren, sondern die Lehre leidet zweifellos auch unter der Qualität ihres Angebotes. Allzulange wurde die Berufsschule auch hier in der Steiermark auf ein politisches Abstellgeleise geschoben. Ich glaube, es war Anton Peltzmann, ich lasse mich aber gerne korrigieren, und er ist auch heute hier gesessen, und ich konnte ihn begrüßen, der das heute noch vorwiegend praktizierte System des achtwöchigen Kurspaketes mit angeschlossenen Internaten geprägt hat. Er hat sich auch als Bauherr und großzügiger Ausstatter sicher einen festen Platz in der Ahnengalerie zuständiger Berufsschulreferenten gesichert. Aber genau dort, in den siebziger Jahren, stehen wir auch heute noch. Keinem Referenten in den letzten Jahren und Jahrzehnten war dieser Schulzweig tatsächlich ein Herzensanliegen. Bei den jeweiligen Budgetverhandlungen wurde er, dieser Schulzweig, von diesen offensichtlich so stiefmütterlich behandelt, daß heute Investitionen in der Höhe von einer halben Milliarde Schilling notwendig wären, um diesen Schulsektor wieder attraktiv zu gestalten und, mit zeitgerechtem Inventar ausgestattet, anbieten zu können. Hier tragen wohl die zuständigen Landesräte aus dem ÖVP-Bereich ein gerüttelt Maß an Schuld, um mit den Worten der Frau Landesrätin zu sprechen. So manche Berufsschuldirektoren fanden einen letzten Ausweg aus dieser Misere darin, indem sie betteln und schnorren gegangen sind, um ihre Schulen von der Technologiesteinzeit wenigstens in

das Technologiemitelalter zu bringen beziehungsweise ihre Schulen nicht gänzlich zu musealen Einrichtungen verkümmern zu lassen. Ein Bericht der „Kronenzeitung“ vom 7. Dezember 1991 unterstreicht dieses Bild noch. Hier steht: „Die technische Ausstattung in den Berufsschulen ist völlig unzureichend. Während etwa in Niederösterreich und Oberösterreich pro Berufsschüler zwischen 1300 und 1800 Schilling ausgegeben werden, wendete die Steiermark 1988 pro Schüler nur 55 Schilling auf. Das sind gerade 3 Prozent davon.“ Man könnte natürlich noch länger über folgenschwere Versäumnisse in diesem Bereich klagen, aber es ist, um mit einer Brechtschen Metapher zu sprechen, doch der Schnee vom vergangenen Jahr. Nun gilt es, in die Zukunft zu blicken und einen Weg einzuschlagen, der einerseits entsprechende finanzielle Investitionen vorsieht, natürlich im jetzt möglichen Rahmen, andererseits aber auch strukturelle Veränderungen in unserem Bildungssystem vornimmt, um den Lehrlingen und späteren Facharbeitern jene Qualifikationen zu geben, die sie benötigen, um, nicht zuletzt, bei einer zukünftigen EG-Zugehörigkeit Österreichs gegenüber ausländischen Fachkräften zumindest nicht benachteiligt zu sein.

Dies ist sicher ein wesentliches Motiv für eine generelle Reform der Berufsausbildung, die ich hier ganz grob formulieren könnte: Anstelle des Polytechnischen Lehrganges könnte ein Berufsorientierungsjahr für alle treten, um hier Berufsfelder kennenzulernen, wie Bau, Holz, Metall, Handel, Büro und so weiter. Und diese Flächenberufe oder auch Bündelberufe bekommen heute deshalb eine Relevanz, da derzeit in Österreich über 230 Lehrberufe bestehen, doch zirka 90 Prozent der Lehrlinge in nur 60 Lehrberufen ausgebildet werden. Diese Situation zeigt, daß eben eine Vielzahl von Lehrberufen in der heutigen Zeit für die berufliche Qualifikation von Fachkräften keine Bedeutung mehr hat. Während dieses Schnupperlehrganges oder Schnupperlehrjahres, oder wie auch immer das bezeichnet werden mag, ist durchaus auch ein Ausbildungsverhältnis mit einem Lehrbetrieb anzustreben. Auch müßte dieses Berufsorientierungsjahr, wie man es auch bezeichnen könnte, in die duale Ausbildung eingerechnet werden, so daß die Gesamtausbildungszeit je nach Lehrberuf drei bis vier Jahre betragen würde. Um die Lehrlingsausbildung aber wirklich aus dieser Bildungssackgasse herauszuführen, ist eine Ausweitung der Berufsschulzeit wohl eine unwidersprochene Forderung. Auch stellen Lehrbetriebe und Kammern der gewerblichen Wirtschaft interessanterweise immer wieder die Forderung, die Ausbildung auf den neuesten Stand zu bringen, allerdings ohne dabei einer Stundenausweitung zuzustimmen. Das ist wohl ein Widerspruch in sich. Die duale Ausbildung müßte meines Erachtens zu gleichen Teilen in Betrieben und in der Schule erfolgen. 50 Prozent im Betrieb, 50 Prozent in der Schule. Diese Eins-zu-eins-Ausbildung hätte für beide Betroffenen, sowohl für den Schüler als auch für den Arbeitgeber, einen Vorteil. Für den Schüler eben die vermehrte Schulbildung, für den Arbeitgeber den Vorteil, daß er mit gleichbleibenden Kosten eine doppelte Anzahl von Lehrlingen ausbilden oder aufnehmen könnte, immer einen Lehrling im Betrieb zur Verfügung hätte und für die schulische Abwesenheit des Lehrlings keinen Lohn zu bezahlen hätte, was vom Arbeitgeber ja auch immer wieder be-

klagt wird. (Abg. Ing. Löcker: „Die Internatskosten!“) Ich komme noch dazu!

Nur durch diese Schulzeitausweitung wird es möglich sein, ein nicht verzichtbares Maß an Allgemeinbildung anzubieten, ist es doch gerade die Allgemeinbildung, die dem Lehrling beziehungsweise dem Facharbeiter die notwendige Mobilität verleiht, um rasch und erfolgreich auf wirtschaftliche Umbrüche und Situationen reagieren zu können. Ja, sie ist geradezu eine „conditio sine qua non“, wie ich sie bezeichnen würde, um diese viel geforderte horizontale Durchlässigkeit unseres Bildungssystems zu erreichen, um so den jetzt aus diesem System ausgeklinkten Berufsschülern die Zugangsmöglichkeit zu einer weiterführenden höheren Schule, zu einer Matura, Fachmatura oder letztlich zu einer dieser geplanten Fachhochschulen zu eröffnen. Und diese vermehrte Schulbildung – das möchte ich hier auch noch dazu sagen – müßte aber zum Nulltarif erfolgen. Ein Bildungsscheck, der eine 50prozentige Förderung vorsieht, ist hier zu wenig. Diese vermehrte Schulbildung muß zum Nulltarif gewährleistet sein, damit die Berufsschüler nicht länger gegenüber dem anderen Teil der Schüler benachteiligt sind. Kein anderes Land leistet sich den Luxus zweier berufsbildender Ausbildungswege, die so wenig miteinander verbunden sind, höhere Schulen und Berufsschule. Natürlich kann auch die Wirtschaft aus ihrer Verantwortung nicht entlassen werden. Einen wesentlichen Beitrag zur Attraktivierung der Lehrlingsausbildung und Imageverbesserung der Facharbeiter wird sie wohl auch leisten müssen. Sei es im Bereich von Anpassung an die Arbeitszeit, ich denke da nur an Koch- und Kellnerlehrlinge, als auch im Bereich der Entlohnungen. Umgekehrt könnte ich mir aber auch vorstellen, daß man vorbildlichen, fortschrittlich denkenden und handelnden Lehrbetrieben entsprechende Vergünstigungen einräumt. (Beifall bei der SPÖ.) Zum Beispiel durch Abschläge von der Lohnsummensteuer. Sie leisten ja doch durch gut ausgebildete Facharbeiter einen entscheidenden Beitrag für die Wirtschaft und letztlich für die Gesellschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich meine, unsere Berufsschulen sind ein wesentlicher Teil unseres Bildungssystems und stellen eine wesentliche Komponente für ein gesundes und funktionierendes Wirtschaftssystem dar. Das Land hat seinen gegenwärtigen und künftigen Arbeitnehmern die qualitativ beste Unterstützung zu gewähren, um ihnen den Weg zur Europaqualifikation zu ebnen. Aus diesem Grunde ersuche ich Sie, sehr geehrte Frau Landesrat, alle Ihre Einflußmöglichkeiten auszuschöpfen, damit einerseits bestehende und ausgezeichnet arbeitende Werkschulen, wie zum Beispiel die Werksschule Böhler-Kapfenberg, weiter ihrem Bildungs- beziehungsweise Ausbildungsauftrag nachkommen können, andererseits dieser Zweig in unserem Bildungssystem zur vollen Blüte gelangen kann. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 16.40 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch.

**Abg. Günther Prutsch (16.40 Uhr):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Einem aus der Vorwahlzeit des Jahres 1991 stammenden Zeitungsartikel entnehme ich folgendes Zitat:

Die Überschrift „Neue Chancen für das Grenzland“. „Das steirische Grenzland habe sich in eine Erfolgsregion gewandelt, sagte gestern Landesrätin Waltraud Klasnic nach einem Gespräch mit den Ministern Wolfgang Schüssel, Franz Fischler und Landesrat Hermann Schaller.“ Zitatende!

Meine Damen und Herren! So weit sind wir leider nicht, wir sind noch lange nicht auf diesem von uns so gewünschten Erfolgsweg, und wir sollten daher nicht dem Trugschluß unterliegen, daß es nur in der Obersteiermark Probleme gibt. Und ich bin dem Kollegen Lopatka sehr dankbar für seine richtige Einschätzung der Probleme in unserer Region. Rund ein Drittel der derzeitigen steirischen Arbeitslosen leben im Grenzland. Über 14.000 Arbeitslose registrieren die Grenzlandarbeitsämter mit Arbeitslosenraten von bis zu 14 Prozent, eben diese 14 Prozent werden in meinem Bezirk, im Bezirk Radkersburg, erreicht. Auch das Grenzland ist eine Krisenregion mit gewaltigen Strukturproblemen, und die gibt es nicht erst seit kurzem. Das ist beinahe schon traurige Tradition, und eben diese Strukturschwächen dürfen nun endlich nicht mehr übersehen werden. Vielleicht verläuft bei uns im Grenzland die Entwicklung nicht so spektakulär wie in anderen Regionen. Mir ist schon klar, daß der Verlust von 100 einzelnen Arbeitsplätzen weit weniger spektakulär, weit weniger medienwirksam ist, als eben der Verlust von 100 Arbeitsplätzen auf einmal. In den Folgen jedoch gibt es für die Betroffenen kaum Unterschiede. Man darf zwar nicht übersehen, daß es selbst innerhalb des Grenzlandes bedeutende Unterschiede in der Problemstellung gibt, trotz allem wird die Region insgesamt geprägt von Abwanderungsproblemen, niedrigen Einkommen, hohen Pendlerraten und – wie gesagt – überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenraten. 60 bis 70 Prozent der Beschäftigten sind zum Pendeln gezwungen. Tages-, Wochen-, Dekaden- und Monatspendler gibt es in unserer Region, und ich frage Sie eindringlich: Sind wir uns bewußt, was es für die Lebensqualität dieser Menschen bedeutet und wie diese Familien letztlich darunter leiden? Da wird oft vom erfolgreichen Strukturwandel im Grenzland gesprochen. Ich fordere Sie auf, fragen Sie die Betroffenen, mit wieviel Entbehrungen sie ihren teilweise doch relativ bescheidenen Lebensstandard erarbeiten müssen, um ihn überhaupt halten zu können. Und ich muß das meinem Kollegen Alfred Prutsch aus meinem Bezirk sagen, es gilt wirklich nicht, über Armut zu diskutieren oder zu reden, Armut ist ein relativer Begriff, aber ich fordere dich auf, daß wir hier endlich über Einkommensgerechtigkeit und über Lebensqualität diskutieren. (Beifall bei der SPÖ.) Die Absicherung bäuerlicher Betriebe, und da gehe ich voll konform mit meiner Kollegin Monika Kaufmann, vor allem der kleineren und mittleren Betriebe, muß ein vordringliches Ziel sein. Die Strukturveränderungen in der Landwirtschaft werden trotz aller gemeinsamer Anstrengungen noch mehr Menschen zum Zu- und Nebenerwerb zwingen. Wir müssen in dieser Frage aber auch die Auswirkungen auf die regionalen Arbeitsmärkte beachten. Gut ausgebildete Landwirte müssen notgedrungen am Arbeitsmarkt als Hilfsarbeiter auftreten. Es wird hier notwendig sein, Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen und andererseits aber auch die Durchlässigkeit der Ausbildungssysteme weiter zu verbessern. Sorgen bereitet mir als Grenzlandbewohner die

qualitative Abwanderung. Und ich betone hier das Wort „qualitativ“. Ich gehe hier konkret von meinem Bezirk aus. Die Einwohnerzahl hat nach den ersten vorliegenden Volkszählungsergebnissen des Vorjahres erstmals einen Wert unter 25.000 erreicht. Vor allem junge, gut ausgebildete Menschen wandern ab. Von einer endogenen Erneuerung kann unter diesen Bedingungen wahrlich und wirklich nicht mehr die Rede sein.

Ein vordringliches Ziel der steirischen Regionalpolitik muß es daher sein, auch im Grenzland Gewerkeparks, Gründerzentren und Technologieparks zu schaffen. Dazu ein Beispiel: Das Gewerbe-BORG in Bad Radkersburg bildet AHS-Maturanten in zwei Fachrichtungen zu Facharbeitern aus. Nach erfolgter Ausbildung stehen nahezu keine Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung. Die bestens ausgebildeten und teilweise sehr innovativen jungen Leute wandern ab. Sie sind für uns, für die Region, verloren. Und wie kritisch diese Situation ist, eben die kritische Situation der jungen Leute, und ich gebe hier der Kollegin Bleckmann recht, läßt sich mit einer einzigen Zahl für meinen Bezirk anschaulich machen. Der durchschnittliche Jugendanteil an der Gesamtbeschäftigung betrug im Bezirk Radkersburg 1991 30,3 Prozent. Das ist eine Spitzenposition in der Steiermark, und ich gebe nochmals der Kollegin Bleckmann recht, Tatsachen, die man in dieser Form nicht länger hinnehmen darf.

Sehr positive Entwicklungen sind, nicht zuletzt durch den Einsatz, zugegebenermaßen durch den Einsatz des Landes, im Tourismus zu verzeichnen. Vor allem das Thermenland hat sich hier gute Positionen erarbeitet, die weiter intensiv ausgebaut werden müssen. Ich gebe meinem Kollegen recht, der Ausbau der Therme in Bad Radkersburg ist ebenso ein vordringliches Ziel, wie die Erhaltung des Kurortes Bad Gleichenberg oder der Ausbau weiterer Thermenstandorte in der Oststeiermark. Auch ich habe für meinen Bezirk ein klares Ja bereit zur Absiedelung von Podgrad. Nur, eines muß uns auch klar sein, mit dem Tourismus allein werden wir die Probleme nicht lösen können. Nach wie vor gilt, so glaube ich, meine Forderung: „Wir brauchen Arbeit.“ Und hier Arbeit vor allem in Beschäftigungsträgern außerhalb des Fremdenverkehrs. Und ich sage es immer wieder und möchte es auch hier betonen, wir im Grenzland können nicht alle Kellner, Bademeister oder Buschenschankbetreiber werden. Es wird meiner Meinung nach eine Regionalisierung der Wirtschaftsförderung geben müssen. Wie soll man eigentlich Standortnachteile ausgleichen, wenn gegenüber den Zentralräumen keine zusätzlichen Investitionsanreize gegeben sind? Ein besonderes Augenmerk haben wir im Grenzland aber auch der Ausländerbeschäftigung zu schenken. Ein bedachter Umgang und die unbedingte Rücksichtnahme auf die Verträglichkeit in der Bevölkerung und für den regionalen Arbeitsmarkt muß über alle anderen Interessen gestellt werden. Ich halte nicht viel davon, wenn man der Bevölkerung große Hoffnungen macht mit der Entwicklung in Slowenien und Kroatien. Ich bin der Meinung, daß wir die großen strukturellen Veränderungen selbst, aus eigener Kraft, schaffen müssen. Meiner Meinung nach besteht für das Grenzland durch diese Ost- und Südentwicklung sogar eine neue Gefahr. Produktionsverlagerungen in die Nachbarländer rauben

vielen Menschen ihre Niedriglohnarbeitsplätze, schlechte Arbeitsplätze, das ist mir vollkommen klar, Arbeitsplätze, die aber ersatzlos verlorengehen. Man darf in diesem Zusammenhang auch nicht übersehen, daß die Erwerbsquote bei den Frauen zum Beispiel im Bezirk Radkersburg, und das ist sicher begründet durch das niedrige Lohnniveau, bei 66,2 Prozent liegt. Auf Grund der drastischen Einkommensrückgänge in Slowenien sind selbst im Handel kurzfristig keine großen Verbesserungen zu erwarten. Meine Damen und Herren, unser Grenzland wird auch in der EG Grenzland sein. Intensive Kooperation mit den Nachbarländern, keine Frage. Wir werden dort auch wirtschaftlich helfen müssen. Wir Grenzlandbewohner wissen auch, wie wichtig gute nachbarschaftliche Beziehungen sind. Wir leben ja Tag für Tag mit diesen Auswirkungen. Trotz allem möchten die Menschen in dieser Region ihre eigenen Existenzsorgen als vorrangig behandelt sehen. Ich sage, sie haben ein Recht darauf. Ziel der steirischen Politik muß es daher sein, den Menschen auf der österreichischen Seite in unserem Grenzland endlich effizient zu helfen. Auf positive Entwicklungen in den Nachbarländern oder gar auf eine Verbesserung im Rahmen der EG dürfen wir nicht warten. Wir müssen den richtigen Entwicklungsschub aus eigener Kraft, gemeinsam, und ich betone das wirklich, gemeinsam schaffen. Meine Anerkennung und Hochachtung gilt daher den Menschen des Grenzlandes, die unter so widrigen Bedingungen leben und arbeiten müssen. Glück auf. (Beifall bei der SPÖ. – 16.52 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr.

**Abg. Purr** (16.52 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich lese in einer Regionalausgabe die Presseausendung der SPÖ, die darin die Arbeitslosenrate von Mureck nennt und die von Feldbach, Mureck bekanntlich 14 Prozent, Feldbach 12,3 Prozent, und dann schreibt man, die Situation in den Bezirken Leibnitz und Deutschlandsberg ist nur unwesentlich besser. Dann sage ich mir, eigentlich hat Deutschlandsberg 11 Prozent, Leibnitz 13,6, immerhin sind wir mit 11 Prozent um ganze 3 Prozent oder um 2,3 Prozent besser als die anderen Bezirke. Abgesehen davon, daß 11 Prozent sehr viel ist. Nur eines ist interessant, die gesamte steirische Arbeitslosigkeit ist im Jänner 1992 im Vergleich zu 1991 um 1,1 Prozentpunkte angestiegen, und das führt uns heute zu dieser außerordentlichen Landtagssitzung zusammen. Der Grund dieser Landtagssitzung scheint mir auf Grund des Umstandes, was Sie da in der Zeitung behaupten, ein sehr fadenscheiniger zu sein. Es wird darin auch gesprochen, daß man die Wirtschaftsförderung um 100 Millionen zusätzlich dotieren will. Nach meinem derzeitigen Informationsstand gibt es überhaupt nur eine Erinnerungspost darin. Aber jetzt ein offenes Wort: 100 Millionen ist eine großartige Zahl. Aber wenn ich an den Bezirk Deutschlandsberg denke, da brauchen wir ein Altenheim in der Stadt, ein Altenheim auch in Eibiswald für die älteren Menschen, die es sich verdienen haben, menschenwürdig ihren Lebensabend zu verbringen, Kostenpunkt 60 Millionen Schilling allein das Eibiswalder. Frage an Sie: Was sind dann eigent-

lich 100 Millionen? Ist das so aufregend viel? Ist das so arg? Und von den anderen Dotationen, wo es wirklich um die Menschen geht, um die Menschen in diesen Regionen, die lange gearbeitet haben, die lange ihre Pension eingezahlt haben, die uns dieses Land so lebenswert gestaltet haben, davon spricht man nicht? Ich möchte sagen, im großen und ganzen viel geschrieben für die Zeitung, wenig getan eigentlich für die Menschen. Wenn der Kollege Vollmann vorhin seine Region nennt und sich davon distanziert, daß sie einmal als Krisenregion bezeichnet wurde, so halte ich es mit ihm. Denn wenn wir unsere Regionen zu Krisenregionen stempeln, da werden wir den Menschen, die dort leben, keinen Dienst erweisen, da werden wir auch diese Region niemals attraktiv machen können und so attraktiv machen können, daß sich Leute dafür interessieren, sich dort anzusiedeln, dort zu investieren. Ich teile diese Ansicht voll mit ihm. Nur eines bleibt in der Frage der Förderungen offen: Wie oft soll man eigentlich die verstaatlichte Industrie fördern? Wie oft sollte man Betriebe fördern? Endlos oder nur einmal? Und da sind natürlich auch Schwerpunkte zu setzen. Ich hätte mir das auch von einem Menschen wie dem Abgeordneten Vollmann erwarten dürfen, daß er dazu Stellung nimmt, denn endlos kann man nicht die Millionen überall hineinpumpen und schauen, daß es dann irgendwie geht. Sonst wäre ja jeder ungeschickt, der da noch trachtet, daß er die Betriebe führt, daß er keine Subventionen braucht. Im großen und ganzen soll die Politik die Maßnahmen treffen, die notwendig sind, und dann berichten die Zeitungen darüber. Wenn es nach diesen Vorstellungen meiner Vorredner geht – einzeln scheint es so zu sein –, die Zeitungen berichten, und wir treffen uns dann hier im Landtag, um die nötigen Maßnahmen zu treffen. Die Arbeitsmarktentwicklung, die wir heute haben, hat natürlich zurückgreifend Formen angenommen. Ich denke dabei daran, daß zum Beispiel in der Phase einer Rezession, wenn die Beschäftigung stagniert und die Arbeitslosigkeit zunimmt, dann kommt es danach wieder zu einem Aufschwung, man könnte sagen, zu einer dort spürbaren Beschäftigungsexplosion, die aber dann möglichst nicht mehr alle berücksichtigt, die Arbeit einmal hatten, und die dann eben nicht diese Arbeitslosigkeit, die in der Zwischenzeit entstanden ist, restlos beseitigt. Grund dafür, die Betriebe ihrerseits trachten danach, die Qualifikationen zu finden, die Menschen zu finden, die wirklich die Leistung erbringen, und der Arbeitnehmer, der Arbeiter sagt sich, wenn es jetzt wieder bergauf geht, suche ich mir auch die besseren Arbeitsbedingungen aus und das bessere Platzerl und suche mir dann die Arbeit in der Nähe aus, was zur Folge hat, daß viele auf der Strecke bleiben. So die Voraussetzungen.

Zum anderen wollen wir eines nicht übersehen, daß bereits im Monat März 1991 der Zustrom in ganz Österreich an Ausländern derart groß war und daß man den gesamten Arbeitsmarktbedarf mit dem Zustrom allein hätte decken können. Das waren damals 61.500 Menschen, die zugewandert sind, und der Arbeitsmarkt hatte in ganz Österreich damals einen Bedarf im Monat März 1991 von etwa 67.000 Mitarbeitern. Die Konjunkturabschwächung war zu diesem Zeitpunkt aber bereits voll im Gange. Und wenn vorhin erwähnt wurde, daß auf Grund der gesetzlichen Maßnahme vom 6. Juli 1991 die Karenzurlaubsgeld-

bezieherinnen in den Statistiken enthalten sind, so ist natürlich auch festzustellen, würde man die Karenzurlaubsgeldbezieherinnen herausnehmen in der Größe, in der sie bereits im Juli 1991 enthalten waren, dann hätte bereits dort – Juli 1991 – eine volle Stagnation stattgefunden. So die Ausführungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes. Und es war damals auch schon deutlich erkennbar, daß es zu einer Konjunkturabschwächung kommen wird. Der Herbst hat es bestätigt, spätestens der Dezember hat uns diese Zahlen geliefert. Wir treten jetzt zusammen, weil es scheinbar gerade günstig war, diese Sitzung aus fadenscheinigen Gründen einzuberufen. Man darf aber auch, meine Damen und Herren – da können wir diskutieren, soviel wir wollen –, damit rechnen, daß es in diesem Jahr 1992 auch weiterhin zu einer Verflachung kommen wird. Auf Grund einer an und für sich robusten Inlandsnachfrage ist ein gedämpfter Effekt zu erwarten. Ist nicht zu erwarten, daß das so kräftig ausfällt. Hoffentlich ist es so! Aber wir müssen mit einer Arbeitslosigkeit, mit steigender Arbeitslosigkeit rechnen. Sie wird, auf ganz Österreich bezogen, rund 6 Prozent ausmachen, während wir jetzt bei 5,8 Prozent sind.

Und eines sei hier in diesem Zusammenhang erwähnt, die Wachstumsraten 1990 – und wie sie auch unsere Landesrätin Klasnic aufgezeigt hat – waren in der Industrie, beispielsweise in der Steiermark, überdurchschnittlich hoch, 13,2 Prozent. Der Österreichdurchschnitt lag damals bei 5,5 Prozent. Und es ist natürlich verständlich, daß ein Jahr später, 1991, die Zuwachsrate in der Steiermark, im Industriebereich, nicht so kräftig ausfallen konnte, nachdem sie bereits 1990 eine entsprechende Höhe erreicht hat. Ganz erfreulich die Entwicklung am Bausektor, der zwar 1990 nur um 2,2 Prozent stieg, stark unter dem österreichischen Durchschnitt, aber der 1991 stark aufgeholt hat. Und wir können jetzt sagen, erfreulicherweise werden die Bauarbeiter, alle, die es gibt – in den 46.000 Arbeitslosen in der Statistik sind ja 12.000 Bauarbeiter enthalten, grob gerechnet –, beschäftigt werden, sobald die Baukonjunktur einsetzt.

Eines sei aber in der Grenzlandregion nicht zu übersehen, die Entwicklung im Handel. Natürlich beeinflusst durch die politische Situation in den Nachbarstaaten, in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, und das ist natürlich auch heute noch spürbar. Wir wollen auch in diesem Zusammenhang von diesen vielen Klein- und Mittelbetrieben reden, die dort eine großartige Arbeit leisten. Und wenn Sie in die steiermärkische Statistik schauen, in die Beschäftigtenzahlen, so sind 70 Prozent aller Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft tätig. Meine sehr geehrten Damen und Herren, und die Steiermark hat auch mit Landesrat Klasnic im Vorjahr die Maßnahmen getroffen für eine neue Wirtschaftsförderung, einen neuen Weg eingeleitet, um diese Wirtschaftsförderung möglichst zu entpolitisieren, von Förderungsentscheidungen. Vor allem, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es Aufgabe des Landes, die Rahmenbedingungen festzulegen, während die Wirtschaftsförderung selbst für die Abwicklung zuständig sein wird. Die Steirische Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. wurde 1991 gegründet und damit auch ein kompetenter Ansprechpartner geschaffen. Teamarbeit, Flexibilität, unbürokratische Be-

arbeitung der Ansuchen und vor allem eine rasche Abwicklung stehen im Vordergrund. Und als Zielgruppen gelten Firmengründer, Personen, die die Absicht haben, ein Unternehmen zu gründen oder innerhalb der letzten zwei Jahre ein Unternehmen gegründet haben, Unternehmen im Wachstum, steirische Unternehmen, die Projekte mit positiven Wachstumseffekten in qualitativer und quantitativer Hinsicht in der Steiermark planen und nicht in der Steiermark ansässig sind. Nicht zu kurz kommen sollen auch die Regionen, Personen oder Personengruppen, die alleine oder mit Institutionen, Organisationen regionale wirtschaftliche Initiativen setzen wollen. Die Förderungstätigkeit sollte mit jener 1992 beginnen. Aber leider ist daraus nicht viel geworden. Es war nicht einmal möglich, ein Budget zu erstellen. Und wir haben heute noch keines. Das ist eigentlich das Ergebnis der Koalition, die sich im Herbst gebildet hat.

Wenn vorhin der Herr Vesko gemeint hat, es sei Ihnen vorgeworfen worden, Sie wären an dem einen oder anderen schuld, dann sage ich hier in Überzeugung, daß Sie schuld sind daran, daß nicht gearbeitet wird, daß nichts geschehen ist bis zu dieser Stunde, daß die ersten hundert Tage eigentlich dazu mißbraucht wurden, um ein Hick-Hack herzustellen. Und was hat der Freiheitliche Landesrat bis zur Stunde gemacht? In diesen Regierungssitzungen wurde zuerst gefeilscht, welches Auto er fährt, weil das sehr wichtig erscheint. Darüber hinaus braucht er ein neues Büro. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das stimmt nicht!“) Schauen Sie sich das an, was da oben auf den Gängen alles steht. Das ist die Leistung, die er erbracht hat. Und das scheint noch zu wenig zu sein, er kann ja nicht das Klo mit einem schwarzen Landesrat teilen. Es muß ein neues installiert werden. Das ist eigentlich die Politik, die für uns bitte sichtbar ist. Ich würde mir andere Initiativen wünschen. (Abg. Trampusch: „Dein Niveau war auch schon besser. In der Wirtschaft nennt man das, was du jetzt machst, Qualitätssprung!“) Kollege Trampusch, ich habe ja nicht von dir gesprochen. Aber ich freue mich riesig, auch hier die Bewährung dieser Blockiererkoalition zu hören und zu spüren.

Die Landesrätin hat auch ganz deutlich berichtet, daß Schwerpunktförderungsprogramme vorgesehen sind, die Richtlinien sind vorbereitet und gelangen auch in den nächsten Tagen zum Wirtschaftsförderungsbeirat. Die Landesregierung wird den Beschluß fassen müssen. Und ich hoffe, daß wenigstens auch das in kürzester Zeit nunmehr möglich sein wird. Wenn aber vom Wirtschaftsförderungsbudget gesprochen wird, so kann man, um vieles realisieren zu können, was heute hier gefordert wurde – ich habe auch von der Kollegin Kanape und vom Herrn Kollegen Erlitz die Forderungen sehr deutlich gehört –, auch hier vieles herausnehmen und unbedingt teilen, darf ich sagen. Da sind auch die Berufsschulen natürlich enthalten in diesem Forderungsbudget. Verständlicherweise und mit gutem Recht. Und da muß auch der Tourismus zu seinem Teil kommen. Vor allem geht es um infrastrukturelle Einrichtungen. Wenn die Landesrätin hier erwähnt, wie vorrangig wichtig der Semmering-Basistunnel ist, so ist es für alle Steirerinnen und Steirer auch Aufgabe, unser Augenmerk auf das nächste große Projekt zu lenken, nämlich auf das der Südostspange, auf das des Koralmtunnels, auch wenn es erst

in 20 Jahren möglich sein wird. Aber daß hier einzig und allein der Kollege Lopatka aus Hartberg und eventuell ein Kollege aus Leibnitz und der Bezirk Deutschlandsberg aktiv werden, das wird zu wenig sein. Da könnte man meinen, die Diskussion wird gerade wieder zur Tagesaktualität geführt, nämlich zum Semmering-Basistunnel, aber das, was wirklich Zukunft für dieses Land ist, und die Bedeutung dieser Verbindung ist ja für uns alle absehbar und einschätzbar, das wird scheinbar nicht erwähnt und auch nicht gefordert, und ich darf hier um mehr Ernsthaftigkeit in diesem Zusammenhang bitten. Wenn es aber auch um die infrastrukturellen Einrichtungen geht, können die Altenheime nicht übersehen werden, da kann die Nahversorgung nicht zu kurz kommen. In der Steiermark sind innerhalb von fünf Jahren 250 Lebensmittelgeschäfte verschwunden. Das können wir allein hier im Landtag nicht, aber unsere Kollegen und Kolleginnen draußen in verantwortungsvollen Positionen müssen gemeinsam mit uns handeln. Wir können Weichen stellen, und glauben wir, meine Damen und Herren, ja nicht, daß wir vielleicht in der Lage sind, hier die Wirtschaft maßgeblich zu beeinflussen. Ziehen wir respektvoll den Hut vor jenen, die draußen die Verantwortung tragen, die sich redlich bemühen, daß sie den ersten nicht übersehen, den zehnten nicht übersehen, daß sie ihre Investitionen tätigen können. Und ich denke mir nur in diesem Zusammenhang, was für schöne Sprüche vor zehn, fünfzehn Jahren an unsere Ohren gekommen sind, das Grenzland werden wir in eine blühende Region verwandeln, von der Obersteiermark, von Judenburg kam es, anlässlich einer Konferenz des großen Bruno, Arbeitsplatzgarantie. Heute müßte er sagen, Genossen, ich habe mich geirrt. Aber es ist ihm nicht mehr gegeben. (Abg. Trampusch: „Das hat nachher auch ein namhafter Politiker ausgesprochen. Hat der sich auch geirrt?“) In diesem Zusammenhang der Garantie, sicher, denn garantieren kann das bitte sicher auch in Zukunft niemand, denn die Wirtschaft ist so flexibel und hat sich eben den Gegebenheiten anzupassen, und ich möchte diesen Idealisten kennen, der Ihnen die Garantie gibt dafür, eine bestimmte Anzahl von Mitarbeitern auch in Zukunft zu beschäftigen. Und es stellt sich die Frage, auf welche Zeit gibt er die Garantie? Auf welche Periode? (Abg. Trampusch: „Wieso beruft man sich da nur auf den seligen Bruno?“) Das wirst du, lieber Freund Trampusch, am deutlichsten wissen. Er war sicher in diesem Zusammenhang der größte Zampano. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Diese Garantie ist ja hier ausgesprochen worden!“) Lieber Kollege Chibidziura, in diesem Zusammenhang sei eines gesagt. Du selbst hättest jetzt die Möglichkeit, über deinen Landesrat zu schauen, daß es im Wohnbau vorwärts geht, denn dort wird auch einiges blockiert. Und viele draußen warten auf die Gelder. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ihr habt mir 3 Milliarden Schulden übergeben. Sie haben vom Wohnbau überhaupt keine Ahnung. Hören Sie auf, davon zu reden!“) Solange, Herr Landesrat, wir die Verantwortung (Landesrat Schmid: „Ich habe eine Milliarde Schulden zur Zeit!“), Herr Landesrat, solange wir dafür verantwortlich waren, waren die Mittel immer vorhanden, und natürlich das Geld aus der Kassa herausnehmen, das kann ja bald einer. Dazu brauchen wir ja nicht unbedingt einen Diplomingenieur. Die Kunst ist ja, den Menschen zu helfen,



die Finanzierungen sicherzustellen und nicht aufzuzeigen – ja mit Geld brauche ich sie nicht. (Beifall bei der ÖVP. – Glockenzeichen des Herrn Präsidenten. – Abg. Trampusch: „Die Kunst ist zu wissen, worüber man redet!“) Herr Landesrat, wenn die Leute das Geld haben, brauchen sie auch keine Förderung, daß wir uns nicht mißverstehen. Ein Letztes, meine Damen und Herren, es wird auch diese Diskussion, glaube ich, damit beendet werden müssen, daß es nicht Schauspiel sein soll, sondern Leistung, daß wir Chancen geben müssen und Chancen nützen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Dann halten Sie sich daran, Herr Purr!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist Laientheater, nicht Schauspiel!“) Unternehmer richtig einschätzen, das wird maßgeblich sein für die Zukunft, und als Politiker eine solide Arbeit zu leisten und die Glaubwürdigkeit auch unter Beweis zu stellen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 17.11 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schuster. Bevor er aber zu sprechen beginnt, muß ich darauf aufmerksam machen, daß Zwischenrufe nur von der Abgeordnetensitzbank erfolgen können.

**Abg. Schuster (17.12 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Wenn ich heute anlässlich dieser Sondersitzung des Steiermärkischen Landtages als neuer Abgeordneter eines leidgeprüften Industriebezirkes, als der sich der Bezirk Voitsberg seit Jahren präsentiert, meine erste Rede im Hohen Haus halten darf, so tue ich dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, aus tiefster Besorgnis über die bedrohliche wirtschaftliche Lage unseres Bezirkes. Im ersten Teil meiner Rede möchte ich mich mit einer allgemeinen Situationsbeschreibung unserer Krisenregion Voitsberg-Köflach-Bärnbach beschäftigen. Geschätzte Damen und Herren, wie ein roter Faden zogen sich durch all meine Gespräche, die ich in den letzten Jahren mit allen Bevölkerungsschichten unseres Bezirkes geführt habe, die wesentlichen Problemdefinitionen durch. Einerseits der große Arbeitsplatzmangel, verursacht vor allem durch die Arbeitsplatzreduzierung in den dominierenden Beschäftigungszweigen Bergbau und Glas, andererseits die Konkurrenzsituation zwischen Gemeinden, Parteien und einzelnen Personen, die viele Aktivitäten, die der Arbeitslosigkeit entgegenwirken könnten, verhinderten und verzögerten. Die sich in den letzten Jahren rapide verschlechternde wirtschaftliche Lage und die Unzufriedenheit mit den verkrusteten Strukturen auf politischer Ebene haben zu einer in weiten Teilen der Bevölkerung anzutreffenden Resignation geführt. Vielfach wird es einfach hingenommen, daß in Zukunft noch mehr Menschen aus der Region zur Arbeit pendeln werden müssen und daß der Bezirk Voitsberg von einer einst blühenden Industrie-Region zu einer Schlafregion verkümmert, aus der vor allem jüngere und höher qualifizierte Menschen gänzlich abwandern werden. Auch einzelne, als positiv eingestufte Aktivitäten, wie die abgehaltene Landesausstellung, die Entwicklung des Glaskunstzentrums Bärnbach, die Stadterneuerung Köflach, der Ausbau der Schnellstraße zwischen Köflach und Voitsberg und Umfahrung Voitsberg, die Ansiedlung einzelner Firmen, wie zum Beispiel Technoglas Voitsberg, der Aus-

bau der Fernwärmeversorgung im Industriekern des Bezirkes, der Einstieg der GKB in das Freizeitzentrum, konnten bis jetzt keine Änderung der allgemein pessimistischen Haltung herbeiführen. Zu groß ist die Vorsicht gegenüber zu hoch gesteckten Erwartungen, da die Bevölkerung unseres Bezirkes bis jetzt zu oft enttäuscht wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im zweiten Teil meiner Rede möchte ich mich mit der Struktur der Region Voitsberg auseinandersetzen. Einige wenige Schlüsselstellen können zum Verständnis der heutigen Situation herangezogen werden. Die jahrelange Dominanz von Bergbau und Glasindustrie brachte eine Vernachlässigung anderer Industriezweige mit höheren Qualifikationsanforderungen und anderer Wirtschaftszweige mit sich. So liegt heute noch der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor weit unter dem steirischen Durchschnitt. Strukturelle Probleme in der Grundstoffindustrie und die verkehrsmäßig ungünstige Lage des Bezirkes Voitsberg, die neue Betriebsansiedlungen erschweren und ansässige Betriebe zum Abwandern bewegen, führen zu einer stetig wachsenden Arbeitslosigkeit in unserem Bezirk. Lag der Bezirk Voitsberg zu Beginn der achtziger Jahre unter dem steirischen Durchschnitt in bezug auf die Arbeitslosenquote, so gehört er heute zu den österreichweit am stärksten (Präsident: „Halten Sie inne. Ich bitte, es geht wirklich um ein ernstes Problem, noch dazu aus einem weststeirischen Kohlenrevier. Ich darf erwarten, daß Sie ihm zuhören. Es ist seine Jungferrede. Es ist auch politische Fairneß.“) betroffenen Gebieten, wo vor allem für Jugendliche zu wenig Arbeitsplätze vorhanden sind. Eine stetige Vermehrung der Berufspendler, auch der Problempendler, ist die Folge.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Landeshauptmann, Frau Landesrätin, die schönsten Wahlreden, die anlässlich des Landtagswahlkampfes im vergangenen Jahr in unserem Bezirk gehalten wurden, haben uns nicht darüber hinwegtäuschen können, daß wir im Bezirk Voitsberg 1991 1778 Arbeitsuchende im Arbeitsamt Voitsberg vorgemerkt hatten, dies bedeutete 9 Prozent im Bezirk, steiermarkweit verzeichneten wir damals 7,1 Prozent, österreichweit 5,8 Prozent. Schon im vergangenen Jahr war das Arbeitsamt Voitsberg der größte Arbeitgeber im Bezirk. Es darf daher in dieser Frage kein Sich-Abfinden mit dieser Situation geben, da dies meiner Meinung nach zu einer demokratiepolitisch gefährlichen Entwicklung führen könnte. Hatten wir, wie vorhin erwähnt, im Jahre 1991 1778 vorgemerkte Arbeitsuchende, so müssen wir leider mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß mit Ende Jänner 1992 2543 Arbeitsuchende vorgemerkt sind. Das bedeutet 12,7 Prozent Arbeitslose im Bezirk. Dem gegenüber stehen 10,6 Prozent steiermarkweit und 7,8 Prozent österreichweit. Das Erschreckende dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, daß davon 630 Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr – dies bedeutet 25 Prozent – betroffen sind. Zur Untermauerung dieser schrecklichen Situation möchte ich Ihnen berichten, daß von diesen 2543 vorgemerkten Arbeitssuchenden 389 über 50 Jahre alt sind, dies sind 15,3 Prozent. Im gesamten Bezirk Voitsberg sind nur 254 offene Stellen registriert. Dies bedeutet, daß auf eine offene Stelle zehn vorgemerkte Arbeitsuchende kom-

men. Ich fordere deshalb mit besonderem Nachdruck im Sinne meines Bezirkes den Herrn Landeshauptmann sowie die zuständige Frau Wirtschaftslandesrätin auf, endlich Taten zu setzen. Der Bezirk Voitsberg ist in den letzten Jahren – wie bereits erwähnt – auf Grund seiner großen strukturellen Probleme, die durch die geographische Randlage noch verstärkt werden, und durch schwere Versäumnisse der ÖVP-Mehrheit in der Steiermark in eine äußerst schwierige Situation geraten. Da es für uns Sozialdemokraten im Bezirk kein Sich-Abfinden mit dieser Situation geben kann, wurde der Landeshauptmann der Steiermark bereits im Oktober 1988 durch eine Resolution aufgefordert, die Steiermärkische Landesregierung zu beauftragen, ein Programm zur Senkung der Arbeitslosigkeit im Bezirk Voitsberg zu erstellen. Leider hat der Herr Landeshauptmann beziehungsweise die Frau Wirtschaftslandesrätin in der gegenständlichen Frage bis heute noch keinen Kontakt mit uns aufgenommen. Hätten nicht Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek und Herr Finanzlandesrat Ing. Joachim Ressel nach dem Zusammenbruch der Firma Bauer im vergangenen Jahr gemeinsam mit der Arbeitsmarktverwaltung und dem Sozialministerium-Initiativen gesetzt, so hätten wir eine noch höhere Arbeitslosigkeit in unserem Bezirk zu verzeichnen. Für diese Initiative möchte ich unserem Landeshauptmannstellvertreter und dem Finanzlandesrat danken.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Während die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung den Ernst der Lage erkannt und den Bezirk Voitsberg in ihre Initiativen für die Steiermark einbezogen hat, geschah seitens der ÖVP-Mehrheit in der Steiermark für den Bezirk Voitsberg in der Vergangenheit wenig. Die vielfachen Bemühungen der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung könnten in vielen Bereichen noch wirksamer sein, wenn bei den ÖVP-Verantwortlichen in der Steiermark ein entsprechender Wille zur Zusammenarbeit mit dem Bund gegeben wäre. Abschließend, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Frau Wirtschaftslandesrätin, ersuche ich nochmals, ja, ich fordere Sie auf, alles zu tun, um die wirtschaftliche Situation im Bezirk Voitsberg zu verbessern. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 17.20 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Präsident Mag. Rader.

**Abg. Mag. Rader (17.20 Uhr):** Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe vorweg den Auftrag, einen Entschließungsantrag einzubringen namens der Kollegen Dipl.-Ing. Vesko, Weilharter, Peinhaupt, Bleckmann und meiner Wenigkeit, der sich am Ende dieser Diskussion mit möglichen Folgen künftiger Entwicklungen beschäftigen soll.

Das Land Steiermark hat in der Vergangenheit seine Solidarität, und das ist heute einige Male angeschnitten worden, mit der verstaatlichten Industrie immer wieder auch durch finanzielle Förderungen aus dem Landesbudget dokumentiert. Im vergangenen Jahrzehnt bündelt die verstaatlichte Industrie einen nicht unbedeutenden Anteil der Wirtschaftsförderungsmittel des Landes, wie die Landesregierung selbst in ihrem

sehr viel diskutierten Wirtschaftsförderungsbericht des Jahres 1990 dokumentierte. Trotz Einsetzung beträchtlicher Förderungsmittel ist es jedoch nicht gelungen, eine gesunde klein- und mittelständische Wirtschaft daneben aufzubauen, die jene Mitarbeiter aufzufangen könnte, die die verstaatlichte Industrie dennoch freisetzen mußte und auch leider noch muß. Die Steiermark sollte sich nun jedoch nach dieser Phase auf den Aufbau von Klein- und Mittelbetrieben fast allein konzentrieren. Damit ist die Betreuung dieser Betriebe durch professionelle Privatunternehmen vorzuziehen. Sie befinden sich unter ebensolchem Kostendruck wie die auszubauenden oder anzusiedelnden Unternehmen selbst, haben aber – weil selbst Unternehmer – viel mehr Verständnis für die Probleme der Betriebe, wie sie eine andere Organisation, auch wenn diese formal privatwirtschaftlich geführt wird, haben können. Ein funktionierendes Beispiel ist das heute schon positiv wie negativ angeschnittene AIZ in Zeltweg, das von der Firma Job-Creation unter Beteiligung der Anrainergemeinden und anderer Teilhaber getragen wird. Ich hatte seinerzeit Gelegenheit, mich für diese Frage stark zu machen. Wie in Zeltweg waren auch nach der Konzeption der Firma Job-Creation Gründerzentren für den Raum Mürztal, für den Raum Bruck-Kapfenberg und den Raum Leoben vorgesehen, die bisher mangels an Interesse von Bund und Land allerdings nicht zur Ausführung gelangten.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Das Land Steiermark konzentriert sich in seiner Wirtschaftsförderung ab jetzt auf die klein- und mittelständische Wirtschaft.

Zweitens: Die in den verschiedenen Studien der Job-Creation im Jahre 1986 und folgende vorgesehenen restlichen drei Gründerzentren, nämlich im Mürztal, Bruck/Kapfenberg und in Leoben, sind sofort auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen. Dabei ist die Republik Österreich als Eigentümer der verstaatlichten industriellen Unternehmungen, die ja Menschen freisetzen müssen, zu einer Beteiligung zu bewegen.

Drittens: Die Landesregierung wird beauftragt, untersuchen zu lassen, inwieweit überhaupt mit der Betreuung und Ansiedlung von klein- und mittelständischen Unternehmen Privatunternehmen zu beauftragen sind.

Viertens: Die erst kürzlich erfolgte Umstrukturierung der steirischen Wirtschaftsförderung, die heute auch schon einige Male angeschnitten wurde, ist neuerlich darauf zu untersuchen, ob wirklich jeglicher politischer Einfluß ausgeschaltet wurde.

Fünftens: Über den Umsetzungsgrad, betreffend den Punkt eins, sowie über die Ergebnisse der Überprüfungen, betreffend die Punkte zwei, drei und vier, ist dem Landtag bis Ende Juni 1992, also mit Ende dieser Frühjahrssession, zu berichten.

Meine verehrten Damen und Herren, nach der Einbringung dieses Antrages erlauben Sie mir noch einige wenige Anmerkungen am Ende dieser langen Diskussion. Es ist heute zu Beginn der Diskussion das Wort gefallen vom Syndrom der Hilflosigkeit. Meine Damen und Herren, ich halte die Tatsache, daß es mit wenigen Ausnahmen, über die wir hinwegsehen soll-

ten, den ganzen Tag über zu keinen Schlammschlächten gekommen ist, zu keinen üblen Auseinandersetzungen, nicht für ein Syndrom der Hilflosigkeit, sondern für die Überzeugung, daß dieser neugewählte Landtag in dieser Konstellation überzeugt ist, daß er in Ruhe, Sachlichkeit und mit Engagement – und wenn es Ausritte gegeben hat, dann sicher nicht aus Bösartigkeit, sondern aus persönlichem Engagement, auch für die Gruppe und für die Region –, daß er mit diesem Engagement sich den Problemen widmen muß. Und zweitens, ich halte die Wortmeldungen und die Diskussion, die wir heute den ganzen Tag über erlebt haben, auch für ein Zeichen, daß alle, wir alle, ich schließe alle ein, die politisch tätig sind, erkannt haben, daß die Zeiten vorbei sind, wo wir den Menschen sagen können, daß die Politik alles regeln kann. Sie bräuchten sich nur zu wünschen, was sie möchten. Das ist auch eine Erkenntnis dieser heutigen Diskussion, die mit so viel Engagement und Sachlichkeit stattgefunden hat. Und, meine Damen und Herren, wenn in den letzten Tagen in den Zeitungen die Meldungen aufgetaucht sind, daß hier ein neuer Klassenkampf zwischen Kleingewerbe gegen die verstaatlichte Industrie, den man vielleicht aus diesem Antrag herauslesen könnte, ausgebrochen ist, dann darf ich klarstellen, daß das nicht so ist, sondern was wir tun müßten, ist, irgendwann einmal zu dem jetzigen Zeitpunkt, wo die Mittel so knapp geworden sind, eine Interessenentflechtung vorzunehmen, weil in den vergangenen Jahrzehnten, wie die Entwicklung entstanden ist, daß alle Gebietskörperschaften in allen Förderungsbereichen, unabhängig von Zuständigkeiten und Kompetenzen, verzahnt gleichmäßig eingestiegen sind. Vielleicht ist es ein Ausweg, wieder auch für die politisch Tätigen, wenn wir eine Interessensentflechtung vornehmen und dem Bund jene Bereiche überlassen zur vordringlichen Bearbeitung, die ihm gehören, nämlich die verstaatlichten Industriebereiche, und wir uns auf jene Bereiche konzentrieren, die uns unmittelbar vor der Haustür berühren und wehtun, nämlich die klein- und mittelständischen Bereiche.

Erlauben Sie mir abschließend, weil morgen die Landesregierung zusammentritt, um das Budget vorzubereiten, das wir demnächst in diesem Hause zu beraten haben werden, noch einige wenige Anmerkungen dazu. Es ist auch aufgefallen heute in der Diskussion des ganzen Tages, daß eigentlich die vor zehn, fünfzehn Jahren üblichen Diskussionen, wo jeder noch mehr verlangt hat in diesem Hause, den ganzen Tag nicht stattgefunden hat. Nur ein einziges Mal, zu Beginn der Anfragebeantwortung der Frau Landesrätin, hat sie einige Größenordnungen auf den Tisch gelegt, die sie sich vorstellt, aber sonst ist in der gesamten Diskussion das üble „bitte ich will mehr Geld, und ich bringe mehr Geld“ nie aufgetaucht. Auch das ist eine Erkenntnis, daß wir in der Zwischenzeit in einer Situation sind, wo wir uns das nicht mehr erlauben können.

Ich möchte, weil ich das gestern gelesen habe, ich glaube, im Zusammenhang mit jenen Wortmeldungen, die ich in den letzten Tagen öffentlich abgegeben habe, den Verdacht zurückweisen, es handle sich hier um eine parteipolitische Doppelstrategie. Meine Damen und Herren, das ist es nicht, sondern wir haben gemeinsam in der letzten Periode uns auf Entwicklungen geeinigt, zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir

über die Verhältnisse gelebt haben. Wir haben, alle Parteien, die es hier in diesem Hause gegeben hat und auch heute noch gibt, uns gemeinsam geschworen, daß wir künftig das Ausufern der finanziellen Entwicklungen nicht mehr akzeptieren werden können. Alle gemeinsam. Natürlich haben der Landtag und die Landesregierung ein bestimmtes Spannungsverhältnis untereinander, und erlauben Sie mir, wenn ich das vergleiche, daß der Landtag in der Situation eines Mannes ist, zu dem sein Nachbar kommt und sagt: „Gib mir bitte 1000 Schilling. Ich brauche dringend 1000 Schilling.“ Und der Nachbar sagt: „Ich gebe dir die 1000 Schilling nicht, und sei mir dafür dankbar.“ Worauf der sagt: „Entschuldigung, ich komme zu dir, will mir von dir 1000 Schilling ausleihen, du gibst sie mir nicht und willst noch dafür haben, daß ich dankbar bin? Wieso denn das?“ Sagt er: „Das ist ganz einfach. Ich hätte auch sagen können, komme morgen wieder, ich habe das Geld nicht da, und wenn du morgen gekommen wärest, hätte ich gesagt, bitte komme übermorgen, dann hätte ich gesagt, komme nächste Woche oder nächsten Monat, und ich hätte dich so lange hinausgetröstet, bis du entweder aufgibst oder einen anderen suchst, der dir die 1000 Schilling gibt. Aber den hättest du nicht gefunden, weil du hättest dich ja die ganze Zeit darauf verlassen, daß du von mir das Geld ohnehin bekommst, nur eben einen Tag später. Also sage ich dir lieber gleich, damit du dir von vornherein einen anderen suchen kannst, wo du dein Geld holst, du kriegst das Geld nicht, und damit du dich darauf konzentrieren kannst, sollst du mir auch zusätzlich noch dankbar sein, weil nur so hast du die Chance, einen anderen zu bekommen.“

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Wochen, wenn man die Zeitungen verfolgt, und ich habe volles Verständnis dafür, nahezu täglich in der Zeitung lesen können, für welches wichtige Problem, vollkommen richtig, mindestens die Größenordnung von einer Milliarde gebraucht wird. Nachholbedarf, zukünftiger Ausbaubedarf, alles mögliche, der Kollege Vesko hat sie ja schon aufgezählt. Und ich habe volles Verständnis für jede einzelne dieser Forderungen, weil erstens, es ist ja nichts, was hinausgeschmissen ist, sondern weil man das braucht und weil natürlich jedes Mitglied dieser Landesregierung die Verpflichtung hat, bitte vielleicht außer dem Finanzreferenten, der hat eine andere Verpflichtung, alle anderen haben natürlich die Verpflichtung, ein Maximum für das herauszuholen, was sie an Aufgabenerfüllung zu erledigen haben. Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, sind wir tatsächlich soweit, wer nicht eine Milliarde verlangt, verlangt schon wenig, und wenn einer 100 Millionen verlangt, so wie zurückhaltenderweise der Kollege Tschernitz, da nimmt das überhaupt keiner mehr zur Kenntnis, weil die Summe so gering ist. Meine Damen und Herren, das ist alles richtig. Aber vor etwa eineinhalb Jahrzehnten hat diese Politik der Schuldenausweitung in einer anderen Gebietskörperschaft, nämlich im Bund, begonnen. Das ist in diesem Hause oft diskutiert worden. Wenn Sie die Protokolle nachlesen, werden Sie das alles sehen. Und jetzt, nach etwas mehr als eineinhalb Jahrzehnten, zahlen wir den Preis für diese Vorwegverschuldung. Ich weiß nicht, ob es sehr vernünftig ist, wenn wir zu dem Zeitpunkt, wo wir endgültig erkennen, daß diese Art der Politik, die auch nicht bösartig erfolgt ist, sondern

wirklich mit gutem Gewissen und mit gutem Willen, etwas Gutes zu tun, falsch war, weil man ja alles doch wieder irgendwann einmal zahlen muß, daß wir zu diesem Zeitpunkt mit genau derselben Politik in diesem Hause beginnen sollten. Erlauben Sie mir, ich halte es für notwendig, daß wir diese Warnung kurz vor dieser beginnenden Budgetdebatte auch einmal formulieren, was immer dann herauskommt. Ich weiß, niemand hat es leicht. Und ich beneide kein einziges Mitglied der Landesregierung morgen, die sich untereinander einigen werden müssen, aber wir haben gemeinsam zur Kenntnis genommen, schon im Herbst 1990, daß die Abgeordneten dieses Hauses, und zwar jeder einzelne, in Wahrheit laut der Verfassung die Verantwortung für die finanzielle Entwicklung dieses Landes trägt. Nicht die Mitglieder der Landesregierung, wir tragen die Verantwortung. Und wir haben die Hälfte der Abgeordneten hier neu, und ich nehme an, daß sie den Problemen der künftigen Verschuldung sensibler gegenüberstehen als jene, die dieses System schon lange mitgemacht haben und auch erlebt haben, daß eigentlich noch nichts Ernsthaftes passiert ist. Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist ein gutes Zeichen, daß dieser Landtag heute keine Diskussion um Ausweitung der Finanzmittel geführt hat, sondern eher sich mit Grundsätzlichem beschäftigt hat. Wir werden die Probleme irgendwie lösen müssen. Aber wir werden, wie jeder einzelne Familienvater hier herinnen und jede einzelne Hausfrau, uns nach unserer Decke strecken müssen, ob es uns paßt oder nicht paßt. Und wir haben kein Recht, eine Entwicklung voranzutreiben, wo wir nicht auf Kosten unserer Kinder bereits die Schulden aufnehmen, sondern, wie ich befürchte, bereits auf Kosten unserer Enkel. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 17.34 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

**Abg. Ing. Löcker (17.34 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich entschuldige mich, daß ich auch noch Ihre Zeit beanspruche, zumindest bei den Kollegen der Freiheitlichen und meiner Fraktion. Anderweitig bitte ich, das auch zu entschuldigen, obwohl wir diesen heutigen Tag ja nicht veranlaßt haben. Es gibt jetzt ein Buch, das heißt: „Vorsicht Politiker“, der Autor ist Böschberger, und da steht drinnen: „Politik ist das selbstgenügsame Spiel einer Kleingruppe, das, gäbe es die Medien nicht, von der Öffentlichkeit nicht einmal wahrgenommen würde.“ Ich könnte damit meine Rede schon beenden, denn die Medien sind nicht mehr vertreten, und wir sollten zur Selbsterkenntnis unseres Tuns kommen.

Wir diskutieren heute über das Gelingen oder Versagen der steirischen Wirtschaftsförderung, und wir sollten uns das wirklich ernstmachen. Da ist einmal ein Grund, daß die Dotierung zu gering ist. Wenn der Frau Landesrätin im Jahr rund 500 Millionen zur Verfügung stehen, aber wenn zum Vergleich dagegen die Leykam in Gratkorn in einem Jahr aus Umweltgründen allein 900 Millionen in ein Werk investiert, dann kann man sich schon vorstellen, daß das landesweit keine Spezifikation ist. Es fehlen einmal die Mittel. Und die zweite Frage wäre dann über die richtige An-

wendung. Da könnte es natürlich auch hie und da passieren, daß etwas nicht so ist, wie man es sich erwartet. Wir haben gute innovative Ansätze in der Wirtschaftsförderung, aber in der Umsetzung ist wie in der Produktion das ganze wesentlich schwerer. Und wir wissen gerade als Europäer, daß uns im Umsetzungsbe- reich die Standhaftigkeit oftmals fehlt. Das ist nicht nur in der Politik zu treffen, sondern genauso in der Wirtschaft. Ich glaube, auch bei allen anderen Gesellschaftsschichten. Wenn man von Wirtschaftsförderung spricht, dann ist das mit Geld und Geist allein nicht zu bewerkstelligen. Das Umfeld der Wirtschaft ist mindestens genauso wichtig. Ich nenne hier also Rahmenbedingungen, die Wirtschaftsgesinnung allgemein, ja sogar die Ethik und die Moral kommen in diesen Bereich hinein. Ich bin selbst praktizierender Gewerbetreibender, und ich kann mich noch genau erinnern, ich will kein Politikum machen, aber als sich in einer österreichischen Regierung die Skandale zu häufen begannen, die zum Teil heute noch gerichtsanhängig sind, da haben jene Kunden bei mir zugenommen, die um ein Anbot gekommen sind und nach einiger Zeit mir den Auftrag geben wollten und sagten: Ich würde Ihnen gerne den Auftrag geben, aber ich habe ein Anbot einer Pfuscherpartie, das um die Mehrwertsteuer billiger ist. Entweder machen Sie es mir auch ohne Mehrwertsteuer oder ich gehe zu den Pfuschern, denn dieser Regierung oder solchen Menschen, die mit dem Geld so großzügig umgehen, werfe ich mein hart erworbenes Geld nicht nach. Das sind Dinge, die eingerissen sind, und natürlich hat es sich auch der Mensch, der das Geld hart verdient, angeeignet, es sich zu richten. Inzwischen haben wir einen grauen Markt in der Wirtschaft, der äußerst bedenklich ist und der eigentlich von niemandem mehr angegriffen wird, weil er gar nicht mehr angreifbar ist, so heiß ist das Thema. Es gibt ja viele Stufen in dieser Entwicklung. Ich denke zum Beispiel an die Gewinnausschüttung – bitte, ich will nicht polemisch sein – in der verstaatlichten Industrie in einer Zeit, als diese Betriebe Verluste bauten, die vom Steuerzahler subventioniert wurden und werden mußten und wo man sich auf ein oberstergerichtlich Erkenntnis berufen hat, wonach eine jahrelange Gewinnausschüttung, die damals zu Recht erfolgt ist, einfach ein Lohnbestandteil ist und ausbezahlt werden muß. Was haben sich jene Arbeitnehmer in der anderen Wirtschaft gedacht, die eine Leistung erbringen mußten, damit sie keinen Verlust gebaut haben? Das war doch zutiefst demotivierend für große Arbeitnehmerkreise. Man kann also auf die Dauer nicht wider den Geist in der Wirtschaft sündigen.

Zum Schluß noch ein Beispiel: Vor gar nicht langer Zeit wurde hier von diesem Podium aus auch von Gewerkschaftern voller Stolz eigentlich das Arbeitsrecht verkündet in der Sache Entlassung Geschäftsführer Steiermark-Werbung. Es ist begründet worden, daß bei einem Einkommen, das – wir wissen es nicht – gering ist, die Unfähigkeit noch kein Entlassungsgrund ist. Ich bitte, ich frage Sie, was soll der andere Mensch denken, der für viel weniger Geld intensiv gefordert wird, wenn selbst die Gewerkschafter stolz darauf sind, daß Unfähigkeit kein Entlassungsgrund ist? Wir müssen uns da wirklich selbst einmal die ganze Sache überlegen. Dann kommt noch dazu, daß sich die Arbeit lohnen muß. Wenn jemand einen Leistungs-

anreiz haben soll, dann muß es sich lohnen. Die Nebenkosten, die zwar der Unternehmer zahlen muß, die aber dem Arbeitnehmer nicht zugute kommen, sind in Österreich zu hoch. Und wenn ich sage, daß wir mit Italien 100 Prozent haben, daß jemand, der 10.000 Schilling in die Tasche bekommt, noch einmal mit 10.000 Schilling an die öffentlichen Institutionen vom Unternehmer honoriert werden muß, daß wir also in Österreich verdoppeln, in Deutschland sind es 86 Prozent, in Schweden 76 Prozent, in der Schweiz 60 Prozent und in Japan 30 Prozent, dann ist es allein auf Grund dieser Situation natürlich sehr schwer, Leistungsanreize durch entsprechende Ausschüttung des Nettolohnes zu geben. In letzter Zeit ist auch über den Niedriglohn gesprochen worden. Ich hüte mich auch nicht vor diesem heißen Eisen, als Unternehmervertreter. Es stimmt, daß jemand, der 10.000 Schilling verdient, wirklich sehr, sehr bedient ist, wenn ich den Begriff verwenden darf. Aber eines ist auch klar. Diese Entlohnung erfolgt in Betrieben von Grenzregionen mit Arbeitsplatzmangel, und noch dazu in Betrieben, die Produkte erzeugen, die von der ausländischen Konkurrenz, Fernost und so weiter, wesentlich billiger hergestellt werden können. Wenn man jetzt sagt, dieser Lohn ist zu niedrig, dann muß man sich überlegen, entweder fördere ich den Lohn, oder ich fördere ihn nicht, dann sperre ich zu, weil die Konkurrenzfähigkeit des Betriebes nicht gegeben ist. Dann muß ich aber das den Arbeitnehmern auch sagen. Und wenn ich jemand um 20 Prozent, angenommen, einen höheren Lohn bezahle in Radkersburg unten, und er bekommt das in Graz, dann hat er eine um mehr als 20 Prozent längere Arbeitszeit, weil er hin- und herfahren muß, und er hat unter dem Strich überhaupt keinen Gewinn. Er hätte die zwei Überstunden noch in Radkersburg machen können und käme auf denselben Lohn. Von einer Kurzarbeit oder sonstigen Dingen, die dann nicht möglich wären infolge der Entfernung, gar nicht zu reden. Das heißt also, sehr viele Probleme, die mit der Wirtschaft zusammenhängen, sind sehr diffizil. Und man kann mit wenigen Schlagworten – und in den Medien ist es oft sehr schwer, das durchzuarbeiten – auch mitunter eine falsche Meinung erwecken.

Der Herr Kollege Erlitz hat früher über die Berufsausbildung in Österreich gesprochen. Ich kenne ja die Anliegen der Sozialdemokraten, daß sie mehr verschult werden soll und so weiter. Dazu darf ich aber etwas sagen. Es gibt in allen Berufsgruppen Landeswettbewerbe, Bundeswettbewerbe, internationale, sogar Weltbewerbe. Und die Steiermark und Österreich haben bei diesen Weltbewerben mit Überdurchschnitt und sogar an der Spitze stehend abgeschnitten. Es gibt keinen Wettbewerb auf irgendwelchem Kontinent dieser Erde, wo nicht österreichische Lehrlinge die Goldmedaille nach Hause bringen. Weil der Herr Kollege Erlitz gesagt hat, unsere Lehrlinge müßten besser ausgebildet werden, damit sie an das europäische Niveau angepaßt werden. Wir sind in Europa Spitze, und wir sind weltweit Spitze, das getraue ich mir zu behaupten.

Noch etwas, wegen der Lehrlingsausbildung, daß da die Wirtschaft zu wenig dazu leistet. Das Land Steiermark betreibt ein Berufsschulinternat in Fürstenfeld und bedeckt dabei einen jährlichen Abgang im Jahr 1991 von 11,24 Millionen. Die Handelskammer als frei-

willige Organisation für die Lehrlingsbetreuung betreibt 14 Internate in der Steiermark und bekommt hierfür als Abgangsabdeckung vom Land für die Erziehung und Erhaltung 16 Millionen. Alles andere trägt die Handelskammer bitte freiwillig. Sie wäre nicht verpflichtet per Gesetz, diese Leistung zu bringen. Das allein ist eine jährliche Wirtschaftsförderung von mehr als 140 Millionen Schilling. Und wenn mitunter gesagt wird, daß es da oder dort einen Unternehmer gibt, der die Lehrlinge ausnützt, wir haben ja schon darüber diskutiert, so ist das bedauerlich, wenn das zutrifft, aber ich darf wirklich sagen, und ich hoffe, daß das Einzelfälle sind. Ich würde auch als Unternehmer nie sagen, wenn ich einen nicht sehr motivierten Mitarbeiter, wenn ich es vorsichtig ausdrücken darf, habe, daß die Arbeitnehmer faul sind. Ich bitte jede Seite hier, eine gewisse Maßregelung und Selbstkontrolle zu finden. Im übrigen, und es stimmt schon, daß der Lehrling mit seinen Aufgaben nicht immer einverstanden ist, die er vom Lehrberechtigten bekommt, er darf ja jetzt auch nicht mehr Lehrling genannt werden, sondern Auszubildender, im Gesetz steht das auch – die haben sich hoch entwickelt, so nebenbei gesagt. Aber Prof. Ringel hat schon gesagt, echte Autorität entsteht aus der Bewältigung von Problemen. Und wenn ich staatlich verordnen will, daß der Lehrling überhaupt keine Probleme hat, weil wir unsere Hand darüberhalten, dann zweifle ich, ob der Lehrling lernt, sich im Leben zu behaupten. Es schadet nichts, er darf nicht überfordert werden, aber es schadet auch nicht, wenn für ihn die Lehrzeit eine Herausforderung ist. Wir wissen sogar, daß junge Menschen nach Herausforderungen suchen.

Eine weitere Möglichkeit, Wirtschaftsförderung zu betreiben, und das hätten wir wohl in der Hand als Politiker, wäre zum Beispiel die Raumordnung. Ich war eine Zeitlang in diesem Raumordnungs-Ausschuß, und ich war ehrlich gesagt nicht zufrieden, und zwar, weil man einfach wirtschaftsfremd ist. Wenn da zum Beispiel in der Oststeiermark in einem Tal, wo es ohnehin zu wenig Arbeitsplätze gibt, ein bestehender Betrieb am Rande des Ortes sich erweitern will, dann kommt ein Gutachten, das sagt, für den Wanderer ist der Blick auf den freien Talboden verwehrt, und deswegen kann man dem nicht zustimmen. Da muß man sich halt überlegen, was Priorität hat, ehrlich gesagt. Und wenn man dann sagt, ja, wir haben ein regionales Planungskonzept, daß 15 Kilometer weiter weg ohnehin eine Betriebsansiedlung geplant ist, dann muß ich sagen, da müßten diese Leute auch alle dorthin pendeln und hin- und herfahren. Das wollen wir auch nicht haben, noch dazu, wenn es, wie in diesem Fall, ein Betrieb der Grundstoffproduktion war, die dort wächst noch dazu, das Holz nämlich. Es gibt einiges. Oder, in der Südsteiermark ein Tischlermeister will zu seiner Werkstätte dazubauen, soll ihm verwehrt werden, weil ein Wohnhaus zu nahe an der Werkstätte ist. Dann stellt man im Zuge der Erhebungen fest, daß es das Wohnhaus des Tischlermeisters ist. Und dann will man dem Tischlermeister vorschreiben, wie weit er von seiner Werkstätte weg sein darf. Von Graz aus, von der Beamtenebene, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich würde bitten, wenn Ihre Vertreter etwas praxisorientierter wären in diesem Gremium. Ich will das jetzt da protokollarisch nicht nennen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-

Blazizek: „Im Beirat!“ Im Beirat. Ich würde Sie bitten. Es wäre notwendig. Es schaut von hier aus anders aus als draußen. Ich könnte mehrere Dinge dieser Angelegenheiten nennen.

Eine weitere Wirtschaftsförderung könnte sich ergeben aus dem in Beratung stehenden Tourismusgesetz. Hier gibt es ideologische Probleme, wenn ich es so sagen kann, oder vielleicht ist das überzeichnet. Aber etwas ist, und das sage ich namens der Wirtschaft, für dieses Gesetz wird ausschließlich die Wirtschaft zur Zahlung verpflichtet. Jetzt hoffe ich, und ich nehme an, daß die Wirtschaft so vernünftig ist, daß sie etwas haben will, das ihr und damit auch der Gesamtwirtschaft nützt. Ich würde warnen, daß man jetzt wieder, dank der Kraft des Gesetzgebers, das Gesetz so verändert, daß damit ein Apparat entsteht oder entstehen muß, wo zum Teil durch die Kosten des Apparates ein Großteil der Einnahmen wieder bekommt oder wo Dirigismus entsteht oder, konkret gesagt, es hilft nichts, wenn wir von hier aus per Gesetz verordnen, daß in einer Region ein Tourismus entstehen soll. Sie haben das als Kirchturmpolitik bezeichnet, unseren Standpunkt, wenn dort nicht die Infrastruktur und gar nichts vorhanden ist, das diesen Tourismus dann annehmen könnte. Wir sind der Meinung, ein Geld und Förderung dort, wo etwas förderungs- und entwicklungsfähig ist, wenn wenigstens ein Mindestansatz gegeben ist. Und der Mindestansatz wäre im Entwurf genau fixiert durch die Fremdenverkehrs-nächtigung und sogar durch die spezifischen, pro Einwohner und durch die Getränkeabgaben und alles. Aber wenn das selbst alles nicht stimmt, dann kann ich nicht, so wie das Ihr Wunsch ist, per Gemeinderatverordnung trotzdem Tourismus machen, denn dann macht mit diesem Geld niemand etwas Sinnvolles. Und das wäre unser Anliegen, daß man das wirtschaftsnaher macht. Wir können uns über viele andere Dinge einigen, aber ich glaube, diese Argumente sind besser. Ich würde sogar sagen, weitgehend als Wirtschaftsabgeordneter, nicht, weil ich so eine Scheuklappe vor dem Auge habe, aber daß ich dann diesem Gesetz einfach persönlich nicht mehr zustimmen möchte, weil ich einfach da keinen Sinn drinnen sehe. Ich glaube aber trotz allem, daß Optimismus angesagt ist, daß wir eine gute Wirtschaftsstruktur haben in der Steiermark, von der Industrie beginnend, die es natürlich am schwersten hat, aber die mittelständischen und Kleinbetriebe sind wirklich ein Hoffnungsträger. Und sollte es uns einmal schlecht gehen, dann trifft uns das nicht unvorbereitet, denn wenn es uns in den nächsten fünf Jahren etwas schlechter ginge, dann könnten wir von den Reserven leben, denn wir haben mindestens schon für zehn bis fünfzehn Jahre vorausgejammert. (Beifall bei der ÖVP. – 17.49 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dörflinger.

**Abg. Dörflinger (17.49 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Vielleicht vorweg eine persönliche Anmerkung: Es ist heute sehr viel über Bildungspolitik geredet worden. Es gibt den Witz, daß manche Leute am Standesamt promoviert haben. Ich bin wahrscheinlich der erste Abgeordnete, der im Landtag promoviert hat. Ich

bin nicht Doktor, für alle die, vor allem der Kollege Grillitsch, der mich so bezeichnet hat, ich habe diese Bildungsstufe nicht, die Sie mir zubilligen. Ich danke Ihnen aber für die Möglichkeit, daß Sie glauben, daß das möglich wäre. (Abg. Dr. Hirschmann: „Aber ein gescheiter Bursch bist du schon!“) Mir wird es heute ein bisserl unheimlich. Dreimal am Tag vom Gerhard Hirschmann gelobt zu werden, ist natürlich eine gefährliche Drohung, ich nehme sie zur Kenntnis und werde sie aushalten. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Wenn er dich noch einmal lobt, bekommst du es mit mir zu tun.“) Es scheint beabsichtigt zu sein.

Herr Präsident, Hohes Haus. Ich darf namens der sozialdemokratischen Fraktion den Beschlußantrag vorbringen:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Richtlinien für die neue Wirtschaftsförderung im Rahmen der Steirischen Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. auf Basis der Vorschläge der Geschäftsführung in der nächsten Regierungssitzung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, so zeitgerecht ein Steiermärkisches Wirtschaftsförderungsgesetz vorzulegen, daß eine Beschlußfassung über diesen Entwurf im Landtag bis spätestens Ende Mai möglich ist. Dieses hat eine grundlegende Novellierung der derzeit geltenden Wirtschaftsförderungsgesetze aus dem Jahre 1977 sowie eine adäquate Anpassung an die neue Wirtschaftsförderung vorzusehen, wobei jedenfalls folgende Förderungsgrundsätze aufzunehmen sind: a) Übertragung aller Wirtschaftsförderungsagenden von der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung auf die Steirische Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H., ausgenommen jene unter Punkt 4 dieses Beschlußantrages genannten; b) keine Förderung für Niedriglohnbetriebe; c) besondere Förderung von qualitativ hochwertigen Produktions- und Dienstleistungsbetrieben; d) Gleichbehandlung der Fördererwerbber, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen, das heißt keinerlei Unterscheidung, ob die öffentliche Hand (verstaatlichte Betriebe) oder Private als Unternehmer auftreten; e) Förderung neuer Technologien, insbesondere Umwelttechnologien; f) Schaffung von Frauenarbeitsplätzen, die dem Gleichbehandlungsgebot voll entsprechen und sozialpolitisch verträglich sind; g) Absicherung des Wagnisses über die Bereitstellung von Risikokapital; h) Förderung der Internationalisierung von Unternehmen.

Drittens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für Maßnahmen im Rahmen der neuen Wirtschaftsförderung über die Steirische Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. Mittel in der Höhe von 200 Millionen Schilling bereitzustellen und einen Rahmen für Ausfallhaftungen bis zu 200 Millionen Schilling für Beteiligungen im Rahmen der neuen Wirtschaftsförderung vorzusehen. Die Vergabe soll gemäß den von der Landesregierung zu verabschiedenden Richtlinien erfolgen.

Viertens: Durch Beschlüsse der Steiermärkischen Landesregierung eingegangene und bedeckte Förderungsverpflichtungen sind von der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung abzuwickeln.

Fünftens: Unerledigte Altfälle sind nach den von der Landesregierung zu genehmigenden Richtlinien für die neue Wirtschaftsförderung zu beurteilen und bei Richtlinienkonformität an die Steirische Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. zur weiteren Bearbeitung zu übertragen.

Sechstens: Die Fachabteilung für Wirtschaftsförderung ist bis spätestens 31. Dezember 1992 aufzulösen.

Siebtens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Jahr 1992 die Zusammenfassung der Kleingewerbeförderungsaktionen (Fonds für gewerbliche Darlehen, Bürges-Regionalprämie und Nahversorgungsaktion) über Vorschlag der Steirischen Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. zu einer Kleingewerbeförderungsaktion zusammenzufassen und mit neuen Richtlinien, die spätestens im Jahr 1993 wirksam werden, an die Steirische Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. zu übertragen.

Achtens: Die im Jahr 1991 begonnene Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung ist im Jahr 1992 dahin gehend fortzusetzen, daß die Vereine BEA (Steirische Gesellschaft für Betriebserweiterungen und Betriebsansiedlungen) sowie Technova mit Jahresende 1992 aufgelöst und deren Agenden im Rahmen der Innofinanz-Ges. m. b. H. in Zukunft wahrgenommen werden.

Neuntens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, der Steirischen Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. den Auftrag zu erteilen, in Zusammenarbeit mit den Regionen, den Interessensvertretungen und den dortigen Initiativen ein Konzept für wirtschaftlich benachteiligte Gebiete in der Steiermark zu entwickeln, das sich der Förderungsinstrumentarien der neuen Wirtschaftsförderung bedient und in den nächsten Jahren zum Strukturwandel dieser Regionen einen Beitrag leisten soll.

Zehntens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Wege der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft ehebaldigst eine Landesarbeitsstiftung Steiermark einzurichten.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich wiederhole die Argumente, die vorgebracht wurden, nicht, ich möchte aber, nachdem Gerhard Hirschmann mich heute schon ein paarmal zitiert hat, durchaus seine Ursprungs- und seine Eingangsbemerkung unterstützen, daß eine Landtagssitzung, auch wenn sie acht Stunden dauert, nichts bewegt und keinen Arbeitsplatz schafft. Aus diesen Gründen ersuchen wir den Landtag, ersuchen wir Sie, meine Damen und Herren von der FPÖ und von der ÖVP, unserem Antrag beizutreten und eine konkrete Maßnahme zu setzen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.55 Uhr.)

**Präsident:** Als 28. Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Frizberg das Wort.

**Abg. Dr. Frizberg (17.55 Uhr):** Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Ich bin wirklich dankbar, daß wir heute hier Gelegenheit hatten, einmal ausführlich über die steirische Wirtschaft und über den steirischen Arbeitsmarkt zu reden. Leider war bisher das Ergebnis – und wir werden noch in den Beratungen sehen, ob wir weiterkommen – eigentlich nur, daß der Unterschied zwi-

schen Theorie und Praxis insbesondere auf Grund der Inszenierung dieses heutigen Tages besonders stark herausgekommen ist. Und wir können ja nicht leugnen, daß der Arbeitsmarkt heute tatsächlich eine gespaltene Konjunktur- und Beschäftigungsentwicklung aufweist, in einzelnen Branchen – Beispiel: Stahl, Eisen und dergleichen mehr – echte Probleme kennt, echte Probleme, die überhaupt nicht zu leugnen sind. In diesem Zusammenhang sei auch offen eingestanden, daß es sicherlich die Verstaatlichte wesentlich schwerer hat als manche andere Bereiche. Aber letztendlich ist es ein Faktum, daß allein in den letzten fünf Jahren innerhalb zum Beispiel der gesamten steirischen Industrie der Anteil der verstaatlichten Industrie von 32 Prozent der Beschäftigung auf heute nur mehr knapp 23 Prozent zurückgegangen ist. Und da habe ich bei den 23 Prozent alle die Betriebe noch als verstaatlichte Betriebe hinzugerechnet, die zumindest über 51 Prozent staatliches Eigentum verfügen. Das allein zeigt schon, wo die wahren Probleme insbesondere in der Obersteiermark am Arbeitsmarkt bestehen, und ist eigentlich auch ein Beispiel dafür und ein Beleg dafür, wie schon Frau Landesrat Klasnic ausgeführt hat, daß die Verstaatlichte heute auch ein wesentlicher Produzent der Altersarbeitslosigkeit ist, ein gravierendes Problem, das wir nicht leugnen sollten. Kleine Nebenbemerkung: Der öffentliche Arbeitgeber in den öffentlichen Diensten, ganz egal, ob Gemeindestube, Land oder Bund, ist für mich eigentlich das größte Problem in der Beschäftigung älterer Mitarbeiter, weil hier die Einstellungsverhältnisse überhaupt keine Beschäftigung für ältere Mitarbeiter vorsehen. Das könnte sich die Privatwirtschaft eigentlich überhaupt nicht leisten. Das ist der eine Teil des gespaltenen Arbeitsmarktes. Auf der anderen Seite haben wir in der steirischen Wirtschaft insgesamt Verhältnisse, wobei freie Arbeitsplätze nicht nachbesetzt werden können. Wobei Angebote, zum Beispiel bei Bauvorhaben, überhaupt nicht mehr abgegeben werden, weil die Arbeitskapazitäten das gar nicht mehr zulassen. Wo die Annoncen in den Zeitungen überquellen vor Arbeitsplatzangeboten und wo wir eine Arbeitsmarktverwaltung haben, bei der höchstens jeder zweite Betrieb überhaupt nur mehr bekannt gibt, daß er Arbeitsplätze frei hat, weil die Betriebsinhaber sagen, sinnlos, bei dieser Arbeitsmarktverwaltung brauche ich mich gar nicht zu melden, hier kommt eigentlich überhaupt nichts heraus. Das ist die andere Seite der Medaille, und wir können froh sein, daß auf diese Art in der Steiermark heute 4000 Arbeitsplätze mehr vorhanden sind als zum Beispiel exakt vor einem Jahr. Ich sehe das als Krise des Sozialverwaltungssystems, und nicht als Krise am Arbeitsmarkt in erster Linie.

Erlauben Sie mir noch eine einleitende Bemerkung. Ich kann nicht umhin, wieder einmal mein Credo festzuhalten, daß die Wirtschaftspolitik der Zukunft eine Infrastrukturpolitik ist, daß die Zukunft der Wirtschaftspolitik in der auf die jeweiligen regionalen Bedürfnisse zugeschnittenen Beistellung der wichtigsten Infrastrukturvoraussetzungen, egal ob in Sachen Technologie, ob im Bereich Schulen, ob im Bereich Verkehr, liegen. Und im Bereich Verkehr haben wir ein steirisches Gesamtverkehrskonzept von Landeshauptmann Krainer vorgelegt bekommen. Hier gilt es – ich wähle das bewußt als Beispiel –, einheitlich

vorzugehen und einheitliche Unterstützung zu signalisieren. Ich wäre hier froh, wenn gerade bei den wichtigsten Anliegen sich alle Bereiche dazu bekennen würden, wie zum Beispiel am Semmeringtunnel. Ich glaube, daß es hier gemeinsame Initiativen von Landesregierung, von der Politik, von den Sozialpartnern und allen weiteren Institutionen bedarf. Ich habe hier zu diesem Thema im Bereich der Industrie Einhelligkeit erzielt. Wir haben mit der Arbeiterkammer Einhelligkeit erzielt, wir haben mit der Handelskammer Einhelligkeit erzielt, und wir werden so eine Initiative in den nächsten Tagen auch nach außen bringen. Gerade im Bereich der Infrastruktur kann aber das Land nicht allein alles schaffen, und wir sind daher darauf angewiesen, daß wir auch von den anderen Institutionen die entsprechende, uns zustehende Unterstützung auch bekommen, wie wir das zum Beispiel vom Wirtschaftsminister Schüssel durch den Ausbau der Pyhrnautobahn, auch der Südbahn, erfahren haben. Und es gibt noch genügend Bereiche, wo hier die Steiermark eigentlich im Stich gelassen wird, wenn ich an den Finanzausgleich denke, wo es kein Ergebnis geben darf, an dem nicht Wien überproportional profitiert. Ich denke an den Bereich der Landeslehrer, wo 650 Millionen Schilling fehlen und die Arbeitsplätze von 1100 Landeslehrern im Verantwortungsbereich des Herrn Landeshauptmannstellvertreters wackeln. Ich denke an den Bereich des Nahverkehrs, wo der Verkehrsminister uns einen Prozentsatz von 20 bis 30 Prozent der Finanzierung zumuten will seitens des Bundes, aber Wien selbstverständlich 50 Prozent finanziert bekommt, und es gäbe vieles andere mehr zu sagen. Ich hoffe, daß der Herr Finanzlandesrat Ressel bei den weiteren Sitzungen sich etwas deutlicher zu Wort meldet und in dem Sinne die Blockadekoalition, wir wir sie heute erleben, eigentlich aufhört und wir zu einer gemeinsamen konstruktiven Politik kommen. In dem Sinne ist mein Appell, laßt uns handeln, nicht nur reden.

Ich bringe den Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Frizberg, Dr. Hirschmann, Purr und Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, betreffend eine konzentrierte Aktion zur Stärkung der Wirtschaft in der Steiermark, Steirisches Arbeitsplatz- und Wirtschaftsförderungsprogramm.

Nach den so erfreulichen Wachstumsraten in den letzten Jahren, die nicht zuletzt auch einem allgemeinen Konjunkturaufschwung zu verdanken waren, sind naturgemäß im gegenwärtigen konjunkturellen Abschwung auch die regionalen Arbeitslosenraten im Steigen. Die Arbeitslosenquote 1992 im Jänner betrug in der Steiermark 10,5 Prozent, was im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um 1,1 Prozentpunkte bedeutet. Damit lag die Steiermark sowohl im Niveau als auch im Anstieg über dem österreichischen Durchschnittswert. Andererseits ist darauf hinzuweisen, daß die Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten in der Steiermark im vergangenen Jänner weiterhin gestiegen ist, gegenüber dem Vorjahresmonat um knapp 4000. Dieser Zuwachs ist zur Gänze ein Zeichen wieder zunehmender Frauenberufstätigkeit. Bei einer differenzierten Betrachtung der Wirtschafts- und Beschäftigungsphänomene in unserem Land sind natürlich regionale, saisonale und strukturelle Elemente zu unterscheiden. Nach übereinstimmender Meinung

namhafter Wirtschaftsexperten ist die derzeitige Situation kein Grund für hektische Aufregung, jedoch durchaus Anlaß zur Besorgnis, die bei den Verantwortlichen im Lande zu entsprechenden konzeptiven und nachhaltigen Maßnahmen führen muß. Wichtigstes Ziel dabei ist, daß diese zyklischen Entwicklungen, die von Wirtschaftsforschern auch prognostiziert wurden, zu einer konzentrierten Aktion aller Verantwortlichen führen.

Es sind daher rasche, gemeinsam intensivierete Anstrengungen von Bund, Land, Gemeinden, Sozialpartnern und privaten Initiativen notwendig, um erstens die neuen strukturellen Chancen des Standortes Steiermark in den neunziger Jahren bestmöglich zu nützen und zweitens den aktuellen konjunkturellen Bedrohungen wirksam zu begegnen.

Ausgangslage: Die Steiermark ist durch die ostmitteleuropäischen Wendejahre 1989/90 und den Demokratisierungsprozeß bei unseren Nachbarn von einer geopolitischen Grenz- und Randlage wieder in eine Zentrallage Europas gekommen. Diese neue Standortqualität ist im Sinne eines dynamischen Zentrums im Südosten zu profilieren.

Der Konjunkturerinbruch, vor allem in der Grundstoffindustrie der Obersteiermark, bei der in der Mehrheit der Betriebe der Bund verantwortlicher Alleineigentümer ist, aber auch die Auswirkungen der kriegerischen Auseinandersetzungen bei unseren Nachbarn 1991 vor allem auf unser Grenzland verlangen nach Sonder- und Sofortmaßnahmen für die gesamte Südostregion.

Der Hohe Landtag wolle daher beschließen:

Die Landesregierung wird zu klaren Prioritätensetzungen im Landesbudget 1992 aufgefordert.

Es ist für klare Prioritätensetzungen des Bundes für die Steiermark und sofortige Umsetzung lange verhandelter, geforderter und geplanter Projekte zu sorgen.

Ein gemeinsamer Einsatz aller Gebietskörperschaften, Sozialpartner und privater Initiativen ist ein Gebot der Stunde.

Der Landtag begrüßt ausdrücklich die von Handelskammer und Arbeiterkammer Steiermark ausgearbeiteten Programme, die wichtige gemeinsame wirtschafts- und infrastrukturpolitische Stoßrichtungen für die notwendige und konzentrierte Aktion aufzeigen.

Der Landtag unterstreicht ausdrücklich die in der Vereinbarung von ÖVP, SPÖ und FPÖ anlässlich der Konstituierung des Landtages und der Regierungsbildung vorgenommenen Prioritätensetzungen der Landespolitik, die wörtlich folgendermaßen lauten:

ÖVP, FPÖ und SPÖ geben folgenden Inhalte besondere Priorität, die über alle Parteigrenzen hinweg im Interesse des Landes Steiermark sind: a) im Hinblick auf das Inkrafttreten und das volle Wirksamwerden des europäischen Wirtschaftsraumes sind alle erforderlichen Maßnahmen im personellen und organisatorischen Bereich der Landesregierung zu treffen; b) Stärkung der Länder- und Gemeinderechte durch eine Reform der Kompetenzverteilung und eine Reform des Finanzausgleiches im Interesse einer bürgernahen Aufgabenverwaltung (Stärkung des Föderalismus); c) die Stärkung der Wirtschaftskraft der Steiermark, insbesondere nach regionalen Schwer-



punkten; im Grenzland (Südostfonds), in den obersteirischen Industrieregionen, den benachteiligten Seitentälern und den anderen strukturschwachen Regionen in der gesamten Steiermark; d) Vorbereitung der Landwirtschaftspolitik auf den zukünftigen gemeinsamen Markt unter Beibehaltung der ökologisch sinnvollen gemischtwirtschaftlichen kleinen und mittleren betrieblichen Strukturen; e) Ausbau der Bahnverbindungen zur Transferierung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene; Errichtung von Verkehrsverbänden in den Zentralräumen der Steiermark, um zumutbare Verbindungen für die Bevölkerung, insbesondere für die Pendler, zu schaffen; f) Entwicklung der Landeshauptstadt Graz als dynamisches geistiges, kulturelles, wirtschaftliches, gesellschaftliches und politisches Zentrum im Südosten; g) über die Zukunftsentwicklung der Landeshauptstadt Graz und des Bezirkes Graz-Umgebung sowie aller anderen steirischen Regionen sind regelmäßig mit den Landesverantwortlichen Regionalgespräche zu führen; h) Anpassung der Wirtschaft an die Umwelterfordernisse durch Ausnutzung steuerlicher Anreizmechanismen; Kalkulierbarkeit der Behörden in Umweltverfahren; Fortsetzung des „Öko-Programmes 2000“; i) Forcierung umwelt- und sozialverträglicher erneuerbarer Energieformen; j) umfassende Verwaltungsreform: Effizienzsteigerung in der Hoheitsverwaltung; der Bürger muß eine Service- und Anlaufstelle im Land haben, und nicht durch Behördenwege behindert werden.

Auf Grund dieser Prioritäten werden vom Steiermärkischen Landtag im Rahmen eines neuen Steirischen Arbeitsplatz- und Wirtschaftsförderungsprogrammes folgende Maßnahmen vorrangig verlangt:

Fortführung der innovationsorientierten Wirtschaftsförderungspolitik (1991 hatte die Steiermark die höchste Innovationsrate an Wirtschaftsförderungsprojekten Österreichs) durch Erstellung der Schwerpunktförderungsprogramme der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Rasche Beschlußfassung der Gesellschaftsrichtlinien (noch in den nächsten Wochen) durch die Landesregierung.

Fortführung der erfolgreichen Errichtung von Technologieparks (der erste ganz Österreichs wurde bekanntlich in Graz eingerichtet).

Novelle der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesetze. Statt des Steirischen Industrie- und Mittelstandsförderungsgesetzes soll ein einheitliches und in sich geschlossenes Wirtschaftsförderungsgesetz für die steirische Wirtschaft erstellt werden. Es soll sehr knapp und sehr flexibel formuliert sein, den grundlegenden Rahmen vorgeben und sodann durch die Herausgabe von entsprechenden Richtlinien mit Leben erfüllt werden.

Erarbeitung des Sachprogrammes Industrie und Gewerbe. Im Gleichklang mit der Erstellung des Wirtschaftsförderungsgesetzes und des weiteren schrittweisen Auf- und Ausbaus der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft soll das Sachprogramm Industrie und Gewerbe erarbeitet und einer Beschlußfassung durch die Landesregierung zugeführt werden.

Mittelstandsförderungsfonds: Der Fonds für gewerbliche Darlehen, der sich für Förderungsaktivitäten im Bereich der Kleinst-, Klein- und teilweise auch von Mittelbetrieben sehr bewährt hat, soll nach

der im Jahr 1991 von der Regierung einstimmig beschlossenen Anpassung der Richtlinien über die Fördermittelvergabe nunmehr in einer zweiten Phase noch klarer strukturiert und als Instrument der Mittelstandsförderung gestärkt werden. Dies bedeutet insbesondere die Anhebung der Grenzwerte, wie Arbeitnehmerzahl, Umsatz, Bilanzsumme, bei Handelsbetrieben insbesondere auch der Geschäftsflächenbegrenzung. Unter Umständen auch Fusionierung des Fonds für gewerbliche Darlehen mit dem Fremdenverkehrsinvestitionsfonds.

Budgetschwerpunkte. Es muß ein offensiv ausgerichtetes Wirtschaftsförderungsbudget gesichert sein, um einerseits notwendige Impulse für die steirische Wirtschaft, insbesondere in Richtung Innovation, Technologietransfer, Beratung, Bildung, Infrastruktur und Grundstückssicherungsmaßnahmen, geben zu können, und andererseits auch in einer konjunkturell abschwächenden Phase in Form einer antizyklischen Politik investitionsbezogene, insbesondere strukturell bedeutsame Anreize setzen zu können. Dies bedeutet gerade derzeit eine deutliche zeichensetzende Ausstattung des Wirtschaftsförderungsbudgets.

Um die erfolgreich begonnene Umstrukturierung in den traditionellen obersteirischen und weststeirischen Industriegebieten fortzusetzen, ist eine gezielte Förderungsaktion zur Ansiedelung von flexiblen und damit krisenfesteren Klein- und Mittelbetrieben von Bund und Land vorzusehen.

Gemeinsam mit dem Bund sollen in der Mur-Mürz-Furche etwa 100 Klein- und Mittelbetriebe geschaffen beziehungsweise angesiedelt werden. Insgesamt würde dies rund 5000 neue Arbeitsplätze bedeuten. Rechnet man mit einem Förderungsaufwand von zirka 200.000 Schilling pro Arbeitsplatz, so ergibt dies einen Förderungsmittelbedarf von zirka einer Milliarde Schilling. Die Finanzierung müssen sich Bund und Land teilen, wobei das Land Steiermark ein Drittel der Kosten, somit zirka 330 Millionen Schilling, verteilt auf drei Jahre, übernehmen sollte.

Der Bund, die ÖIAG und die Austrian Industries müssen endlich das geforderte Gesamtkonzept für die verstaatlichte Industrie für die Steiermark vorlegen. Vom Bundeskanzler und vom Verstaatlichtenminister werden für die obersteirischen Standorte ähnliche Garantieerklärungen wie für Linz erwartet. Denn nur wenn einerseits die gezielte Förderung der privaten Klein- und Mittelbetriebe und andererseits die zukunftsorientierte Umstrukturierung der Grundstoffindustrie, für die das Land Steiermark schon bisher im Rahmen der Wirtschaftsförderung dem Anteil der Verstaatlichten an der Gesamtwirtschaft entsprechende außerordentliche Kraftanstrengungen gesetzt hat und bei sinnvollen Zukunftsprojekten weiterhin im Rahmen der Relationen und Möglichkeiten zu setzen bereit ist, betrieben wird, kann das Ziel „neues Leben in traditionellen Industrieregionen“ erreicht werden.

Der Montanuniversität ist als Innovationsmotor besonderer Stellenwert einzuräumen.

Von besonderer Bedeutung ist eine Bildungs- und Qualifikationsoffensive, wobei unter anderem a) das Berufsschulinvestitionsprogramm des Landes zu verwirklichen ist; b) die Einrichtung von Fachhochschulen abgesichert werden muß.

Eine dementsprechende Dotierung für die Einrichtung von Fachhochschulen und für einen „Steirischen Bildungsscheck“ ist bereits im Landeshaushalt 1992 vorzusehen.

Die Bedeutung des Tourismus für die Steiermark wird immer deutlicher, wobei für die weitere Entwicklung des Tourismus in der Steiermark sowohl infrastrukturelle Maßnahmen als auch investitionsbezogene Förderungsmaßnahmen notwendig sind, die sowohl auf die Anhebung der Qualität der Betriebe als auch auf eine zielgerichtete Abrundung des Angebotes ausgerichtet sind.

Es ist ein großes Investitionsprogramm für Wintertourismus und Sommer- beziehungsweise Gesundheitstourismus zu finanzieren, das von der weiteren Erschließung der Schigebiet über Eisenerz bis hin zur besonderen Stellung der Landeshauptstadt Graz und zum weiteren Ausbau der Thermen- und Gesundheitszentren in allen Regionen führt.

Ein besonders wichtiger Punkt für die Lebensqualität der steirischen Grenzbevölkerung und die Zukunftschancen des Kur- und Gesundheitstourismus im Radkersburger Raum ist die Absiedelung der Schweinezucht Podgrad. Der vorbereitete Staatsvertrag ist abzuschließen.

Die Förderung von Wissenschaft und Forschung ist die entscheidende Investition für die künftige wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit. Das Universitäts-sonderbauprogramm des Landes ist vom Bund sofort in Angriff zu nehmen.

Die besondere Stellung der Landeshauptstadt Graz als wirtschaftliches, wissenschaftliches und kulturelles Zentrum im Südosten und als internationale Konferenz-, Messe-, Finanz- und Wirtschaftsdienstleistungsstadt ist durch ein eigenes Investitionsprogramm zu profilieren. Die Veranstaltungshalle, ein Stadtentwicklungsprogramm, Museumsinvestitionen gehören genauso dazu wie ein effizientes Nahverkehrssystem.

Es darf bei der Finanzierung dieser Projekte zu keinen weiteren Benachteiligungen der Steiermark und der Landeshauptstadt gegenüber dem Wiener Zentralraum seitens des Bundes kommen. Die Steiermark mit dem Verkehrsknotenpunkt in Graz muß ihre geopolitische Zentrallage in Europa durch eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur nützen und den Ausbau aller Verkehrsverbindungen forcieren.

Die Finanzierung von Ausbaumaßnahmen über einseitige Belastungen der Steiermark mit Straßengebühren wird aus regionalpolitischen Gründen entschieden abgelehnt. Um die bestehenden Benachteiligungen der Steiermark abzubauen, wird die rasche Einführung einer bundesweiten und wettbewerbsgerechten Mautregelung gefordert.

Das Steirische Gesamtverkehrsprogramm als Leitbild für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Steiermark ist daher forciert umzusetzen. Das hochrangige Straßennetz und die für Wirtschaft und Fremdenverkehr wichtige Erschließung der steirischen Regionen muß konsequent weitergeführt und fertiggestellt werden. Die Schaffung von sowohl für die Wirtschaft als auch für den Tourismus attraktiven Anbindungen im Flugverkehr erfordert einen angebotsorientierten Ausbau des Flughafens Graz-Thalerhof.

Leistungsfähige und europareife Bahnverbindungen, Semmeringtunnel, Südostspange mit dem Koralpennel, Pyhrnautobahn und die Forcierung des kombinierten Verkehrs mit dem Güterterminal im Süden von Graz sind für den Anschluß an die Europäischen Wirtschaftsräume und der für die Steiermark als Binnenland besonders wichtigen Anbindung an die bedeutenden Wasserstraßen Europas (Rhein-Main-Donau-Kanal, Mittelmeer) notwendig.

In diesem Sinne ist auch eine eigene Bahndirektion der ÖBB in Graz einzurichten.

Bei aller Forcierung der Internationalisierung der steirischen Wirtschaft ist industriepolitisch sicherzustellen, daß die für die großen steirischen Industriebetriebe entscheidenden Zukunftsentscheidungen in der Steiermark gefällt werden, und nicht nach dem verhängnisvollen Prinzip „verlängerter Werkbänke“ vorgegangen wird. Dies ist für die Zukunft des Industriestandortes Steiermark von wesentlicher Bedeutung, Beispiel: Fusion Waagner-Biró, Fusion Brau AG.-Steirerbrau, Direktionen der verstaatlichten Betriebe insgesamt in der Steiermark.

Durch die Verwirklichung des Südostfonds und eines neuen Grenzlandsonderprogrammes Bund-Land sind die neuen Chancen des Grenzlandes zu nützen.

Es sind Verhandlungen über den Abtausch von Landes- und Bundesanteilen bei Pyhrn AG., Dachstein AG., Planai und Flughafen Graz zu führen.

Durch Privatisierungen von den Landeswohnungen bis zur Hypo und die Umwandlung der Landesholding in eine echte Finanzholding mit Börsengang als Aktiengesellschaft als Endziel sind zusätzliche Mittel für ein Konjunktur- und Strukturförderungsprogramm des Landes Steiermark zu gewinnen.

Die österreichweit vorbildlich eingerichtete Nahversorgungsförderungsaktion des Landes Steiermark soll in ihrem Inhalt und Umfang weiterhin abgesichert werden. Auch dafür ist im Landesbudget 1992 entsprechende Vorsorge zu treffen.

Die Ausweisung von großzügigen zusammenhängenden Industrie- und Gewerbebezonen und die Absicherung dieser Grundstücke für industriell-gewerbliche Zwecke wird für die künftige wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark immer bedeutsamer. Im Zusammenhang damit stehen auch große infrastrukturelle Erschließungsnotwendigkeiten. Ich komme sofort zum Schluß! Bei den Grundstückssicherungsmaßnahmen ist somit nicht nur die Absicherung der Grundstücke für die Industrie- und Gewerbebezonen gemeint, sondern auch die Absicherung von Grundstücken für die infrastrukturelle Erschließung, wobei diese Maßnahmen immer überregionale Bedeutung haben müssen. Gemeint sind damit Grundstückssicherungsmaßnahmen zum Beispiel für die Eisenbahn-, Straßenerschließung et cetera.

Die Steiermärkische Landesregierung wird daher aufgefordert, auf Basis dieses Landtagsbeschlusses auch ein mittelfristiges fünfjähriges „Steirisches Arbeitsplatz- und Wirtschaftsförderungsprogramm“ zu erstellen, das vom Finanzreferenten mit einer mittelfristigen Budgetvorschau zu versehen ist.

Die Steiermärkische Landesregierung wird ferner aufgefordert, diesen Beschluß des Steiermärkischen Landtages vollinhaltlich umzusetzen und dem Lan-

desparlament seitens aller Regierungsmitglieder Zwischenberichte über den Stand der Umsetzung des Steirischen Arbeitsplatz- und Wirtschaftsförderungsprogrammes zu geben.

Die Steiermärkische Landesregierung wird ferner aufgefordert, Landesrätin Waltraud Klasnic und Landesrat Hans-Joachim Ressel zu beauftragen, mit den verantwortlichen Stellen der Bundesregierung unverzüglich Verhandlungen über die den Bund betreffenden Forderungen und Maßnahmen zu führen und einen entsprechenden Steiermark-Vertrag zwischen Bundes- und Landesregierung vorzubereiten, der vor Abschluß dem Landtag vorzulegen ist. Jedenfalls ist dem Landtag bis 30. Juni 1992 über die Verhandlungen zu berichten.

Insgesamt wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, bis 30. Juni 1992 einen Bericht über die Ergebnisse des in der heutigen Landtagssitzung zu beschließenden neuen Steirischen Arbeitsplatz- und Wirtschaftsförderungsprogramms zu geben.

Meine Damen und Herren, soweit zum Steirischen Arbeitsplatz- und Wirtschaftsförderungsprogramm. Nachdem diese Anträge, die auch von den anderen Fraktionen eingebracht wurden, zu einem positiven Abschluß des heutigen Sitzungstages führen sollen, darf ich mir erlauben vorzuschlagen, eine Unterbrechung auf eine halbe Stunde zu machen, um allenfalls doch noch einen gemeinsamen Beschluß im Interesse der steirischen Wirtschaft und der steirischen Arbeitsplätze zustande zu bringen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.22 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Mir liegt eine weitere Wortmeldung nicht vor. Die Sitzung wird für 30 Minuten unterbrochen. Fortsetzung um 18.52 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung: 18.22 bis 19.00 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Hohes Haus! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, betreffend eine konzentrierte Aktion zur Stärkung der Wirtschaft in der Steiermark.

Weiters wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der steirischen Wirtschaftsstruktur, eingebracht.

Ebenfalls eingebracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs, betreffend die Fortsetzung der Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen in der Obersteiermark durch Gründerzentren der Firma Job-Creation oder ähnliche private Unternehmen.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsord-

nung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist in allen drei Fällen geschehen.

Ich werden nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: Erstens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, zweitens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und drittens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, betreffend eine konzentrierte Aktion zur Stärkung der Wirtschaft in der Steiermark, die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der steirischen Wirtschaftsstruktur, die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs, betreffend die Fortsetzung der Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen in der Obersteiermark durch Gründerzentren der Firma Job-Creation oder ähnliche private Unternehmen, die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Es hat somit keiner der drei Anträge die erforderliche Mehrheit gefunden.

Beendigung der außerordentlichen Tagung.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich gemäß Paragraph 13 Absatz 3 des Landesverfassungsgesetzes 1960 vor, die außerordentliche Tagung zu schließen.

Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die diesem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden. Die außerordentliche Tagung und die heutige Sitzung sind damit geschlossen. (Ende der Sitzung: 19.01 Uhr.)